



17. und 18. Heft | 9. September 1909

## WILHELM SCHRÖDER · DIE PARTEI VOR DEM PARTEITAG 1909

**G**EH' aus mein Herz und suche Freud' in dieser lieben Sommerszeit. Diese Aufforderung des alten tüchtigen Paul Gerhardt können auch wir in der Sozialdemokratie uns nicht entziehen. Alljährlich, wenn der Parteitag, um im beliebtesten Zeitungsdeutsch zu reden, seine Schatten vorauswirft, sind wir mit Bienenfleiss dabei innere Mustering zu halten. Diese Musterung ist, wenigstens vom parteigenössischen Standpunkt aus, nicht immer lieblich anzuschauen, aber unerträglich möchte ich sie auch nicht nennen, schon um deswillen nicht, weil der Grad der Erhitzung, mit dem sie erfolgt, ziemlich genau unser Kraftbewusstsein verkündigt.

Am 16. Juni 1903 wollte es eine Fügung des Schicksals, dass wir bei den Reichstagswahlen auf einen Anhub 900 000 neue Wählerstimmen zu bewältigen hatten. Das war für ein normales Verdauungsorgan zuviel; es traten im Parteilörper Erscheinungen auf, wie sie nach starker Überfütterung sich ganz naturgemäss auch im menschlichen Körper zeigen. Ich bin weit entfernt davon den imponierenden Stimmenzuwachs als ein Unglück hinzustellen. Aber das eine scheint mir sicher: Eine normalere Entwicklung, eine Zunahme um die Hälfte, hätte in Dresden nicht jene Verdauungsstörungen zu tage treten lassen, zu deren Kennzeichnung der melancholische Grobian <sup>Äuer</sup> einen drastischen, aber zutreffenden Ausdruck gebrauchte. Es trat eine Reaktion ein: Auf den folgenden Parteitagen nahmen die Auseinandersetzungen einen gelinderen Charakter an; Dresden lag uns, nicht zum wenigsten wegen seiner Einwirkung nach aussen hin, jahrelang in den Gliedern. Dann kam die Reichstagsauflösung mit den Kolonialwahlen vom 25. Januar 1907. Der Erfolg dieser Wahlen war, wie Professor Sombart sagte, »für die Sozialdemokratie so glänzend wie er unter den schwierigen Bedingungen des Kampfs nur sein konnte; sie behauptete nicht nur ihre Stimmenzahl sondern hatte noch einen Stimmenzuwachs von mehr als einer Viertelmillion«. Jedoch der sehr erhebliche Mandatsverlust, den das Aufgebot der Nichtwähler uns bereitet hatte, liess die inneren Auseinandersetzungen in Essen zurücktreten, und erst die Differenz zwischen norddeutscher und süddeutscher Taktik brachte es aus

Anlass der Budgetbewilligungen 1908 wieder in Nürnberg zu lebhaften Kämpfen. Nun kommt 1909. Die Blockpolitik hat nach dritthalbjährigem Bestand Schiffbruch erlitten; Fürst Bülow ist von der konservativ-klerikalen Steuerkoalition beseitigt worden. Hatte schon 1908 niemand mehr die Legende vom Niederreißen der Sozialdemokratie ernst genommen, so überstürzten sich fortan fast die Beiträge dafür, dass die Sozialdemokratie vorwärts marschierte. Die Organisation der Landarbeiter wurde systematisiert, desgleichen die Jugendorganisation; der innere Ausbau der Gesamtorganisation machte neue Fortschritte. Der Kassenbericht des Parteivorstands vermerkt, dass die Einnahmen gegen das Vorjahr um rund 312 000 Mark gestiegen sind, wohingegen die Ausgaben sich um 162 755,68 Mark verringert haben; einer Gesamteinnahme von 852 976,10 Mark im Jahre 1908 steht diesmal eine solche von 1 123 614,60 Mark gegenüber. Ein Kriegsschatz ist vorhanden, wie ihn keine andere Partei auch nur entfernt aufzuweisen hat. Hatte der Kassenbestand der Partei den Einwirkungen der wirtschaftlichen Krise glänzend stand gehalten, so auch der Mitgliederbestand, der sich von 587 336 auf 633 309 hob. Einige Zufallsverluste, die die Partei bei Wahlen zu den Einzellandtagen erlitt, wurden durch unsere Fortschritte in den Gemeinden glänzend wettgemacht; hier stieg die Zahl unserer Vertreter von 5931 auf 6250. Und zum Zeichen dafür, dass der gegnerische Jubel ob unserer Mandatsverluste bei den Reichstagswahlen von 1907 eine sehr vorübergehende Erscheinung ist, bescherte uns die Unzufriedenheit mit den inneren Zuständen im Reich den völlig unerwarteten Sieg im Wahlkreis Neustadt-Landau, wie denn die Empörung der Volksmassen ob der Steuerbescherung uns weitere glänzende Erfolge auch auf diesem Gebiet erhoffen lässt.

Wie steht es im Angesicht dieser vortrefflichen Situation um die Kehrseite der Medaille, um die Natur der inneren Auseinandersetzungen, die nun einmal mit in den Kauf genommen werden müssen? Vom Standpunkt derer aus betrachtet, die da meinen, dass es ohne solche Auseinandersetzungen nicht geht, recht betrübend. Voriges Jahr, bei der mit einer Dissonanz endenden Debatte über die Frage der Budgetbewilligung handelte es sich um eine verhältnismässig wichtige Angelegenheit. Jetzt aber haben die Württemberger gegen das Staatsbudget gestimmt, und in anderen süddeutschen Staaten fehlte dieses Jahr die Budgetfrage auf der Tagesordnung der Landtage. Der Streit um etliche andere Dinge hatte sich schon vorher erschöpft, und so blieb nichts übrig als einen ziemlich kläglichen Behelf: die *Hofgängerei* der Württemberger und die jüngste Versündigung Eduard Bernsteins als Präludium zum Objekt des Prinzipienkampfes zu erheben.

Das Mass von Bernsteins Versündigung war beträchtlich. Zum 15. August 1909 hatte die Arbeiterschaft von Kiel eine Friedensdemonstration veranstaltet, eine im hohen Masse den Interessen des Vaterlandes dienende Handlung, der der Regierungspräsident von Schleswig nicht anders als unter echtpreussischer Ausnutzung des Vereinsgesetzes heizukommen vermeinte. Mit Hilfe des Sprachenparagaphen verhinderte er, dass drei ausländische Sozialisten, MacDonald-London, A. L. Meyer-Kopenhagen und August Nielsen-Malmö, in der Kieler Versammlung den Mund aufstuten. Diese beschämende Amtshandlung hatte Eduard Bernstein als Redner in der Kieler Versammlung dann am 18. August im *Berliner Tageblatt* gezeisselt, und zwar in einem Artikel, der

auch nach dem Zeugnis der parteigenössischen Widersacher Bernsteins in jedem sozialdemokratischen Blatt hätte veröffentlicht werden können. Bernstein hatte also, rein sachlich genommen, eine den Interessen der Partei dienende Handlung begangen, die aber nach Ansicht einer Gruppe in der Partei gegen den bekannten Dresdener Beschluss, der die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern bis zur Unmöglichkeit einschränkt, verstösst. Von radikalen Blättern kam natürlich die übliche Rüge. Und die *Leipziger Volkszeitung* fiel in der bei ihr traditionellen Art über Bernstein her. Es ist ein schönes Zeichen von Toleranz nach innen, dass die Sozialdemokratie auch die Provokationen des Leipziger Parteiorgans mit Gelassenheit erträgt: aber wenn das groteske Gebaren dieses Blattes im vorliegenden Fall auch bewirkt hat, dass selbst solche Parteigenossen, die den angeblichen formellen Verstoss Bernsteins unliebsam empfanden, sich jetzt mehr mit dem gegen Bernstein gerichteten Angriff als mit dem ursprünglichen Inkulpaten beschäftigten, so verdient doch der Dresdener Parteitagbeschluss, der gegen Bernstein als Handhabe erhalten musste, mehr Beachtung als ihm bis dahin von der Partei gewidmet worden ist. Entbehrt doch die gegenwärtige Rechtslage jeder Vernunft. Eine Äusserung zum Nutzen der Partei ist straffällig, und zwar deshalb, weil ein Parteigenosse sie dort kundgibt, wo sie am wirksamsten ist und das Ansehen der Partei am meisten fördert, nämlich in einem gegnerischen Blatt. Das ist die Rechtslage, die der nach Aufwühlung aller Leidenschaften *ab irato* gefasste Dresdener Beschluss geschaffen hat. Es ist ja ein Zeichen der robusten Konstitution unserer Partei, dass ein solcher Beschluss nun schon 6 Jahre lang ohne sonderliche Beschwerden ertragen werden konnte. Aber dennoch beginge der Parteitag eine schon um des äusseren Ansehens der Partei willen lobenswerte Tat, der ihn kurzer Hand beseitigte.

Eine ähnliche prinzipielle Belanglosigkeit wie die von Bernstein begangene Untat stellt der als *Hofgang* bezeichnete Besuch der 7 sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Württembergs dar. Am 22. Juli machen die beiden Kammern des württembergischen Landtags den üblichen Sommerausflug. Auch die Sozialdemokraten sind mit von der Partie, die an den Bodensee zu Zeppelin und zum königlichen Schlossgarten geht. Wilhelm II. von Württemberg, der Beschreibung im *Vorwärts* zufolge ein umgänglicher und persönlich hochachtbarer Mann, plaudert bei dieser Gelegenheit auch mit diesem und jenem Sozialdemokraten, bietet hierauf den Gästen ein Gabelfrühstück dar und muss es dann mitsamt den Sozialdemokraten über sich ergehen lassen, dass zwei offizielle Hochrufe auf ihn ausgebracht werden. Darob Entrüstung unter allen Gutgesinnten. Leider ist ein Umstand sehr störend. Das Unglück wollte, dass die 4 sozialdemokratischen Stadtverordneten, die im Juni 1909 den offiziellen Berliner Besuch in London mitgemacht haben, gleichfalls von einem Königshoch überrascht wurden, das nicht dem Stuttgarter sondern dem in Berlin residierenden Wilhelm II. galt. Einige radikale Blätter nehmen anfänglich Rücksicht auf dies Malheur, andere, so die musterhaft prinzipienfeste *Bremer Bürgerzeitung*, übersteigen auch dies Hindernis und tun die radikalen Berliner mit den revisionistischen Schwaben in einen Sack. Im Hannoverschen *Volkswillen* fertigt am 1. August jemand, in dem man wohl einen Parteigenossen vermuten darf, der an besonders exponierter Stelle Hieb auf Hieb wider den Gegner führte, den radikalen Lärm mit folgenden Worten ab:

»Auch in dem Gegner soll man, solange er sich dessen nicht durch brutales Vorgehen usw. als unwürdig erwiesen, den Menschen sehen und achten. Aber zugeben, dass die von unseren württembergischen Genossen beliebte Art des Verkehrs sich nicht auf neutralem Gebiet bewegte, so berechtigt das doch nicht zu einer solch verletzenden Kritik wie sie leider geübt worden. Wozu gleich solch schweres Geschütz anfahren. Weit mehr als durch die neuesten *Hofgängereien*, die menschlich erklärlich, wird die Partei durch eine Kritik geschädigt, die nicht nur persönlich verletzend wirkt, sondern auch eines der Fundamente untergräbt, auf denen die Stärke der Arbeiterbewegung beruht.«

Hilft alles nichts, manches Pfund Druckerschwärze muss noch dran glauben, manche Resolution wird noch gefasst, um die Württemberger zur Rason zu bringen.

So ergibt sich denn als Merkmal der diesjährigen Parteitagssituation, dass der Wille zur Erhitzung fast so reichlich vorhanden ist wie sonst zu Zeiten guter Ernte, dass es aber bedauerlicherweise an einem grossen Objekt der Erhitzung fehlt und in der Not daher kleine Gegenstände um des löblichen Zwecks willen scharf angeblasen werden müssen. Wird der Parteitag unter diesen Umständen das prinzipienfeste Streben eines Teils der Parteipresse fortsetzen? Unter den Anträgen zum Parteitag finden sich zwar fünf, die die württembergische *Hofgängerei* als ernste Angelegenheit gebührend verdammen. Aber wenn die Zahl der Anträge und ihre Verteilung einen Schluss auf die Verhandlungen zulässt, so werden die Württemberger und Bernstein eine ziemlich untergeordnete Rolle spielen, und das Hauptinteresse wird sich anderen Gegenständen zuwenden.

Auf der vom Parteivorstand angesetzten Tagesordnung stehen ausser den amtlichen Berichten die Frage der Änderung des Organisationsstatuts, die Maifeier, die Reichsversicherungsordnung und der internationale Kongress in Kopenhagen. Von diesen Gegenständen nimmt die Maifeierangelegenheit, die ja auch auf dem nächstjährigen internationalen Kongress einen Beratungsgegenstand bildet, aus zwei Gründen eine hervorragende Bedeutung ein. Zunächst wegen der Unterstützungsfrage und dann im Zusammenhang damit wegen der Opposition, die sich in Gewerkschaftskreisen gegen die bisherige Art der Feier geltend macht. Der Beschluss des Metallarbeiterverbandes vom 5. Juni dieses Jahres sagt klipp und klar, dass die grösste deutsche Gewerkschaft die Maifeier in der bisherigen Form nicht mehr mitmachen wird. Im Anschluss an diese Stellung haben mehrere Parteiorte den Antrag gestellt die Arbeitsruhe des 1. Mai fallen zu lassen, wogegen andere Parteiorte, darunter vor allem Berlin, in energisch gehaltenen Resolutionen ein um so festeres Verharren am Alten verlangen. Ein *Pv.* gezeichneter Artikel, der Mitte August durch die Parteipresse die Runde machte, führt zu gunsten der bisherigen Art der Maifeier das folgende merkwürdige Argument ins Feld:

»Wir sehen . . ., dass die innere politische Entwicklung Deutschlands immer mehr auf einen Zusammenstoss zwischen dem Industrialismus und dem Agrariertum hinausläuft. Die Spannung zwischen beiden nimmt sichtbar zu, wir haben das auch bei der Finanzreform gesehen. So borniert ist aber die Bourgeoisie nicht, um nicht zu begreifen, dass sie ohne die Arbeitermassen gegen die Agrarier nichts ausrichten kann. Auch das muss den Eifer der Kapitalisten mittels Aussperrungen bei den Arbeitern politische Ziele zu erreichen mässigen. Schliesslich die auswärtige Politik. Die Verwickelungen mehren sich, jeder Tag kann den Ausbruch eines Krieges mit sich bringen, und es ist nicht abzusehen, ob dieser Krieg nicht zu einem Weltkrieg werden würde. Es werden im günstigsten Falle Jahre vergehen, bis wieder eine teilweise Entwirrung und zeitweilige Beruhigung eintritt. Jeder Industriestaat muss bis dahin um seiner eigenen Existenz willen eine Provokation der Arbeitermassen

vermeiden. Nach alledem können wir wohl annehmen, dass auch im wirtschaftlichen Kampf um die Maifeier die schlimmste Zeit überstanden sein dürfte.

Das ist ein, vom radikalen Standpunkt aus betrachtet, ganz sonderbarer Optimismus, und mir will scheinen, dass ein derartiger Trost etwas nach Verlegenheit aussieht. Leider ist bei einer Erörterung der Maifeierfrage die eine Tatsache zu beobachten, dass bisher auch in günstigen Zeiten von einer wirklichen Feier des 1. Mai selbst an Orten mit durchaus sozialdemokratischer Arbeiterbevölkerung zumeist nur sehr bedingt gesprochen werden konnte. Auf alle Fälle lässt die Maifeiersituation für die Partei an Unannehmlichkeit nicht viel zu wünschen übrig; und die leidige Unterstützungsfrage wird an unangenehmem Beigeschmack so lange nichts einbüßen wie der jetzige Dualismus bestehen bleibt. Nun ist aber einmal gerade im Hinblick auf diese Unterstützungsfrage an der einen unbequemen Tatsache nichts zu ändern, dass die Abwehr der bekannten Folgen einer durch Arbeitsruhe begangenen Maifeier ihrem ganzen Wesen nach eine durchaus gewerkschaftliche Angelegenheit ist. Daraus ergäbe sich allerdings die Konsequenz die Regelung der Unterstützungsfrage Sache der Gewerkschaften sein zu lassen, unbekümmert um die Folgerungen, die die Gewerkschaften hieraus zu ziehen sich gezwungen sehen.

Erfreulich ist, dass eine wichtige sozialpolitische Angelegenheit, die Reichsversicherungsordnung, auf der Tagesordnung des Leipziger Parteitags steht. Hoffentlich deutet die Neuerung, dass vier Referenten zu dieser Frage sprechen, auf eine ausgiebige Behandlung hin. Es gehörte nicht zu den erhebenden Erscheinungen im Parteileben, dass auf Parteitagen innere Streitigkeiten in unbehaglicher Breite fünf Tage lang erörtert wurden, und dass dann am sechsten Tage, wo alles zur Heimkehr gerüstet war, in aller Eile noch eine wichtige Angelegenheit der Reichspolitik *Erledigung* fand. Vielleicht ist der glückliche Umstand, dass die inneren Streitigkeiten der Partei diesmal so wenig sachliche Bedeutung haben, von guter Vorbedeutung in dieser Hinsicht. Sollte es aber doch nicht ohne das herkömmliche Kopfwaschen abgehen, so bin ich überzeugt, dass das bekannte *Bückerdutzend* der Revisionisten einer Abkürzung der Prozedur nicht im Wege stehen wird. In der gelassenen Zuversicht, dass ihnen, den Propagandisten der praktischen Arbeit in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, die Zukunft um so sicherer gehört, als sie sich der Doktrin zum Trotz die Gegenwart zum guten Teil schon erobert haben, in dieser Zuversicht werden sie auf prinzipieneifrige Vorhaltungen mehr mit entgegenkommendem Humor als mit spitzer Zunge antworten und so jene kleine Spezies von Parteigenossen isolieren, die im vollen Ernst die Scheidung zwischen *rechts* und *links* für das Allheilmittel hält.

XX

## MAX MAURENBRECHER · VOR EINER ENTSCHEIDUNG



NSERE Partei sieht sich auf dem Parteitag 1909 wieder vor eine Alternative gestellt, wie in ähnlichen Situationen früherer Jahre. Es steht die Frage zur Entscheidung, ob sie die günstige Stimmung, die, wie die Neustädter Wahl bewiesen hat, zurzeit für sie besteht, durch unzeitgemässes Entfesseln eines wilden Parteistreits zerstören lassen will; oder ob es ihr gelingt den Leipziger Parteitag so zu gestalten, dass auch

die Masse der Indifferenten durch ihn für die Partei interessiert wird. Wir sehen leider seit Wochen, ja bereits seit Monaten ein Bestreben, das für den Parteitag die nötigen *Fälle* vorbereitet. Es scheint in manchen Kreisen das Bedürfnis vorzuliegen an einigen wenig wichtigen Punkten wieder einmal eine Verdammung von Parteigenossen herbeizuführen. Über die 7 württembergischen Landtagsabgeordneten, die sich an der Informationsfahrt nach Friedrichshafen beteiligt haben und dabei notgedrungen auch den König besuchen mussten, hat eine ganze Anzahl von Wahlkreisen sich ereifert, von der Parteipresse noch ganz zu schweigen. Es sind, soweit ich sehe, nicht weniger als 6 Wahlkreise, die durch einen Antrag den Parteitag veranlassen wollen, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Und zwar sollen die betreffenden Parteigenossen so gründlich verdammt werden, dass die einzig mögliche Konsequenz die Niederlegung ihrer Mandate sein würde. Es ist aber im Ernst nicht der geringste Anlass zu sehen, warum diese Frage den Parteitag überhaupt beschäftigen soll. Die Frage hat ihre formale und materielle Seite. Formal muss man sagen, dass sie eine Angelegenheit der württembergischen Landesorganisation ist. Eine Landtagsfraktion ist der Landesorganisation verantwortlich, die sie in den Landtag geschickt hat. Wenn die Landesorganisation in dieser Frage nicht hinter den 7 Schwaben steht, so wird sie Gelegenheit nehmen das auf dem nächsten Landesparteitag deutlich zu sagen. Und es ist nicht abzusehen, warum der Gesamtparteitag hier vorweg die Entscheidung treffen und damit der Landesorganisation die Möglichkeit nehmen sollte eine selbständige Entscheidung zu fällen. Teilt aber die Landesorganisation die Verdammungsabsicht weiterer Kreise in der Partei nicht, wird sie sich auf den Standpunkt stellen, dass diese Parlamentarier korrekt und in der Ausübung ihrer parlamentarischen Pflicht gehandelt haben, so würde eine vorübergehende Entscheidung des Gesamtparteitags einfach verbitternd wirken. Wir haben schon im letzten Jahr die Streitfrage gehabt, ob der Gesamtparteitag das Recht hat in die Geschäftsführung der Landesorganisationen im einzelnen einzugreifen, oder ob nicht vielmehr seine Aufgabe bleibt einerseits die allgemeinen Prinzipien der Bewegung und andererseits die Reichspolitik zu bearbeiten. Die Neuauflage ähnlicher Debatten könnte für den Frieden und die Geschlossenheit der Partei nur von äusserst bedenklichen Folgen sein. Nun ist es aber eine totale Verschiebung des Streitpunkts, wenn von seiten unserer *radikalen* Genossen immer gesagt wird, an solchem Streit hätten diejenigen schuld, die ihnen Anlass zur Aufregung geben. Nach dem derzeitigen Organisationsstatut der Partei haben die Landesorganisationen innerhalb des Gebiets ihrer Landespolitik volle Bewegungsfreiheit. Niemandem wird es einfallen etwa den Württembergern Vorschriften zu machen, ob sie die Volksschulnovelle in der Schlussabstimmung annehmen oder ablehnen sollten, oder den Bayern zu sagen, wie sie sich zu den Beschlüssen der Steuerkommission zu stellen haben. Es ist in der Partei anerkannte Übung und Gewohnheit die Entscheidung über diese und ähnliche parlamentarische Fragen den Landesorganisationen zu überlassen, auf die Gefahr hin, dass wir zum Beispiel in Bayern ein Bündnis mit dem Zentrum gegen die Liberalen und in Baden ein Bündnis mit den Liberalen gegen das Zentrum geschlossen hatten. Niemand hat, als diese Widersprüche akut waren, im Ernst versucht den Landesorganisationen ihre Taktik vorzuschreiben. Genau so aber ist auch die Frage, ob die württembergischen Parlamentarier im Sinne ihrer Mandatgeber

gehandelt haben, als sie zu Zeppelin fuhren, lediglich eine Frage dieser Mandatgeber selbst. Der Streit wird nicht von denen vom Zaun gebrochen, die den bisher unangetastet anerkannten Zustand der Parteiorganisation aufrecht erhalten wollen sondern vielmehr von denen, die solche Anlässe benutzen, um tatsächlich die bestehende Organisation zu sprengen und einen vollständig zentralistischen, um die Verschiedenheiten der Einzelstaaten sich nicht kümmern-den Parteiautomaten an ihre Stelle zu setzen. Solange auf dem Parteitag die Parlamentarier der Einzelstaaten keinen Rechenschaftsbericht erstatten, solange sie als solche auf dem deutschen Parteitag überhaupt nicht vertreten sind, so lange ist es vollständig unmöglich, dass der Parteitag über herausgegriffene Einzelheiten aus dem Landtag mit Umgehung der Landesorganisation sich als oberste Instanz betrachtet. Von diesen Gesichtspunkten aus erscheint es mir selbstverständlich, dass die Mehrheit des Parteitags über die 6 zu diesem Punkt gestellten Anträge ohne weitere Motivierung zur Tagesordnung übergeht, weil diese Anträge überhaupt nicht vor dieses Forum gehören.

So weit die formale Seite der Frage. Materiell aber ist zu sagen, dass es einfach selbstverständlich war, dass unsere Genossen an der Fahrt zum Grafen Zeppelin teilnahmen. Es ist parlamentarische Pflicht die Gelegenheit zu derartigen Informationsreisen zu benutzen, wenn sie einem geboten werden. Es ist wirklich mehr als demagogisch, wenn man zur Diskreditierung dieser Beteiligung auf das Festessen und das Gabelfrühstück verweist. Als ob unsere Parteigenossen den Trieb gut zu essen und gut zu trinken nicht auch bei anderen Gelegenheiten befriedigen könnten, wenn sie ihn haben sollten. Der Zweck einer solchen Fahrt ist die Information, die man dabei und nur dabei erhält. Es ist eine Information, wie sie anderen Sterblichen kaum jemals geboten wird. Die ersten Sachverständigen halten bei solchen Gelegenheiten die technischen Referate, die Teilnehmer werden von Autoritäten ersten Ranges herumgeführt, bekommen sehr viel mehr zu sehen als andere Besucher und erhalten in jedem Punkt bereitwilligst und vollständig die gewünschte Auskunft. Es wäre sehr zu wünschen, dass unsere Parteigenossen im Reichstag es auch für ihre Pflicht und Schuldigkeit hielten sich an derartigen Informationsreisen zu beteiligen. Es ist zum Beispiel ein schwerer Fehler gewesen, dass sich keiner von unseren Genossen an der bekannten Reichsmarinefahrt des Reichstags beteiligt hat. Die technische Information, die man bei solchen Gelegenheiten erhält, ist für den Nichtfachmann sonst nicht in jahrelangem Studium zu gewinnen. Es würde aber gar nichts schaden, wenn auch unsere Parteigenossen in solchen und ähnlichen Fragen an technischer Information ihren bürgerlichen Gegnern nicht nachständen. Die technische Information war der Zweck der Fahrt. Der Besuch beim König war eine vollständig belanglose und gleichgültige Nebensache. Die Redaktion der *Tagwacht*, die bekanntlich in dieser Frage nicht auf seiten der württembergischen Fraktion stand, hat zugegeben, dass, wenn man sich einmal an Ausflug im ganzen beteilige, man, wie die Arrangements einmal lagen, notwendig auch in das Schloss des Königs gehen musste. Sie zieht daraus die Folgerung, dass die Beteiligung am ganzen Ausflug von vornherein falsch war. Ich schliesse umgekehrt daraus, dass, weil die Beteiligung im ganzen eine selbstverständliche Pflicht war, man sie um dieser vollständig belanglosen Äusserlichkeit

willen nicht unterlassen durfte. Solange wir im Parlament nicht in der Mehrheit sind, werden wir auf die Einzelheiten eines solchen Ausflugs keinen entscheidenden Einfluss gewinnen können, genau so gut wie wir ihn auf die Verfassung oder auf die Geschäftsordnung nicht haben. So gut wir aber Verfassung oder Geschäftsordnung annehmen, weil die Beteiligung am Parlament überhaupt uns ein grosser Wert zu sein scheint, so mussten unsere Parteigenossen in diesem Fall auch den Königsbesuch mitmachen, selbst wenn er ihnen unsympathisch war, weil ohne ihn der grössere Wert, nämlich die Information aus erster Quelle über das Zepplinsche Werk, nicht zu erreichen war. So ist die sogenannte *Königsgängerei* formal und materiell durchaus keine Frage, die den Parteitag auch nur eine Minute beschäftigen dürfte, wenn er sich der Situation im grossen und des gewaltigen Aufschwungs bewusst bleiben will, den die Arbeiterbewegung in diesem Augenblick machen kann. Noch weniger aber scheint es zweckmässig zu sein gerade jetzt zu erklären, auch Freisinnige und Nationalliberale seien nicht besser als Konservative und Zentrum. Es ist nichts dagegen einzuwenden, dass unsere Agitation sich auch gegen diese Parteien in aller Schärfe richtet; denn wir wollen Anhänger für die Arbeiterbewegung gewinnen, und diese ist auch bei Liberalen nur sehr schlecht beraten. Aber es ist darüber niemals zu vergessen, dass diese Aufgabe unserer Agitation nicht die einzige ist, die die Situation uns im Augenblick stellt. Erstes Erfordernis bleibt, dass unsere eigene Stimmenzahl bei den nächsten Wahlen überall in dem Verhältnis wächst, wie sie in Neustadt-Landau gewachsen ist. Zweites Erfordernis aber ist, dass die Zusammensetzung des Reichstags bei den nächsten Wahlen eine derartige wird, dass eine konservativ-klerikale Majorität unmöglich ist, dass aber auch eine nationalliberal-konservativ-klerikale Mehrheit nach Möglichkeit verhindert wird. Solange das Zentrum nur mit den Freisinnigen und Sozialdemokraten zusammen mehrheitbildend sein kann, so lange wird es seine reaktionären Gelüste nicht in dem Mass entfalten können wie es dies in den letzten Jahren getan hat. Aufgabe unserer Wahltaktik ist überall, wo wir selbst im ersten Wahlgang oder in der Stichwahl nicht durchkommen können, unter allen Umständen unsere Stimmen so abzugeben, dass eine konservativ-klerikale Mehrheit für die Zukunft endgültig unmöglich wird. Das erfordert unter Umständen, dass wir ohne Gegengabe in der Stichwahl für Freisinnige oder Nationalliberale eintreten. Das geschieht nicht um dieser Parteien willen, erst recht nicht, um die Arbeiterbewegung zu *verbürgerlichen*, wie freundliche Kritiker immer wieder gemeint haben, sondern deshalb, weil eine aus Nationalliberalen und Freisinnigen bestehende Mehrheit sowohl gesetzgeberisch wie auch agitatorisch für uns günstigere Chancen bietet als die heutige konservativ-klerikale Mehrheit. Es ist nur das wohlverstandene Interesse der Arbeiterklasse selbst, das uns schon jetzt dazu zwingt auf die Möglichkeit einer derartigen Stichwahlparole hinzuweisen. Wohlverstanden: nur auf die Möglichkeit. Die Situation kann in drei Jahren sich dreimal gewandelt haben, so dass im Augenblick der Wahl die Konstellation eine ganz andere ist als heute. Dennoch müssen wir mit der heutigen Konstellation rechnen, als ob sie eine dauernde wäre. Sonst wäre Politik ein sinnloses Handeln und Warten auf sinnlose Zufälle. Wenn wir aber auch nur mit der Möglichkeit rechnen, dass eine solche Stichwahlentscheidung nötig wird, so müssen wir schon jetzt unsere Agitation darauf einrichten, dass solche Parole auch möglich wird. Bei der Verhetzung, wie sie

Jahre hindurch von radikalen Parteiorganen und Parteijournalisten gerade gegen den Liberalismus getrieben worden ist, ist es vollständig undenkbar, dass die Massen im entscheidenden Augenblick einer Stichwahlparole zu gunsten des Freisinns oder der Nationalliberalen folgen könnten. Brauchen wir eine solche Parole, um damit auf die Zusammensetzung des zukünftigen Hauses Einfluss zu gewinnen, so müssen wir schon jetzt damit rechnen, dass wir die psychologischen Vorbedingungen nicht verderben, unter denen allein eine solche Entscheidung wirklich werden könnte.

Es ist wahrhaftig nicht literarische Eigenbrödelei oder Querköpfigkeit, die manche unserer Parteigenossen dazu zwingt gerade jetzt die Wortführer unserer Partei zu warnen eine Situation nicht zu verderben, die für die Arbeiterbewegung im ganzen recht glücklich werden kann. Es ist wahrhaftig nicht sinnlose Freude am Streit oder nörgelndes Bekritteln alles dessen, was die Mehrheit der Parteigenossen für recht hält. Es ist nichts weiter als ein Stück besonnener Voraussicht in die Zukunft, das uns dazu zwingt auch die Agitation der Gegenwart in den Dienst der zukünftigen Möglichkeiten für die Entfaltung der Arbeiterbewegung zu stellen. Es ist mehr als traurig, wenn zum Beispiel der Genosse Ströbel in der Generalversammlung von Gross-Berlin mit grossem Nachdruck immer wieder davon gesprochen hat, die Partei müsse endlich ein Machtwort sprechen, müsse die Miniarbeit aus ihrer eigenen Mitte beseitigen, müsse diejenigen, die nicht selbst die Konsequenzen aus ihrer Haltung ziehen wollen, ihrerseits dazu zwingen die Konsequenzen zu ziehen. Wir wissen ja seit langem, dass derartige Stilübungen meist leere Worte sind. In *Kellers Festsälen* in Berlin sieht manche politische Frage anders aus als an den Tischen, wo die verantwortlichen Delegierten des Parteitags sitzen. Und wir haben schon früher erlebt, dass man ähnliche Ankündigungen grosser Strafgerichte auf dem Parteitag selbst einfach nicht Wort haben wollte. Dessen ungeachtet ist es ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Die indifferenten Volksmassen hören aus solchen Worten nichts weiter heraus als die Lust am Krakeel und als den selbstzerfleischenden Bruderhass, der, wie ihnen der *Reichsverband* schon lange erzählt hat, die wahre Stimmung der Sozialdemokratie sei. Und die Parteigenossen selbst werden, wenn solche Worte mit einiger Autorität gesprochen werden, misstrauisch und stutzig. Sie können leicht das Gefühl für die Situation im ganzen verlieren und sich in einen Streit hineinstürzen, den alle, die wirklich mit den arbeitenden Genossen im Lande Fühlung haben, nachher nur auf das lebhafteste bedauern. Es lassen sich in Berlin und Leipzig leicht grosse Worte sprechen. Die Hunderte und Tausende aber, die sie im Kleinkampf mit dem Gegner auszukosten haben, wissen am besten, wie unverantwortlich ihnen ihre Arbeit dadurch erschwert wird. Denn in der Agitation draussen fragt man nicht, ob der eine oder der andere Parteigenosse in dieser oder jener Nuance eine vom Dogma abweichende Meinung hat; da sind wir alle Parteigenossen und werden vom Gegner sämtlich über einen Kamm geschoren. Der Gegner aber beutet jedes solcher Worte aus, um damit die Zanklust und die Ideallosigkeit der Sozialdemokratie den indifferenten Volksmassen zu illustrieren.

Darum sei den Delegierten auf dem Leipziger Parteitag der alte Römerspruch *Videant consules, ne quid detrimenti capiat res publica* mahnend in die Erinnerung gerufen. Das heisst auf deutsch: Diejenigen, die nach Leipzig

gesandt sind, um über das Wohl und Gedeihen der Arbeiterbewegung zu beraten, mögen sich hüten, dass nicht auf ihnen später die Verantwortung dafür laste, dass wir eine günstige Stimmung der Volksmasse durch ödes Parteigezänk uns wieder verscherzt haben. Lasst uns die Augen auf die Schichten halten, die noch zu gewinnen sind, und die wir gewinnen müssen, wenn wir politische Macht haben wollen. Lasst uns aber nicht danach ausspähen, wie wir unbequeme Parteigenossen aus unseren Reihen beseitigen können. Es wäre ein trauriges Zeichen für eine grosse Bewegung, wenn wir in diesem Augenblick über die württembergischen *Königsgänger*, über die bürgerlichen Literaten in der Partei und über die Modalitäten des Ausschlusses aus der Partei uns die Köpfe zerschlagen, während draussen Hunderttausende stehen, die für uns zu gewinnen wären, wenn der Leipziger Parteitag sie mitzureissen vermöchte.

XX

## KARL LEUTHNER · KLASSENGEGENSÄTZE UND PARTEIBÜNDNISSE



INTER den Gesichtspunkt der Gesinnung die Frage des politischen Opportunismus rücken heisst das Problem von vornherein verfehlen. Denn der Opportunismus ist nichts mehr und nichts weniger als ein System von taktischen Auskünften, vermöge deren sich eine kämpfende Partei der gegebenen Umwelt äusserlich anpasst, um die von ihr gewünschten Erfolge desto reichlicher und leichter zu erringen. Diese Erfolge und Ziele kann man an den Überzeugungen nachprüfen, die taktischen Hilfsmittel dagegen sind für innerliche Werte letzten Endes inkommensurabel. Bei einfachen politischen Operationen begreift dies jedermann. Ob ich jetzt spreche oder schweige, dem Gegner antworte oder ihn unwidersprochen lasse, sagt mir nicht das Prinzip, welches es auch sei, sondern die Klugheit und das Gebot der Stunde. Dies gilt aber durch alle Betätigungen der politischen Praxis. Wäre Glauben und Bekennen Wesen und Inhalt unserer Bewegung, dann müssten wir in der Gradlinigkeit unseres Tuns auf die einfachsten politischen Operationen verzichten, könnten also überhaupt nicht Partei sein. Wenn aber eine Regel des Handelns, die mit dem Anspruch allumfassender Bedeutung auftritt, gerade im alltäglichen Tun völlig ausgeschlossen erscheint, so lässt sich ihre Flucht zu den komplizierteren und selteneren Aktionen befriedigend nur damit erklären, dass mit der Entfernung vom unmittelbar Anschaulichen und ständig Wiederholten bei den meisten Menschen die verstandesmässige Unterscheidung von Nützlich und Schädlich aufhört und durch das Surrogat moralischer Vorurteile ersetzt wird.

Gleichwohl leuchtet die Begriffsidentität von Opportunismus und praktischer Politik so sehr von selbst ein, dass nur besondere geschichtliche Voraussetzungen ihre Trennung im Denken der Menschen bewirkt haben können. Und diese liegen tatsächlich in der vorpolitischen Frühzeit des Sozialismus. In den Jahren des Werdens erschöpfte sich alles Tun darin einen Teil der Massen für die neuen Gedanken zu gewinnen. Auch hierbei waltete ein Opportunismus, aber der Opportunismus der Propaganda, nicht der des Handelns. Ideen gewinnen am leichtesten Eingang in die Menge, wenn sie sich in die Form unbedingter Glaubenssätze hüllen; deshalb musste ihnen die Agitation alle Einschränkungen

nehmen, mit denen sie ursprünglich innerhalb des wissenschaftlichen Systems umgeben waren. Ideen erschüttern zu tiefst die Herzen, wenn sie von ethischem Pathos getragen werden: deshalb verlieh die Agitation rein wirtschaftlich-politischen Begriffen durchwegs den moralischen Oberton. Das alles geschah natürlich nicht aus einer bestimmten pädagogischen Absicht sondern vorwiegend unbewusst bei denen, die es taten, wie bei denen, die es erlitten. Denn als ein Prediger kleiner Gemeinden das Bild einer weltumspannenden Bewegung zu erfassen und festzuhalten erfordert Begeisterung, und Begeisterung ist stets bereit ihre Gegenstände mit absolutem Wert zu unkleiden wie sie mit ethischer Hochgestimmtheit eng verschwistert ist. Schon bei Marx selbst erscheint der Klassenkampf einmal als eine rein historisch-ökonomische Kategorie, das andere Mal mit den deutlichen Akzenten eines sittlichen Gebots. In der agitatorischen Praxis musste der Begriff vollständig ins Ethische übergehen. Diejenigen, die lehrend ins Volk eindringen, idealisierten notwendigerweise den Arbeiter, weil ihren Erwartungen sonst die Stütze in der Wirklichkeit gefehlt hätte. Die Arbeiter selbst, die bisher ihre Klassenlage teils menschlich-primitiv teils religiösbetont als Tücke des Schicksals, als lastenden Fluch, als bittere Unbill und die Klassenlage des Reichen als ungerechten Vorzug mit Hass und doch zugleich mit einem Gefühl Erniedrigter empfunden hatten, verquickten die neuen Vorstellungen vom Wesen des Klassengegensatzes unumgänglich mit den Gefühlen ethischer Verwerfung, von denen die alten begleitet gewesen. Die sittliche Wertskala änderte freilich dabei ihre Vorzeichen: Selbsterniedrigung wandelte sich in Selbstbewusstsein, dumpfes Ressentiment in kraftvolle Opposition. Die Idee des Klassenkampfes wurde zum Jenseits, zu dem die höchsten Hoffnungen aufflogen, aus dem Kampf freudigkeit und Tatenlust auf die Gläubigen niederströmte. Es gibt wenige Ereignisse der neueren Zeit, die ein gleich grossartiges Bild gewähren wie diese Umwälzung der Gedanken- und Gefühlswelt des Proletariats durch den Sozialismus.

Für die praktische Politik jedoch gewährt die Anfangszeit keinerlei Beispiele und Massstäbe. Das Handeln bestand darin, dass eine sozialistische Bewegung in den Massen angebahnt wurde; die Wirkung nach aussen, so tief und weit sie reichte, war wesentlich eine indirekte, stellte sich in Reaktionen dar, die die ungeheure Tatsache des Entstehens einer Arbeiterpartei bei der Staatsgewalt und den in Macht und Besitz befindlichen Schichten hervorrief. Sie wurde sogar ungemein gefördert durch die ethische Fassung und Überspannung des Klassenkampfesbegriffs, in den die Vorstellung und das Gefühl der Abgeschlossenheit, der Absondertheit, der *anderen Welt*, der *zweiten Nation* zugleich aus den umgewerteten Pariasempfindungen einer wehrlos geknechteten Masse — von den Lastern der Unterdrückten spricht Lassalle — und aus den Siegeshoffnungen einer sich als Kämpferschar idealisierenden Gemeinschaft eingegangen war. Allein in der täglichen Praxis des Handelns konnte der Begriff der absoluten Scheidung nicht aufrecht gehalten werden, und deshalb verschwand er zunächst im gewerkschaftlichen Leben, also dort, wo doch der Klassengegensatz als Tatsache am reinsten und schroffsten zu tage tritt. Ein Kämpfen und Vertragen von Tag zu Tag, wie es Umstände und Marktlage gewähren oder versagen, war unvereinbar mit einem Idealismus, dem schon die Berührung mit dem Gegner wie eine Verunreinigung der Gesinnungen erscheint. Unter dem Druck der unausweichlichen Notwendigkeit

des wirtschaftlichen Daseins entwickelten sich hier, wenig oder gar nicht von Theorien bestimmt, rein empirisch Regeln des praktischen Handelns, und der Klassengegensatz kehrte aus dem Jenseits absoluter moralischer Werte in das Diesseits der Ökonomie zurück, wurde wieder zum ökonomisch-politischen Begriff. Der ethische Begleitton der Handlungen und Worte wurde zusehends schwächer. Die Gewerkschaften schliessen Tarifverträge, bauen lieber auf regelmässig erhobene Abgaben als auf den Appell an die Solidaritätsgefühle, lernen Spaltungen unter den Unternehmern zu benutzen, einen Teil gegen den andern auszuspielen.

Was Opportunismus ist, kann jeder an einer gut geleiteten Gewerkschaft auf eingehendste studieren. Und doch bietet der politische Schauplatz der praktischen Betätigung einen viel freieren Spielraum, weil die Interessengegensätze hier nicht ebenso klar umschrieben sich von einander abheben. Daraus schon ist zu ersehen, dass nicht der Klassenantagonismus als solcher sondern sein Vorstellungsbild die Entfaltung der politischen Praxis hemmt. Diese ist selbst dort schon behindert, wo eine Partei sich vorschreibt, mit wem sie verhandeln könne und mit wem nicht. Wäre die Parteipolitik von den Stimmungen der Anhänger unabhängig, das heisst, gingen diese immer und jedesmal mit, so wäre der ideale Zustand einer Taktik erreichbar, wo einzig die vorgesetzten Ziele als wesentlich erscheinen, und die Mittel bloss nach ihrer Zweckdienlichkeit abgeschätzt werden. Für kurze Zeit und unter besonderen Verhältnissen kann tatsächlich das vielgestaltige Gebilde einer Parteiorganisation eine solche an die Disziplin des Heers gemahnende Geschlossenheit gewinnen. Als im österreichischen Parlament die Entscheidung über die Wahlreform schwankte, konnten sich in einzelnen Phasen des Kampfs Christlichsoziale und Sozialdemokraten, also die nächsten und erbittertesten Feinde, fast bis zur Zusammenarbeit nähern: das Ziel stand eben den Massen so klar vor Augen, dass über die Zweckbestimmtheit der Handlungen kein Zweifel aufkommen konnte. Aber dafür hatte diese Kooperation auch keinerlei Milderung der politischen Feindschaft zur Folge; beide wirkten zusammen bei ungemindertem Hass und begleitet von dem Gedanken das Resultat der gemeinsamen Arbeit nach Kräften vor allem gegen den augenblicklichen Bundesgenossen zu verwenden. Das Zentrum gibt ein noch instruktiveres Beispiel. Seine ausserordentliche Macht ruht wesentlich auf der überlegenen Taktik, und diese hat ihre Möglichkeit darin, dass die Partei mit inneren Widerständen weniger zu rechnen braucht. Allein selbst, wenn sie zu weit gehen und in besonderen Fällen sich verrechnen sollte, so wird jeder die Ursache in der sozialen Vielspältigkeit ihrer Anhängerschaft suchen: dass sie aber als katholische Partei, die vom konfessionellen Gegensatz so viel Kraft zieht, dennoch mit den schroffsten Vertretern der protestantischen Idee dauernde Bündnisse schliesst, hat ihr noch nie geschadet. Der Katholizismus ist hier eben eine in sich fest begründete Überzeugung — oder erscheint wenigstens als solche —, er fühlt sich seiner selbst gewiss, muss nicht besorgen im Bündnis mit dem anders Denkenden sich zu verlieren. So ist das Mitgehen der Anhänger, ihr Verständnis für die scheinbaren Paradoxa einer in wechselnden Stellungen mit wechselnden Feinden kämpfenden Taktik freilich die jeweilig absolute Schranke dafür, was der Partei an Opportunismus erlaubt und zuträglich sein mag. Allein wer gegen den Opportunismus kein anderes Argument aufzubringen hat als dass

die Masse *irre* werden könnte, darf sich nicht einbilden eine sogenannte *prinzipielle* Haltung einzunehmen. Auch er stellt sich nur als Opportunist dar, den die Nützlichkeitsabwägungen des gesicherten Parteizusammenhalts bestimmen. Sein rückwärts gewandter Opportunismus des Beharrens und Erhaltens stemmt sich gegen den vorwärts dringenden Opportunismus der Tat, der für die Partei und Klasse neue Provinzen erobern will.

Bildet der Mangel an Verständnis und Mitgehen in der Masse eine Schranke, so kann das Gebot nicht lauten: hinter ihr untätig stehen zu bleiben sondern sie niederzulegen. Und an diesem Punkt zeigt sich freilich, dass der Opportunismus — an sich eine rein äusserliche Form des Verhaltens ohne Beziehung zu der Tiefe und Intensität der Gesinnungen — zu seinen Voraussetzungen selbst eine gedankenumwandelnde Propaganda hat: die wenigen Glücksfälle ausgenommen, wo der Zwang der Dinge Vorurteile zum Schweigen bringt und das unbedingte Vertrauen in die Redlichkeit und Lauterkeit des Wesens führender Personen diesen die Freiheit des Handelns sichert. Die opportunistische Taktik verlangt jedoch eine Umwandlung der Anschauungen nicht nur in den eigenen Reihen. Dem Gefühl, dass alles, was der Sozialdemokratie gegenübersteht, eine unterschiedslose reaktionäre Masse sei, entspricht auf der Gegenseite das Kastempfinden, das Rangunterschiede von Mensch zu Mensch aufstellt, die Spiessenangst vor den wimmelnden, gierigen Massen, die patriotische und nationale Beklemmung gegenüber der internationalen Arbeiterpartei. Auch auf der andern Seite schieben sich Vorurteile vor die Erwägungen und erschweren ein Zusammengehen derjenigen Parteien, ohne deren gemeinsames Handeln bestimmte, von der Zeit geforderte und daher allgemein empfundene politische und soziale Reformen den am Veralteten und Überlebten aus egoistischem Interesse oder in störriger Dumpfheit Festhaltenden nicht abgerungen werden können. Wenn nun in einem Land, wie in Deutschland, wo so viel über Kastengeist und lächerliche Rangunterschiede geklagt wird, immer und immer wieder das durch Zeitumstände für bestimmte Zwecke erheischte Zusammengehen bürgerlicher Parteien mit der Sozialdemokratie schliesslich an Stimmungen und prinzipiellen Bedenklichkeiten scheitert, und so die Macht des Alten nach den schwersten moralischen Niederlagen stets doch unerschüttert bleibt, weil die Schar der Gegner durch Zwietracht geschwächt ist: so scheint es eine der dringlichsten Pflichten geistig hervorragender Persönlichkeiten auf beiden Seiten zu sein Vorurteile wegzuräumen, an denen das politisch Notwendige bisher eine unüberwindliche Schranke gefunden hat. Und die nächste Voraussetzung dazu ist schon die persönliche Annäherung. Wer über Korpsgeist und Korpsstudentengeist, über das wechselseitige Sichabschliessen der einzelnen Gesellschaftszirkel, über Adelsvorurteil, Patrizierhochmut und Philisterrespektabilität spottet, darf Männern nicht wehren, die den Mut haben über die Abgründe zu springen, die von der Meinung erfüllt sind, dass man bei aller Wahrung der eigenen Überzeugungen im Geistigen die Gemeinsamkeiten des Kulturmenschen und Gentlemans pflegen dürfe. Das strengste Festhalten der Klassenkampffidee hat mit der geistigen Abschliessung des Menschen vom Menschen nichts gemein, es gewährt, als wirtschaftlich-politische Kategorie gedacht, keinen Anlass geistige und politische Berührungen mit dem Gegner nach Art einer rituellen Befleckung zu werten.

Führt man die Betrachtung bis zu diesen Folgerungen, so erkennt man zugleich, dass man sich selbst wohl hüten müsse scharfe Unterscheidungen zu machen, die nur in der Abstraktion, nicht in der Welt der Tatsachen, zu Recht bestehen. Opportunistische Taktik einer agitatorischen entgegenzustellen muss schon darum ein Fehler sein, weil von einem bestimmten Stadium der Entwicklung der Opportunismus zum wirksamsten Agitationsmittel wird. Der Klassen Gegensatz, in der Form einer schroffen Absonderung festgehalten, wird zum Hindernis in Schichten einzudringen, die ihrer Klassenlage nach ganz oder halbwegs dem Proletariat angehören, aber ideologisch mit dem Staat und den herrschenden Schichten verknüpft sind. Jenes ganze ungeheure Heer der Unterbeamten müsste ein ungemein ergiebige Feld der Agitation darstellen, aber es wird sich der Arbeiterpartei dann am leichtesten erschließen, wenn auf ihr nicht mehr der gesellschaftliche Bann lastet. Nun kann ein Staat wirksamer, der andere, bei geringerer Konsequenz, weniger wirksam den sozialen Boykott gegen die proletarische Partei ausüben: immer wird hier zuletzt die öffentliche Meinung entscheiden, die in hohem Mass von jener beweglichen Schicht der Intellektuellen mitgebildet wird, die zunächst ethische, ästhetische und nationale Gesichtspunkte in Zuneigung und Hass leiten. Das eben macht für die Sozialdemokratie die Annäherung an das allgemeine geistige Leben so fruchtbar, dass sie die Widerstände schwächt, die jenseits aller Klassengegensätze Vorurteil und Stimmung gegen die Arbeiterpartei aufbauen.

XX

## WOLFGANG HEINE · DIE STELLUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN REICHSTAGSFRAKTION ZUR ERBSCHAFTSSTEUER



ON den Genossen Emmel und Stadthagen ist eine Diskussion über die Stellung der Reichstagsfraktion zur Erbschaftssteuer eröffnet worden, und Genosse Hoch hat sie fortgesetzt. Alle drei sind Mitglieder der Reichstagsfraktion, alle drei halten es für angemessen angebliche Enthüllungen über einen Zwiespalt in der Fraktion zum besten zu geben. Namentlich die Genossen Hoch und Emmel warnen mit ernster Miene vor der drohenden revisionistischen Gefahr. Dabei versäumen sie, und ihnen folgend auch andere Gewissensschärfer, nicht sich als die unbestechlichen Hüter der reinen Lehre und Verfolger der Lauen und Abtrünnigen zu empfehlen. Die hier als Glaubensstreiter auftreten, sind aber untereinander nichts weniger als einig, nicht einmal über den einfachen Tatbestand. Der Genosse Emmel musste es sich gefallen lassen, dass das offizielle Pressebureau der Partei seine Darstellung berichtigte. Das Verlangen der *Münchener Post* nach einer vollen Aufklärung hat das Bureau freilich nicht erfüllt, vielleicht auch nicht erfüllen können, weil die Geheimnisse des esoterischen Kreises, über den Emmel berichtet hat, dem Bureau selber nicht bekannt sein mögen.

Am liebsten möchte man das Ganze scherzhaft behandeln oder darüber schweigen. Aber die Treibereien in vielen Versammlungen, namentlich in Berlin, machen das leider unmöglich. Die Erörterung ist einmal im Gange, beschäftigt

die Öffentlichkeit und wird auch auf dem Parteitag nicht zu umgehen sein. Deshalb muss man, so peinlich es ist, dazu Stellung nehmen.

Der Tatbestand ist folgender: Als die Regierung die Steuervorlage eingebracht hatte, wurde in der sozialdemokratischen Parteipresse die vorgeschlagene Nachlasssteuer zwar als nicht hoch genug angesehen, aber doch als ein erster Schritt auf dem Wege der Nachlassbesteuerung der Abkömmlinge und Ehegatten begrüßt. Auch unter den Kollegen im Reichstag habe ich zunächst andere Stimmen nicht laut werden hören, bis einer der berufsmässigen Zionswächter ausserhalb der Fraktion, der der deutschen Sozialdemokratie Vorschriften zu machen pflegt, obgleich er von deutschen Verhältnissen nichts verstehen kann, herausfand, dass die Fraktion die Nachlasssteuer ablehnen müsste. Ein Artikel des *Vorwärts* machte sich diese Auffassung zu eigen, und zwar in einer Weise, die den Eindruck erweckte, als sollte die Fraktion darauf festgelegt werden, gegen die Steuer zu stimmen. Nun erst begannen Erörterungen in der Fraktion. Man war über diese Ungeschicklichkeit — um kein stärkeres Wort zu gebrauchen — des *Vorwärts*, die sofort von der gegnerischen Presse zu Treibereien gegen die Partei verwendet wurde, entrüstet, und keineswegs nur auf der revisionistischen Seite. Emmel, Stadthagen und Hoch hätten, wenn sie es schon nicht lassen konnten über die Angelegenheit öffentlich zu reden, ihren Zuhörern ehrlicherwise wenigstens erzählen sollen, wie sich damals Genosse Bebel gegen den *Vorwärts* und für die Annahme der Steuer ausgesprochen hat. Namentlich Stadthagen als Redakteur des *Vorwärts* hätte nicht verschweigen dürfen, dass ein ausdrückliches Tadelsvotum gegen den *Vorwärts* in Erwägung gezogen wurde, und wer dem widerraten hat, und aus welchen Gründen. Man einigte sich schliesslich vom *Vorwärts* die Aufnahme einer Notiz zu fordern, die ergeben sollte, dass die Auffassung des Blattes dessen Privatansicht und nicht die der Fraktion wäre. Der *Vorwärts* entledigte sich dieser Pflicht in so unloyaler Form, dass der Anschein entstand, als wäre die Fraktion doch seiner Meinung, und wollte nur zunächst nicht offiziell Stellung nehmen.

In der Kommission traten unsere Vertreter für die Nachlasssteuer ein, vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion im Plenum; die Ablehnung der Regierungsvorlage durch die Kommission machte vorläufig weitere Beschlüsse unnötig. Darauf schlug die Regierung die Erbanfallsteuer vor. Diese hatte weit weniger unseren Beifall als die Nachlasssteuer, immerhin enthielt auch sie die Ausdehnung des Prinzips der Erbschaftsbesteuerung auf Ehegatten und Nachkommen, also einen wichtigen Schritt vorwärts. Sie wurde deshalb auch von den Konservativen heftig bekämpft, weil diese die Entwicklungsfähigkeit einer solchen Steuer in der Hand des Reichstags fürchteten. Es gab nun in der Fraktion allerdings Debatten über den grösseren oder geringeren Wert der Steuer, aber fast durchweg war man sich einig, dass die Fraktion sich zunächst in keiner Weise dafür oder dagegen festlegen dürfte, weil die Umstände, unter denen die Schlussabstimmung sich vollziehen würde, noch nicht zu berechnen wären. Ohne jeden Widerspruch wurde auch konstatiert, dass man in der Kommission und der zweiten Lesung im Plenum für die Erbanfallsteuer stimmen müsste, sich aber die Abstimmung bei der dritten Lesung vorbehalten sollte. Darüber haben also durchaus keine erbitterten Kämpfe stattgefunden. Ein Antrag, die Fraktion solle schon vor der zweiten

Lesung sich über ihre Stellung in dritter Lesung schlüssig machen, stiess auf allgemeinen Widerspruch — wiederum nicht bloss bei den Revisionisten —, und mit überwältigender Mehrheit wurde beschlossen die Stellungnahme bis nach der Abstimmung der zweiten Lesung auszusetzen. Als in dieser die Erbschaftssteuer überhaupt gefallen war, äusserten viele Kollegen von beiden Richtungen ihre Freude, dass man den Streit um des Kaisers Bart vermieden und die Fraktion eine geschlossene Stellung gewahrt hätte. Diese Freude war nun freilich, dank Emmel und Stadthagen, verfrüht.

In dem Verlangen der endgültigen Zustimmung zur Erbschaftssteuer wird ein Aufgeben des Prinzips des Klassenkampfes und ein so schwerer Verstoß gesehen, dass wieder nach der Parteipolizei gegen die Revisionisten gerufen wurde. Worin aber die Ketzerei liegen soll, darüber sind die Inquisitoren noch nicht einmal einig. Emmel verlangt unbedingte Ablehnung wegen des »Verwendungszwecks«, Hoch lässt diesen Grund nicht gelten und weist ihn triftig zurück, behauptet aber, die Zustimmung zur Erbanfallsteuer würde uns die Verantwortung für die 400 Millionen anderer Steuern aufgebürdet, ja logischerweise uns gezwungen haben auch für diese zu stimmen. Er ist aber so ehrlich hinzuzufügen, dass niemand eine solche Abstimmung gefordert hat; in der Tat ist diese merkwürdige Logik das persönliche Eigentum des Genossen Hoch und allen anderen gänzlich unverständlich. Die Fraktion hat auch 1906 für die damalige Erbschaftssteuer und die Tantiemensteuer gestimmt, niemand ist aber auf den Einfall gekommen, dass sie deswegen auch die Fahrkartensteuer annehmen müsste. Stadthagen wieder bekämpft die Erbschaftssteuer als ein »Sprungbrett um dem Volk 400 Millionen indirekter Steuern aufzuerlegen«. Er sagt dies am 3. August, also nachdem diese 400 Millionen, ja mehr als dies, Gesetz geworden sind, ohne die Erbschaftssteuer. Von anderer Seite wird geltend gemacht, dass wir dem *herrschenden System* überhaupt *keinen Groschen* bewilligen dürften. Das sind nun freilich sehr verschiedene Argumente.

Soweit rein prinzipielle Fragen in betracht kommen, könnte über die Stellung der Fraktion zur Erbschaftssteuer kein Zweifel bestehen. Im speziellen Teil des Erfurter Programms unter Ziffer 10 wird sie ausdrücklich gefordert, sogar ohne Hervorhebung der Ausdehnung auf Ehegatten und Abkömmlinge. Als die heillose Verwirrung in den Reichsfinanzen einriss, hat unsere Partei die Ordnung der Finanzwirtschaft gefordert und als das von ihr gebilligte Mittel hierzu neben einer Reicheinkommens- und Vermögenssteuer eine Erbschaftssteuer verlangt.<sup>1)</sup> Bei dem Reformversuch von 1906 legte die Regierung ein Erbschaftssteuergesetz vor, das die Anwendung auf Abkömmlinge und Ehegatten nicht enthielt. Keinem Mitglied der Fraktion ist es damals in den Sinn gekommen diese Steuer abzulehnen. Wir beantragten die Ausdehnung der Steuer auf Deszendenten und Ehegatten, in sehr ähnlicher Weise wie der Regierungsentwurf vom Sommer 1909, aber obgleich dies fiel, stimmten wir doch für die Vorschläge der Regierung, natürlich unter Hervorhebung ihrer Unzulänglichkeit. Auch hierbei betonte die Fraktion die Notwendigkeit einer Sanierung des Reichsfinanzwesens durch die Erbschaftssteuer, deren Ertrag sie sogar von 48 auf 290 Millionen erhöhen wollte.<sup>2)</sup> Wenn wir schliess-

<sup>1)</sup> Siehe das *Handbuch für sozialdemokratische Reichstagswähler* / Berlin 1903, pag. 161.

<sup>2)</sup> Siehe den stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 9. Januar 1906 (Singer), 9. und 15. Mai 1906 (Bernstein).

lich gegen das Mantelgesetz stimmten, das die sämtlichen neuen Steuern umfasste, so taten wir dies lediglich, weil deren überwiegender Teil wegen seiner Verkehrs- und Volksfeindlichkeit uns unannehmbar schien. Niemand hat versucht, prinzipielle Bedenken gegen die Zustimmung zur Erbschaftssteuer als solcher geltend zu machen.<sup>3)</sup> Namentlich hat niemand behauptet, dass wir die Erbschaftssteuer nicht endgültig annehmen dürften, wegen der Verwendung ihrer Erträge, oder gar wegen unserer prinzipiellen Gegnerschaft zu dem jetzigen System, die uns hinderte diesem etwas zu bewilligen. Die Ausgaben, zu deren Deckung die bisherigen Einnahmen nicht ausreichten, hatten wir nicht bewilligt. Aber die Ausgaben waren gemacht, die Schulden mussten bezahlt werden. Da war es unsere Pflicht dafür zu sorgen, dass möglichst viel davon in einer unseren prinzipiellen Forderungen entsprechenden Weise gedeckt würde.

Nach diesem Grundsatz hat die Partei auch sonst gehandelt. Bei dem Flottengesetz von 1897-1898 hat die Sozialdemokratie beantragt den durch die Flottenvermehrung erwachsenden Mehrbedarf der Marine auf dem Wege einer progressiven Einkommensteuer auf Einkommen von mehr als 6000 Mark aufzubringen.<sup>4)</sup> Diese Steuer sollte also ausschliesslich zu einer von uns gemissbilligten marinistischen Verwendung dienen; ihr Zweck war natürlich der Schutz der Unbemittelten vor den sonst notwendigen neuen indirekten Steuern. Die Erbschaftssteuer von 1909 hatte nicht einmal eine so spezielle Bestimmung sondern sollte in die allgemeinen Reichsfonds fließen. Das Prinzip sprach also auch 1909 durchaus für die Annahme der Erbschaftssteuer.

In der Tat konnten nur aus Gründen der Taktik und parlamentarischen Konjunktur Zweifel über unsere endgültige Stellungnahme angeregt werden. Genosse Hoch lehnt zwar derartige »revisionistische« Erwägungen ausdrücklich ab, aber ich gestehe bereitwilligst zu, dass in solchen Fragen Programm und Prinzip nicht allein den Ausschlag geben können, sondern die praktischen Folgen entscheiden müssen. Hier ist zunächst zu betonen: Niemand, ob man von *Revisionisten* oder *Radikalen* spricht, hat je in Zweifel gezogen, dass wir ein Mantelgesetz, das die Erbschaftssteuer mit den indirekten Steuern untrennbar zusammenkoppelte, wie es die Zentrumspresse zeitweilig forderte, ablehnen würden, ganz wie wir es 1906 getan hätten. Wohl aber konnten in gewissen Momenten andere gewichtige Bedenken entstehen, rein taktische Probleme, aber gerade als solche von grösster Bedeutung.

Stadthagen wirft die Frage auf, ob wir mit unserer Zustimmung zur Erbschaftssteuer nicht ein »Sprungbrett« für die »400 Millionen indirekter Steuern« geschaffen haben würden. Diese Frage wäre an sich der Erwägung wert gewesen, ist aber von Stadthagen nicht richtig gestellt. Die Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern stand von vornherein fest, daran war nichts mehr zu ändern. Zweifelhaft war nur, wer sie bewilligen würde, ob der liberal-konservative, oder der konservativ-klerikal-polnische Block. Auch dies war freilich eine für die Sozialdemokratie höchst wichtige Frage. Wir mussten die Koalition der Liberalen und Konservativen, die praktisch allein gegen die Sozialdemokratie gerichtet war, zu sprengen suchen. Als die Nachlasssteuer beraten wurde, war noch mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Regierung

<sup>3)</sup> Siehe den stenographischen Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 9. Januar 1906 (Singer).

<sup>4)</sup> Siehe die Reichstagsdrucksachen, Session 1897-1898, Nr. 212.

die Steuer mit einer knappen Mehrheit gegen die Konservativen zur Annahme brächte, und dass dann die Liberalen ihre Blockpolitik mit den Konservativen fortsetzten. Dazu hätte die Sozialdemokratie nicht beitragen wollen, und so hätte sich, wenn unsere Stimmen den Ausschlag gegeben hätten, eine Situation ergeben können, in der sehr vieles dafür gesprochen haben würde aus taktischen Gründen die Nachlasssteuer abzulehnen. Es hätte dann äusserst sorgfältig abgewogen werden müssen, ob die Sprengung des Blocks ein so grosser Gewinn gewesen wäre, dass er die grossen Gefahren wett machen konnte, die in einer Ablehnung der Steuer gelegen hätten. Diese taktische Frage konnte wirklich sehr zweifelhaft sein. Wir können jedenfalls froh sein, dass uns durch die blinde Wut der Junker und die Schwächlichkeit der Regierung ihre Entscheidung erspart geblieben ist. Diese Erwägungen sind jedoch gerade auch von Revisionisten angestellt worden; keiner hat deshalb für alle Fälle und unbedingt die Zustimmung zur Nachlasssteuer gefordert, sondern gerade aus diesem Grunde wurde die Aussetzung der Entschliessung verlangt, die sich erst aus der Lage des Moments ergeben konnte. Zur Zeit der Abstimmung über die Erbschaftssteuer spielte diese Frage eine viel geringere Rolle. Der konservativ-liberale Block war gebrochen. Das Zentrum hatte die Hand der Konservativen gefasst, und wer es kennt, der wusste, dass es sie fest umklammert halten würde, dass es das neue alte Bündnis nicht für den zufälligen Moment sondern unter Garantie der Dauer geschlossen hätte. Trotz aller Bemühungen wäre damals der Block von 1907 auch durch eine Annahme der Erbschaftssteuer mit unserer Hilfe nicht mehr erneut worden.

Also die Furcht den Freisinnigen mit der Erbschaftssteuer ein Sprungbrett für die indirekten Steuern zu liefern und den alten Block zu retten brauchte uns nicht besonders zu ängstigen. Immerhin war es wegen der nicht völligen Klarheit der Situation gut auch noch bei der Erbschaftssteuer die Stellungnahme dritter Lesung sich vorzubehalten, wie es geschehen ist. Dagegen ist zu betonen, dass ausser den prinzipiellen Gründen auch wichtige taktische Erwägungen für die Zustimmung zur Erbschaftssteuer sprachen. Nicht wie Emmel behauptet, dass die Revisionisten gehofft hätten durch unsere Zustimmung zur Erbschaftssteuer die Regierung zu deren Ablehnung zu zwingen. Ich weiss nicht, wie er auf dies unsinnige Missverständnis kommt. Allerdings aber mussten wir die Wirkung einer Ablehnung auf die öffentliche Meinung und die Wähler in betracht ziehen. Das verstehen auch die Genossen im Lande sehr gut. In einer Versammlung des Kreises Kassel-Melsungen ist die Haltung der Fraktion mit der Begründung gebilligt worden, dass sie das Vertrauen der Volksmassen zur Partei wesentlich gefestigt habe, und ein Redner hat ausgeführt: »Wie hätten wir im Kreise Kassel-Melsungen dagestanden, wenn es geheissen hätte: der Reaktionsär Lattmann stimmt für, die Sozialdemokratie gegen die Erbschaftssteuer.«<sup>5)</sup> Die Schwierigkeiten, die selbst die Konservativen jetzt bei ihrem gut gedrillten Stimmvieh haben, zeigen, welche Verstimmung sich erst in den selbständig denkenden Volkskreisen geltend gemacht haben würde. Es hätte sehr leicht kommen können, dass gerade unsere Stimmen den Ausschlag für oder gegen das Erbschaftssteuergesetz gegeben hätten. Sollten wir es in diesem Falle verantworten die immerhin etwa 60 Millionen Mark, die diese Steuer den Wohlhabenden auferlegt haben würde, ihnen zu

<sup>5)</sup> Siehe den Bericht in der *Münchener Post* vom 20. August 1909.

ersparen und dadurch dem schwarz-blauen Block die Möglichkeit zu gewähren, den selben Betrag den Volksmassen in Gestalt indirekter Abgaben aufzuhalten? Verhindern hätten wir dies nicht können, weil zu diesem edlen Zweck die Freikonservativen sich wieder zu der neuen Koalition gesellten. Wir hätten also formell und moralisch die Schuld an einer erheblichen Mehrbelastung des Volks getragen.

Genosse Hoch sagt, wir hätten es vor allem zu einer Reichstagsauflösung treiben müssen. Ganz recht, aber doch wohl nur zu einer unter einer uns günstigen Parole. Glaubt man, dass wir bei der Neuwahl in einer vorteilhaften Stellung gewesen wären, wenn wir als Verbündete der Konservativen und des Zentrums, und als Schuldige am Fall der Erbschaftssteuer dagestanden hätten? Den Vorteil aber hätten die Regierung samt den Liberalen gehabt. Fürst Bülow hat gesagt, er hätte nicht auflösen wollen, um keinen Wahlkampf gegen die Konservativen zu führen. Begreiflich; aber eine Auflösung gegen die Sozialdemokraten und das Zentrum und den Bruchteil der Konservativen, die er als die *Verbündeten der Roten* hätte hinstellen können, wäre ihm wahrscheinlich sehr gelegen gekommen. Der Wahlkampf hätte sich wieder wie 1907 in erster Reihe gegen uns gerichtet, die konservativen Wähler wären für die Erbschaftssteuer mobil gemacht worden, Nationalliberale, Freikonservative und Antisemiten hätten einige Erfolge gegen rechts erzielt, schon bei den Stichwahlen hätte sich die ganze Koalition wieder gegen uns zusammengefunden, wir hätten vielleicht eine neue Niederlage erlitten, und das Resultat nach der Wahl wäre eine Erneuerung des konservativ-freisinnigen Blocks auf Grundlage der Erbschaftssteuer und in einer dem Fürsten Bülow angenehmeren Form gewesen. Die Möglichkeit zu einem solchen Vorgehen hätte die Regierung jedenfalls gehabt, wenn wir die Erbschaftssteuer abgelehnt hätten.

Man sollte jetzt wirklich nicht mehr im Zweifel sein, dass es für die Partei ein grosses Glück war, wenn, dank der Besonnenheit der grossen Mehrheit der Fraktion aus beiden Richtungen, solche Konsequenzen vermieden worden sind. Die Partei befindet sich jetzt in einer günstigeren Lage als jemals seit dem Dresdener Parteitag. Wer freilich sich auf den Standpunkt stellt, dass innere Zänkereien die Partei fördern, der mag eine Wiederholung der Dresdener Polemiken wünschen, wer 1907 den Genossen einreden wollte, die Wahlniederlage hätte uns unserem Ziele erheblich näher gebracht, der mag noch mehr solcher Erfolge wünschen; die grosse Mehrzahl der Parteigenossen denkt wohl darüber anders. Wozu also eine Zänkerei darüber, was hätte geschehen können, wenn — ja, wenn geschehen wäre, was nicht geschehen ist? Merken denn die Verursacher dieses neuen Skandals nicht, welcher Beweis politischer Unfähigkeit in solchen Streitereien liegt, und wie sie die Partei damit diskreditieren? Oder wünschen sie das, um die *glänzende Isolierung* der Sozialdemokratie recht gründlich zu sichern? Wenn etwas der Sorte von liberalen Führern, die das Bündnis mit den Konservativen zurücksehnen, gelegen kommen kann, so ist es dieses Treiben.

Man würde nicht begreifen, weshalb dieser Feldzug begonnen worden wäre, wenn nicht die Reden der Emmel, Hoch und Ledebour deutlich zeigten, dass das Ganze auf eine Hetze gegen eine Anzahl Kollegen, die man die *Revisionisten* nennt, hinausläuft, gegen die man die Wähler misstrauisch machen, oder die man ein-

schüchtern möchte. Hoch will das Wort *Ketzergericht* nicht hören. Aber was heisst es anders, wenn er erklärt, die Arbeiter hätten »die Abgeordneten, die sie verdienen«, wenn er darüber Beschwerde führt, dass »ganz radikale Kreise revisionistische Abgeordnete haben«, und wenn er die Revisionisten unverblümt auffordert »zurückzutreten«? Und ähnlich Ledebour, der die Parteigenossen im ganzen Reich ersucht nur Genossen in den Reichstag zu schicken, die »ganz zuverlässig« sind, also seine Kollegen in geschmackvoller Weise als *unzuverlässig* denunziert. Gegen die sachlichen Leistungen der Betreffenden weiss keiner etwas einzuwenden; der Glaube aber ist nicht zuverlässig. Ist das keine Ketzerriechei? Zu dem selben Zweck wird die Fraktionsdiskretion gebrochen, in einem Fall, wo sie wirklich nötig und unbedenklich zu wahren gewesen wäre, und es wird naiv zugegeben, dass irgend ein *radikales* Konventikel unter sich schlüssig geworden war, wenn die Mehrheit die Annahme der Erbschaftssteuer in dritter Lesung beschliessen sollte, diesen Beschluss zu brechen. Ich bin nicht gerade ein Anhänger einer Fraktionsdisziplin unter allen Umständen und halte eine Teilung der Fraktion bei manchen Abstimmungen für unbedenklich. Mehrheitsbeschlüsse in solchen Fragen haben auch für mich keine unbedingte Heiligkeit. Aber es kommt auf die besonderen Verhältnisse an, und in einer so kritischen Lage wäre es nach meiner Meinung nicht zu verantworten gewesen, wenn sich ein Teil der Fraktion einer taktischen Meinungsverschiedenheit wegen abgesplittert hätte. Welch ein Skandal losgegangen sein würde, wenn man Revisionisten einer solchen Auflehnung gegen die allerheiligste Disziplin hätte bezichtigen können, zeigt der Lärm nach dem Nürnberger Parteitag. Geschieht es aber zur höheren Ehre des *Radikalismus*, ja, Bauer, so ist das ganz was anderes.

Es scheint, als ob für gewisse Leute keine Rücksicht auf die Parteiinteressen mehr existierte, wenn ihre Neigungen und Abneigungen in Frage kommen. Sonst wäre es nicht möglich, dass die Fraktion als in zwei Lager zerfallen hingestellt würde, die einander bei jeder Gelegenheit befehdeten, und deren Gegensätze nur notdürftig verkleistert würden. Wer freilich nur sieht, wie hier einige Abgeordnete als Denunzianten gegen ihre Kollegen auftreten, und wer ihrer Schilderung der Verhältnisse glaubt, muss denken, dass es in der Fraktion nicht auszuhalten wäre und eine tolle Verwirrung herrschte. Zur Beruhigung der Parteigenossen kann ich aber versichern, dass die Gegensätze gar nicht so gross sind, und sich die Arbeit in der Fraktion im allgemeinen ohne jede Schwierigkeit abwickelt. Unterschiede in den theoretischen Grundanschauungen mögen vorhanden sein, spielen aber kaum eine Rolle, weil die grosse Mehrzahl der Kollegen nicht aus Theoretikern besteht, und weil die Gesetzesvorlagen und Anträge, mit denen die Fraktion zu tun hat, keine Gelegenheit zu theoretischen Redeübungen geben. Aber auch irgend wie ernsthaftige Differenzen taktischer Natur sind äusserst selten. Ich habe jetzt 11 Jahre parlamentarischer Arbeit hinter mir und erinnere mich ausser dieser verfrühten und, wie sich ergeben hat, unnützen Erörterung über die Erbschaftssteuer dritter Lesung, die sich übrigens auch in durchaus kollegialen Formen abwickelte, nur einer einzigen tiefer gehenden Auseinandersetzung. Es handelte sich damals um die auch von Bebel und Molkenbuhr in Dresden erwähnte Frage der Abstimmung über die Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes. Ich bin heute mehr denn je der Ansicht, dass die Fraktion dies

Gesetz, das die Unfallversicherung auf eine Reihe von Berufen ausdehnte und eine Anzahl erheblicher Verbesserungen brachte, nicht ohne Schaden für die Partei hätte ablehnen können. Aber ich war mir stets klar, dass auch gewichtige Gründe für das Gegenteil geltend gemacht werden könnten. Meinungsverschiedenheiten in solchen Fragen sind ein Beweis regen geistigen Lebens in der Partei. Wer freilich, wie neuerdings die Redaktion des *Vorwärts*, es als Pflicht ansieht abweichende Ansichten nicht einmal zu Worte kommen zu lassen und die Genossen zu hindern auch nur Kenntnis von ihnen zu nehmen, der mag es beklagen, dass in der Fraktion auch einmal verschiedene Meinungen auftreten. Wenigstens wird er darüber schreien, wenn er einmal in der Minderheit ist oder in sie zu kommen fürchtet. Das ist Ketzerrichterei. Aber ich betone noch einmal: In 99 % aller Fälle ist die Abstimmung der Fraktion von vornherein unstrittig, und wo kleine Differenzen vorkommen, werden sie fast ohne Schwierigkeit und in kollegialer Weise erledigt.

Demgegenüber weiss ich wirklich nicht, was das Geschrei über die furchtbaren Gegensätze in der Fraktion heissen soll. Mögen Emmel, Hoch und Ledebour doch einmal sagen, an welchen *radikalen Heldentaten* sie durch die *unsuverlässigen* Elemente in der Fraktion gehindert worden sind. Vielleicht an einer Obstruktion nach tschechischem Muster? Gott bewahre, kein Gedanke daran. Ledebour weist ja selber die Wirkungslosigkeit einer Obstruktion nach und geht dabei weiter als mir persönlich richtig erscheint. Oder haben die Revisionisten die Proklamierung des Generalstreiks durchkreuzt? Es hat ihn ja niemand gefordert.

Die Wahrheit ist, dass der Gegensatz zwischen einer *radikalen* und einer *revisionistischen* Politik — oder welche Ausdrücke gerade Mode sind —, über den nun seit fast 20 Jahren unaufhörlich geredet wird, soweit er überhaupt existiert, in der praktischen Parlamentstätigkeit keine Gelegenheit findet hervortreten. In Fragen der Gesetzgebung ist die Fraktion fast immer einig. Dagegen muss — da doch einmal nichts vertuscht werden kann und soll — gesagt werden, dass manche von uns bereits die Überzeugung gewonnen hatten in Personalangelegenheiten von anderen Kollegen nicht als voll behandelt zu werden. Ich möchte ohne Not Einzelheiten nicht mitteilen. Es erscheint mir auch nicht nötig, weil das öffentliche Vorgehen gegen die *unsuverlässigen* Abgeordneten den dokumentarischen Beweis dafür erbringt. Aber ich muss hervorheben, dass keineswegs alle sich für *radikal* haltenden Genossen hierbei die treibende Kraft sind, sondern es sich nur um eine kleine Gruppe handelt, die oft genug auch den Widerspruch der *radikalsten* Kollegen erregt, mit denen, wie nochmals festgestellt werden soll, sich der persönliche Verkehr und die gemeinsame Arbeit sonst in durchaus normaler, harmonischer Weise abwickeln.

Wir sogenannten *Revisionisten* lassen uns das Gehetz und Gewühl, alle diese Versuche das Vertrauen der Genossen zu uns zu erschüttern seit einem Jahrzehnt ziemlich ohne Versuche des Widerspruchs gefallen, weil uns die Sache höher steht als unsere Personen, weil wir in den Angriffen die Ausflüsse persönlicher Torheiten sehen, für die die Partei keine Verantwortung trägt, und in der Leichtgläubigkeit, mit der sie aufgenommen werden, eine Kinderkrankheit einer noch jungen Bewegung, die bei der Riesenhaftigkeit ihrer Entwicklung nach aussen noch nicht zu einer völligen inneren Festigkeit gelangen konnte.

Schliesslich aber scheint mir, dass es eine Grenze gibt, und wir es uns und unseren Wählern schuldig werden solchen Verdrehungen der Wahrheit und einem so frivolen Bruch des kollegialen Vertrauens und des Friedens in der Partei energisch entgegenzutreten.

XX

## EDUARD BERNSTEIN · DAS RECHT DES SOZIALDEMOKRATISCHEN SCHRIFTSTELLERS

**N**EBEN denjenigen Kämpfen und Aufgaben, die in allen Ländern moderner Entwicklung sich mit gleicher Notwendigkeit aus den politischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse heraus ergeben, hat die Sozialdemokratie in den verschiedenen Ländern noch mit allerhand Fragen zweiter Ordnung zu tun, die in den Besonderheiten der politischen Geschichte und Zustände dieser Länder und der Entwicklung der Parteien daselbst wurzeln. So bringen der Nationalitätenkonflikt in Österreich, die direkte Gesetzgebung in der Schweiz, das Zweiparteiensystem und die Wahlen nach relativen Mehrheiten in England, der Lokalismus und die Protektionswirtschaft in Frankreich Probleme mit sich, die wir in Deutschland entweder gar nicht oder nur in abgeschwächter Gestalt kennen. Aber auch die deutsche Sozialdemokratie hat ihre besonderen Fragen, und eine davon ist die Frage des Rechts der sozialdemokratischen Schriftsteller.

Zwei Umstände sind es, die dieses Recht hier zu einer besonderen oder besonders gearteten *Frage* machen. Der eine ist genereller Natur und wird daher früher oder später auch in anderen Ländern zu einer *Schriftstellerfrage* führen oder hat sie in einigen schon auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist dies die Existenz einer starken, den Parteiorganisationen gehörenden und von ihnen verwalteten Presse. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland in unvergleichlich höherem Masse als in irgend einem anderen Lande *Arbeitgeber* von Schriftstellern, und daraus ergibt sich bei der Eigenart des schriftstellerischen Berufs ein ganz bestimmtes Dilemma: Wo liegt die Grenze für das Recht des sozialdemokratischen Schriftstellers? Wer soll in Streitfragen die Haltung der Blätter bestimmen? Diese Frage, die eine wahre Antinomie umschliesst, wird, wie so vieles im Leben, im alltäglichen Gang der Dinge durch undefinierte Kompromisse geschlichtet, hat aber für die Fälle, wo tiefergehende Differenzen über Parteifragen ins Spiel kommen, noch keine allgemein anerkannte Lösung gefunden. Man hilft sich durch allerhand Auskunftsmittel über Schwierigkeiten hinweg, die sich hier und da auf grund ihrer einstellen, und zwar am häufigsten wohl dadurch, dass über die strittige Frage im Parteiblatt möglichst gar nicht oder nur referierend gesprochen wird. Viel seltener stösst man dagegen auf das Mittel solche Fragen von verschiedenen Personen im Blatt diskussionsmässig behandeln zu lassen, und wo es gewählt wird, ruft seine Handhabung gewöhnlich bei den Parteigenossen ein Gefühl des Unbehagens hervor. Zum Teil ist das letztere die Folge der meist unschönen Formen der Polemik, die übrigens keine Eigentümlichkeit der Sozialdemokratie Deutschlands sind, deren Ursachen wir vielmehr in Gewohnheiten zu suchen haben, die überhaupt in unserem Lande weit verbreitet sind. Die Überschätzung der Schulgelehrsamkeit, die Heinrich Heine so hübsch verspottet hat, und gegen die

heute Wilhelm Ostwald seinen, trotz mancher Übertreibungen wohlberechtigten, Kreuzzug führt, kommt in der Polemik der Deutschen in Gestalt eines abstossenden Schulmeisters zum Ausdruck. Es ist mir das so recht aufgefallen, als ich vor Jahren einmal in einer englischen Revue eine Polemik zwischen Herbert Spencer und August Weismann über die Frage der Vererbung erworbener Eigenschaften las. Mit welcher Achtung behandelte Spencer den deutschen Zoologen, und wie hochmütig putzte dieser den englischen Soziologen, der doch auch nicht der erste beste war, von oben herab herunter. Vielzuvielen glauben bei uns sich etwas zu verheben, wenn sie den Gegner nicht als geistig oder mindestens moralisch minderwertig behandeln. Selbst wenn es sich bloss um ein — vielleicht vom Setzer — falsch gesetztes Komma oder irgend eine ähnliche Nebensächlichkeithandelt, wird sie mit Wollust aufgegriffen, um als Probe von des Gegners Ignoranz aufgetischt zu werden.<sup>1)</sup> Dieser, zwar nicht ausschliesslich oder doch vorzugsweise in Deutschland verbreiteten Unsitte haben auch die beiden grossen Männer, die wir als die geistigen Väter der deutschen Sozialdemokratie verehren, reichlich gefrönt, und mit ihrer theoretischen Hinterlassenschaft hat sich auch vieles von ihren polemischen Gepflogenheiten den Nachkommen mitgeteilt. Einst war Lassalle das polemische Muster, wofür das Büchlein des verstorbenen Genossen Jakob Franz gegen Victor Böhmert drastische Proben aufweist. Heute ist's Marx. Aber von Lassalle lebt noch ein anderes Erbstück nach, das der Inventur bedarf: seine Beurteilung der Presse und der Berufsjournalistik.

Ich sage ausdrücklich: der Inventur; denn Lassalle hat sehr viel Richtiges und Beherzigenswertes über die Presse und das Literatentum gesagt. Aber daneben läuft in seinem Urteil ein gutes Stück Zopfgeist und auch etwas von der Selbstgerechtigkeit des Mannes, der es nicht nötig hat. Genau um die selbe Zeit, wo Lassalle seine rheinische Rede über die Presse hielt, donnerte in der Knabenschule, die ich damals besuchte, unser Geschichtslehrer vom Standpunkt des Hohenzollernverehrers aus wider dieses verwerfliche Institut, und um ein Beispiel von dessen Geringwertigkeit zu geben, erzählte er uns, dass der Redakteur einer damals vielgelesenen Berliner Zeitung — man denke! — beim Abiturientenexamen durchgefallen sei. Ein charakteristisches Gegenstück zu Heines: »Er konnte *mensa* nicht deklinieren...« Wie ein Volk, was es von anderen übernimmt, seinem eigenen Geist gemäss verarbeitet, so haben auch unsere Arbeiter seinerzeit Lassalles Urteil über die Journalisten sich nach eigenen Gesichtspunkten zurechtgelegt. Auf einem unserer früheren Kongresse sagte einmal ein Delegierter, als vom Blatt seines Wohnorts die Rede war: »Wir hatten schon *A* und *B* als Redakteure, die ihre Schuldigkeit taten, und wir brauchten in der Person von *C* nicht noch einen Faullenzer mehr.« Auer machte mich darauf aufmerksam, dass hier nicht bloss ein Satzfehler vorlag, sondern ungewollt der in der Brust des Redners schlummernde Gedanke herausplatzte, der Journalistenberuf sei überhaupt ein Faullenzerberuf. Hand in Hand mit dieser Idee ging die andere Vorstellung, dass der Beruf in ähnlicher Weise *unehrlich* sei wie es in der Zukunft *unehrliche* Gewerbe gab,

<sup>1)</sup> In einem Aufsatz des Professors von Düring über die internationale Leprakonferenz im Tag vom 26. August dieses Jahres lese ich folgenden Satz, der offenbar auf grund von bestimmten Vorurteilen, das selbe Urteil ausspricht: »Beiläufig möchte ich den Wunsch aussprechen, dass die deutschen Gelehrten lernten jede Meinung zu achten und den wissenschaftlichen Differenzen nicht immer persönliche Spitzen zu geben — besonders nicht im Auslande vor einem Forum internationaler Männer.« Man sieht, wie sehr es sich um eine deutsche Unart handelt.

und dass seine Träger, wenn auch noch so tüchtig, zweifelhafte Gesellen seien, denen man nicht über den Weg trauen könne, und die man danach zu behandeln habe.

Vieles ist darin mit der Zeit besser geworden, aber gewisse Reste sind doch geblieben. Auch heute noch schwebt gar manchen in der Partei der Gedanke vor, dass der sozialistische Schriftsteller unter eine Spezialgesetzgebung gestellt werden müsse. Was für jeden sonstigen Berufstätigen gilt, sei er Fabrikant oder Arbeiter, Kaufmann oder Landwirt, Arzt oder Jurist, Techniker oder Künstler, Lehrer oder Gastwirt, das Recht seine Mittel und Arbeitskraft nach besten Möglichkeiten zu verwerten, das soll für den sozialistischen Schriftsteller nicht gelten. Warum nicht? Keiner der Gründe, die man dagegen ins Feld zu führen pflegt, hält vor der näheren, den Dingen auf den Grund gehenden Prüfung Stich. Was man vernünftigerweise dem sozialistischen Schriftsteller verbieten kann, sind Dinge, die sich überhaupt jedem Menschen von Überzeugung verbieten, in welcher Berufssphäre er auch sich betätigen mag. Wie niemand wider sein besseres Wissen handeln soll, so soll auch niemand wider seine Überzeugung schreiben. Das ist so selbstverständlich, dass darüber kein Wort zu verlieren ist. Der Gesinnungsverkauf bleibt unter allen Umständen verächtlich und verwerflich. In dieser Feststellung liegt schon eingeschlossen, dass der Sozialdemokrat nicht politischer Redakteur eines antisozialistischen Blattes sein kann; eine solche Stellung ist ohne Gesinnungsverkauf nicht denkbar. Die Deklaration, die der sozialdemokratische Parteivorstand vor dem Dresdener Parteitag über die Mitarbeit von Sozialdemokraten an bürgerlichen Blättern gab, enthält in der Sache nur Selbstverständlichkeiten dieser Art, und wenn man mir hätte verbürgen können, dass sie in der Praxis nicht anders angewendet werden würde, als ich es von diesem Parteivorstand voraussetzen durfte, so würde ich für sie gestimmt haben. Aber ich sagte mir gleich, dass die verständige oder unverständige, von grossen Gesichtspunkten ausgehende oder kleinlich-bureaukratische Anwendung solcher Deklarationen ganz von der Denkart der Personen abhängt, die jedesmal über sie zu befinden haben, und darum konnte ich es nicht über mich gewinnen für ihre Erhebung zum Gesetz der Partei zu stimmen. Dass es aber nicht an Leuten fehlt, die bereit sind sie missbräuchlich anzuwenden, hat uns jetzt wieder einmal die *Leipziger Volkszeitung* vordemonstriert. Allerdings hat sie damit in der Partei wenig Anklang gefunden. Aber sie hat immerhin der gegnerischen Presse dankbares Material zu Angriffen auf die Partei geliefert.<sup>2)</sup>

Im allgemeinen wird der sozialdemokratische Schriftsteller es selbstverständlich vorziehen seine politischen Artikel in sozialdemokratischen Blättern und Zeitschriften zu veröffentlichen, sei es auch nur, weil er dort in der Regel auf besseres Verständnis rechnen kann. Aber wenn man nicht für die Partei die Pflicht statuiert jedem ihr angehörenden Schriftsteller lohnende Beschäftigung zu sichern und eine Instanz schafft, die alle von parteigenössischen Schriftstellern verfassten Artikel in Parteiblättern unterzubringen hat, kann man dem sozialdemokratischen Schriftsteller nicht verwehren seine Arbeiten gemäss den sich ihm bietenden Möglichkeiten auch anderwärts zu veröffentlichen.

<sup>2)</sup> Ein Artikel der Korrespondenz Pannekoek, der mir gerade zu Gesicht kommt, sucht für das Vorgehen der *Leipziger Volkszeitung* die höhere marxistische Begründung zu erbringen. Wie man weiter unten sehen wird, waren jedoch Marx und Engels auch in diesem Punkt keine *Marxisten*.

Wem die vorstehend entwickelte Bedingung ungeheuerlich erscheint, dem sei erwidert, dass sie nicht ungeheuerlicher ist als die vorausgesetzte Beschränkung. Keine Rechte ohne Pflichten, keine Pflichten ohne Rechte. Wem wird es einfallen sozialdemokratischen Lehrern die Verpflichtung auferlegen zu wollen nur an Parteischulen Unterricht zu geben? Den Bestrebungen sozialdemokratischen Schriftstellern Beschränkungen aufzuerlegen, wie sie für keinen andern Beruf existieren, liegt ausser einem guten Stück Zünflerei auch ein Rest von Sektiererei zu grunde, dessen sich freilich die meisten kaum bewusst sind. Im allgemeinen hat sich die deutsche Sozialdemokratie zu einer früher nicht gekannten Pflege der Publizität entwickelt: Wir halten unsere Parteitage und Parteikonferenzen in voller Öffentlichkeit ab, nehmen gar keinen Anstand vor den Berichterstattern aller möglichen Blätter, die ärgste Scharfmacherpresse nicht ausgenommen, unsere Angelegenheiten durchzuhecheln und kommen sehr gut dabei fort. Ob Gegner es hören und in die Welt hinaustragen, wird beim gesprochenen Wort, sobald es von der Tribüne herab zum besten gegeben wird, nicht gefragt. Aber wo das geschriebene Wort in betracht kommt, da sollte man zuweilen meinen, die Sozialdemokratie führe ihr ganzes Dasein grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit; so unwillig wird es vermerkt, wenn der sozialdemokratische Schriftsteller sich in einer nichtsozialdemokratischen Zeitung vernehmen lässt.

Und doch ist es unter dem Gesichtspunkt der Publizität das gleiche, ob ein Artikel in einem sozialdemokratischen oder in einem nichtsozialdemokratischen Blatt erscheint. Er kommt in jedem Fall zur Kenntnis der Öffentlichkeit, wenn auch zunächst bei einem anders gearteten Teil der Öffentlichkeit. Es ist ein reines Versteckspielen mit sich selbst, ein Ausfluss bürokratischen Denkens das gedruckte Wort anders behandeln zu wollen als das gesprochene Wort. Eher hätte das erstere Anspruch auf grössere Freiheit, da es grösserer und andauernder Kontrolle untersteht. als das letztere: *Littera scripta manet*. Es gab und gibt noch Sozialisten, die den rein gesellschaftlichen Verkehr mit Gegnern verurteilen; und vor der formalistisch engen Auslegung des Klassenkampfgedankens, wie sie heute verschiedentlich propagiert wird, könnte er auch nicht bestehen. Indes hat die Partei niemals Miene gemacht ihn zu verpönen. *Radikale* und *gemässigte* Parteimitglieder nehmen keinen Anstand, Gesellschaften zu besuchen, die zum grösseren Teil aus Nichtsozialisten bestehen. Da spricht man dann auch nicht nur vom Wetter und der neuesten Flugmaschine. Es wird gelegentlich politisiert, und der Sozialist macht aus seinem Herzen keine Mördergrube. Es ist aber prinzipiell nichts anderes als das, wenn ein Sozialist in einem nichtsozialistischen Blatt das Wort nimmt.

Zwar kann das ökonomische Moment der Sache ein anderes Gesicht geben. Indes auch das nur unter zwei Voraussetzungen. Die eine wurde oben schon gestreift. Wo schriftstellerische Arbeit in der Weise an Eigentümer nichtsozialistischer Blätter verkauft wird, dass daraus ein ökonomisches Abhängigkeitsverhältnis entsteht, braucht dieses Verhältnis dem Sozialisten zwar noch in keiner Weise zur Unehre zu gereichen, es wird ihn aber — darin hat die Deklaration des Parteivorstands recht — zur Bekleidung von höheren Vertrauensämtern in der eignen Partei ungeeignet machen. Denn niemand kann vorausbestimmen, in welchem Grade solche ökonomische Abhängigkeit auf das politische Urteil schliesslich zurückwirke, eine gewisse

Zweideutigkeit stellt sich meistens dann doch ein. Das zweite Moment ist die Frage der Konkurrenz. Jeder sozialdemokratische Schriftsteller von starkem Parteiempfinden wird solche Arbeit für Nichtparteiblätter vermeiden, die Organen der eigenen Partei den Konkurrenzkampf erschwert. Sonst aber kommt es — mit den weiter oben angeführten Einschränkungen — nicht darauf an, an welchem Ort ein Artikel gedruckt wird, sondern darauf, was er sagt, und wie er es sagt. Je nachdem kann sogar ein sozialdemokratischer Artikel in einem nichtsozialdemokratischen Blatt mehr am Platz sein als in einem Organ der eigenen Partei, nämlich sobald es sich um die Einwirkung auf ein grösseres oder anders geartetes Publikum handelt als das der letzteren. »Wenn mir morgen die *Times* zur Verfügung gestellt wird darin zu schreiben, wie ich will, und gegen Bezahlung, so nehme ich's unbedenklich an«, schrieb Friedrich Engels am 3. Mai 1873 an Fr. A. Sorge. Und man weiss, wie warm Karl Marx Wilhelm Liebknecht verteidigte, als Lassalle es rügte, dass Liebknecht in die offiziöse Augsburger *Allgemeine Zeitung* schrieb. Was Marx in *Herr Vogt* darüber sagt, ist viel mehr an die Adresse Lassalles als an die Vogts gerichtet:

»Die *Allgemeine Zeitung* lässt bekanntlich die verschiedenartigsten Standpunkte zu Worte kommen, wenigstens auf neutralen Gebieten, wie dem der englischen Politik, und gilt zudem im Ausland als das einzige deutsche Organ von mehr als lokaler Bedeutung. Liebknecht konnte getrost *Londoner Briefe* in das selbe Blatt schreiben, worin Heine seine *Pariser*, Fallmeyer seine *Orientalischen Briefe* schrieb . . .«  
So Marx. Ebenso fanden Marx und Engels in den achtziger Jahren nichts dabei, dass Liebknecht für Clemenceaus *Justice*, Karl Hirsch für die *Frankfurter Zeitung* korrespondierten, und Jules Guesde für den *Citoyen* des sehr zweifelhaften Gründers Secondigné Leitartikel schrieb. »Das Blatt ist für mich eine Mauer, an die ich meine Artikel anschlage, damit sie von möglichst vielen Leuten gelesen werden«, erklärte Guesde in meiner Gegenwart, als ihn jemand drei Jahre später wegen einer ähnlichen Mitarbeiterschaft interpellierte. Man wird vielleicht einwenden, diese Urteile könnten allenfalls für eine Zeit zutreffen, wo es keine sozialdemokratische Presse gab, oder für ein Land, wo es eine solche noch nicht gibt, aber nicht für das heutige Deutschland mit seiner starken sozialdemokratischen Presse. Aber grundsätzlich bleibt die Sache immer die selbe, und praktisch kann die Existenz einer starken sozialdemokratischen Presse sie nur unbedenklicher, nicht aber bedenklicher machen.

Und so wiederhole ich: Es ist, wo nicht Sektierertum ihm zu grunde liegt, ein ganz zunftartig-bureaucratisches Denken, das *prinzipiell* daran Anstoss nehmen kann, wenn sozialdemokratische Schriftsteller Artikel in nichtsozialdemokratischen Blättern veröffentlichen. Man fasst in Deutschland die Rolle der Presse überhaupt viel zu schulmeisterhaft auf. In Frankreich trägt die Tagespresse dadurch, dass ihre Artikel gezeichnet werden, einen mehr persönlichen Charakter, in England beteiligt sich das Publikum durch Einsendungen lebhaft an der Erörterung wichtiger Tagesfragen. Beides nimmt den Redaktionsäusserungen jenen Charakter der Orakelweisheit, den sie bei uns zur Schau tragen. Der Schriftsteller oder Redakteur tritt zum Leser in ein unmittelbares Verhältnis, er diskutiert mit ihm, spricht nicht aus den Wolken zu ihm. Hier nun ist meines Erachtens die Entwicklungslinie angezeigt, auf der die Lösung des zweiten der eingangs berührten Probleme, die

Frage der Bestimmung der Haltung unserer Presse, am ehesten gefunden werden kann. Wir haben in unserer Presse viel zu wenig Diskussion, viel zu wenig Persönlichkeit, viel zu wenig publizistische Demokratie. Das ist heute, wo sich die gedruckten Korrespondenzen einen immer grösseren Platz erobern, ein grosser, ein wahrhaft verhängnisvoller Mangel, der unseren Redakteuren auf die Dauer verderblich werden muss. Früher bekam wenigstens bloss das Publikum, jetzt bekommen die Redaktionen selbst alles Mögliche fertig vorgekaut. Damit wird ihnen, ohne dass sie es merken, das eigene Denken langsam stereotypiert. Es wird etwas Aussergewöhnliches zu bestimmten Fragen als Person das Wort zu nehmen. Diesem Zustand kann nun nicht dadurch entgegengewirkt werden, dass man die Korrespondenzen abschafft, denn die Zeitungstechnik lässt sich nicht nach rückwärts entwickeln, sondern nur dadurch, dass die Demokratie in der Publizistik, wie ich es nenne, mehr im Sinne der politisch vorgeschrittenen Länder entwickelt, das heisst die Mitarbeit der Leser mehr ermutigt und gefördert wird. In dem Mass wie dies geschieht, werden wir auch zu besseren Formen der literarischen Polemik gelangen. Was am meisten Gift in diese hineinträgt, ist das Gefühl der Unverantwortlichkeit der Schreiber und der Wahn, sie müssten Unfehlbarkeit zur Schau tragen: beides Produkte der Monopolstellung anonymer Redaktionen.

## HEINRICH PEUS · ZUR MAIFEIERFRAGE



S ist kein Vergnügen über die Maifeier zu schreiben. Die Frage ist so sehr zum Gegenstand der Leidenschaft geworden, dass die erforderliche Stimmung ruhiger Objektivität kaum aufkommen kann. Gleichwohl soll es im folgenden versucht werden, in aller Leidenschaftslosigkeit die Sachlage zu prüfen. Wer da meinen sollte, in solcher Leidenschaftslosigkeit liege von vornherein der Fehler, dem können allerdings die folgenden Zeilen nichts sagen.

Auf dem Nürnberger Parteitag hatte der Parteivorstand im Verein mit der *Generalkommission* eine Regelung vorgeschlagen, in der es über die Aufbringung der Mittel für Unterstützung von anlässlich der Maifeier Ausgesperrten wie folgt hiess:

«Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und der Gewerkschaft am Orte, an welchem die Aussperrung erfolgt, aufzubringen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten soll an den in Frage kommenden Orten ein Fonds gebildet werden. Die Mittel für diesen Fonds sind durch Sammlungen und freiwillige Beiträge aufzubringen. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte nicht, oder reichen die Mittel eines Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten am Orte von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Mitgliederzahl dieser Organisation berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.»

Dieser Kernpassus des Vorschlags des Parteivorstandes und der *Generalkommission* wurde vom Parteitag abgelehnt. Aus den Darlegungen so ziemlich aller Redner, die zu diesem Gegenstand auf dem Parteitag sprachen, tritt so deutlich wie möglich die Überzeugung hervor, die Anweisung der zu unterstützenden Ausgesperrten an die Ortskasse müsse zur Beseitigung der Arbeitsruhe führen, weil die örtlichen Kassen dieser Aufgabe absolut

nicht gewachsen sind. Wenn das Risiko am Ort getragen werden soll, ist es mit der Arbeitsruhe vorbei. Dass die Zentralkassen das Risiko nicht tragen können respektive nicht wollen, steht ausser aller Frage.

Nun machen Parteivorstand und *Generalkommission* einen neuen Vorschlag. Er lautet:

»Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für grössere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte. Die für die Unterstützung nötigen Mittel sind von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften in dem Bezirk, in dem die Aussperrung erfolgt, durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufzubringen. Orte, deren Angliederung an einen Bezirksfonds untunlich ist, haben in gleicher Weise am Orte einen Fonds zu bilden, aus dem die am Orte Ausgesperrten zu unterstützen sind. Bedarf es eines solchen Fonds am Orte oder im Bezirk nicht, oder reichen die Mittel eines solchen Fonds zur Unterstützung der Ausgesperrten nicht aus, so sind die erforderlichen Unkosten von der Parteiorganisation und den Gewerkschaften, denen die Ausgesperrten angehören, zu decken. Der Anteil, den jede dieser Organisationen zur Deckung der Unkosten der Aussperrung aufzubringen hat, wird nach der Zahl der Organisation angehörnden Ausgesperrten berechnet. Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften haben die Ausgesperrten nicht.«

Dieser Vorschlag einer Bezirksbildung stellt deutlich den Versuch dar zwischen Zentralkasse und Ortskassen eine Bezirkskasse zu bilden, die die Eigenschaften sowohl der Zentralkasse als auch der Ortskasse hat, nämlich einmal leistungsfähiger zu sein, aber doch in gewissem Masse auch retardierend zu wirken. Indes, was so hübsch logisch ist, ist darum noch nicht auch möglich. Mit der Erweiterung der Lokalkasse zur Bezirkskasse wächst nicht nur der Zufluss zur Kasse sondern auch das Mass der Ansprüche und Verpflichtungen; ja dieses wächst immer schneller als jener. Die Einzelorte wagen die Verantwortung nicht, wenn sie sie allein tragen sollen. Liegt die Verantwortung draussen, in weiter Ferne, dann wird der Wagemut gleich grösser; ob aber auch die Bereitwilligkeit zur Leistung, ist sehr fraglich. Eben darum wollen ja die Zentralkassen für das, was die Einzelorte tun, nicht verantwortlich sein. Es ist auch absolut unmöglich. Das selbe gilt aber auch von den Bezirkskassen, ja von diesen noch mehr, weil sie alle ihre Mittel erst noch bekommen sollen.

Aber nun beachte man zunächst einmal die bureaukratischen Schwierigkeiten:

»Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für grössere zusammenhängende Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet werden. Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt unter Zustimmung der in Frage kommenden Orte.« Welch orakelhaft geheimnisvolle Rede! Es sollen »gebildet werden«? Wer soll sie bilden? Wer soll sie abgrenzen? Zuerst wollte das der Parteivorstand tun. Dann aber hat man eingesehen, dass das »zweckmässigerweise den Organisationen der einzelnen Bundesstaaten und Landesteile überlassen bleiben muss«. Aber die in Frage kommenden Orte sollen ja zustimmen. Also auch nicht zustimmen können. Und was dann, wenn sie nicht zustimmen? Was sind die »Wirtschaftsgebiete«, was »grössere«? Werden zum Beispiel Halle und Magdeburg und Anhalt zusammengehören? Offenbar spricht man von zusammenhängenden Wirtschaftsgebieten, um die willkürlichen politischen Grenzen nicht gelten lassen zu müssen. Aber wer kann denn annehmen, dass innerhalb dieser ganz neuen, nur für die Maifeier gebildeten Wirtschafts-

gebiete die doch so dringend erforderliche Einigkeit leicht hergestellt werden könnte? Wenn nun Halle die Arbeitsruhe mit Energie durchführt, Magdeburg aber sie ablehnt und Anhalt überhaupt die Zustimmung zur Bildung eines Bezirksfonds ablehnt, was wird dann aus der Bezirkskasse? Glaubt man denn; dass bei so mangelnder Einheitlichkeit durch »freiwillige Beiträge und Sammlungen« in die Bezirkskasse irgend welche in betracht kommenden Beträge einfließen?

Der allein mögliche Erfolg dieser Bildung von Bezirken wird der sein, dass in den einen Bezirken auf die Arbeitsruhe ganz verzichtet wird, dass es in anderen zu einer sehr mässigen Arbeitsruhe kommt, während in einigen wenigen Bezirken ein ernster Anlauf zur Durchsetzung der Arbeitsruhe gemacht wird, der jedoch leicht so endet, dass zu Wiederholungen der Anreiz verloren geht. Diese Wirkung muss insbesondere eine Folge der mangelnden Einheitlichkeit sein. Die Verschiedenartigkeit der Handhabung der Sache in den Einzelbezirken, die Ungleichmässigkeit in der Wucht des Angriffs muss ausserste lähmend wirken. Es ist in der Tat so: Der Kampf um die Arbeitsruhe kann nur dann geführt werden, wenn er von der Partei und den Gewerkschaften einheitlich auf der ganzen Linie unter solidarischer Verantwortung aller bis hinauf zu den höchsten Instanzen geführt wird. Da das ausdrücklich abgelehnt wird, ist er überhaupt unmöglich, es sei denn, dass man mit den bisherigen Resultaten zufrieden sein wollte, die aber der Arbeiterbewegung mehr Spott als Ehre einbringen.

Nun bedenke man aber weiter, dass die grösste Gewerkschaft, die der Metallarbeiter, sich durch ihren Hamburger Beschluss vom 5. Juni dieses Jahres völlig festgelegt hat. Mit 129 gegen 51 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen:

«Die Generalversammlung erklärt, dass das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sowie auch mangels völliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmässigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist. Ferner hat sich ergeben, dass die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits errungener Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Berücksichtigung taktischer Massnahmen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überlässt es vielmehr jedem einzelnen Mitglied sich an ihr unter Begutachtung der internationalen Kongressbeschlüsse und Übernahme aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen.»

Der Referent, der Abgeordnete Severing, hatte im Schlusswort unter anderm gesagt:

«Man hat gegen uns den Vorwurf erhoben: Ihr seid alte Krämer geworden, ohne Begeisterung, bar jeder Ideale. Das muss ich kurzerhand zurückweisen. Der Idealismus darf nicht einen Tag dauern sondern 365 Tage . . . Beseitigen wir den Zankapfel zwischen beiden Säulen der Arbeiterbewegung und geben wir die Initiative zu einer Reform der Maifeier durch Annahme der Resolution Reichel. [Lebhafter Beifall.]»

Es ist klar, dass dieser Beschluss, der auf andere grössere Verbände sehr abfärben wird auf die Beschlüsse der zu bildenden Bezirke äusserst niederschlagend wirken muss. Sicher war man sich im Metallarbeiterverband dieser Wirkung

bewusst; man hat sie also auch gewollt. Wo soll da das Geld für die geplanten Bezirkskassen herkommen? Alle Gewerkschaften haben ihre liebe Not für ihre tagtäglichen Zwecke das Erforderliche zusammenzubringen. Und wird es mit den Parteikassen besser bestellt sein? Nach dem vorgeschlagenen Statut sollen diese einen Mindestbeitrag von 30 Pfennig erheben und davon 6 Pfennig nach Berlin schicken. Mit den übrig bleibenden 24 Pfennig ist nicht viel anzufangen, solange noch so viele Arbeiter politisch nicht organisiert sind, was durch die Beitragserhöhung vorläufig schwerlich sehr viel besser werden wird. Es ist nicht anzunehmen, dass, von einigen wenigen Grossstädten abgesehen, die übrigen die fürs ganze Jahr so dringend erforderlichen Mittel für die eine Maifeier aufs Spiel setzen werden. Man bedenke, dass sich allmählich an die lokale Parteiorganisation bestimmte, regulären Geldzufluss erfordernde Institutionen wie Parteisekretariate, Arbeitersekretariate, Bildungsausschüsse, Jugendausschüsse, Volkshäuser usw. angegliedert haben, die zu grosser Sparsamkeit nötigen. Wenn aber die Grossstädte das Risiko grosser Maikämpfe übernehmen, kann es sehr leicht dazu kommen, dass die Zentralkasse indirekt sehr empfindlich in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die Bezirkskassen sind für die ihnen gestellte Aufgabe noch hilfloser als die Lokalkassen. Und darum kann der Parteitag auch die reformierten Vereinbarungen nur ablehnen. Tut er das jetzt nicht, dann wird ein späterer es tun, nachdem der Misserfolg sich herausgestellt haben wird. Es wäre aber wirklich besser der jahrzehntelangen fruchtlosen Debatte endlich ein Ende zu machen.

Es wird sich auch empfehlen den Nürnberger Beschluss, der die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben, wieder aufzuheben. Über den Antrag hat in Nürnberg nahezu gar keine Diskussion stattgefunden. Nach Ablehnung der Vereinbarungen hätte er für erledigt erklärt werden müssen. Wohl aber hat der Antrag hernach viel schädlichen Streit erzeugt, er hat viel mehr geschadet als genützt. Gewiss klingt es logisch und gerecht, dass, wenn die einen Parteigenossen feiern und damit neben der Massregelungsgefahr, die sie riskieren, auch noch einen Lohnausfall auf sich nehmen, dieser Lohnausfall zu gunsten der Partei und der Gewerkschaften respektive der Gemassregelten wenigstens denen zugemutet werden kann, die keine Massregelung riskieren. Aber dann müsste man das Opfer des Tagelohns konsequenterweise auch von allen Parteigenossen fordern, die die Arbeit nicht ruhen lassen, also der Massregelungsgefahr sich entziehen, die dann doch wenigstens das Opfer bringen müssten, das alle Feiernenden bringen, auf einen Tagelohn zu verzichten. In Leipzig ward ja auch der Nürnberger Beschluss dahingehend erweitert, aber ohne jeden praktischen Erfolg. Solch ein Beschluss wäre auch nicht durchzuführen, ohne dass es zu den widerwärtigsten Streitereien über den Höhegrad der Parteitüchtigkeit der einzelnen käme. Hier und da ist in der Partei vorgeschlagen worden unseren Grundsätzen gemäss einen dem Einkommen entsprechenden Staffelbeitrag einzuführen. In Anhalt besteht er schon. Man remonstriert aber auch sehr lebhaft dagegen mit der Klage, dass dadurch Einkommensschnüffelerei entstünde und gegenseitige Vorwürfe daraus hervorgingen. Bei der Verschiedenartigkeit des Arbeitsverdienstes am 1. Mai würde es an solchen

Streitereien gewiss nicht fehlen. Vor allem aber würden ungezählte Tausende überhaupt nicht zahlen und dadurch ein Verfahren gegen sich notwendig machen, wie es im laufenden Jahre gegen die Parteidruckereiangestellten usw. vielfach stattgefunden hat, gleichzeitig aber für Lebenszeit von der Partei weggeekelt werden. Wenn jemand auf die unschuldigste Weise von der Welt die Partei in ewigen Zank bringen wollte, brauchte er nur solche, so konsequent und prinzipienfest erscheinende Anträge zu suggerieren. Bei den in Parteibetrieben tätigen Angestellten kommt obendrein noch das sehr Missliche in betracht, dass ein moralischer Druck des Arbeitgebers unangenehm mit ins Gewicht fällt, selbst wenn nichts dergleichen beabsichtigt ist. Vielleicht wird auch durch den ausgeübten Zwang der Parteikasse indirekt wieder ein Schaden zugefügt. Die offenbare Verstimmung vieler von dem Beschluss Betroffenen kann sich leicht auch finanziell rächen. Und wie steht es übrigens mit den Parteigenossen, die keinen Lohnausfall, aber auch keinen Profitausfall erleiden? Es gibt doch auch solche. Müssen die nicht auch abliefern? Man beseitige so schnell wie möglich diesen Zankapfel!

Man darf kühn behaupten, dass dem ursprünglichen Gedanken des Maifestes keinerlei Abbruch geschieht, wenn auf die Arbeitsruhe verzichtet wird, wenn der Inhalt der Pariser Resolution zum Gegenstande von ersten Versammlungen sowie von Darlegungen in unserer Presse am 1. Mai gemacht wird. Wenn dann eigentliche Festlichkeiten auf den 1. Sonntag im Mai verlegt werden, so können auch sie agitatorisch wirken.

Das wäre ein feiges Zurückweichen vor den Gegnern? Aber müssen wir nicht ganz allgemein uns nur mit dem begnügen, wozu unsere Macht reicht? Um es deutlich auszusprechen: Die Taktik den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen war ein Ausfluss der irrigen Auffassung, die in Frankreich noch solche Beschlüsse zeitigt wie den *Vom 1. Mai ab wird nicht länger als 8 Stunden gearbeitet*. Es war ein Ausfluss jener Taktik, die plötzlich durch einen äusserlichen Elan Wunder wirken zu können glaubt, während wir uns doch ehrlich sagen müssen, dass wir, um die Arbeitsruhe am 1. Mai allgemein durchsetzen zu können, so mächtig sein müssen, dass wir allgemein über die Feiertage in Staat und Gesellschaft müssen entscheiden können.

Eines Tages wird ein Maifest bestehen. Aber erst nach dem Siege des Sozialismus.

XX  
**LUDWIG QUESSEL · K. KAUTSKY ALS VULGAR-  
 ÖKONOM**

**R**IS zum Beginn der siebziger Jahre sahen es die bürgerlichen Vertreter der Nationalökonomie fast allgemein als ihre Aufgabe an die Bemühungen der Gewerkschaften auf Hebung der Lage der arbeitenden Klassen als völlig aussichtslos hinzustellen. Dass in einzelnen Gewerben oder Industrien die Arbeiter durch Koalitionen und Streiks ihren Lohn erhöhen und ihre Arbeitsbedingungen verbessern können, vermochten sie allerdings angesichts der Erfolge der englischen Gewerkschaften nicht gut in Abrede zu stellen. Deshalb setzten sie ihren ganzen Scharfsinn für den Nachweis ein, dass diese Erfolge nie dauernd und allgemein sein könnten. Wenn es den Arbeitern in einem Industriezweig gelinge

ihren Lohn über die durchschnittliche Höhe zu steigern, so müsse sich dementsprechend die Profithöhe verringern. Eine solche Verringerung der Profite könne aber nur, so lehrten sie, eine vorübergehende Erscheinung sein, denn das Kapital, von dem man annahm, dass es sowohl beweglich wie allwissend sei, werde aus diesem weniger rentablen Industriezweig *herausfliessen*, um in eine andere Industrie, in der der Profit höher steht, *hineinzufliessen*. Die Folge werde sein, dass die Arbeitsgelegenheit in der betreffenden Industrie immer geringer wird, bis schliesslich das Heer der Arbeitslosen es den Unternehmern leicht mache den früheren Zustand wieder herzustellen. In dem Mass wie die Gewerkschaftsbewegung einen Industriezweig nach dem andern ergriff, verlor dieses *wissenschaftliche* Argument naturgemäss an Beweiskraft, da nicht einzusehen war, in welche Industriezweige das Kapital eigentlich *hineinfließen* sollte, wenn sich die selbe Erscheinung, das heisst die Profitverminderung zu gunsten der Arbeitslöhne durch die gewerkschaftliche Aktion, in fast allen Industrien und Gewerben des Landes zeigte. Um aber die Lehre von der Aussichtslosigkeit der gewerkschaftlichen Aktion dennoch aufrecht erhalten zu können, veränderten die wissenschaftlichen Gegner der Gewerkschaften ihre Theorie dahin, dass das Kapital zwar nicht aus einem Industriezweig in den andern hinüberflüsse, wohl aber aus einem Land mit hohen Arbeitslöhnen in solche Länder auswandere, wo infolge des Fehlens der Gewerkschaften die Arbeitslöhne niedrig stehen. Man erhob gegen die Politik der Gewerkschaften die vernichtende Anklage, dass sie auf die Auswanderung des nationalen Kapitals und damit auf den Ruin der Industrie des Landes hinarbeite.<sup>1)</sup>

Es soll nun nicht bestritten werden, dass eine Verminderung der Profite das Kapital auswanderungslustig stimmen kann. Überall im Ausland machten die Kapitalisten aber auch die Erfahrung, dass niedrige Löhne noch lange nicht niedrige Produktionskosten bedeuten. Häufig konnten sie mit den billigen Arbeitskräften, die sie im Ausland vorfanden, überhaupt nichts Rechtes anfangen und mussten schliesslich die hochentlohten inländischen Arbeiter unter kostspieligen Zugeständnissen zur Auswanderung bewegen, so dass das wegen der hohen Arbeitslöhne ausgewanderte Kapital höhere Arbeitslöhne zahlen musste als das in der Heimat gebliebene. Wo es aber, wie zum Beispiel in der russischen Textilindustrie, dem eingewanderten westeuropäischen Kapital gelang sich aus dem Proletariat des Landes einen Stamm von Arbeitern heranzubilden, zeigte sich sehr bald, dass deren Arbeit dem Kapitalisten teurer zu stehen kam als die doppelt oder dreifach so hoch entlohnte westeuropäische Arbeit,<sup>2)</sup> so dass die Erhaltung der im Ausland gegründeten Fabriken nur durch Errichtung hoher Schutzzollmauern möglich wurde, die den westeuropäischen, trotz hoher Löhne weit billigeren Fabrikaten den Eintritt ins Land verwehrten. Das *wissenschaftliche* Argument, dass die gewerkschaftliche Politik zum Ruin der nationalen Industrie führe, wurde aber noch hinfälliger, wenn man die Blicke auf den Weltmarkt richtete. Denn nicht die Länder mit niedrigen Löhnen und langer Arbeitszeit nahmen dort eine hervorragende Stellung ein, sondern umgekehrt gerade diejenigen mit einer hochentlohten und gut organisierten Arbeiterschaft. So vermochte Deutschland sich eine

<sup>1)</sup> Siehe Webb *Theorie und Praxis der englischen Gewerksvereine* (Stuttgart 1898), 2. Band, pag. 143 und 161.

<sup>2)</sup> Siehe von Schulze-Gävernitz *Volkswirtschaftliche Studien aus Russland* (Leipzig 1899), pag. 126 ff.

vorherrschende Stellung auf dem Weltmarkt gegenüber England erst zu erobern, als durch die gewerkschaftliche Aktion die Löhne der deutschen Arbeiter eine wesentliche Steigerung erfahren hatten.

Kein Wunder, dass angesichts dieser Erscheinungen die Unkenrufe, die den Ruin der nationalen Industrie infolge der Gewerkschaftsbewegung weissagten, verstummt, und dass sich sogar aus den Kreisen der Wissenschaftler und Unternehmer Stimmen vernehmen liessen, die den Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil an der industriellen Grösse der Nation zusprachen.<sup>3)</sup> Dessen ungeachtet fühlten sich die wissenschaftlichen Gegner der Gewerkschaften noch nicht geschlagen. Es mag sein, so argumentierten sie jetzt, dass die Gewerkschaften kein Hindernis für die industrielle Blüte der Nation sind, aber am letzten Ende sind ihre Bemühungen eine Hebung der Lage der Arbeiter herbeizuführen doch vollständig eitel, weil ein unerbittliches Naturgesetz im Verlauf einer verhältnismässig kurzen Zeit alle Errungenschaften der Gewerkschaften zu nichte machen muss. Malthus habe bewiesen, dass die menschliche Fruchtbarkeit viel grösser ist als die wirkliche Bevölkerungszunahme; dies komme daher, dass ein grosser Teil der von der Arbeiterschaft im Übermass erzeugten Kinder nach kurzer Lebensdauer infolge ungenügender Ernährung und Pflege wegstirbt, so dass die Bevölkerungszahl positiv niedrig gehalten wird. Werde nun aber durch die Gewerkschaftsbewegung die Lebenshaltung der Arbeiterschaft gehoben, so sei die naturnotwendige Folge davon, dass weniger Arbeiterkinder wegstürben. Nach zwanzig Jahren müsse sich daher eine verheerende Flut jugendlicher Arbeitsuchender über den Arbeitsmarkt ergiessen, unter deren Anprall die von den Gewerkschaften errichteten Bollwerke zusammenbrechen würden. Die Löhne der Arbeiter würden bis auf den Hungerpunkt hinabgedrückt werden, und schliesslich würde ihre Lage schlechter sein als zuvor. Einige Nationalökonomten machten sich sofort daran das statistische Material zum Beweise dieser Theorie herbeizuschaffen. Zu ihrem Erstaunen fanden sie jedoch, dass von den hochbezahlten Arbeitern im Durchschnitt weit weniger Kinder erzeugt werden als von den niedrig entlohnten, so dass sich ihnen die Überzeugung aufdrängte, dass gerade eine Erhöhung der Lebenshaltung die Arbeiter dazu bestimme durch Anwendung präventiver Mittel im Geschlechtsverkehr die Zahl der Geburten zu beschränken. Im erweiterten Massstab wurde die Richtigkeit dieser Untersuchungen erhärtet durch den Rückgang der Geburtenhäufigkeit in den Ländern mit einer relativ hoch bezahlten Arbeiterschaft, wie Frankreich, England, Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika.<sup>4)</sup>

Nachdem sich so durch die statistischen Untersuchungen gezeigt hatte, dass es unmöglich war das Malthussche Bevölkerungsgesetz gegen die Gewerkschaften auszuspielen, versuchte man die Aussichtslosigkeit der gewerkschaftlichen Aktion dadurch darzutun, dass man auf den Unterschied zwischen Real- und Geldlohn hinwies und die Behauptung aufstellte, dass durch die gewerkschaftliche Aktion auf die Dauer wohl der Geld-, aber nicht der Reallohn der Arbeiter erhöht werden könne. Dies komme daher, dass die Unternehmer jede Lohnerhöhung durch Preisaufschläge wieder wett machen. Sobald sich eine solche Preiserhöhung auf alle Produkte erstreckt habe, die in den Konsum

<sup>3)</sup> Siehe *Sombart Dennoch!* / Jena 1900/, pag. 21 ff.

<sup>4)</sup> Siehe *Webb*, loc. cit., 2. Band, pag. 146 und 163 ff.

einer Arbeiterfamilie eingehen, könne sich der Arbeiter mit seinem erhöhten Geldlohn nicht mehr Genüsse verschaffen, sich nicht besser ernähren als früher mit seinem geringeren Geldlohn; die Mühen und Opfer der Gewerkschafter würden so durch die Preistreibereien der Unternehmer völlig illusorisch gemacht.<sup>5)</sup>

Es ist nun höchst bemerkenswert, dass der anerkannte Führer der *sozialrevolutionären* Richtung im deutschen Sozialismus sich dieses Argument der bürgerlichen Vulgärökonomie, das von bürgerlichen Nationalökonomien, die auf wissenschaftliche Reputation halten, heute längst preisgegeben ist, teilweise zu eigen macht, um die geringe Bedeutung der gewerkschaftlichen Aktion für den proletarischen Befreiungskampf darzutun. In seiner Broschüre *Der Weg zur Macht* nimmt K. Kautsky gleichfalls den Unterschied zwischen Geld- und Reallohn zum Ausgangspunkt seiner Untersuchung<sup>6)</sup>, um zu beweisen, dass die Gewerkschafter nicht hoffen dürfen durch spezifisch gewerkschaftliche Methoden und Regeln die Lage der Arbeiter zu verbessern, und dass der Arbeiterschaft im Grunde nur eine Hoffnung bleibt, nämlich die soziale Revolution.

Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich hier gleich bemerken, dass ich keineswegs revolutionäre Ereignisse im Westen Europas für ausgeschlossen halte. Das wäre auch nur Dogmatismus. Aber klar ist, dass es sich auch bei revolutionären Akten nicht darum handeln kann das kapitalistische Wirtschaftssystem plötzlich durch das sozialistische zu ersetzen, sondern darum den Sieg der Demokratie, der Herrschaft des Volks durch das Volk für das Volk herbeizuführen, die die Grundlage zu einer allmählichen, gesetzlichen Entwicklung zum Sozialismus hin bildet. Es fällt der reformistischen Richtung in der deutschen Sozialdemokratie wahrlich nicht ein die Möglichkeit revolutionärer Ereignisse zu leugnen, sie wendet sich nur gegen die *sozialrevolutionäre* Anschauung, die heute wie vor 60 Jahren noch immer dem phantastischen Wahn huldigt, dass jede politische Revolution das unmittelbare Vorspiel einer sozialen, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Eigentumsordnung gerichteten Katastrophe sein müsse, eine Anschauung, die so sehr den Zwecken der Reaktion dient.

Weil K. Kautsky den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Eigentumsordnung, die Expropriation der Besitzenden auf revolutionärem Wege, wie ihn Marx im Jahre 1847 im *Kommunistischen Manifest* predigte, als das einzige Mittel ansieht die soziale Not des Proletariats zu beseitigen, ist er natürlich bemüht die Aussichtslosigkeit jeder reformistischen, insbesondere der gewerkschaftlichen Aktion darzutun. Dieser Rückfall des Politikers Kautsky in das Säuglingsalter der sozialistischen Bewegung rächt sich natürlich auch an dem Wissenschaftler. Er ist genötigt die Tatsachen schief darzustellen oder ihnen gar Gewalt anzutun, um seine Anschauung einigermaßen plausibel erscheinen zu lassen. Um der vulgärökonomischen Lehre, dass durch die gewerkschaftliche Aktion im besten Fall nur das Geld-, nicht aber das Realeinkommen der Arbeiter gesteigert werden könne, einen Schein der Berechtigung zu verleihen, führt er eine Tabelle der offiziellen amerikanischen Statistik ins Feld, die in

<sup>5)</sup> Siehe Marx *Lohn, Preis und Profit* in der *Neuen Zeit*, 1897-1898, 2. Band, pag. 7 ff.

<sup>6)</sup> Siehe Kautsky *Der Weg zur Macht* /Berlin 1909/, pag. 76.

der Tat zeigt, dass die Kaufkraft des Wochenlohns des vollbeschäftigten amerikanischen Arbeiters sich in den letzten 17 Jahren nur wenig geändert hat, während sein Geldlohn sich um fast 25 % erhöhte.

Gegen diese statistische Methode K. Kautskys ist zunächst einzuwenden, dass derjenige, der die Aussichtslosigkeit der Gewerkschaftsaktion in Deutschland dartun will, das statistische Material für seine Beweisführung auch der deutschen Statistik entlehnen muss. Mit Recht wird in einer polemischen Artikelserie des *Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* bemerkt, dass K. Kautsky »genau so gut hätte russische Ziffern anführen können wie die von ihm beliebten amerikanischen. Er hätte dann vielleicht seine deutliche Absicht noch leichter erreicht.« Wer die Statistik der Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen der deutschen Gewerkschaften kennt, weiss allerdings, weshalb K. Kautsky seine Zuflucht zur amerikanischen Statistik nahm, um seine These von der Aussichtslosigkeit der Gewerkschaftsaktion zu stützen. Denn so bedeutend auch die Lebensmittelverteuerung in Deutschland ist, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, dass die Arbeiter der gut organisierten Gewerbe es durch opferreiche Kämpfe fertig gebracht haben nicht nur die Lebensmitteleuerung durch Lohnerhöhungen wett zu machen sondern darüber hinaus noch ihre Lebenslage zu verbessern, insbesondere auch durch Verkürzung der Arbeitszeit, wenn auch der Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse lange nicht das Mass aufweist, das im Interesse des sozialen und industriellen Fortschritts der Nation zu wünschen wäre. Weiter ist gegen die von K. Kautsky angeführte Tabelle zu bemerken, dass sie die Ertragschaften der amerikanischen Gewerkschaften, die sich in der Verkürzung der Arbeitszeit ausdrücken, einfach v e r s c h w i n d e n lässt, obwohl K. Kautsky wissen musste, dass der amerikanische Arbeiter mehr Wert auf die Vergrößerung seiner freien Zeit als auf die Erhöhung seines Lohns legt. Und schliesslich ist zu betonen, dass der amerikanische Arbeiter den grösseren Teil seines Einkommens für Wohnung, Kleidung und Kulturbedürfnisse ausgibt, so dass eine Steigerung der Nahrungsmittelpreise um 25 %, wenn ihr eine Erhöhung der Löhne in gleichem Prozentsatz gegenübersteht, immer nur einen Teil des Mehrverdiensts verschlingt, während der andere Teil zur Erhöhung des Kultur-niveaus Verwendung finden kann, da die in den Konsum der Arbeiterschaft eingehenden industriellen Produkte trotz der Preissteigerung der Rohstoffe infolge der technischen Fortschritte im Produktionsprozess im allgemeinen eine Verbilligung erfahren. Wenn also ein amerikanischer Arbeiter mit 3000 Mark Jahreseinkommen seinen Lohn um 25 %, das heisst auf 3750 Mark steigert und darauf die Nahrungsmittel, für die er früher 1500 Mark (also die Hälfte seines früheren Einkommens) bezahlte, mit einem Aufschlag von 25 %, also mit 1875 Mark erwerben muss, so bleiben ihm für seine anderen Bedürfnisse 1875 Mark, also 375 Mark mehr als früher, übrig, was eine wesentliche Erhöhung seiner Lebenslage bedeutet. Es ist also eine dreiste Irreführung seiner Leser, wenn K. Kautsky zu behaupten wagt, der reformistische Aufstieg der amerikanischen Arbeiter wäre nicht vorhanden, weil die Nahrungsmittel sich um ebenso viel Prozent im Preis erhöht hätten, wie die Arbeitslöhne prozentual im selben Zeitraum gestiegen sind.

Aber selbst wenn die Kautskysche Behauptung, es sei den amerikanischen Gewerkschaften kaum gelungen in den 17 Jahren von 1890 bis 1907 den Real-

lohn auf der einmal errungenen Höhe zu halten, so richtig wäre, wie sie tatsächlich falsch ist, so wäre schon dadurch seine vulgäroökonomische Lehre, wonach das koalierte Unternehmertum die Macht besitzen soll alle Errungenschaften der Gewerkschaften durch Preissteigerungen illusorisch zu machen, bündig widerlegt. Um dies einzusehen, muss man sich nur vergegenwärtigen, dass das reale Einkommen der Arbeiterklasse eines jeden Landes durch zwei Faktoren bestimmt wird: einmal durch die Produktivität der Arbeit und zweitens durch die Höhe des Profits und der Rente. Wo die Produktivität der Arbeit sehr niedrig steht, kann auch das reale Einkommen der Arbeiter nicht hoch sein, selbst wenn das arbeitslose Einkommen, Profit und Rente, sich in mässigen Grenzen bewegt. Umgekehrt kann auch bei hoher Produktivität der Arbeit das Einkommen der Arbeiter sehr gering sein, wenn nämlich Profit und Rente eine ungesunde Höhe erreichen. Jedenfalls ist aber bei gegebener Produktivität der Arbeit das Arbeits-einkommen keine beliebig vermehrbare Grösse, das heisst, man kann vielleicht durch die gewerkschaftliche Aktion den Lohn der Arbeiter im Verlauf einer gewissen Zeit um 100 bis 200 % steigern, so dass ein Arbeiter, der jetzt 1500 Mark jährlich verdient, alsdann — gleiche Kaufkraft des Geldes vorausgesetzt — 3000 respektive 4500 Mark verdienen würde. Ausgeschlossen wäre es aber das jährliche Einkommen eines Arbeiters auf 6000 oder 7500 Mark, das heisst um 400 bis 500 %, zu steigern, weil dazu eine enorme Steigerung der Produktivität der Arbeit notwendig wäre, die ohne neue grosse wissenschaftliche Errungenschaften nicht denkbar ist.

Den meisten Lesern wird schon die Annahme einer 100prozentigen Erhöhung des Einkommens der deutschen Arbeiter, das sich heute noch nicht einmal zwischen 1000 und 2000 Mark jährlich bewegt, so dass es sich auf 2- und 4000 Mark jährlich stellen würde, reichlich phantastisch vorkommen; gewiss werden aber alle mit mir darin übereinstimmen, dass, wenn eine solche Höhe des Lohns einmal in Deutschland erreicht sein sollte, an eine weitere Aufwärtsbewegung nicht so schnell zu denken wäre, und dass die Gewerkschaften ihre Taktik dann darauf richten müssten diese relativ hohe Lebenshaltung gegen alle Angriffe so lange zu sichern, bis die Produktivität der Arbeit durch den Fortschritt der technischen Wissenschaften eine weitere erhebliche Steigerung erfahren hat. Es ist nun keineswegs eine willkürliche Annahme, dass es der Arbeiterklasse eines Landes gelingen könne durch die gewerkschaftliche Aktion im Verlauf von einigen Jahrzehnten den Lohn um zirka 100 % zu steigern. Die offizielle Statistik der Vereinigten Staaten, die auch K. Kautsky gelten lässt, zeigt uns eine solche stürmische Aufwärtsbewegung der Löhne von 1850 bis 1890. Dort betrug der Durchschnittslohn in Industrie, Handel und Verkehr im Jahre 1850 247, im Jahre 1870 387 und im Jahre 1890 445 Dollars. Durchschnittsberechnungen haben stets etwas Trügerisches an sich und geben den wirklichen Sachverhalt immer nur in groben Zügen wieder; doch steht so viel unbestritten fest, dass die amerikanischen Arbeiter im Jahre 1890 über ein reales Einkommen verfügten, das 100 bis 200 % höher stand als das der deutschen Arbeiter. Ein Schreiner in Amerika zum Beispiel, der auf grund seiner Handwerksgeschicklichkeit 3000 Mark jährlich verdiente, hätte in Deutschland vielleicht ein Jahreseinkommen von noch nicht 1000 Mark, höchstens aber von 1500 Mark gehabt. Es ist klar, dass die ameri-

kanische Arbeiterklasse diese exzeptionelle Stellung sich nur unter besonders günstigen Umständen erringen konnte. Als solche wird man die demokratischen Institutionen des Landes und vor allem seinen kolonialen Charakter ansehen müssen, der ein Abfließen der überflüssigen industriellen Arbeitskräfte in die Landwirtschaft ermöglichte. Wurde doch in den beiden Jahrzehnten von 1870 bis 1890 ein Gebiet von der doppelten Ausdehnung des Deutschen Reichs neu in Kultur genommen.

Das reformistische Meisterstück der amerikanischen Gewerkschaften besteht nun darin den hohen Lebensstandard der amerikanischen Arbeiterwelt zu einer Zeit, wo das Land seinen kolonialen Charakter zu verlieren begann und sich die industrielle Schmutzkonzurrenz Deutschlands in ihrer vollen Wucht fühlbar machte, völlig intakt erhalten zu haben. Professor Sombart, der eine hochinteressante Studie über das nordamerikanische Proletariat veröffentlicht hat, die sich auf gründliche persönliche Untersuchungen an Ort und Stelle stützt, kann konstatieren, dass zurzeit »die Geldarbeitslöhne in den Vereinigten Staaten zwei- bis dreimal so hoch wie in Deutschland sind.«<sup>7)</sup> Das würde freilich noch nichts beweisen, sofern sich die Lebenshaltung einer Arbeiterfamilie in Amerika bei gleichen Ansprüchen wie in Deutschland wesentlich teurer stellen würde. Dem ist jedoch keineswegs so. Auf grund einer sehr gewissenhaften und detaillierten vergleichenden Preisstatistik kommt Sombart zu dem Resultat: »die Arbeiterfamilie mit dem selben Geldbetrag in Amerika wird die selbe Menge Nahrungsmittel kaufen können wie in Deutschland.«<sup>8)</sup> Für die Wohnung gibt der amerikanische Arbeiter, der zumeist in einem villenartigen Ein- oder Zweifamilienhaus wohnt, wie bei uns das wohlhabende Bürgertum, freilich doppelt und dreifach so viel aus wie der deutsche Arbeiter, gäbe er sich aber mit einer so elenden Wohnung zufrieden wie sie die Arbeiter in den deutschen Industriestädten innehaben, so würde diese »nicht mehr sondern eher weniger kosten.«<sup>9)</sup> Ähnlich verhält es sich mit der Kleidung, für die der amerikanische Arbeiter sehr viel ausgibt, weil er es liebt sich innerhalb der Werkstätte höchst sauber zu halten und ausserhalb dieser als vollendeter Gentleman aufzutreten; würde er sich aber in der Art des deutschen Arbeiters kleiden, so käme seine Kleidung »nur unwesentlich teurer zu stehen« als in Deutschland.<sup>10)</sup> Die Sombartsche Untersuchung beweist also, dass es der gewerkschaftlichen Aktion in den Vereinigten Staaten nicht nur gelungen ist der Arbeiterfamilie eine nach deutschen Begriffen fast bürgerliche Lebenshaltung zu ermöglichen sondern diesen hohen Lebensstandard auch 2 Jahrzehnte hindurch bis zur Gegenwart aufrecht zu erhalten, obwohl das Land mehr und mehr seinen kolonialen Charakter einbüßte und die wilden Preistreibereien der Trusts sowie die deutsche industrielle Schmutzkonzurrenz sich empfindlich fühlbar machten. Die glänzenden Erfolge der amerikanischen Gewerkschaften haben die vulgärökonomische Ansicht, dass die Errungenschaften der Gewerkschaften nur einen zeitweiligen Charakter haben könnten, *ad absurdum* geführt. Freilich, dass die amerikanischen Arbeiter in einer Zeit wachsender Profite und Renten, herbeigeführt

<sup>7)</sup> Siehe Sombart *Studien zur Entwicklungsgeschichte des nordamerikanischen Proletariats* im *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 21. Band, 1905, pag. 368.

<sup>8)</sup> Siehe Sombart, loc. cit., pag. 381.

<sup>9)</sup> Siehe Sombart, loc. cit., pag. 370.

<sup>10)</sup> Siehe Sombart, loc. cit., pag. 385.

durch die Vertrustung der Industrie und die Zunahme der Bevölkerung, ihren Lebensstandard nur um ein bescheidenes Mass erhöhen konnten, wird niemand wunder nehmen, der die Tatsache im Auge behält, dass nicht nur der Geld- sondern auch der Realerbeitslohn in Amerika zwei- bis dreimal so hoch ist wie der Arbeitslohn in denjenigen Ländern, mit denen die amerikanischen Unternehmer sowohl auf dem inneren wie auf dem Weltmarkt konkurrieren müssen.

K. Kautsky führt aber nicht nur die durch Theorie und Praxis längst widerlegte vulgärökonomische Lehre gegen die Gewerkschaften ins Feld, sondern er ruft auch Pfarrer Naumann zum Schwurzeugen dafür auf, dass der »siegereiche Vormarsch« der Gewerkschaften »immer mehr gehemmt« wird, dass sie »allenthalben in die Defensive gedrängt« werden, dass die »günstigen Zeitpunkte, in denen sie noch erfolgreich Schlachten schlagen können, immer seltener werden.«<sup>11)</sup> Und warum diese Kassandrarufe? Weil die Unternehmerorganisationen in Deutschland in den letzten Jahren grosse Fortschritte aufzuweisen haben. Um nicht missverstanden zu werden, möchte ich vorweg bemerken, dass es natürlich höchst bedenklich wäre, wenn die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft die Macht der Unternehmerorganisationen unterschätzen würde. Noch verhängnisvoller wäre es aber, wenn sie sich zur Kautskyschen Flaumacherei bekehren würde. Liest man Kautskys Ausführungen über die Unternehmerverbände, die an Oberflächlichkeit kaum etwas zu wünschen übrig lassen, so muss man zu der Meinung kommen, dass sie im Grunde eine ganz neue Erscheinung im ökonomischen Leben darstellen. In Wirklichkeit sind sie aber recht alt. Überall hat der gewerkschaftliche Zusammenschluss der Arbeiter auch zu Koalitionen der Unternehmer geführt. Der Grund ist leicht einzusehen. Bildet sich in einem Land eine zentrale Organisation der Arbeiter eines Gewerbes, so werden deren verantwortliche Leiter natürlich nicht so töricht sein der gesamten Unternehmerschaft in allen Orten des Landes den Krieg gleichzeitig zu erklären, sondern sie werden nur einzelne Unternehmer angreifen, um, wenn deren Widerstand niedergerungen, den Angriff gegen andere zu richten, und so fort, bis alle Unternehmer nach einander die von der Gewerkschaft gestellten Forderungen akzeptiert haben. Für jeden, der die menschliche Natur kennt, ist es klar, dass dieser Kleinkrieg nur eine Episode im gewerkschaftlichen Kampf sein kann. Während der mächtige Zentralverband der Arbeiter auch die kleinste Lohnbewegung in der Provinz hinreichend unterstützen kann, ohne deshalb eine Erschöpfung seiner Kasse befürchten zu müssen, da ja die Wochenbeiträge der Mitglieder im ganzen Land das durch die Streikunterstützung an einem Ort entstandene Loch immer wieder füllen, ist der vereinzelt, nicht koalierte Unternehmer auf seine eigenen Hilfsquellen angewiesen. Hält der Streik längere Zeit an, so werden Konventionalstrafen fällig, die Kundschaft verliert sich, da die konkurrierenden Betriebe vom Streik ja nicht mitbetroffen sind. Kurz, in allen Gewerben mit einer höher qualifizierten Arbeiterschaft, für die die Beschaffung einer ausreichenden Menge von Streikbrechern sehr schwer oder ganz unmöglich ist, wird der Unternehmer über lang oder kurz zum Nachgeben gezwungen sein, denn der Widerstand des vereinzelt Unternehmers gegen einen grossen Zentralverein gleicht wirklich dem Kampf des unbewaffneten Bürgers gegen einen eisengepanzten Ritter. Es ist daher keine so erhebliche

<sup>11)</sup> Siehe Kautsky, loc. cit., pag. 73.

Übertreibung, wenn die Unternehmer in solchen Gewerben, wo der mittlere Betrieb vorherrscht, als die treibende Ursache ihres Zusammenschlusses zu einem Zentralverband, ähnlich dem ihrer Arbeiter, den Umstand angeben, dass sie in der Vereinzelung vom Zentralverband der Arbeiter nach einander *abgeschlachtet* werden würden. Kein Wunder daher, dass, je früher in einem Gewerbe eine kräftige zentrale Gewerkschaft auftritt, um so früher sich auch ein ausgeprägter Arbeitgeberverband bildet.

Die um die deutsche Arbeiterbewegung hochverdienten Männer, die, von der nordischen Wasserkante aus, den Typ des reformistischen Zentralverbands, der sich in England nach dem totalen Zusammenbruch der *sozialrevolutionären* Gewerkschaften herausgebildet hatte, nach Deutschland verpflanzten, waren mit der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung hinreichend vertraut, um zu wissen, dass ein zentraler Zusammenschluss der Arbeiter auch einen solchen der Unternehmer zur Folge haben werde. Es war für sie auch kein Geheimnis, dass mit der Bildung zentraler Unternehmerverbände der gewerkschaftliche Kleinkrieg gegen einzelne Firmen, der für einen Zentralverband so erfolgreich ist, unmöglich wird, weil die organisierten Unternehmer jeden Versuch sie nach einander *abzuschlachten*, mit einer mehr oder minder grossen Aussperrung zu beantworten pflegen, die die Kasse des Zentralverbands stark in Mitleidenschaft zieht. Hätten die Erfahrungen der englischen Gewerkschaften dafür gesprochen, dass durch Unternehmerverbände und Aussperrungen ein weiterer Aufstieg der Arbeiterklasse unmöglich gemacht wird, so hätten Männer wie Legien, von Elm und andere wahrlich nicht ihre ganze Kraft daran gesetzt die Köpfe der deutschen Arbeiter für die reformistische Aktion der gewerkschaftlichen Zentralverbände zu gewinnen. Und obwohl die deutschen Gewerkschaften vom Beginn der neunziger Jahre an gegen mächtige Koalitionen der Unternehmer zu kämpfen hatten, so rechtfertigten ihre Erfolge ihren reformistischen Optimismus gegenüber dem Pessimismus der *sozialrevolutionären* Verfechter der Verelendungstheorie.

Wer die Geschichte der englischen Gewerkschaften, die Methoden und Regeln ihres Kampfs genauer studiert hat, der weiss, dass die Massnahmen der deutschen Arbeitgeberverbände gegen die Gewerkschaften absolut nichts Neues darstellen. Was zunächst deren Versuche anlangt die Arbeiter durch Unterzeichnung eines koalitionsfeindlichen Reverses zum Austritt aus der Gewerkschaft zu zwingen, so ist zu konstatieren, dass diese nichtswürdigen Praktiken schon im Jahre 1830 von dem Zentralverband der englischen Baumeister geübt wurden. Jedes Mitglied des Zentralverbands verpflichtete sich keinen Arbeiter in Arbeit zu nehmen, der »zu den Fonds eines Gewerkvereins beiträgt«. Im Jahre 1852 war es der Zentralverband der Maschinenbauunternehmer, der nach 3 Monate währender Aussperrung die Arbeiter zwang ein sogenanntes *Dokument* zu unterzeichnen, wodurch der Unterzeichner die Mitgliedschaft zur Gewerkschaft abschwor. Einen dauernden Erfolg hatten die englischen Unternehmer mit dieser Massregel damals ebenso wenig wie heute die deutschen, so dass man von dieser Methode die Gewerkschaften zu bekämpfen bald Abstand nahm. Auch die Beschaffung ausländischer Streikbrecher ist von den englischen Unternehmerverbänden, die auf eine fast hundertjährige Geschichte zurückblicken können, immer mit Eifer betrieben worden. Insbesondere waren es die bedürfnislosen deutschen Arbeiter, die

man gegen die Gewerkschaften ins Feld führte. Noch zu Ende der siebziger Jahre erregte die Importierung von bedürfnislosen deutschen Arbeitern als Streikbrecher bei einem Maurerstreik in London den bittersten Groll der englischen Gewerkschafter. Der Zuzug bedürfnisloser ausländischer Arbeitskräfte, dem K. Kautsky einen so grossen Einfluss zuschreibt, hat den Aufstieg der englischen Arbeiterklasse, die Erfolge ihrer reformistischen Aktion nicht hindern können. Er wird sich auch in Deutschland als unfähig erweisen den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse aufzuhalten. Übrigens sei bemerkt, dass nicht jeder ausländische Arbeiter ein Streikbrecher ist. Die deutschen Arbeiter in der Schweiz, die stellenweise ein Viertel bis zur Hälfte der ortsansässigen Bevölkerung ausmachen, bilden zurzeit sogar die Kerntruppen der schweizerischen Gewerkschaften. Ja, selbst die italienischen Bauarbeiter in der Schweiz sind heute nicht mehr das geduldige Ausbeutungsmaterial für das schweizerische Baukapital, das sie vor Jahren waren. So befinden sich auch unter den ausländischen Arbeitern in Deutschland zahlreiche tüchtige Elemente, die nicht weniger Bedürfnisse haben als die deutschen Arbeiter, und die weit davon entfernt sind sich als Streikbrecher missbrauchen zu lassen. Die Statistik der Ausländer im Deutschen Reich, die K. Kautsky anführt, ist für den in Frage stehenden Beweis völlig wertlos, weil sie die Ausländer nicht nach Nationalitäten und Berufen scheidet.

Eine besondere Stütze für seine Auffassung, dass es den Gewerkschaften hinfort unmöglich sein wird die Lage der Arbeiter zu verbessern, sieht K. Kautsky darin, dass mit der Entstehung der Unternehmerverbände »dem Streik immer öfter und immer wirksamer die Aussperrung entgegengesetzt wurde«. Zunächst sei auch hier bemerkt, dass die Aussperrung keine neue Erfindung sondern eines der ältesten Kampfmittel der Unternehmer ist. Place erzählt von seiner Anwendung zu Ende des 18. Jahrhunderts von seiten der Kniehosenfabrikanten. Eine ungeheure Ausdehnung gewannen die Aussperrungen in England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, so dass es namentlich 1865 schien, als ob sie die Lebensäusserung jedes grossen Industriezweiges werden sollten. So gefahrvoll schien der Gewerkschaftswelt infolgedessen die Situation, dass zum Jahre 1866 ein allgemeiner Gewerkschaftskongress in Sheffield einberufen wurde, um über Verteidigungsmassregeln gegen die fortgesetzte Anwendung des Lockout zu beraten. Mit welcher Brutalität die englischen Unternehmerverbände vorgingen, lehrt die Aussage eines Bergarbeiters aus Yorkshire, der sich im Jahre 1866 beklagte, dass er »in 6 Jahren gegen 24 Monate ausgesperrt gewesen sei«. Und in fast allen Fällen gelang es damals den Unternehmerverbänden die organisierten Arbeiter unter ihren Willen zu beugen. Was man in den letzten Jahren in Deutschland konstatieren konnte, zeigte sich damals in England: Die Aussperrung erwies sich als eine Waffe, der die Arbeiterschaft in der Regel nicht widerstehen konnte.

Aber auch die Aussperrungen konnten die reformistische Aktion der englischen Gewerkschaften nicht lahm legen, denn sie erwiesen sich als eine zweischneidige Waffe, die den Unternehmern nicht minder tiefe Wunden schlug wie den Arbeitern. In der Zeit flauen Geschäftsgangs, wenn es für die Unternehmer vielleicht sogar vorteilhaft war ihren Betrieb einige Monate still zu legen, beantworteten sie jede Lohnforderung prompt mit einer Aussperrung. Das

Bild änderte sich jedoch, wenn auf den Tiefstand die Hochflut geschäftlicher Prosperität eintrat. Dann fühlten sich auch die Unternehmer durch Aussperrungen schwer getroffen, denn während ihre Konkurrenten in den anderen Ländern reiche Profite einsäckelten, standen ihre Vorräte in Gefahr zu verderben, ihre Maschinen rosteten ein, Kunden fielen ihnen ab, und Absatzgebiete gingen ihnen verloren, sofern sie sich den Forderungen der Gewerkschaften ganz verschlossen und erneute Aussperrungen vornahmen. Kein Wunder daher, dass ein Unternehmerverband nach dem andern auf den kostspieligen Triumph die Ansprüche der Gewerkschaften durch Aussperrungen abzuweisen verzichtete und sich zu Unterhandlungen mit den Arbeitern bereit fand. Gerade in den Jahren der Prosperität, die auf die allgemeinen Aussperrungen der sechziger Jahre folgten, errangen die Gewerkschaften in England eine nie geahnte Machtstellung im öffentlichen Leben, erzielte ihre reformistische Aktion die schönsten Erfolge.

Haben wir Ursache anzunehmen, dass die Entwicklung in Deutschland eine andere sein wird? Ich glaube nicht. Wenn man zugeben muss, dass Deutschland heute zahlreichere und mächtigere Unternehmerverbände aufzuweisen hat als England vor zirka 50 Jahren, so steht andererseits aber auch fest, dass die deutsche Arbeiterschaft, verglichen mit der englischen vor 50 Jahren, ungleich widerstandsfähiger ist. Die Gewerkschaften haben gar keine Veranlassung den Unkenrufen K. Kautskys irgend eine Bedeutung beizulegen, sie können vielmehr im Vertrauen darauf, dass auch die Bäume der Unternehmerverbände nicht in den Himmel wachsen werden, ihre opferreiche Arbeit hoffnungsfreudig mit dem stolzen Bewusstsein fortsetzen die deutsche Arbeiterklasse nicht bloss vor *völliger Verelendung* zu retten sondern sie auch aus den Tiefen der Not zu einem menschenwürdigen Dasein emporzuführen.

XX

## ADOLPH VON ELM · SAM. GOMPERS UND DIE SOZIALDEMOKRATIE

**G**OMPERS, der Präsident der *American Federation of Labor*, ist nach Europa gekommen, um, wie er erklärte, den Anschluss der amerikanischen Gewerkschaften an die internationale Arbeiterbewegung in die Wege zu leiten, ferner, um sich auch einen Einblick in die europäischen Arbeiterverhältnisse und in die europäische Arbeiterbewegung zu verschaffen und seine Eindrücke den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Amerikas zu übermitteln. Ihn in diesem Vorhaben zu unterstützen lag im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung. Von gewerkschaftlicher Seite in Deutschland ist deshalb auch alles geschehen die von Gompers bekundete Absicht zu fördern. Gompers kam zunächst nach Hamburg. Sein Aufenthalt beschränkte sich dort auf zwei Tage, auf einen Sonnabend und einen Sonntag. Um Gompers zu ermöglichen einige Kenntnis von den durch die Hamburger Arbeiterschaft geschaffenen Institutionen zu gewinnen, konnte man nur den Sonnabend benutzen. Gompers lernte an diesem Tage die Einrichtungen des Gewerkschaftshauses und die des Konsum-, Bau- und Sparvereins *Produktion* kennen. Hamburgs Arbeiter können auf ihr Gewerkschaftshaus und auf die *Produktion* stolz sein.

Dem *praktischen* Amerikaner durch praktischen Anschauungsunterricht zu

beweisen, was durch zielbewusstes Zusammenwirken auf politischem, gewerkschaftlichem und genossenschaftlichem Gebiet in verhältnismässig kurzer Zeit aufzubauen möglich war, lag besonders mir am Herzen. Gewerkschaftshäuser, wie sie die deutschen Arbeiter in einer Reihe von Städten besitzen, gibt es in Amerika nicht; auf genossenschaftlichem Gebiet haben die amerikanischen Arbeiter noch nicht das geringste geleistet. Gompers und sein ihn begleitender Freund Sullivan haben von Hamburg jedenfalls den Eindruck mitgenommen, dass die Sozialdemokraten Hamburgs — Hamburgs organisierte Arbeiter sind doch sämtlich Sozialdemokraten — nicht nur ihr Zukunftsideal im Herzen tragen sondern auch praktische Gegenwartsarbeit zu leisten im stande sind; bei einigem Nachdenken dürften sie sich auch sagen, dass diese Gegenwartsarbeit deshalb so schnell und in so hervorragender Weise zu vollbringen nur möglich war, weil Hamburgs Arbeiter Sozialdemokraten sind, weil sie durch diese Gegenwartsarbeit sich nicht nur materielle Vorteile verschaffen wollen, sondern der Überzeugung sind, dass die von ihnen geschaffenen Institutionen eine Vorarbeit auf dem Wege zum Sozialismus sind.

Am Abend des Sonnabend sprach Gompers im Gewerkschaftshaus in einem Kreise von Gewerkschaftsbeamten. Da Gompers seine Ankunft erst kurz vorher gemeldet hatte, war es nicht möglich eine grössere Versammlung zu arrangieren. Auch deshalb wurde davon Abstand genommen, weil man annahm, Gompers würde sich der deutschen Sprache bei seinen Ausführungen bedienen, und das Reden in deutscher Sprache würde ihm, der in Amerika nur selten dazu Gelegenheit findet, Schwierigkeiten bereiten. Hätte von vornherein festgestanden, dass Gompers Englisch sprechen würde und die Rede doch übersetzt werden müsste, so wäre wahrscheinlich in Hamburg genau so wie später bei seiner Anwesenheit in Berlin, trotz der Kürze der Zeit eine grössere öffentliche Versammlung veranstaltet worden. Es erübrigte sich auch die von Gompers in Hamburg gehaltene Rede in der Presse bekannt zu geben, weil deren wesentlicher Inhalt sich mit den im *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* veröffentlichten Berliner Ausführungen fast völlig deckt. Von Interesse dürfte sein, wie Gompers in seiner Rede über die am Tage gewonnenen Eindrücke von der Entwicklung der Hamburger Verhältnisse urteilte. Gompers erinnerte daran, dass er vor 14 Jahren einmal in Hamburg gewesen. Es sei für ihn eine freudige Genugtuung, erklärte er, die grosse Entwicklung, den eminenten Fortschritt konstatieren zu können, der in Hamburg in den Organisationen der Arbeiter und durch diese wieder in der Lebenshaltung, den Wohnungsverhältnissen der Arbeiter sich in diesen 14 Jahren vollzogen habe. »Ich glaube«, sagte er, »weit mehr diesen Fortschritt zu sehen als Sie. Wie Eltern das Wachstum ihrer Kinder kaum bemerken, weil sie diese täglich um sich haben, so werden auch Sie den gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung der Sie umgebenden Verhältnisse nicht so sehr bemerkt haben wie ich, ein Fremder, der nun heute in der Lage ist Vergleiche zwischen den jetzigen Zuständen und denen vor 14 Jahren anstellen zu können.«

Gompers erklärte in Hamburg wie später auch in Berlin, die amerikanischen Gewerkschaften wünschten ihren Anschluss an die internationale Arbeiterbewegung unter einer Bedingung zu vollziehen, und diese sei, dass von anderen Ländern nicht versucht werde ihnen in Amerika die Taktik im

gewerkschaftlichen Kampf vorschreiben zu wollen: »Ebenso wenig, wie Sie sich von uns in Ihre taktischen Massnahmen hineinreden lassen wollen, ebenso wenig können auch wir Ihnen das Recht zugestehen in unsere Angelegenheiten mitbestimmend einzugreifen.« Wie in der Berliner Versammlung durch den Genossen Legien erklärt wurde, hält die *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* die Erfüllung der von den amerikanischen Gewerkschaften gestellten Bedingung für etwas ganz Selbstverständliches. Ganz anders scheinen darüber unsere *radikalen* Heisssporne zu denken. Für sie gibt es nur eine alleinseligmachende Taktik, und das ist die, die von ihnen selbst gestempelt und geeicht worden ist. Als ich in den letzten Wochen die Schmähartikel gegen Gompers in einigen Parteiblättern las, da dachte ich an die Diskussionsabende, denen ich vor nunmehr 30 Jahren in New York beiwohnte. Zu diesen kamen mehrfach auch einige alte Lassalleaner, die aus Deutschland eingewandert waren; sie waren kaum ein Vierteljahr auf amerikanischem Boden, urteilten aber über Dinge und Personen, als ob sie alles seit einem Menschenalter aus eigener Anschauung kennen gelernt hätten. Wehe dem, der zu widersprechen wagte! Für sie gab es nur zwei Sorten Menschen: Dummköpfe oder Schufte. Alles schon dagewesen, sagte ich mir nun, als ich in unseren *radikalen* Parteiblättern das Urteil über die Persönlichkeit Gompers' las. Es ist halt der alte Wahn *Entweder Dummkopf oder Schuft*, und da man nun den langjährigen Führer der grossen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung nicht gut als Dummkopf charakterisieren kann, muss er selbstverständlich ein Schuft sein. Das wird natürlich bewiesen: Erstens ist Gompers kein Sozialdemokrat, und zweitens bekämpfte er in gehässiger Weise den von der sozialdemokratischen Partei in Amerika bei der letzten Wahl aufgestellten Präsidentschaftskandidaten, während er selbst für den Kandidaten der demokratischen Partei agitierte. Dann ist er auch Vizepräsident der *Civic Federation*, einer bürgerlichen Vereinigung, der auch kapitalistische Ausbeuter angehören.

Über die Beweggründe zu den Handlungen Gompers' masse ich mir kein Urteil an. Ob die *Civic Federation* eine so schlimme Gesellschaft ist, wie sie nach den *Quellen* der *New Yorker Volkszeitung* in unseren *radikalen* Parteiorganen geschildert wird, weiss ich nicht. Nach meinem zirka 5jährigen Aufenthalt in Amerika habe ich so manches Urteil über amerikanische Verhältnisse in deutschen Parteiblättern gelesen, das zu meinem eigenen Urteil in direktem Gegensatz stand. In dem Organ der amerikanischen Gewerkschaften, dem *American Federationist*, habe ich jedoch zwei Reden Gompers' gelesen, die dieser in der *Civic Federation* gehalten; aus diesen Reden habe ich den Eindruck gewonnen, dass Gompers seine Stellung in der *Civic Federation* dazu benutzt die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Amerikas auch dem bürgerlichen Publikum begreiflich zu machen. Gompers hat sich in der *Civic Federation* eine Tribüne geschaffen, von der aus er Sympathieen für die Sache der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft erwecken zu können glaubt; und weil er hier bei allem Entgegenkommen in der Form keineswegs davor zurückschreckt den Vertretern kapitalistischer Interessen ungeschminkt die Wahrheit zu sagen, scheinen die amerikanischen *Gewerkschaften* in dieser seiner Tätigkeit denn doch ihrerseits auch wohl nichts Bedenkliches zu erblicken.

Das Eintreten Gompers' für den demokratischen Präsidentschaftskandidaten ist nicht seine persönliche Sache; dafür ist die Leitung der *American Federation of Labor* in ihrer Gesamtheit verantwortlich. Wie ein solcher Beschluss gefasst werden konnte, ist mir unverständlich, weil er im Widerspruch zu der bisher von den Gewerkschaften Amerikas befolgten Taktik steht. Diese war für Jahrzehnte hindurch die der striktesten Neutralität gegenüber allen politischen Parteien. Die Gewerkschaften stellten auf ihren Kongressen eine Reihe Arbeiterforderungen auf und bekämpften bei den Wahlen alle Kandidaten, die sich nicht rückhaltlos für diese Forderungen erklärten oder bei früheren Wahlen eingegangene Verpflichtungen nicht eingehalten hatten. Das Eintreten der Leitung der *American Federation* für eine bestimmte politische Partei war ein Bruch ihres Neutralitätsprinzips, den wir von unserem Standpunkt um so mehr verurteilen müssen, als er sich direkt gegen die Sozialdemokratie richtete. Aber, so darf man hier doch auch wohl fragen, sollte an der Feindschaft zwischen Partei und Gewerkschaften in Amerika die erstere wirklich so ganz schuldlos sein? Gompers war stets ein enragierter Verfechter gewerkschaftlicher Neutralität; seine Ausführungen in Hamburg lassen darauf schliessen, dass er sich nach seiner demokratischen Abirrung zu seinem alten Standpunkt zurückgemauert hat. Er betonte mit besonderem Nachdruck, dass dadurch, dass die amerikanischen Gewerkschaften keine Parteipolitik getrieben, sich konsequent von jeder Erörterung religiöser Fragen ferngehalten hätten, es allein trotz aller Schwierigkeiten, trotz der heterogenen Masse der Arbeiter in Amerika, die in allen Sprachen der Welt reden, möglich gewesen sei die Einheitlichkeit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung zu wahren. Christliche, Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften seien drüben unmöglich; wenn irgend jemand dort den Versuch machen wollte christliche Gewerkschaften zu gründen, so würde man solchen Zersplitterer genau so entschieden bekämpfen wie Vertreter kapitalistischer Interessen. Nur durch die Einheitlichkeit der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sei es möglich geworden ihre erreichten Erfolge hochzuhalten. Gompers vermied es auch nur ein Wort über die in Amerika seit Jahrzehnten fortgesetzt von sogenannten *radikalen* Sozialisten betriebenen Absplitterungsversuche zu reden.

Es ist halt der alte Wahn. Als ich in den Vereinigten Staaten weilte, war die Parole der sozialdemokratischen Parteigewerkschafter *Niedrige Beiträge für die Mitglieder, niedrige Gehälter für die Gewerkschaftsbeamten, kein Kassengepäck!* Das war der selbe Standpunkt, den heute bei uns in Deutschland nur noch die paar Lokalisten einnehmen, der aber damals noch von der Mehrheit der Parteigenossen in Deutschland geteilt wurde. Erklärte doch auf dem Halberstädter Gewerkschaftskongress noch ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, es sei endlich an der Zeit den Gewerkschaften das Kassengepäck abzuschneiden. Wer damals für Arbeitslosenunterstützung in den deutschen Gewerkschaften eintrat, wurde von den meisten Parteigenossen als *Hirsch-Dunckerscher Harmonieapostel* verketzert. Die fortgesetzten Neugründungen von sozialdemokratischen Parteigewerkschaften in Amerika beweisen, dass die *radikalen* Heisssporne dort drüben trotz aller Misserfolge noch immer die selben sind. Anstatt in ruhiger, besonnener Werbearbeit die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für den Sozialismus zu erziehen glauben sie

etwas erreicht zu haben, wenn sie von dem grossen Gewerkschaftskörper einen Teil absprenge, der auf das sozialdemokratische Programm verpflichtet ist. Dass sie dadurch das Gegenteil von dem erreichen, was sie erreichen wollen, erkennen sie nicht. Aus dem Kampf um die Frage *Partei- oder neutrale Gewerkschaften?* entwickelte sich naturgemäss ein Kampf der Führer unter einander, der mit der Zeit mit immer grösserer Heftigkeit und Gehässigkeit geführt wurde.

Als Beweis dafür, bis zu welchem Grade die Gehässigkeiten in Amerika zwischen den der *Federation* angeschlossenen Gewerkschaften und der letzten radikal-sozialistischen Gewerkschaftsgründung, den sogenannten *Industrial Workers of the World*, gediehen sind, mag eine Resolution dienen, die in der am 16. Mai 1906 in New York abgehaltenen Generalversammlung des Hut- und Mützenmacherverbandes, einer Organisation, deren Leiter selbst Sozialisten sind, beschlossen wurde. An deren Schluss heisst es, dass die Generalversammlung die *Industrial Workers of the World* als eine Vereinigung anklagen und verurteilen müsse, die sich durch ihre Erklärungen und Handlungen, ob bewusst oder unbewusst, als Hilfstruppe der verschiedenen Unternehmerorganisationen charakterisiert habe, und die durch ihr Vorgehen die Interessen aller Arbeiter, sowohl der organisierten wie der unorganisierten, schädige. Das Organ der Hutmacher erklärt in seiner Nummer vom Januar 1906, dass der Vorstand ihrer Gewerkschaft dem Genossen Debs, dem Kandidaten der Sozialdemokratie bei der letzten Präsidentschaftswahl (!), dokumentarisch bewiesen habe, dass die *Industrial Workers of the World* Streikbrecher als Mitglieder aufnehmen und ihren Mitgliedern gestatten als Streikbrecher den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern in den Rücken zu fallen, dass Debs versprochen habe gegen dieses Treiben energisch vorzugehen, sein Versprechen jedoch nicht gehalten habe. Auch die Brauereiarbeitergewerkschaft, die wegen Nichtbefolgung der Beschlüsse der *American Federation of Labor* zeitweilig von der Mitgliedschaft suspendiert war, jetzt jedoch ihren Anschluss wieder vollziehen wird, nahm kürzlich in ihrem Fachorgan entschiedene Stellung gegen die *Industrial Workers of the World*, speziell gegen die dieser Vereinigung angeschlossene Union der *Western Federation of Miners*, einer Sonderorganisation gegen den allgemeinen Bergarbeiterverband. Die Brauereiarbeitergewerkschaft forderte von der Generalversammlung dieser Union, dass sie ihren Mitgliedern verbieten solle als Streikbrecher in gesperrten Brauereien zu arbeiten. Dies Verlangen wurde abgelehnt (!).

An diesen Beispielen sieht man auch hier wieder, wohin die gewerkschaftlichen Absplitterungen führen. Die geringe Zahl der unter dem pomphaften Namen *Industrial Workers of the World* zusammengeschlossenen Gewerkschaftszersplitterer handelte genau so wie die sogenannte *Freie Vereinigung der Maurer* bei der Bauarbeitersperre in Hamburg; hinter dem Rücken der Gesamtheit ihrer Kollegen versuchte sie mit den Kapitalisten Verhandlungen anzuknüpfen und scheute schliesslich auch nicht vor direktem Streikbruch zurück: aus fanatischem Hass gegen die Zentralverbände. Bei uns in Deutschland wäre es nun doch ganz unmöglich, dass jemand, der ein solches Vorgehen billigt, als Kandidat der Partei bei irgend einer allgemeinen Wahl aufgestellt werden könnte. In Amerika sind bedauerlicherweise die Gewerkschaftszersplitterer, die sich natürlich dort wie hier politisch ungeheuer radikal

aufspielen, die die deutsche Partei aber durch Parteitagsbeschluss von ihren Rockschössen abgeschüttelt hat, von hervorragenden Parteigenossen in ihrem die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung schwer schädigenden Treiben geschützt und gestützt worden. Die sozialdemokratische Partei Amerikas hat durch diese falsche Taktik einiger ihrer Führer es niemals zu einer nennenswerten Bedeutung bringen können.

Aus den amerikanischen Verhältnissen heraus erklärt es sich, dass dort das Schwergewicht der Arbeiterbewegung mehr auf wirtschaftlichem als auf parteipolitischem Gebiet liegt. Einen Kampf gegen Junker und Bürokraten gibt es dort nicht; die politischen Freiheiten sind nicht gefährdet. Nackt und brutal schaltet der Kapitalismus und vergiftet mit seinem korrumpierenden Einfluss auch das politische Leben. Die Politik ist ein Geschäft. Diese Auffassung steckt drüben nicht nur in den Köpfen der Politiker sondern auch in denen vieler Arbeiter. Unter diesen Umständen ist die Werbearbeit für die sozialdemokratische Partei in Amerika besonders schwierig; um so mehr sollten die politischen Parteiführer es dort vermeiden, durch eine unbesonnene Taktik sich die Feindschaft der Gewerkschaften zuzuziehen.

Aber, warum in die Ferne schweifen? Auch bei uns in Deutschland gibt es von Zeit zu Zeit immer wieder die alten Anrempelungen gegen die Gewerkschaftsführer. Der alte Vorwurf kehrt immer wieder, dass sich diese politisch nicht genügend betätigen; man unterlässt auch nicht gelegentlich immer wieder auf die Leute in *gehobener Lebensstellung* und deren *geschwächtes Klassenbewusstsein* zu verweisen und erzeugt dadurch in den Kreisen der politisch organisierten Massen Misstimmung gegen die Gewerkschaftsbeamten. Dass der grösste Teil unserer Gewerkschaftsbeamten bis zur völligen Erschöpfung ihrer physischen und geistigen Kraft im Dienst ihrer Organisationen tagein tagaus tätig sein muss, so dass ihnen für die praktische Kleinarbeit in der Partei nicht viel Zeit mehr übrig bleibt, wird nicht gesagt. Eine Teilung der Arbeit ist auch in der Arbeiterbewegung dringend von nöten. Von den politisch hervorragend tätigen Personen verlangt doch kein Mensch, dass sie auch noch gewerkschaftliche Kleinarbeit verrichten sollen. Dass Gewerkschafts- und Parteiführer hüben wie drüben sich gegenseitig persönlich herabsetzen, werden wir leider noch öfter erleben. Jede einseitige Betätigung führt vielfach zur Geringschätzung der Arbeit anderer; die Zahl derjenigen, die Menschen und Dinge objektiv aus den verschiedenen Verhältnissen heraus zu beurteilen im stande sind, ist auch bei uns in der Partei noch gering.

Die Verhältnisse machen den Menschen: Wie oft führen wir diesen Satz im Mund, und wie oft wird nicht in unseren eigenen Reihen gerade gegen dessen Sinn gröblich verstossen! Wie misstönend klingt zum Beispiel jetzt wieder die Kanonade gegen die paar süddeutschen *Spatsen*, die keck genug, in einen Königsgarten hineingeflogen waren, selbstverständlich in der Überzeugung, dass weder ihre noch die Parteiseele irgend wie Schaden nehmen könnte, wenn sie ihren Schnabel an seinen Früchten wetzten. Vielleicht wollten die Schwaben den höhennenden Gegnern beweisen, dass sie keine Angst vor dem Stock des *grossen Bruders* im Norden haben; ja, sie haben am Ende gar geglaubt das selbe Recht auf *Hofgängerei* zu haben wie die *erzradikalen Berliner Stadtväter*, die sich an unseres englischen Onkels Majestät Tafel setzen — wollten: natürlich auch aus wissenschaftlichen Gründen.

Wenn man nun schon im eigenen Vaterlande solche Dinge — tragikomisch — mit verschiedenen Brillen ansieht und sogar damit Stoff zu ernststen Rempelen für einen Parteitag schafft, wie viel mehr ist es zu begreifen, dass unsere *Radikalen* die amerikanischen Verhältnisse den der ausländischen Angelegenheiten unkundigen Massen durch die deutsche Parteibrille zu zeigen bestrebt sind. Um so mehr ist anzuerkennen, dass die *General-kommission der Gewerkschaften Deutschlands* sich auf eine höhere Warte stellte und alle hemmenden Momente bei Seite schob. Der Anschluss der amerikanischen Gewerkschaften an die internationale Arbeiterbewegung bedeutet für diese eine so gewaltige Stärkung, dass man wohl hätte erwarten können, dass auch unsere *radikalen Theoretiker* des grossen Zwecks wegen ihre persönlich gehässigen Kritiken unterlassen hätten. Der Sache des Proletariats ist nicht damit gedient, dass man dem wirtschaftlichen Zusammenschluss der Arbeiter der ganzen Welt hindernd sich in den Weg stellt.

Man mag über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung denken, wie man will: das Recht sich ihre Taktik in den wirtschaftlichen Kämpfen den amerikanischen Verhältnissen entsprechend selbst zu wählen wird man ihr ohne weiteres zugestehen müssen. Ist diese Taktik falsch, so ist es Sache der amerikanischen Arbeiter sich eine andere zu schaffen; auch soll man es ruhig den amerikanischen Arbeitern überlassen sich ihre Führer selbst zu wählen. Gompers mag uns als Person sympathisch oder unsympathisch sein: in dem Moment, wo er als Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit einer solchen Mission deutschen Boden betrat, war es nicht nur eine Unfreundlichkeit gegen ihn sondern eine Beleidigung der amerikanischen Gewerkschaften überhaupt seine Person in derart gehässiger Weise anzugreifen, wie es in unseren *radikalen* Parteiorganen leider geschehen ist. Es heisst denn doch die Urteilskraft der organisierten amerikanischen Arbeiterschaft gar zu niedrig einschätzen, wenn man den durch die *radikale* amerikanische Parteipresse geflissentlich verbreiteten Beschuldigungen Glauben schenken und annehmen wollte, dass die smarten Amerikaner jahrzehntelang einen schuftigen Verräter als Führer an ihrer Spitze dulden würden. Und unsere deutschen Parteigenossen sollten ihren *radikalen* Zionswächtern energisch anempfehlen die Arbeitsbrüder jenseits des Ozeans, denen alljährlich die Zuwanderung von Hunderttausenden von *Lohn-drückern* aller Länder ihre Organisationsarbeit zu vernichten droht, auf andere Weise von der Hoheit unserer sozialistischen Lehre zu überzeugen als durch derartige, Volk und Führer in gleicher Weise herabsetzende und beleidigende Verletzungen. So können sie drüben nur irre werden an unserem Werberuf *Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*

XX

## JOHANNES HEIDEN · DIE RECHTSPRECHUNG IN DER ARBEITERVERSICHERUNG



WENN auf irgend einem Gebiet der Satz Gültigkeit hat, dass das Gesetz erst durch die Rechtsprechung seine Bedeutung und Wirksamkeit erhält, so im Arbeiterrecht im allgemeinen und in der Arbeiterversicherung im besonderen. Mag auch der Buchstabe nicht töten, jedenfalls fehlt ihm Leben. Das erhält er erst in seiner Anwendung durch den Richter. Die Arbeit des Richters ist der des

Gesetzgebers ebenbürtig. Der Richter soll durch die Rechtsprechung dafür sorgen, dass das Gesetz seinen Zweck erfüllt: dem Volk zu dienen, das heisst das Wohl des einzelnen und der Gesamtheit zu fördern. Das Amt des Richters ist ein schweres, und mit Recht wird von ihm grösstes Vertrautsein nicht nur mit dem Gesetz sondern mit den tatsächlichen Verhältnissen, mit Lebensgewohnheiten, Lebensanschauungen und -bedürfnissen aller Kreise des Volks gefordert. Der schwerste Vorwurf, der gegen die Rechtsprechung erhoben wird, ist der, dass unsere Richter wohl das Gesetz kennen, dass ihnen aber das Vertrautsein mit dem wirklichen Leben fehlt. Dieser Vorwurf ist nur der Ausdruck der ganz gesunden Anschauung oder Empfindung, dass das Recht, das nicht den eigenen Interessen dient, kein Recht ist sondern Unrecht. Dass die Beurteilung, ob das Gesetz und seine Anwendung durch den Richter berechtigten Interessen dient oder nicht, verschieden ist, je nachdem der Beurteiler der herrschenden oder der beherrschten Klasse angehört, ist selbstverständlich. Um ihren Interessen Anerkennung und Förderung durch die Rechtsprechung zu schaffen, besetzt die herrschende Klasse die Stellen der Richter mit ihren Klassengenossen, und die beherrschte Klasse stellt, um diesem Übelstand wenigstens einigermaßen zu begegnen, die Forderung nach Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter auf. Der vom Volk gewählte Richter kann zwar kein Klassenrecht beseitigen, aber er kann in der Anwendung des Gesetzes doch, wenn auch nur in geringem Mass, den Interessen der beherrschten Klasse dienen.

In der Arbeiterversicherung ist der Forderung *Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter* auf einem Gebietteil scheinbar Rechnung getragen. Bei Entscheidungen über Rentenansprüche in der Invaliden- sowohl wie in der Unfallversicherung wirken, wenigstens in einem Teil der Instanzen, gewählte Vertreter der Versicherten wie der Arbeitgeber mit. Dennoch herrscht in den Kreisen der Versicherten, für die die Rechtsprechung dieser Instanzen unmittelbar wirkt, keine Zufriedenheit mit dieser Rechtsprechung. Der Grund hierfür ist nicht nur in dem materiellen Recht zu suchen, das angewendet wird, sondern auch und wohl nicht zum kleinsten Teil in dem Prozessrecht, das die Mitwirkung der gewählten Vertreter regelt. Es gilt also zu prüfen, welche Mängel hierin enthalten sind, und ob und wie sie beseitigt werden können.

Das geltende Recht regelt einheitlich nur die Rechtsprechung in der Unfall- und Invalidenversicherung und kennt auch nur hierbei die Mitwirkung von Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber. Als Spruchinstanzen bestehen die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung, von denen im Jahre 1908 124 vorhanden waren, und das Reichsversicherungsamt. Acht Bundesstaaten (Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Reuss ältere Linie) haben Landesversicherungsamter errichtet, die für einen Teil der Versicherten die Funktionen des Reichsversicherungsamts, also der höchsten Instanz, ausüben. Dieser Instanzenzug ist wenigstens einheitlich. Anders ist das Verfahren der Rechtsprechung in der Krankenversicherung geregelt. Soweit es sich um Unterstützungsansprüche der Versicherten handelt, steht die Entscheidung von Streitigkeiten in der ersten Instanz den Aufsichtsbehörden zu. Aufsichtsbehörden sind in Gemeinden mit mehr als 1000 Ein-

wohnern die Gemeindebehörden, in den kleineren Gemeinden die staatlichen Verwaltungsbehörden, denen die Aufsicht über die Gemeindeverwaltung zusteht (Landratsamt, Bezirksamt usw.). Die Entscheidungen der Aufsichtsbehörden können innerhalb 4 Wochen angefochten werden, und zwar in einigen Bundesstaaten durch Klage bei den ordentlichen Gerichten; in anderen ist das Verwaltungsstreitverfahren zu ergreifen. In allen Fällen ist aber die Mitwirkung von gewählten Vertretern der Versicherten und Arbeitgeber ausgeschlossen. Die Verschiedenheit des Rechtsprechungsverfahrens ist der Entwicklung einheitlicher Rechtsgrundsätze für die Krankenversicherung ausserordentlich hinderlich gewesen, und die Schwerfälligkeit des Prozesses vor den ordentlichen wie vor den Verwaltungsgerichten hat vielfach als Abschreckung vor Ergreifung des Rechtswegs gewirkt.

Die Reichsversicherungsordnung sieht hierin eine grundsätzliche Änderung vor; sie will der vielfach, auch im Herbst 1908 in dieser Zeitschrift erhobenen Forderung<sup>1)</sup> für die Krankenversicherung gleiche oder doch ähnliche Spruchinstanzen zu schaffen wie sie für die beiden anderen Zweige der Arbeiterversicherung bestehen entsprechen und alle drei Versicherungszweige den gleichen Instanzen unterstellen. Sie sieht drei Instanzen vor, Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Landesversicherungsämter zu errichten soll den Bundesstaaten auch in Zukunft gestattet sein. Über die Organisation, Zusammensetzung und Aufgaben der Spruchinstanzen nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung ist in den *Sozialistischen Monatsheften* erst vor kurzem geschrieben worden, deshalb brauche ich nicht noch einmal darauf einzugehen.<sup>2)</sup> Es wurde schon erwähnt, dass die Rechtsprechung der Spruchinstanzen in der Arbeiterversicherung nicht die Zufriedenheit der Versicherten gefunden hat; in den letzten Jahren sind lebhaftere Klagen darüber erhoben worden, dass besonders auch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts den Versicherten ungünstiger werde. Diese Klagen sind, wie jeder Praktiker bestätigen kann, zweifellos berechtigt. Ich werde darauf noch zurückkommen; vorher will ich aber erst eine Darstellung des jetzigen Spruchverfahrens geben. Und zwar will ich hier nur das Verfahren in Rentenprozessen besprechen, da über die anderen Ansprüche der Versicherten viel seltener Streit entsteht.

Trotz der gleichen Instanzen besteht eine Verschiedenheit, je nachdem es sich um Ansprüche aus der Unfall- oder Invalidenversicherung handelt. Als erste Instanzen wirken die Versicherungsträger, nämlich die Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten. Sie haben darüber zu entscheiden, ob sie den Rentenanspruch des Bewerbers anerkennen wollen oder nicht, und in welcher Höhe sie Rente gewähren wollen. In der Unfallversicherung hängt die Höhe der Rente von dem Verdienst des Verletzten und von dem Grad seiner Erwerbsbeschränkung ab; in der Invalidenversicherung ist Erwerbsbeschränkung auf  $\frac{1}{3}$  des Normalen, Erfüllung der Wartezeit und Aufrechterhaltung der Anwartschaft Voraussetzung für die Gewährung von Rente, deren Höhe von der Zahl und dem Wert der entrichteten Beiträge

<sup>1)</sup> Siehe meinen Artikel *Die Reform der Arbeiterversicherung* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 152B.

<sup>2)</sup> Siehe Mücke *Versicherungsträger und Versicherungsbehörden nach dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung* in diesem Band der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 967 ff.

bedingt ist. Für die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung besteht die Einschränkung, dass sie vor Ablehnung eines Rentenanspruchs und vor Entziehung einer Rente die Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber in den unteren Verwaltungsbehörden hören müssen. Gebunden sind die Versicherungsanstalten aber an die Vorschläge der unteren Verwaltungsbehörden nicht, sondern sie entscheiden nach eigenem Ermessen, genau so wie auf dem Gebiet der Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften, die aber nicht verpflichtet sind vor ihrer Entscheidung irgend eine Instanz zu hören. Auf den beiden bedeutungsvollen Gebieten der Unfall- und Invalidenversicherung haben wir also den Zustand, dass die Versicherungsträger Richter in eigener Sache sind. Die Bescheide der Versicherungsträger sind nämlich nicht nur einfache Erklärungen wie die eines andern Schuldners, die zu jeder Zeit mit einer Klage angefochten werden können, sondern sind Feststellungen, die der Rechtskraft fähig sind und auch volle Rechtskraft erlangen, wenn und soweit sie nicht innerhalb 1 Monats mit Berufung angefochten werden; sie sind also ein Akt der allein dem Staat zustehenden Rechtsprechung. Soll eine Invalidenrente entzogen oder eine Unfallrente eingestellt oder gekürzt werden, so ist wieder der Versicherungsträger berechtigt, dies durch Bescheid vorzunehmen, wobei für die Berufsgenossenschaften die Beschränkung auf den Zeitraum von 5 Jahren nach der ersten rechtskräftigen Feststellung gilt. Gegen die Bescheide der Versicherungsträger steht dem Rentenbewerber das Rechtsmittel der Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu, das innerhalb der Notfrist von 1 Monat angemeldet sein muss. Die jetzigen Schiedsgerichte entscheiden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden, der gewöhnlich zu den höheren Regierungsbeamten gehört, und je 2 Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber. Die Rechtsprechung dieser Schiedsgerichte wird seit Jahren mit Heftigkeit angegriffen. Es wird ihnen vorgeworfen, dass sie sich zu sehr von den ärztlichen Gutachten beeinflussen lassen, die in der Regel von einem Vertrauensarzt des Versicherungsträgers erstattet sind, dass sie mit grosser Flüchtigkeit arbeiten und nicht einmal immer für eine genügende Klarstellung des Sachverhalts sorgen, wozu sie doch in erster Linie berufen sind. Auch im Reichstag ist das Verfahren der Schiedsgerichte sich sklavisch den ärztlichen Gutachten anzuschliessen mehrfach getadelt worden, und das Reichsversicherungsamt hat in einem Rundschreiben an sämtliche Versicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichte auf das Unzulässige dieses Verfahrens hingewiesen. In dem Rundschreiben des Reichsversicherungsamts vom 31. Dezember 1901 heisst es unter anderm:

„Es ist wiederholt, namentlich auch im Reichstag, zur Sprache gebracht worden, dass den über den Grad der Erwerbsunfähigkeit eines Rentenbewerbers abgegebenen Äusserungen der ärztlichen Sachverständigen bei der Entscheidung der Feststellungsorgane in Unfall- und Invalidenangelegenheiten mitunter ein zu weit gehender Einfluss eingeräumt werde. Das Reichsversicherungsamt nimmt deshalb auf Anregung des Herrn Staatssekretärs des Innern Veranlassung darauf hinzuweisen, dass die Aufgabe der ärztlichen Begutachtung im allgemeinen in der Feststellung der physiologischen Folgen des Unfalls oder der eine Invalidität begründenden Gebrechen ihre Begrenzung findet, dagegen die sonstigen ärztlichen Äusserungen, insbesondere darüber, welchen Einfluss der Befund auf die Erwerbsfähigkeit des Rentenbewerbers ausübt, den in ihrer Entscheidung selbständigen Feststellungsinstanzen zwar wertvolle und bei inneren Krankheiten sogar oft unentbehrliche, aber keineswegs bindende Unterlagen für die Urteilsfindung bieten . . . Hier-

nach würde es unzulässig sein, wenn — was vorgekommen sein soll — die Feststellungsinstanzen einfach den von dem Arzt angegebenen Prozentsatz der Erwerbsunfähigkeit ihrer Entscheidung zu grunde legen, ohne die Frage nach dem Grad der Erwerbsunfähigkeit selbst geprüft zu haben. Ein derartiges Verfahren, durch das eine der wichtigsten Aufgaben der Feststellungsorgane zu einer mechanischen Wiederholung des Ergebnisses der ärztlichen Gutachten herabgedrückt werden würde, entspricht nicht der Absicht des Gesetzes . . . .

Einen Erfolg hatte diese Ermahnung indes nicht. Nach wie vor sind die ärztlichen Schätzungen über den Grad der Erwerbsbeschränkung von grossem, fast immer von entscheidendem, Einfluss. Die Berufsgenossenschaften haben in ihren Formularen für die ärztlichen Gutachten die Frage nach dem Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung stehen lassen und verlangen von ihren Vertrauensärzten deren Beantwortung. Die Vertrauensärzte selbst halten sich auch nicht an die Begrenzung ihrer Tätigkeit, wie sie das Reichsversicherungsamt in dem erwähnten Rundschreiben vorgenommen hat, sondern liefern den Berufsgenossenschaften gar nicht selten noch die rechtliche Begründung für Ablehnung von Rentenanträgen und Kürzung von Renten in langen juristischen Ausführungen über Zweck und Bedeutung der Versicherungsgesetze und Hinweisen auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamts. So schliesst Dr. Lossen in Darmstadt, der Leiter einer Heilstätte für Unfallverletzte, seine Gutachten häufig mit Bemerkungen und Hinweisen des eben erwähnten Inhalts, von denen hier eine Probe folgt:

„Im Fall eines Rechtsstreits verweise ich auf die von dem Vorstand der *Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft*, Sektion I, Hannover, herausgegebene Broschüre, ferner auf die Abhandlung *Die Arbeiterhand* von Herrn Professor Liniger-Bonn sowie auf die neueren Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, die ich als bekannt voraussetze.“

Genau wie die Berufsgenossenschaften folgen die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung den ärztlichen Gutachten ebenfalls in einer Weise, bei der ihre eigene Tätigkeit sehr oft in nichts anderem als in der Wiederholung dieses Gutachtens besteht. So hat zum Beispiel das Schiedsgericht zu Würzburg in den vielen Fällen, in denen von der Berufsgenossenschaft die Kürzung der Rente vorgenommen worden ist, folgende Formel:

„Die Aufhebung beziehungsweise Erhöhung einer Rente ist dann gerechtfertigt, wenn erwiesen wird, dass seit der letzten Rentenfeststellung die durch den Unfall bewirkte Erwerbsbeschränkung eine wesentliche Verschlimmerung erfahren hat beziehungsweise weggefallen ist. Hierbei ist regelmässig von den gutachtlichen Äusserungen der ärztlichen Sachverständigen auszugehen, und können diesen gegenüber unbescheinigte Behauptungen der Beteiligten oder Zeugnisse von Laien nicht ausschlaggebend sein.“

Diese Formel gibt sich Mühe beide Parteien gleich zu behandeln. In Wirklichkeit sind aber die Berufsgenossenschaften besser gestellt als die Verletzten; sie haben Vertrauensärzte zur Verfügung, während dem Verletzten fast nie ein Arzt helfend zur Seite steht. Über Einwendungen des Verletzten hilft man sich häufig auch mit nichtssagenden Formeln weg, unter denen die, dass die vom Verletzten vorgebrachten Klagen wohl von Unbequemlichkeiten zeugen, die ihn noch behindern, dass diese aber einen Anspruch auf Rente nicht mehr begründen, eine grosse Rolle spielt. Zum Beweis, wie sich die Bewertung von Unfallsfolgen zu ungunsten des Verletzten geändert hat<sup>3)</sup>, seien hier zwei Urteile des Reichsversicherungsamts wiedergegeben, von denen das erste aus

<sup>3)</sup> Siehe darüber auch Mattutat *Ein neuer Vorstoss zur Verschlechterung der Unfallversicherung in den Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1345 ff.

dem Jahre 1902, das andere aus dem Jahre 1909 stammt. In beiden Fällen handelte es sich um den Verlust des Mittelfingers. 1902 beurteilte die höchste Instanz einen solchen Verlust folgendermassen:

»Bei einem im wesentlichen auf die Verrichtung grober Handarbeiten angewiesenen Manne, wie der Kläger, stellt das Fehlen des linken Mittelfingers, eines für den Handschluss wichtigen Gliedes, einen erheblichen auf die Erwerbsfähigkeit wesentlichen Schaden dar.«

Dieser Beurteilung entsprechend wurde dem Verletzten eine Rente von 10 % zugesprochen. Im Jahre 1909 wurde der Verlust des rechten Mittelfingers aber anders bewertet und dem Verletzten jede Entschädigung entzogen. Es hiess:

»Insbesondere ergibt sich aus dem Gutachten des Geheimen Medizinalrats Dr. Mencke in Weilburg vom 12. November 1908, dass es sich nur noch um den glatten Verlust des rechten Mittelfingers handelt. . . . Erwägt man weiter, dass seit dem Unfall . . . fast 10 Jahre vergangen sind, und dass inzwischen vollständige Anpassung und Gewöhnung eingetreten ist, so kann es nicht zweifelhaft sein, dass eine Beschränkung der Erwerbsfähigkeit in messbarem Grade nicht mehr vorhanden ist.«

Ich sagte oben, dass die Schiedsgerichte nicht immer sorgfältig genug arbeiten und häufig nicht für eine ausreichende Klarstellung des Sachverhalts sorgen. Statt erst viele Beispiele anzuführen, die sich aus der Praxis der Arbeitersekretariate zahlreich beibringen liessen, kann ich mich hier auf einen Passus in der Begründung der Reichsversicherungsordnung beziehen; da ist zu lesen:

»Wenn bisher jeder Vorschlag auf lebhaften Widerspruch gestossen ist, der das Rechtsmittel des Rekurses einschränken wollte, so ist dies durchaus erklärlich. Denn erfahrungsgemäss weisen zurzeit in den Streitsachen der Unfallversicherung die Feststellungen der Vorinstanzen, auch soweit sie rein tatsächlicher Art sind, nicht selten wesentliche Mängel und Lücken auf, die erst durch das Eingreifen des Reichsversicherungsamts und im Verfolg seiner Ermittlungen beseitigt werden. Dies erweist, dass gegenwärtig in der Tat für die Möglichkeit eines solchen Eingreifens ein Bedürfnis besteht. Es fällt indessen weg, sobald die Gewähr geboten ist, dass die Vorinstanzen den Sachverhalt vollständig und richtig feststellen. Wenn, wie es jetzt der Fall ist, das Schwergewicht auch der tatsächlichen Feststellung vielfach erst in die letzte Instanz gelegt wird, so ist dies ein regelwidriger, ungesunder Rechtszustand, der die höchste Instanz von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Schaffung und Erhaltung der Rechtsgleichheit und Rechtseinheit, abzieht.«

Das ist eine Verurteilung der Praxis der Schiedsgerichte, wie sie härter wohl kaum ausgesprochen werden kann, die allerdings gleichzeitig auch die Berufsgenossenschaften trifft.

Gegen die Entscheidungen der Schiedsgerichte ist heute in Unfallversicherungssachen der Rekurs an das Reichsversicherungsamt respektive Landesversicherungsamt zulässig; in Invalidenversicherungssachen ist nur die Revision an das Reichsversicherungsamt gegeben, in dem neben 5 Juristen je 1 Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber sitzt. Im Rekursverfahren, in dem eine Prüfung der Tat- und Rechtsfragen zu erfolgen hat, kann folglich neue Beweisaufnahme stattfinden; die Revision kann nur darauf gestützt werden, dass das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet, oder dass die Entscheidung auf Nichtanwendung oder auf unrichtiger Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoss wider den klaren Inhalt der Akten beruht. Dieser Verschiedenheit der Rechtsmittel entsprechend ist auch der Ausgang der Rentenprozesse, je nachdem es sich um Unfall- oder Invalidenrenten handelt, verschieden. Im Jahre 1908 wurden auf dem Gebiet der Unfallversicherung vom Reichsversicherungsamt 26 % aller angefochtenen

Schiedsgerichtsurteile ganz oder teilweise abgeändert, auf dem Gebiet der Invalidenversicherung aber nur 3,22 %, wozu allerdings noch 17 % Zurückverweisungen an die Vorinstanz kamen.

Die Rekurse der Versicherungsträger haben für sie bei weitem günstigere Erfolge als die der Rentenbewerber für diese. Von den Rekursen der Versicherten hatten nur 17 % einen Erfolg, von denen der Berufsgenossenschaften dagegen 52 %. Bei den Revisionen in der Invalidenversicherung erreichten nur 0,65 % der Versicherten eine diesen günstige Abänderung der Vorentscheidung und 12,27 % eine Zurückverweisung des Streits an die Vorinstanz; die Versicherungsanstalten hatten dagegen in 21,30 % aller Fälle eine ihnen günstige Abänderung der Vorentscheidung und dazu noch 49,80 % Zurückverweisungen zu verzeichnen. Für die Versicherten ist der Anteil der ihnen günstigen Entscheidungen des Reichsversicherungsamts im letzten Jahrfünft ständig zurückgegangen, während er für die Berufsgenossenschaften gleich geblieben ist, und die Versicherungsanstalten auch einen kleinen Rückgang ihrer Erfolge erfahren haben. Im Jahre 1904 gingen von 100 Rekursen für die Versicherten 22,3, für die Berufsgenossenschaften 51,6 günstig aus; im Jahre 1908 für die Versicherten 17,1, für die Berufsgenossenschaften 52,0. Von je 100 Revisionen erreichten im Jahre 1904 die Versicherten 1,54 und die Versicherungsträger 26,39 günstige Abänderungen; im Jahre 1908 dagegen nur 0,65, während die Versicherungsträger immerhin 21,30 erzielten. Zurückverweisung an die Vorinstanz setzten die Versicherten im Jahre 1904 in 13,77 %, im Jahre 1908 in 12,27 % der Fälle durch, während die Versicherungsträger dies Ziel in 40 % der Fälle im Jahre 1904 und 49,80 % im Jahre 1908 erreichten. Wer in der Praxis steht, weiss, dass der grössere Erfolg der Berufsgenossenschaften und anderen Versicherungsträger zum erheblichen Teil nur darin seinen Grund hat, dass sie besser im stande sind ihre Rechte zu beweisen und zu vertreten als die Versicherten.

Nach den Vorschlägen der Reichsversicherungsordnung sollen zum Teil einschneidende Änderungen im Spruchverfahren vorgenommen werden. Dass auch Streitigkeiten aus der Krankenversicherung den für die anderen Zweige der Arbeiterversicherung zuständigen Instanzen unterstellt werden sollen, erwähnte ich schon. Die Reichsversicherungsordnung sieht 3 Instanzen vor, deren Organisation und Aufgaben, wie oben erwähnt, in den *Sozialistischen Monatsheften* bereits dargelegt wurden. Den Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten bleibt fast der grösste Teil ihrer Machtbefugnisse bei der erstmaligen Festsetzung der Renten erhalten. Zwar will die Reichsversicherungsordnung eine gewisse Mitwirkung der Vertreter der Versicherten und Arbeitgeber auch bei der Rentenfestsetzung für Unfälle gewähren, aber diese ist doch recht bescheiden gedacht und darauf berechnet, dass die freie Entscheidung der Berufsgenossenschaften nicht angetastet wird. Die Versicherungsvertreter sollen nämlich nur im Versicherungsamt mitwirken, das der Berufsgenossenschaft nach Sammlung des Materials einen Vorschlag darüber zu machen hat, ob und in welcher Höhe Rente zu gewähren sei. Die Genossenschaft ist aber an diesen Vorschlag nicht gebunden sondern in ihrer Entscheidung frei. Aber auch diesen geringen Einfluss durch Mitwirkung bei Abfassung eines Vorschlags werden die Versicherten nicht immer ausüben können, denn es ist vorgesehen, dass der Vorsitzende des Versicherungsamts

allein den Vorschlag formulieren kann »sofern ihm eine Mitwirkung der Versicherungsvertreter nicht geboten erscheint«. Der Rentenbewerber kann allerdings in jedem Fall eine mündliche Verhandlung und damit die Zuziehung der Versicherungsvertreter verlangen, aber wie viele werden von diesem Recht etwas wissen? Beschränkt wird das Recht der Versicherungsträger nur in den Fällen der Entziehung oder Kürzung einer Rente. Hierfür soll in Zukunft immer das Versicherungsamt statt des Versicherungsträgers als erste Instanz zuständig sein. Dagegen soll den Berufsgenossenschaften das Recht eingeräumt werden bei der ersten Festsetzung der Rente, wenn diese 20 % und weniger beträgt, gleich die Dauer des Rentenbezugs zu bestimmen. Glaubt der Verletzte, dass nach Ablauf der Frist die Erwerbsbeschränkung noch besteht, so kann er zwar Weitergewährung der Rente beantragen, er muss aber den Beweis erbringen, dass die Erwerbsbeschränkung noch nicht beseitigt ist, während nach dem geltenden Recht die Genossenschaft beweisen muss, dass die Erwerbsbeschränkung behoben ist, falls sie die Rente einstellen will. Die Abwälzung der Beweislast auf den Verletzten ist für diesen natürlich von grossem Nachteil. Die Möglichkeit die Dauer des Rentenbezugs bei kleinen Renten gleich zu bestimmen wird auch einen Anreiz zur möglichst niedrigen Bemessung der Rente bilden.

Gegen die Festsetzungen der Versicherungsträger und gegen die Entscheidungen der Versicherungsämter, soweit diese nicht endgültig sind, soll die Berufung an das Obergesamtsamt zulässig sein, das über die Tatfragen endgültig entscheiden und dessen Entscheidung in Zukunft auch in Unfallversicherungssachen nur mit der Revision anzufechten sein soll. Soweit es sich nur um eine Kürzung oder Erhöhung der Rente handelt, weil in den Unfallfolgen eine Besserung oder Verschlimmerung eingetreten ist, ist auch die Revision ausgeschlossen und die Entscheidung des Obergesamtsamts definitiv; auch bei einigen anderen Ansprüchen soll das Urteil des Obergesamtsamts unanfechtbar sein. Wenn diese Vorschläge Gesetz werden, so wird den Obergesamtsämtern damit eine Machtfülle eingeräumt, auf die die Leistungen der ihnen gleichstehenden Schiedsgerichte keinen Anspruch erworben haben. Dass die Rechtsprechung der Schiedsgerichte eine äusserst mangelhafte ist, erhellt aus dem oben zitierten Passus aus der Begründung zur Reichsversicherungsordnung recht deutlich. Die Einführung der Mitwirkung des Versicherungsamts bei der Feststellung der Renten kann nicht als ein Ersatz für die in Zukunft wegfallende Prüfung durch das Reichsversicherungsamt angesehen werden. Es sei auch noch auf den Widerspruch hingewiesen, dass zur gleichen Zeit, in der sich die Justizverwaltung gezwungen sieht für den Strafprozess die Einführung der Berufung vorzuschlagen, auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung die Berufungsinstanz beseitigt werden soll. Das Obergesamtsamt kann nämlich nicht als Berufungsinstanz angesehen werden, sondern ist in allen Fällen erstmaliger Rentenfestsetzung erste Instanz.

Über die Revision werden auch in Zukunft neben dem Reichsversicherungsamt Landesversicherungsämter entscheiden können. Der Beseitigung der Rekursinstanz muss entschieden widersprochen werden, weil diese Instanz nach der Erfahrung von mehr als 2 Jahrzehnten unentbehrlich ist. Daneben muss aber auch für eine Verbesserung der Obergesamtsämter gesorgt werden. Dies kann dadurch geschehen, dass der Vorsitzende des Amts mög-

lichtst lange auf seinem Posten bleibt. Es muss also mit dem heute in Preussen vielfach üblichen Brauch aufgeräumt werden, dass zu Vorsitzenden Regierungsassessoren und -räte ernannt werden, die nach kurzer Zeit das Amt wieder verlassen, bevor sie einigermassen mit den Aufgaben des Schiedsgerichts vertraut sind, die doch wesentlich anders gestaltet sind als die übrige Tätigkeit der Regierungsbeamten. Ebenso wichtig ist aber, dass den Vertretern der Versicherten durch eine verbesserte Organisation ihrer Mitwirkung ein grösserer Einfluss auf die Rechtsprechung verschafft wird. Heute werden sie nur sehr selten zu den Sitzungen herangezogen, so dass auch sie mit dem Verfahren nicht genügend vertraut sind. Es ist deshalb anzustreben, dass die Beisitzer häufiger zu den Spruchsitzen hinzugezogen werden, dass sie mit dem Inhalt des vorliegenden Materials ganz genau bekannt gemacht werden und ihre Kenntnis sich nicht auf das beschränkt, was der Vorsitzende für mitteilenswert hält. Um das zu erreichen, ist natürlich eine gewisse Gewandtheit der Beisitzer und Kenntnis des gewöhnlichen Verlaufs des Vorverfahrens notwendig. Endlich muss jedem Rentenbewerber die Möglichkeit gegeben werden vor dem Schiedsgericht (Obersicherungsamt) in mündlicher Verhandlung seinen Anspruch zu vertreten. Im Wesen des Laiengerichts liegt es, dass nicht auf grund von Aktenmaterial entschieden wird, an dessen Sammlung die Laien nicht beteiligt waren, und das im Schiedsgerichtsverfahren in sehr vielen Fällen lediglich von der einen Partei beschafft worden ist, sondern auf grund des Ergebnisses einer kontradiktorischen Verhandlung. Dass die Beteiligung der Rentenbewerber an der mündlichen Verhandlung oder doch ihre Vertretung dort von grosser Bedeutung für die Entscheidung ist, ist eine alltägliche Erfahrung.

In grossen Umrissen habe ich hier nur diese Materie behandeln können. Bei der grossen Bedeutung, die die Gestaltung der Reichsversicherungsordnung und dabei auch die der Rechtsprechung für die wirtschaftliche Hebung der Arbeiterklasse hat, ist indes eine eingehende Beschäftigung mit allen Teilen des Gesetzentwurfs dringend notwendig, damit den Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ausreichendes Material und genügend begründete und formulierte Abänderungsvorschläge zur Verfügung stehen.

XX

## IGNAZ ZADEK · KRANKENKASSEN UND ÄRZTE



KRANKENKASSEN brauchen Ärzte einmal zur Behandlung ihrer erkrankten Mitglieder, zur Wiederherstellung ihrer Erwerbsfähigkeit, zweitens zur Begutachtung ihrer Erwerbsunfähigkeit und damit ihres Anspruchs auf Krankengeld. Die Krankenkassenvorstände haben deshalb immer das durchaus berechtigte Bestreben gehabt durch Sonderverträge mit einzelnen Ärzten für die Kasse respektive deren Mitglieder günstigere Bedingungen zu erzielen; dafür, dass sie dem Arzt die alleinige Behandlung übertrugen, verlangten und erreichten sie eine Herabsetzung des ärztlichen Honorars. So entstand der Kassenarzt, dessen Hilfe die Kassenmitglieder im Erkrankungsfall aufsuchen mussten, wenn sie Ansprüche an die Kasse stellen wollten. Wo grössere Zahlen von Kassenmitgliedern in Frage kamen, wurden Bezirksärzte angestellt, auch tat sich wohl, wie in Berlin bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert, eine Anzahl von Kassen zusammen, um eine grössere Zahl von Gewerksärzten anzustellen, deren Reviere

infolgedessen nicht zu umfangreich waren. Dieser Modus der ärztlichen Versorgung der Krankenkassenmitglieder hatte und hat seine Vorteile für den Arzt wie für die Kasse. Der Arzt hatte seine feste Jahreseinnahme, mit der er rechnen konnte, und ein reichliches Material von Kranken, deren Leiden er je nach der Art und Schwere des Falls zu behandeln, deren Erwerbsfähigkeit er nach rein medizinisch-sachlichen Gesichtspunkten zu beurteilen hatte, unbekümmert um die Gunst oder Ungunst des einzelnen Kassenmitglieds. Die Kasse hatte für wenig Geld ein und den selben Arzt, der in jahrelanger Tätigkeit die Mitglieder seines Bezirks gründlich kennen lernte, seine Pappenheimer kannte, die geneigt waren die Kasse *auszunutzen*, der neben dem Interesse der Kranken auch das der Kasse wahrnahm und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit berücksichtigte. Trotz der geringen Bezahlung fand jede offene Kassenarztstelle Dutzende von Bewerbern, die auf mehr oder wenig lauterem Wege in den Besitz der Monopolstellung zu gelangen suchten. Es war eine Zeit, in der das Gros der Ärzte, nichts weniger als auf Rosen gebettet, in ihren Ansprüchen auf materielle Anerkennung ihrer Leistungen von einer im Verhältnis zu anderen Berufen geradezu bejammernswerten Bescheidenheit war. Beweis dafür ist schon die Tatsache, dass noch bis vor 10 Jahren die Medizinaltaxe aus dem Jahre 1815 gültig war. Fast ein ganzes Jahrhundert hindurch — und zwar dieses Jahrhundert des Dampfs und der Elektrizität mit seinen Riesenfortschritten in Lebensansprüchen und -bedürfnissen, mit der um mehr als die Hälfte gesunkenen Kaufkraft des Geldes — hatte jene Gebührenordnung die Richtschnur für die Bewertung ärztlicher Leistungen abgegeben, ohne Murren, wenigstens ohne offene Empörung, von den Jüngern dieses schönen, aber so schweren und aufreibenden Berufs ertragen. Und die Minimalsätze dieser Taxe aus dem Jahre 1815 wurden bei der Honorierung kassenärztlicher Leistungen noch lange nicht erreicht, nach statistischen Berechnungen ging das aus dem gewerksärztlichen Fixum auf die Einzelleistung entfallende Honorar bis auf 0,15 Mark und darunter herab. Mit der Kürierfreiheit hatte sich ein Kurpfuschertum breitgemacht, das vor der unverschämtesten Schwindelreklame nicht zurückschreckte. Dieser immer steigenden Flut von Schmutzkonkurrenz standen alle anständigen Ärzte machtlos gegenüber, denn ausser den rein wissenschaftlichen Zwecken dienenden medizinischen Gesellschaften und den kollegialen Standesvereinen, die die Ärzte eines Orts oder Bezirks gesellig vereinten, gab es nur eine Reihe von Sonderorganisationen der Gewerksärzte, Hilfskassenärzte, Bahnärzte usw., die eben ihre Sonderinteressen verfolgten. Eine wirtschaftliche Organisation, die alle Ärzte einer Stadt oder gar des Staats umfasst hätte, gab es nicht.

So standen die Dinge, als die Krankenkassengesetzgebung einsetzte, durch die mit einem Schlag Hunderttausende von Arbeitern, die sich bisher nicht gegen Krankheit versichert hatten, obligatorisch den Krankenkassen zugeführt wurden. Das bewirkte eine völlige Verschiebung in der ärztlichen Tätigkeit, Millionen waren im Erkrankungsfall jetzt auf den Kassenarzt angewiesen und kamen für ihre bisherigen Ärzte nicht mehr in Frage. Dazu kam, dass die Arbeiterversicherungsgesetzgebung einen noch verstärkten Zudrang zum medizinischen Studium zur Folge hatte; die Krankenkassen brauchten ja für die Millionen Mitglieder hunderte, tausende Kassenärzte: mit fixiertem, also gesichertem Einkommen, welche Versuchung Arzt zu werden! Kein Wunder also, dass ein immer ärgeres Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage in Erschei-

nung trat, mit den unausbleiblichen Folgen: Unterbietung und Korruption bei dem Wettlauf um kassenärztliche Stellungen, Tiefstand in der moralischen und materiellen Wertung ärztlicher Kunst, Proletarisierung einer wachsenden Zahl von Ärzten, deren Einnahmen aus ihrer Berufstätigkeit tatsächlich nicht mehr für einen einigermaßen standesgemässen Lebensunterhalt ausreichte.

Diese Verhältnisse mussten früher oder später zu einer Reaktion führen, zu dem Zusammenschluss der von der Kassenpraxis Ausgeschlossenen, deren Tätigkeit von Jahr zu Jahr mehr eingeengt wurde. So entstand im Jahre 1891 unter den Berliner Ärzten eine Bewegung, die sich unter der Devise *Freie Arztwahl* gegen die Monopole, gegen das System des fest angestellten Kassenarztes, gegen den *Zwangsarzt* richtete und verlangte, dass alle Ärzte, die unter den mit den Kassen zu vereinbarenden Bedingungen Kassenkranke zu behandeln bereit wären, auch zur Kassenpraxis zugelassen würden. Die von den Ärzten in der Presse und in Versammlungen geschickt betriebene Agitation hatte bei den Berliner Arbeitern rasche Erfolge: Schon am 1. Januar 1892 wurde die freie Arztwahl bei der *Ortskrankenkasse der Maschinenbauer* eingeführt, am 1. Januar 1893 folgten 10, am 1. Januar 1894 7 weitere Ortskrankenkassen, darunter die grösste Kasse Berlins. Der Gedanke der freien Arztwahl brauchte bloss in die Generalversammlungen der Kassenmitglieder geworfen zu werden, um, zumeist gegen die widerstrebenden Kassenvorstände, die überwältigende Mehrheit zu finden.

Wenn ich mich jetzt nach dieser kurzen geschichtlichen Einführung in das Thema der Hauptfrage zuwende, bei welchem Arztsystem sich der Versicherte, der kranke Arbeiter, besser steht, so möchte ich von vornherein zugeben, dass bei ideal veranlagten Ärzten das Arztsystem verhältnismässig gleichgültig ist. Solch ideale, tüchtige und stets arbeitsfrohe Ärzte, die sich ihrer grossen Verantwortung gegenüber dem Erkrankten und dessen Familie bewusst sind, werden bei jeder Art der Entlohnung, Fixum oder Honorierung der Einzelleistung, Zwangsarztsystem oder freier Arztwahl, ihre Pflicht in vollstem Masse tun und auch durch noch so häufige nächtliche Ruhestörungen und all die anderen, so überaus zahlreichen, kleinen und grossen Unannehmlichkeiten des ärztlichen Berufs nicht erschüttert werden. Solch ideale Menschen unter den Ärzten kenne ich, aber sie sind, wie überall, nicht die Regel; mit einem solchen Idealismus wird kein Menschenkenner, darf kein Sozialpolitiker bei der Beurteilung der Wirkung einer sozialen Einrichtung rechnen. Stellt man sich aber auf den Standpunkt nüchterner Wirklichkeit, rechnet man mit den Menschen der gegenwärtigen Gesellschaft, so wird man einräumen müssen, dass das heutige Kassenarztsystem, zumal bei einem ungenügenden, fixierten Pauschale, geradezu eine Prämie auf die Faulheit, eine Strafe auf die Opferwilligkeit, auf jenen Idealismus setzt. Gerade heute, wo, dank der Agitation für freie Arztwahl, auch im Berliner Gewerkskrankenverein, der Kranke die Wahl zwischen mehreren Ärzten hat, bedeutet die Beliebtheit, die grössere Sorgfalt, der grössere Erfolg in der Behandlung nur eine Mehrbelastung, während der Nachbararzt, der kurz angebunden und bequem ist, die Nächte gut schläft und tagsüber, bei dem selben Einkommen, nicht die Hälfte der Arbeit des andern hat. Zweifellos verdient vom Standpunkt des Kranken im Zeitalter der freien Konkurrenz das System der freien Arztwahl mit der nach dem Umfang der Tätig-

keit verschiedenen Höhe der Honorierung auch in der Kassenpraxis den Vorzug, um so mehr, wenn dabei die Einzelleistung, jeder Besuch, jede Nachtstörung, jede besondere Mühewaltung besonders honoriert wird.

Schon die Tatsache, dass der Kranke bisher zu einem bestimmten Kassenarzt gehen musste, genügte vielfach, um das Verhältnis zwischen Arzt und Patienten von vornherein zu trüben.

Der Arzt hat eine durchaus exzeptionelle Stellung, wie sie durch die eigentümliche Natur seines Berufs begründet ist. Der Arzt ist wesentlich ein Vertrauensmann. Von dem Augenblick an, wo er diesen Charakter verliert, hört seine Bedeutung auf. Diese Worte schrieb Virchow im Jahre 1848 in der *Medizinischen Reform*. Tagtäglich macht sich jetzt ein Misstrauen gegen den Kassenarzt in Bemerkungen Luft, die den gewissenhaften Arzt in Harnisch bringen müssen. Da heisst es, dass er ja *nur* Kassenarzt sei, dass der Kranke gern *etwas zuzahlen* wolle, damit die Untersuchung und Behandlung gründlicher ausfalle usw. Demgegenüber trägt die freie Arztwahl wirklich den Keim in sich im Lauf der Zeit mit den Sonderbegriffen des Kassenkranken und Kassenarztes aufzuräumen, indem eben jeder Arzt Kassenarzt und, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, in seiner Tätigkeit, seiner Anstellung und Kündigung unabhängig von den Einwirkungen des Kassenvorstands ist. Freilich, die Gefahr einer andern Abhängigkeit liegt bei der freien Arztwahl nahe: die Abhängigkeit von dem einzelnen Kassenkranken, wie sie sich auch in der Privatpraxis findet. Aber doch besteht ein grosser Unterschied zwischen der Behandlung privater und Kassenkranker. In der Privatpraxis ist der Arzt nur Berater und Helfer, in der Kassenpraxis dagegen nicht bloss behandelnder Arzt, er verschafft dem Kassenmitglied durch sein Zeugnis und seine Verordnungen pekuniäre Vorteile, Krankengeld, unentgeltlich Medikamente, Milch usw., und weiter: der Privatpatient bezahlt den Arzt, den Apotheker usw. aus seiner Tasche, der Kassenpatient nicht. Diese Bezahlung bildet ein Korrektiv gegen zu häufige Konsultationen und Besuche, gegen zu häufige und zu kostspielige Verschreibungen; das fällt beim Kassenpatienten fort, und daraus resultiert die Neigung den Kassenarzt häufiger in Anspruch zu nehmen als gerade nötig ist, sich häufiger und teurere Medikamente usw. verschreiben zu lassen, öfter den Arzt zu wechseln und besonders, wenn der eine sich weigert die Arbeitsunfähigkeit zu bescheinigen, einen zweiten oder dritten Arzt aufzusuchen, bis derjenige gefunden ist, der diesen Wunsch erfüllt. Also auch die freie Arztwahl hat heut ihre Schattenseiten: Der Arzt, der jeden ohne weiteres arbeitsunfähig schreibt, jedem alles nach Wunsch ordiniert, wird sich sehr bald einer grossen Beliebtheit erfreuen, während der charakterfeste, der auch die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kasse in Rechnung zieht, in seinen Einnahmen zurückgeht. Und durch solch allzu willfährige, vielverschreibende Ärzte werden die Ausgaben der Krankenkassen leicht eine Höhe erreichen, die ihre Leistungsfähigkeit übersteigen, ihren Bestand gefährden kann.

Die Existenz eines unabhängigen, aufrechten, moralisch und materiell hochstehenden Ärztstandes ist für die Krankenversicherung von der allergrössten Bedeutung. Darum ist ein von beiden Seiten, vom Versicherungsträger und Versicherten, unabhängiger Arzt, der keinerlei Einflüssen zugänglich ist sondern rein sachlich nach bestem Wissen und Gewissen entscheidet, geradezu eine Notwendigkeit. Das Ideal wäre hier der beamtete Arzt, wie er heute bereits im Krankenhausdienst gegeben ist und wie er einst die Regel sein wird, wenn,

dem sozialdemokratischen Programm entsprechend, die gesamte Krankenpflege verstaatlicht sein wird. Aber von diesem Zukunftsideal sind wir heut noch weit entfernt, und deshalb müssen wir in der Gegenwart uns von den in Frage kommenden Arztsystemen für dasjenige entscheiden, das den Versicherten, den erkrankten Arbeitern mehr, Besseres leistet, und das ist heute — trotz seiner Schattenseiten — die freie Arztwahl. Ausserdem ist auch die freie Arztwahl das Mittel, um jenen unabhängigen und hochstehenden Ärztestand zu schaffen, der nötig ist. Nur durch Organisation, nur durch eine alle umfassende und darum an das wirtschaftliche Interesse aller sich wendende Gewerkschaft ist dies Ziel zu erreichen; genau wie in der Arbeiterbewegung sind jene minderwertigen Elemente zu vollwertigen umzuwandeln oder auszumerzen. Um heut die freie Arztwahl bei den Kassen durchzuführen, bedarf es einer solchen Selbstzucht und Selbstkontrolle der Ärzte, ihrer Erziehung für ihre hohen sozialpolitischen Aufgaben in der Arbeiterversicherung. Diejenigen Kassen, die seit Jahren und Jahrzehnten die freie Arztwahl beibehalten haben (in München, Magdeburg, Frankfurt am Main, in Württemberg, auch vereinzelt in Berlin), sind Beweis genug, dass bei gutem Willen von beiden Seiten, Kassenvorstand und Ärzteorganisation, die freie Arztwahl ohne Schädigung der Kassen durchführbar ist. Anders beim Fehlen dieses guten Willens, bei dem Mangel an einem verständnisvollen Zusammenarbeiten zwischen Kassenvorstand und Ärzteorganisation. Wie schon bemerkt, waren die meisten Kassenvorstände nur widerwillig zur freien Arztwahl übergegangen und emsig darauf bedacht ihr ein Bein zu stellen, wobei sie bereitwilligste Unterstützung bei den alten Kassenärzten fanden, die um ihr Monopol gebracht waren. In geschickter Weise wurden die Mehrkosten der Kassen — die, wie unser verstorbener Genosse Dr. Curt Freudenberg in überaus fleissigen und klugen statistischen Arbeiten nachzuweisen suchte, zu Unrecht auf das Konto des Arztsystems geschoben wurden — und grobe von seiten einzelner Führer der Ärztebewegung begangene Fehler von ihnen benutzt, um die organisierte freie Arztwahl bei den Arbeitern zu diskreditieren und die Reform wieder rückgängig zu machen. Das gelang ihnen in Berlin in überraschend kurzer Zeit und überraschend grossem Umfang. Freilich nur unter Beseitigung des alten Zwangsarztes und unter Beibehaltung des Namens *Freie Arztwahl* oder vielmehr nicht bloss des Namens: eine beschränkte Auswahl unter mehreren Ärzten behielt von nun ab jedes Kassenmitglied, ja, die Kassen, die die freie Arztwahl gehabt hatten, vereinigten sich zu einem neuen Verband, der seinen Mitgliedern 500 und mehr Ärzte zur Verfügung stellte, aber unter Ausschaltung der ärztlichen Organisation. Es entstand der sogenannte *Verein Berliner Kassenärzte mit freier Arztwahl*, der aber gar kein Verein war; vielmehr übernahm eine Anzahl von sogenannten *Vertrauensärzten* den Kassen gegenüber die Verpflichtung für eine genügende Anzahl arbeitswilliger Ärzte zu sorgen, sie bildeten also eine Art Zwischenmeister wie bei dem von den Arbeitern sonst so verpönten Schwitzsystem. Die *schwitzenden* Ärzte haben in dieser *Organisation* nichts zu sagen, hängen in Hinsicht auf Anstellung und Entlassung, Vertretung, Wohnungswechsel usw. von der Gnade und Ungnade der Herren Vertrauensärzte ab, die ihrerseits wieder von Kassen Gnaden existieren. Aber die Kassenmitglieder merkten kaum den Unterschied, sie behielten ihre freie Arztwahl. Hätte die Bewegung für freie Arztwahl nichts weiter erreicht als

mit dem Zwangssystem endgültig zu brechen und durch vermehrte Anstellung und Besserstellung der Ärzte eine zunehmend besser werdende ärztliche Versorgung der kranken Arbeiter zu bewirken, so genügte das allein schon, um ihr einen tüchtigen Schritt vorwärts in der deutschen Arbeiterversicherung zu danken.

Inzwischen war es zur Gründung einer zentralen ärztlichen Organisation gekommen, des Leipziger *Verbands der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen*, einer ärztlichen Gewerkschaft, ganz nach dem Muster zentralisierter Arbeiterverbände mit Ortsgruppen und Vertrauensmännern, Stellennachweis und Rechtsauskunft, regelmässigen Mitgliederbeiträgen zur Ansammlung eines Fonds zur Unterstützung ausgesperrter Kollegen, allwöchentlichen Veröffentlichungen gesperrter Arztstellen, also derjenigen Orte, Anstalten, Kassen, von denen Zuzug fernzuhalten sei usw. Auch die Ärzte hatten endlich begriffen, dass in dem Kampf um die wirtschaftliche und moralische Hebung ihrer Kollegen in Staats- wie in Gemeindestellungen, gegen Private wie gegen öffentliche Institutionen, Lebensversicherungsgesellschaften wie Krankenkassen, lokale Organisationen nicht mehr genügen, dass besonders gegenüber den mächtigen Kassen eine alle Ärzte umfassende, einheitlich geleitete, imponierende Organisation über ganz Deutschland erforderlich sei. Es ist heute nicht meine Aufgabe hier die Geschichte dieses Verbands zu schreiben, all die Fortschritte aufzuzeigen, die seine blosse Existenz und sein erstaunliches Wachstum gezeitigt, aber auch all die Dummheiten und all die Fehler, die er, besonders in der ersten Zeit seines Bestehens, begangen hat. Ich denke dabei vor allem daran, dass er sich von dem neutralen wirtschaftlichen Boden abdrängen liess und gegen die *sozialdemokratischen Kassen* loszog. Er hat damit seinen Gegnern in den Krankenkassen eine Waffe in die Hand gedrückt, die bei den Arbeitern niemals versagt, und hat dadurch der Agitation für die freie Arztwahl unter den Versicherten schweren Schaden zugefügt. Nachdem einmal das Kampfgebiet derart verschoben, nachdem von beider Seiten die politischen Gegensätze in die Debatte gezogen worden waren, war es den Kassen ein leichtes die Arbeiter gegen die Ärzte und ihren *Terrorismus*, gegen die freie Arztwahl und ihre Befürworter einzunehmen, und darin fanden sie leider nur zu bereitwillige Unterstützung in der sozialdemokratischen Presse, voran dem Zentralorgan. Anstatt gegen masslose Forderungen der Krankenkassen Front zu machen hat der *Vorwärts* all die Jahre in einseitiger Weise gegen die Ärzte Stellung genommen und durch Inhalt und Ton seiner Ausführungen den Gegensatz verschärft. Dieses Vorgehen musste besonders die sozialdemokratischen Ärzte empören, die, politisch organisiert, auch ihrer Gewerkschaft angehören, wie wir es von jedem Parteigenossen verlangen. Wiederholt habe ich es erlebt, dass Ärzte, die sich jahrzehntelang zu den Grundsätzen der Partei bekannten, durch die Art dieser Polemik angewidert, der Partei den Rücken kehrten. Wer wollte es nun gar einem jungen Arzt heute verdenken, dass er von vornherein ein ausgesprochener Gegner der Sozialdemokratie wird?) Eine Partei, gegen

?) Wie ungerecht sich diese ärztefeindliche Stimmung in der Partei geltend macht, dafür ein Beispiel: In der Berliner Krankenhausdeputation sitzen 2 Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion. Die bürgerlichen Parteien entsenden natürlich in erster Reihe ihre ärztlichen Mitglieder in die Deputation, sie sitzen sämtlich darin; von der sozialdemokratischen Fraktion, die über 3 Ärzte verfügt, seit 1909 keiner, und das, obwohl der bis dahin in der Deputation tätige Kollege mit unüblebarem Geschick und Erfolg in ihr gearbeitet hatte.

die selbst beständig der Vorwurf des Terrorismus erhoben wird, sollte sich doppelt hüten den gleichen Vorwurf zu erheben. Mit Recht erklärte der Vorsitzende des Leipziger Verbands vor einigen Wochen in Lübeck: »Das Wort *Terrorismus* schreckt uns nicht. Terrorismus übt bekanntlich immer der andere, wenn man das selbe tut, nennt man es Organisation.«

Der Zertrümmerung dieser Organisation galt der Kampf gegen die freie Arztwahl in Berlin und die Begründung des *Vereins Berliner Kassenärzte*, galten und gelten die erbitterten Kämpfe zwischen Krankenkassen und Ärzten in Leipzig, Köln und anderswo, die Heranziehung von arbeitswilligen Ärzten, die Begründung einer *gelben* Organisation, die den für Sozialdemokraten so wohlklingenden Namen *Reichsverband deutscher Ärzte* trägt: trotz alledem wuchs die Organisation der Ärzte zusehends. Der Leipziger Verband zählte am 1. Mai 22 440 Mitglieder, diese Zahl gewinnt ihre besondere Bedeutung aber erst durch den Umstand, dass sie 93 % der deutschen Ärzte repräsentiert. Die Zeit ist nicht mehr fern, da kaum ein Arzt im Deutschen Reich unorganisiert sein wird. Dieses Resultat ist in erster Reihe den Kämpfen mit den Krankenkassen zu danken. Welche Unsumme von Verbitterung muss sich in diesen viertelhundert Jahren seit Erlass des Krankenkassengesetzes aufgespeichert haben, wie stark, wie brutal muss den Ärzten dies Gefühl der Abhängigkeit zum Bewusstsein gebracht worden sein, um diese bis dahin immer auseinander strebenden heterogensten Elemente zu einer Einheit zusammen zu schmieden, um über 20 000 Ärzten den Gedanken einer Arbeitseinstellung allen Ernstes nahe zu legen. Freilich, die Ärzte von heute sind nicht mehr die selben wie vor 25 Jahren. Die Entwicklung der Medizin seit den achtziger Jahren, die bakteriologische Forschung und die darauf begründete Umwälzung in der Hygiene, die exakten Methoden der Verhütung, Erkennung und Heilung von Krankheiten haben der Medizin und den Medizinern ein weit grösseres Ansehen verschafft als je, haben ihre Mitarbeit an den grossen sozialen und hygienischen Aufgaben in Gemeinde und Staat, an den Aufgaben der Arbeiterversicherung als unersetzlich erwiesen und den Ärzten ein ungleich höheres Selbstbewusstsein verliehen. Um so törichter ist es, wenn gerade Arbeiter und ihre Vertreter in den Kassen wie in der Presse und in den politischen Körperschaften von den Ärzten in einem verächtlichen Ton zu sprechen belieben, der sie in ganz unnötiger Weise reizen und empören muss. Dazu kommt, dass auch die Konjunktur sich geändert hat. Die relative Überproduktion von Ärzten, die es den Kassen, den Gemeinden, dem Staat so leicht machte gefügige Ärzte in beliebiger Anzahl zu finden, hat nachgelassen, heute ist die Nachfrage stärker als das Angebot, und man hat sich allorts genötigt gesehen dementsprechend die ärztlichen Gehälter zu erhöhen, besonders auch eine neue, zeitgemässe ärztliche Gebührenordnung zu erlassen. Freilich, die Kassenvorstände scheinen die veränderte Situation, diese ganze Verschiebung im Machtverhältnis zwischen Krankenkassen und Ärzten nicht zu erkennen; im Gegensatz zu anderen Körperschaften, beispielsweise den Lebensversicherungsgesellschaften, die — freilich auch nach längerem Widerstreben — sich dazu bequemen mussten mit der Ärzteorganisation in Verhandlungen zu treten und im Mai 1909 einen Vertrag zu schliessen, der alle Differenzpunkte zwischen diesen Gesellschaften und den Ärzten zu beiderseitiger Zufriedenheit geregelt hat. Auch die Zeit wird kommen, da den Krankenkassen nichts anderes übrig bleiben

wird als die ärztliche Organisation als ebenbürtige Kontrahentin anzuerkennen, da sie den Ärzten die nämliche Koalitionsfreiheit zugestehen werden, die sie für sich, für die Arbeiter in Anspruch nehmen, mit allen Konsequenzen, bis zur Verweigerung der ärztlichen Hilfe, dem Streik.

Der Leipziger Ärzteverband ist nicht nur den Kassen ein Dorn im Auge sondern auch der Regierung, die je eher je lieber dieser *Übertreibung des Koalitionsgedankens* den Garaus machen möchte. Das soll die neue Reichsversicherungsordnung besorgen. Wie den Arbeitern die Selbstverwaltung in den Krankenkassen, so soll sie den Ärzten das Koalitionsrecht nehmen. Mit Annahme der §§ 449 und 456 der Vorlage wäre in der Tat jede wirksame Organisation der Ärzte unmöglich. Statt nun aber gemeinsam gegen die drohende Gefahr Sturm zu laufen, sieht man Ärzte und Kassen immer noch einander wütend bekämpfen, sieht man beide Teile sich ins Unrecht setzen, die Ärzte, indem sie die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl verlangen, die Kassenvorstände, indem sie die Kurierfreiheit aufheben wollen, mit dem Verlangen, dass von Staats wegen gegen diejenigen Ärzte eingeschritten werde, die ihre Hilfe verweigern, indem sie also einen Arbeitszwang für den Arzt fordern, den sie keinem Arbeiter zumuten würden. So entschieden dies Verlangen der Kassen zurückzuweisen ist, so entschieden muss andererseits jeder gesetzliche Zwang zur Einführung der freien Arztwahl als ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen verworfen werden. Beide Teile sollten sich hüten unnötigerweise die Gesetzgebung zum Eingreifen in die bestehenden Differenzen aufzufordern. Frei von jedem Zwang sollten Arbeiter und Ärzte durch ihre Organisationen zu einer Einigung zu gelangen suchen, zum Nutzen der Versicherten. Denn diese, die kranken Kassenmitglieder, sind die eigentlichen Leidtragenden bei all den erbitterten Kämpfen zwischen Ärzten und Kassenvorständen, so in Leipzig, so in Köln. Glauben die Kassenvorstände wirklich, wenn diese Konflikte immer grössere Dimensionen annehmen, mit den 50 bis 100 Streikbrechern unter den Ärzten, die sie in ganz Deutschland unter den grössten Anstrengungen und Opfern zusammensuchen, auf die Dauer auszukommen, ihren erkrankten Mitgliedern einen Ersatz für ihre bisherigen erfahrenen Kassenärzte bieten zu können? Und was soll geschehen, wenn dies nicht der Fall ist? Gewiss, der § 452 der Reichsversicherungsordnung gibt im Notfall den Kassen das Recht, das sie seit einigen Jahren von der Regierung gefordert haben, statt freier ärztlicher Behandlung einen Betrag bis zur Hälfte des Krankengeldes zu gewähren. Aber dieser Weg träfe nicht die Ärzte sondern in erster Reihe die Kranken, die damit um den grossen Vorteil der Krankenversicherung kommen: die unentgeltliche und darum rechtzeitige und ausgiebige Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe. In zweiter Reihe würde die Kasse selbst davon betroffen, da sie durch die später schwereren Erkrankungen mehr belastet würde, ganz abgesehen von dem hygienischen Rückschritt, den eine verspätete Erkennung von Infektionskrankheiten für die Verhütung von Endemien und Epidemien bedeutet. Nein, die Krankenkassen sind heut und in Zukunft auf die verständnisvolle Mitarbeit der Ärzte, einer immer wachsenden Zahl tüchtiger, humaner, charakterfester Ärzte, angewiesen, um ihren Aufgaben gerecht zu werden. Sie sollten alles tun, damit diese Mitarbeit eine freudige ist und bleibt, und sich schon deshalb von Praktiken frei zu halten, die an die scharfmacherischer Unternehmer gemahnen, Praktiken, die die Ärzte ihre Abhängig-

keit von den Kassen als Arbeitnehmer schwer empfinden lassen. Man macht es mit Recht jedem Arbeitgeber, dem Staat, der Gemeinde zum Vorwurf, wenn sie ihren Arbeitern den Austritt aus der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zur Bedingung machen; in Berlin aber stellt der von Arbeitern, von Sozialdemokraten, geleitete Gewerkskrankenverein keinen Arzt an, solange er dem *Verein zur Einführung freier Arztwahl* angehört. Die Achtung vor der Meinungs- und Bewegungsfreiheit, vor dem Koalitionsrecht, vor der ärztlichen Organisation ist die erste Vorbedingung, um zu einer befriedigenden Lösung des sich immer mehr zuspitzenden Konflikts zwischen Krankenkassen und Ärzten zu gelangen. Die Gegensätze zwischen beiden sind durchaus nicht unüberbrückbar, im Gegenteil: im Ziel einer immer besser sich gestaltenden ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder sind sie eins, sollten sie eins sein.  
 XXX

## AUGUST FOREL · ZUR NEUTRALITÄT DER ABSTINENZBEWEGUNG



M zugleich die volle religiöse Neutralität und die reine soziale und hygienische Wirksamkeit zu erlangen, sowie um eine freiere, demokratische, an alle Völker und Volksschichten anpassbare Organisation zu schaffen, hat sich der *neutrale Guttemplerorden* vom *alten Guttemplerorden* getrennt. Ohne Ansehen des Geschlechts, der Nationalität, der Rasse, der Religion, der sozialen Stellung und der politischen Parteien will er die Menschheit vom Fluch des Alkoholgenusses und der von ihm herrührenden Entartung befreien. Er tut dies aus menschlichem Solidaritätsgefühl. Was alle schädigt, schädigt den einzelnen, und hier schädigt auch der einzelne die Gesamtheit durch sein schlechtes ansteckendes Beispiel. Er bekämpft das Alkoholkapital, das das Volk zugleich pekuniär, körperlich und geistig ruiniert. Dadurch bringt er jeden denkenden Menschen zum Nachdenken darüber, dass überhaupt die Ausbeutung der Arbeit seiner Mitmenschen zu seinem Profit eine schlechte, ungesunde Einrichtung unserer modernen Gesellschaft ist, die reformiert werden muss. Wer die Grundsätze des neutralen Ordens versteht, wird notwendig ein Sozialist im besten Sinn des Worts. Dies bringt schon die Brüderlichkeit des Ordens mit sich, der keine Standes- und Klassenunterschiede kennt und beiden Geschlechtern die gleichen Rechte einräumt.

Das alles braucht und erstrebt auch die Arbeiterschaft. Was ist die Arbeiterschaft? Sind es ausschliesslich die Industriearbeiter? Sicher nicht, denn dann hätte sie auch ihre Aristokratie der besser gestellten Arbeiter und ihr Proletariat der Armseligsten. Haben die Bauern, die sogenannten *Kleinbürger* usw. nicht auch ihr Elendproletariat? Besteht nicht auch dieses Proletariat aus Menschen, die gehoben werden und zu ihren Rechten gelangen müssen? Arbeiter sind alle Menschen, die arbeiten, sei es, dass sie es müssen, weil sie ihr Leben zu verdienen haben, sei es, dass sie einsehen, wie die Arbeit Lebensbedingung ist, und wie wenig der Faulenzer wert ist, dass er lebt. Da aber leider der Egoismus und die Genusssucht des natürlichen Menschen ihn meist dazu treiben möglichst wenig zu arbeiten, möglichst viel zu geniessen und seine Mitmenschen möglichst auszubeuten, muss jeder sozial denkende und fühlende Mensch, der das Herz am rechten Fleck hat, danach streben

die Möglichkeit eines Faulenzerlebens und der Ausbeutung der Arbeit anderer aus der Welt zu schaffen; er wird notwendig Sozialist. Da aber der Alkohol der Ausbeutung, der Faulenzerei und der Entartung den grössten Vorschub leistet, sollte jeder sozial Denkende und Fühlende abstinent sein. Nicht die Wohlhabenden sind es daher, die das soziale Werk des neutralen *Guttemplerordens* fördern. Da und dort kommt einer zu ihm, und er wird herzlich empfangen, da er damit ebenso sehr Selbstverleugnung bekundet wie der Wohlhabende, der zur sozialdemokratischen Partei übertritt. Es sind aber seltene Ausnahmen.

Man darf nicht Bedürfnis mit Begierde verwechseln. Diese Worte sind elastisch. Es gibt gute und schlechte sogenannte *Bedürfnisse*. Ein ehrlicher Sozialismus soll nur die guten, die sozialen Bedürfnisse pflegen. Unter dem heuchlerischen Vorgeben eine stumpfe, den sozialen Fortschritt hemmende Bedürfnislosigkeit zu bekämpfen, sieht man Leute agieren, die die sexuelle Ausschweifung, die Schlemmerei, die Trinkerei und dergleichen mehr als erstrebenswerte Privilegien für den *Arbeiter* in Anspruch nehmen. Wenn er vorwärts will, muss der Mensch allerdings höhere und bessere Bedürfnisse erstreben und pflegen, als da sind: Kenntnisse, Bildung, Kunst usw. Aber er muss zugleich seine Triebe, Launen und Leidenschaften beherrschen und seine sinnlichen Gelüste in Zaum halten lernen; er muss sich grösste Biederkeit, Einfachheit und Abhärtung angewöhnen, will er frei, anpassungsfähig und sozial brauchbar bleiben. Sonst entartet er. Manche Kapitalisten sind persönlich genügsamer und in höherem Masse abgehärtet als gewisse *Arbeiter*. Der Alkohol lähmt, macht faul, verweichlicht und treibt zur Genussucht. Die Abstinenz hilft uns aus dem Sumpf heraus, fördert die guten und volkerhebenden Bedürfnisse, hilft dem Volk sich zu befreien. Sie treibt zum Sozialismus. Als Ganzes treibt der neutrale *Guttemplerorden* keine Parteipolitik, weil er alle Menschen erreichen will und muss. Als Abstinente, die auf neutralem Boden stehen, haben die neutralen *Guttempler* das Bestreben Menschen zu erziehen, die jeder Art der Ausbeutung ihrer Mitmenschen, durch die Tat und nicht nur mit dem Mund, aus der Welt zu schaffen fest entschlossen sind. Damit ist zugleich gesagt, dass ein sogenannter *Geschäftsguttempler* — leider gibt es auch solche, denn die *Guttempler* sind Menschen wie andere — des Geistes dieses Ordens unwürdig ist. Er ist weder besser noch schlechter als ein *Geschäfts-* oder *Maulsozialist*. Jedermann muss freilich leben und für sich und seine Familie sorgen, aber die heilige Sache der sozialen Reform darf niemals in den Dienst von Privatinteressen gesetzt respektive dazu missbraucht werden.

Als Gesamtheit nimmt der neutrale *Guttemplerorden* nur gegen den Alkoholgenuß und für alle sozialen Reformen Partei. Er überlässt es seinen Mitgliedern und Logen sich nach ihrem Glauben in Politik, Religion usw. zu gruppieren. Andererseits kann nur blinder Fanatismus verkennen, dass er einem gesunden Sozialismus in die Hände arbeitet. Nur ein Beispiel. In einem hochkonservativen und dabei sehr alkoholisierten Dorf entstand eine Loge des Ordens. Sehr bald wurde von Sozialismus und sozialen Reformen geredet. Die Leute waren anfangs aus Vorurteil alle dagegen. Die Wirksamkeit der Loge jedoch und die Änderung des Lebenswandels früherer Trinker, die zu lesen und sozial sich zu betätigen begannen, liessen den sozialistischen Gedan-



Hier haben wir von Karl Marx eine Definition des Begriffs *Lumpenproletariat*: »Die unbestimmte, aufgelöste, hin- und her geworfene Masse«, die Deklassierten, die Vagabunden, Dirnen, Zuhälter, Verbrecher usw.

Ob im Jahre 1849 in Frankreich das Lumpenproletariat diese Rolle gespielt hat oder nicht, soll hier nicht erörtert werden. Politisch hat das Lumpenproletariat heute gar keine Bedeutung mehr, und es ist ganz ausgeschlossen, dass es in einem politisch so hoch entwickelten Land, wie etwa Deutschland, noch jemals zu reaktionären Zwecken missbraucht werden könnte. Dazu ist es schon der Zahl nach zu schwach. Die Arbeiter sinken nicht »immer tiefer«, und das Lumpenproletariat ist nicht »die passive Verfaulung der untersten Schichten der alten Gesellschaft«, sondern es hat ganz andere Entstehungsursachen. Mit der Frage des Lumpenproletariats hat sich die deutsche Sozialdemokratie meines Wissens auch nur ein einziges Mal beschäftigt. Im Jahre 1892 wurde Wilhelm Liebknecht angegriffen, weil er von einem Lumpenproletariat gesprochen hatte. Der *Vorwärts* brachte deshalb am 13. März 1892 einen Artikel, in dem er zu erklären suchte, was unter *Lumpenproletariat* zu verstehen sei. Unter anderm hiess es da:

»Wir sind in den letzten Tagen nicht selten dem Einwurf bei ganz braven Parteigenossen begegnet: Was heisst das, Lumpenproletarier; wenn ich infolge andauernder Arbeits- und Verdienstlosigkeit herunterkomme und meine Kleider zu Lumpen werden, ohne dass ich im stande bin mir neue zu kaufen, dann zähle ich wohl auch zu den Lumpenproletariern? Eine solche Annahme ist natürlich grundfalsch, denn, um es kurz zu sagen, nicht die als Kleidung dienenden Lumpen sondern die verlumpte Gesinnung ist das charakteristische Merkzeichen für den Lumpenproletarier. Jene Gesinnung, die sich für Geld verkauft und zu jedem Schurkenstreich bereit ist, besonders auch gegen die eigenen Klassen-genossen, sie ist die hervorsteckende Eigenschaft des Lumpenproletars. Unter dem zerrissenen Kittel kann das treueste, opferbereiteste Herz schlagen, ebenso wie der Gehrock vom feinsten Tuch, die Glacehandschuhe und der modernste Zylinderhut einen physisch und moralisch auf tiefster Stufe stehenden Lumpen decken können. Jenes gesinnungslose Lumpengesindel ist es aber, vor dem gerade eine proletarische Bewegung am allermeisten Ursache hat sich zu hüten, denn die Reaktionäre und die Volksfeinde aller Zeiten haben es für angebracht gehalten sich dieses Gesindels für ihre Zwecke zu bedienen oder versucht durch dasselbe die proletarischen Bestrebungen zu fälschen und wenn möglich zu schänden.«

»Physisch und moralisch auf tiefster Stufe stehende Lumpen«: das ist also das Lumpenproletariat. In seiner Schilderung des Ostendes von London gibt Paul Fischer nach Booth eine bessere Charakterisierung des Lumpenproletariats, indem er von den 11 000 Personen spricht, die dem Lumpenproletariat im Ostende von London angehören sollen, »der untersten durch und durch verumpften und verfaulten Bevölkerungsschicht, aus der es keine Rettung, keine Wiederkehr gibt.«

»Sie bestehen aus Bummlern, Strolchen, Verbrechern oder angehenden Verbrechern, Männern, Weibern und Kindern . . . Diese Klasse bildet die hoffnungslos Ausgestossenen unserer Gesellschaft. Sie wohnen, man weiss nicht, wo, sie leben, man weiss nicht, wie. Oder doch, man weiss, dass sie in den scheusslichsten Gassen hausen, in denen jedes Haus eine Pesthöhle, ein Diebesloch, ein Hehlernest oder ein Bordell ist. Bitterste Armut und tiefste Entartung der menschlichen Natur sind die Signatur dieser Viertel. Ihr Leben ist das Leben von Wilden, mit den Wechselfällen von äusserster Entbehrung und gelegentlichem Exzess. Ihre Nahrung ist von der schlechtesten Sorte, ihr einziger Luxus der Branntwein.«<sup>1)</sup>

Jede Grossstadt weist ein solches Lumpenproletariat auf; aber auch in jeder

<sup>1)</sup> Siehe Fischer *Das Ostende von London* (Berlin 1891), pag. 17 ff.

kleineren Stadt, ja fast in jedem Dorf sind Lumpenproletarier anzutreffen, die dauernd oder längere Zeit am Orte wohnen, und ein anderer, grosser Teil wandert unstat in Lande umher. Für den politischen und gewerkschaftlichen Kampf bedeutet dieses Lumpenproletariat keine grosse Gefahr mehr. Denn politisch ist es überhaupt nicht mehr zu Aktionen verwendbar, als Streikbrecher nur im geringen Umfang zu gebrauchen. Aber ein besonderer Gegenstand der Sozialpolitik muss es werden, was es bisher nur in sehr kleinem Masse und eigentlich gar nicht war. Rat- und hilflos stand nicht nur die bürgerliche Gesellschaft dieser Elenderscheinung gegenüber, sondern auch die Sozialisten wussten nichts anderes zu tun als sie für ein Produkt unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände zu erklären, das mit der sozialistischen Gesellschaft verschwinden werde. Damit ist die Frage aber weder geklärt noch gelöst. Und wer nicht auf den Zukunftsstaat warten sondern sich in praktischer sozialistischer Arbeit betätigen will, der wird vor allem danach trachten müssen das fürchterlichste Elend, das in dem sogenannten *Lumpenproletariat* zum Ausdruck kommt, zu beseitigen oder wenigstens zu mildern.

So einfach liegen die Dinge auch gar nicht, dass die Lumpenproletarier lediglich Produkte der wirtschaftlichen oder sozialen Zustände seien. Und mit der Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter und der Schaffung von Arbeitsgelegenheit allein wird das Lumpenproletariat so wenig beseitigt wie mit der Bekämpfung des Alkoholgenusses. Die Lumpenproletarier (Vagabunden, Gewohnheitsverbrecher, Dirnen, Säufer usw.) wollen und können nicht regelmässig arbeiten. Alle Versuche sie zu einem geordneten Leben zu bringen sind bisher gescheitert, sofern ihre Wesensart nicht berücksichtigt worden ist. Und man musste John Burns recht geben, als er vor einigen Jahren sagte:

„Ungeachtet dessen, was einige Freunde der Fürsorge für Arbeitslose sagen mögen, behaupte ich als Sozialist — und ich berufe mich darauf, dass ich die meiste Erfahrung in den grössten Arbeitslosenversammlungen, die jemals stattgefunden haben, sowie als Wortführer von Deputationen in dieser Sache bei Regierungsstellen während der letzten 10 Jahre sammeln konnte —, dass, bis die Scheidung der Arbeiter von den Nichtstuern Platz gegriffen hat, die Arbeitslosenfrage niemals ordentlich diskutiert und gelöst werden kann. Solange der Vagabund, der Dieb und der Taugenichts, so mitleiderregend seine Lage sein mag, nicht grundsätzlich von dem ordentlichen Arbeiter unterschieden wird, kann es für keinen von beiden eine dauernde Hilfe geben.“)

Das Lumpenproletariat muss in der Tat grundsätzlich von den Arbeitslosen unterschieden werden. Es ist aber auch falsch, wenn Hunter schreibt:

„Wenn der Arbeitslose durch Laster oder Trunk zur Arbeit unfähig wird, wenn er lange Zeit hindurch mit den schlechtesten Elementen im Abgrund der Gesellschaft verkehrt, dann degeneriert er zum gewohnheitsmässigen Bettler. Dann kann er nicht wieder emporkommen. Jeder, der sich mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigt, weist nachdrücklich auf die Tatsache hin, dass physische und moralische Degeneration öfter eine Folge als die Ursache der Arbeitslosigkeit sind.“)

Und als ebenso unzutreffend erweisen sich die Erfahrungen, die Flynt in seinem langjährigen Verkehr mit Landstreichern gemacht haben will. Er behauptet nämlich, es sei eine Tatsache, dass Arbeitslose durch die Leichtigkeit des freien Fahrens [in Amerika] sehr rasch zu berufsmässigen

\*) Siehe Hunter *Das Elend der neuen Welt* /Berlin 1908/, pag. 105 ff.

\*) Siehe Hunter, loc. cit., pag. 103.

Vagabunden herabsinken.<sup>6)</sup> Das sind oberflächliche Beobachtungen, denen kein wissenschaftlicher Wert beizumessen ist. Eine andere Erklärung für die Arbeitsscheu, moralische Verkommenheit und verlumpte Gesinnung der Lumpenproletarier, als dass sie durch lange Arbeitslosigkeit, ein elendes Leben und schlechte Gesellschaft jeden Halt verloren, sich infolgedessen dem Trunk ergeben und damit auch ihren Körper zerrüttet haben, vermögen auch alle diejenigen nicht zu geben, die das Lumpenproletariat lediglich als ein Produkt der gesellschaftlichen Zustände betrachten. Aber Forschungen der neueren Zeit ergeben, dass es sich bei diesen Ärmsten der Armen zum grössten Teil, wenn nicht allgemein, um geistig kranke Menschen handelt, die infolge ihres geistigen Defekts arbeitsunfähig oder in ihrer Arbeitsfähigkeit geschwächt sind, Alkoholiker wurden und so ins Lumpenproletariat sanken, aus dem es für sie keinen Aufstieg mehr gibt, weil sie eben kranke Menschen sind, die einer besonderen Fürsorge bedürfen. Und bei Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Forschungen lassen sich heute Mittel und Wege finden, um dieser Elenderscheinung mit Erfolg entgegenwirken zu können. Dazu wird aber unsere Stellungnahme eine andere werden müssen als bisher.

Der erste Gelehrte, der in Deutschland psychiatrische Untersuchungen an grossstädtischen Lumpenproletariern vorgenommen hat, war bekanntlich Dr. Karl Bonhoeffer. Sein Material waren 404 Personen, die wegen Bettelns und Vagabondierens im Breslauer Zentralgefängnis eine Strafe verbüssen mussten. Handwerksburschen oder sonst vorübergehend in Not geratene Personen wurden nicht in die Untersuchung einbezogen, es handelte sich hierbei also nur um Gewohnheitsbettler, Landstreicher. Von den Untersuchten waren 191 vor dem 25. Lebensjahr kriminell geworden. Der *soziale Verfall* trat bei diesen also schon in frühester Jugend ein. Kräftig gebaute, gesunde Individuen waren selten unter ihnen. Die meisten waren mit körperlichen Fehlern behaftet. Die psychiatrische Analyse hat ergeben, dass nahezu die Hälfte an angeborenen psychischen Defektzuständen litt. Bei 31 % war angeborener Schwachsinn zu konstatieren, 16 % litten an Epilepsie. Bei weiteren 33 % liessen sich erworbene psychische Anomalien feststellen (29 % Alkoholiker, 4 % mit erworbenen Geisteskrankheiten). Nur bei 20 % liessen sich Symptome psychischer Erkrankung nicht nachweisen. Aber bei diesen sind die körperlichen Gebrechen besonders zahlreich, 37 % davon waren hochgradig im Erwerb beschränkt. Von den 222, die erst nach dem 25. Lebensjahr kriminell wurden, waren 16 % mit angeborenem Schwachsinn, 9 % mit Epilepsie, 10 % mit erworbener Geisteskrankheit, 27 % mit einfachem Alkoholismus behaftet. 53 % aller untersuchten Individuen haben das Pensum der Volksschule nicht erledigen können, sie waren schon im Kindesalter geistig zurück. Das Lebensbild, das die Imbezillen darbieten, sagt Bonhoeffer, ist in einer grossen Anzahl der Fälle fast übereinstimmend. In der Schule kommen sie schlecht voran, erreichen höchstens die zweite Schulklasse. Nach der Schule wechseln sie vielfach ihre Erwerbsstellen, sie werden bald kriminell.

»Die angeborene geistige Schwäche wächst sich zu einer hochgradigen Gleichgültigkeit gegen ethische Vorstellungen, stumpfsinniger Interessenlosigkeit aus, später mit einer deutlichen Beimengung alkoholischer Brutalität.«<sup>7)</sup>

<sup>6)</sup> Siehe Flynt *Auf der Fahrt mit Landstreichern* /Berlin 1904/, pag. 257.

<sup>7)</sup> Siehe Bonhoeffer *Ein Beitrag zur Kenntnis des grossstädtischen Bettel- und Vagabundentums* /Berlin 1900/, pag. 46.

Weiter berührt Bonhoeffer die vielfach von Psychiatern und Gefängnisärzten festgestellte Tatsache von der Häufigkeit angeborener intellektueller Schwachzustände unter den Gefängnisinsassen.

Besonders wertvolle Untersuchungen an Landstreichern hat der Heidelberger Privatdozent Dr. Karl Wilmanns vorgenommen.<sup>9)</sup> Er hat die Lebensgeschichte von 52 geisteskranken Landstreichern aus der Heidelberger Klinik erforscht und gefunden, dass die vagabundierende Lebensweise meist eine Folge der geistigen Erkrankung war. Erblich belastet durch Psychose, hochgradige Geisteschwäche, Alkoholismus und Kriminalität der Eltern und nächsten Verwandten waren 23 Landstreicher. Die meisten der Untersuchten hatten eine gute Erziehung genossen, 3 hatten eine höhere Schule besucht. Viele zeigten im Kindesalter auch scheinbar gute Geistesanlagen, aber fast alle scheiterten beim Eintritt ins Erwerbsleben. Allen fehlte Ausdauer und Energie, eine Ruhelosigkeit plagte sie, woraus sich in vielen Fällen in späterer Zeit ein Verfolgungswahn entwickelte. Ihr Leidensweg beginnt schon in jungen Jahren; vielen ist der Eintritt ins Heer der Anfang schrecklicher Qualen, sie kommen nicht aus dem Arrest heraus, und sie sind auch meistens die Opfer der Soldatenmisshandlungen. Eltern, Pädagogen, Vorgesetzte und auch die Ärzte verstehen das Wesen der armen Menschen nicht, die nirgends gut tun, bald ziel- und planlos umherirren und ihren Kreislauf durch alle möglichen Straf- und Besserungsanstalten beginnen. Die 52 untersuchten Landstreicher waren zusammen für 1642 Delikte bereits bestraft: auf jeden einzelnen kamen mehr als 30 Strafen. Eindringlicher als die toten Zahlen der Statistik, sagt Wilmanns, lehren uns die Krankheitsgeschichten der 52 Landstreicher, dass die Verknennung des Irreseins des geisteskranken Vagabunden die Regel, die rechtzeitige Erkennung ihrer Störung eine Ausnahme ist. Wilmanns hat ferner 200 Insassen des Arbeitshauses zu Kislau untersucht und gefunden, dass bei weitem die meisten der Insassen an Geisteschwäche litten. Von weiteren Forschungen seien die des Dr. Riebeth genannt, der 107 männliche Korrigenden der Anstalt zu Prenzlau untersucht hat. Alle waren 10- bis 70mal vorbestraft. Bei der Feststellung des Geisteszustandes, schreibt Riebeth, wurden die geringsten Anforderungen gestellt; dennoch konnten nur 37 als annähernd psychisch normal bezeichnet werden, davon waren jedoch 27 mehr oder weniger stark dem Alkohol ergeben gewesen, mit 2 konnte man sich nicht verständigen, da sie Polen waren, und 5 waren psychisch nicht einwandfrei, aber auf grund einer einmaligen Untersuchung liess sich ein bestimmtes Urteil über ihren Geisteszustand nicht gewinnen. 21 litten von Jugend auf an geistiger Schwäche. Hierher gehören auch die Feststellungen des Dr. Rizor, des Abteilungsarztes der Provinzialheilanstalt in Münster in Westfalen, der sämtliche über 14 Jahre alten Fürsorgezöglinge (789), die in Anstalten untergebracht sind, untersucht hat und zu dem Resultat kam, dass 53,5 % anormal waren. Im Auftrag des Landesdirektoriums der Provinz Hannover hat Geheimrat Cramer, der Inhaber des Lehrstuhls für Psychiatrie und Nervenheilkunde an der Universität Göttingen, einen grösseren Kreis von Fürsorgezöglingen einer systematischen psychiatrisch-neurologischen Untersuchung unterzogen und gefunden, dass nur 39 % der Zöglinge für eine Fürsorgeerziehung geeignet seien: alle übrigen waren geistig minderwertig. Auch

<sup>9)</sup> Siehe Wilmanns *Zur Psychopathologie des Landstreichers* (Leipzig 1906).

der Dresdener Staatsanwalt Wulffen kam auf grund seiner Erfahrungen zu dem Resultat, dass die eigentlichen Landstreicher geistig Minderwertige und Neurastheniker sind, »die entweder überhaupt nicht oder wenigstens nicht anhaltend arbeiten können.«<sup>9)</sup>

Daran ist überhaupt nicht mehr zu zweifeln, dass der grösste Teil der Vagabunden Geistesranke sind. Bonhoeffer ist der Meinung, dass 75 % als geistig minderwertig bezeichnet werden müssen. Und die Erkrankung ist in den meisten Fällen von Kindheit an vorhanden. Auf einem Kongress für Schwachsinnigenfürsorge zu Graz sagte Dr. Theodor Heller, der Direktor der Erziehungsanstalt Wien-Grinzing, dass 50 % der für die Fürsorgeerziehung in betracht kommenden Jugendlichen geistig nicht normal sei. Dass sich auch die meisten Zuhälter, Gewohnheitsverbrecher und Dirnen aus diesen geistig Minderwertigen rekrutieren, habe ich in den *Sozialistischen Monatsheften* schon wiederholt dargelegt.<sup>10)</sup>

Wohl ist es richtig, dass ein grosser Teil der Lumpenproletarier entweder Nachkommen von Alkoholikern oder selbst Säufer sind. Aber Bonhoeffer und zahlreiche andere Forscher zeigen, dass bei mehr als 70 % der Trinker der Alkoholismus nachweisbar auf der Basis vorher bestehender angeborener oder erworbener psychischer Defektzustände oder auf dem Boden hereditärer Veranlagung erwachsen sind. Es sei nicht zu weit gegangen, meint Bonhoeffer in seiner oben zitierten Arbeit, wenn man sage, dass bei günstiger sozialer Lage Alkoholismus von einer die gesellschaftliche Existenz bedrohlichen Stärke überhaupt nur bei Psychopathischen und Defekten vorkomme. Hervorheben möchte ich noch, dass auf dem schon erwähnten Grazer Kongress für Schwachsinnigenfürsorge der Privatdozent Dr. Potpeschnigg-Graz nachwies, dass der Schwachsinn bei Kindern auch nicht immer als eine Folge von Vererbung auftritt sondern auch als Nachwirkung von konstitutionellen und infektiösen Krankheiten. Dass die geistig Minderwertigen aus den Reihen der Besitzenden nicht so leicht der Vagabondage, dem Verbrechen oder der Prostitution anheimfallen, ist erklärlich; aber dennoch liefern fast alle Berufe und Klassen dem Lumpenproletariat Zufluss.

Aus allen derartigen Untersuchungen ergibt sich das Resultat, dass die sozialen Verhältnisse allein nicht die Ursachen des Lumpenproletariats sind, dass vielmehr ein Zusammenwirken des inneren Zustands der in betracht kommenden Individuen mit den äusseren Lebensverhältnissen stattfindet, wobei die psychische Beschaffenheit von ausschlaggebender Bedeutung ist. Aus diesen Gründen kann allein mit der Besserung der sozialen Zustände das Lumpenproletariat nicht beseitigt werden, während es andererseits möglich ist durch eine sachgemässe Behandlung der Psychopathen von Jugend auf und durch eine entsprechende Behandlung der unheilbar Kranken dieser grossen Elendserscheinung entgegenzuwirken. Eine Anerkennung der inneren Ursachen führt von selbst zu den Mitteln, die zur Anwendung zu bringen sind. Dass der Schwachsinn im Kindesalter zu heilen sei, wenn er spätestens bis zum 8. Lebensjahr erkannt werde, ist die Ansicht zahlreicher Gelehrter. Eine allgemeine Untersuchung aller Kinder in den ersten Lebensjahren durch

<sup>9)</sup> Siehe Wulffen *Psychologie des Verbrechers*, 2. Band /Berlin 1902/, pag. 383.

<sup>10)</sup> Siehe meine Artikel *Die Überwindung der Prostitution in den Sozialistischen Monatsheften*, 1906, 1. Band, pag. 238 ff., und *Über das Strafrecht der Zukunft*, *ibid.*, 1909, 1. Band, pag. 157 ff.

Psychiater ist also zu fordern, ähnlich wie heute die Impfung obligatorisch ist. Die Schulärzte sind bereits ein kleiner, aber noch sehr mangelhafter Anfang hierzu. Dass die Fürsorgeerziehung unter die Leitung von sachverständigen Ärzten gestellt werde, wird von allen Fachmännern verlangt. Aber nicht ganz von der Hand zu weisen ist auch die Verhinderung der Fortpflanzung der geborenen Verbrecher, Irren, Epileptischen und Schwachsinnigen, wie sie bereits in einer Reihe von Staaten in Amerika durch die sogenannte *Vasektomie* gesetzlich eingeführt ist. Durch dieses Verfahren können Personen männlichen Geschlechts durch eine unbedeutende Operation zeugungsunfähig gemacht werden, und zwar ohne Schmerz, Gefahr oder Schädigung ihrer Sexualität. Im Gegensatz zur Kastration macht die *Vasektomie* den Mann nicht geschlechtslos. Auch die gewaltsame Internierung von Säufern, Landstreichern usw. in geeigneten Anstalten — selbstverständlich nur nach Untersuchung durch sachverständige Ärzte — kann auf die Dauer nicht zurückgewiesen, muss sogar gefordert werden. Dagegen muss entschieden Front gegen die heutigen Arbeitshäuser gemacht werden, die eine Schmach für unser Zeitalter sind. Aber alle diese Forderungen, die heute von den Psychiatern erhoben werden, haben erst eine Aussicht auf Verwirklichung, wenn sie von einer grossen Bewegung des Volks getragen werden. In der Sozialdemokratie beschäftigte man sich bisher leider sehr wenig mit diesen Fragen, weil man noch fast allgemein an der alten Auffassung über die Ursachen und das Wesen des Lumpenproletariats festhielt. Und solange nicht eine Revision der Anschauungen auch in dieser Beziehung sich vollzogen hat, wird von der Sozialdemokratie für die oben angeführten Ärmsten der Armen sehr wenig praktisch getan werden können. Auf grund der neueren Forschungen dagegen müsste sie zu grossen gesetzgeberischen Vorschlägen und zu anderem praktischen Vorgehen, in den Kommunen, Organisationen usw., kommen, um dem fürchterlichsten Elend auch anders als nur durch die allgemeine Hebung der Lage des Volks entgegenzuwirken. Die grosse bürgerliche Presse — wenigstens die liberale — beschäftigte sich in jüngster Zeit immer mehr mit dieser Frage. Die Sozialdemokratie würde einen wesentlichen Schritt nach vorwärts tun, wenn sie die alte überlebte Auffassung über das Lumpenproletariat ebenfalls aufgeben und sich den modernen Anschauungen anschliessen würde.

XX

## FELIX LINKE · DAS SCHNELLBAHNSYSTEM DER ZUKUNFT?

**R**ERECHTIGTES Aufsehen hat die neueste Publikation August Scherls, in der er der Öffentlichkeit Vorschläge zur Verbesserung des Personenverkehrs unterbreitet, in der gesamten Presse erregt. Dass unser Verkehrswesen, das zum grossen Teil durch die Eisenbahnen organisiert ist, arge Mängel besitzt, ist eine alte Geschichte; sie wird wohl niemand leugnen. In seinem Buch geht Scherl von diesen Mängeln aus. Er schildert sie ganz richtig, wenn auch weniger nach der sozialen als nach der wirtschaftlichen und technischen Seite, und gelangt namentlich auf grund neuer technischer Gedanken zu ganz eigenartigen Vorschlägen, die der Beachtung nicht bloss der Fachwelt sondern der Öffentlichkeit und der Parlamente durchaus wert sind.

Scherl hält es für notwendig seine Kritik des gegenwärtigen Zustands unseres Eisenbahnwesens mit der Dringlichkeit und der Not zu begründen, die seine Mängel für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes mit sich bringen. Das ist wohl überflüssig. Dass ein Institut von dem Umfang des deutschen Eisenbahnnetzes, das zudem noch durch partikularistische Schranken beengt ist, Mängel haben muss, die nicht nur den leitenden Personen sondern der historischen Entwicklung zur Last fallen, ist ganz klar. Als die ersten Eisenbahnen gebaut wurden, mussten sie sich schon Verhältnissen anpassen, die für sie und ihre Entwicklung durchaus nicht günstig waren. Man konnte nicht die Pläne ausführen, die man vielleicht jetzt ausarbeiten würde, wenn man die Entwicklung schnell noch einmal wiederholen könnte. Wir wissen auch nicht in welcher Weise sich das spätere Verkehrswesen entwickeln wird, und können daher auch nicht sofort ins Uferlose Neuerungen einführen, die vielleicht bald überholt sein werden. Das sind leider Hindernisse, die unübersteiglich sind und uns stets hinderlich sein werden, die aber ein gut geleitetes und organisiertes System verwinden kann.

Scherls Kritik setzt an vielen Stellen ein, bei dem chronischen Wagenmangel in den Industriegebieten, bei der Langsamkeit des Personentransports, der schlechten Kontinuität des Betriebs, der mangelhaften Verbindung der Siedlungen namentlich auf dem platten Lande, der Überlastung der Strecken, der Zusammenhangslosigkeit des Lokal- und des Fernverkehrs usw. Das grösste Hindernis sieht er in der Verbindung des Personen- und des Güterverkehrs. Jeder dieser beiden Verkehrszweige hindert den andern, und keiner kann daher ordentlich gedeihen. Als erste Forderung stellt er daher mit Recht die Trennung des Personen- und des Güterverkehrs auf. Er will die alten Anlagen dem Güterverkehr überlassen, dem sie noch lange Zeit genügen werden. Für den Personenverkehr verlangt er aber eine ganz neue Organisation. Er soll vollständig neu geschaffen werden, wobei die alten hemmenden Schranken namentlich der Normalisierung durch ein ganz neues System mit riesig erweiterten Möglichkeiten abgelöst werden soll.

Eine Neuorganisation erfordert vor allen Dingen eine wesentlich vergrösserte Reisegeschwindigkeit. Das ist schon durch die Schnellbahnversuche auf der Berlin-Zossener Bahn anerkannt worden. Sie haben ergeben, dass die Technik heutzutage im stande ist eine Geschwindigkeit von 200 Kilometern in der Stunde anzuwenden. Dabei hatte sich aber bekanntlich gezeigt, dass der Oberbau einer ungewöhnlichen Verstärkung bedarf, um diesen Geschwindigkeiten zu genügen. In Scherls Buch werden die Verhältnisse nun einer Kritik unterzogen, die zu dem Resultat führt, dass der jetzige Oberbau mit 2 Schienen zu teuer wird, wenn er gemäss den Anforderungen der Technik bei diesen hohen Geschwindigkeiten ausgeführt werden soll. Es macht sich also notwendig zu einem Betriebssystem überzugehen, das einfacher ausgestaltet ist, und womöglich nur einer Schiene bedarf. Solche Systeme besitzen wir schon in den Schwebebahnen. Dort können wir die Wagen an eine Schiene hängen. Die Schwebebahn mag sich daher noch in manchen Fällen ihren Platz erobern, wo sie hingehört, nämlich in den Lokalverkehr; für den Schnellfernverkehr kommt sie dagegen nicht in betracht, weil der Eisenoberbau zu kompliziert und zu teuer würde, und weil eventuelle Kurven technisch grosse Schwierigkeiten verursachen würden. Scherl schlägt statt dessen eine Einschiennen-

standbahn vor. Es ist kein Zweifel, dass diese wertvollen technischen Vorschläge von den technischen Mitarbeitern Scherls stammen, denn sie erfordern weitgehende physikalische und technische Kenntnisse. Eine Einschienenbahn auf schmäler Schiene verlangt natürlich eine Stützung, damit die Fahrzeuge nicht umkippen. Diese Stützung soll nun nicht durch andere Schienen herbeigeführt werden sondern durch einen Apparat besonderer Art, nämlich den Kreisels. Der Schlicksche Schiffskreisels hat in neuerer Zeit so viel von sich reden gemacht, dass sein Prinzip wohl bekannt sein dürfte. Es beruht auf der Tatsache, dass rasch rotierende Massen der Richtungsänderung ihrer Umdrehungsachse einen ausserordentlich grossen Widerstand entgegensetzen, der mit der Geschwindigkeit der umschwingenden Massen sehr stark wächst. Es ist gelungen mit Hilfe dieser Kreisels grosse Schiffe bei starkem Seegang zu stabilisieren. Es hat sich erwiesen, dass mit genügenden Kreiselsapparaten ausgerüstete Schiffe eine fast völlige Beruhigung selbst bei schwerstem Seegang erfahren. Die praktische Ausführbarkeit einer Einschienenbahn unter Anwendung eines Kreisels zur Ausbalancierung hat schon vor einigen Jahren in England ein Ingenieur erwiesen, er demonstrierte eine kleine Bahn, auf der ein Knabe fuhr. Seitdem hat man davon hier nichts mehr gehört. Scherl greift dieses Projekt auf; er hat in Versuchswerkstätten die Möglichkeit der Anwendung des Kreisels an Modellen erproben lassen und baut darauf ein System auf, das eine herzerfrischende Grosszügigkeit besitzt. Er setzt keine Postkutschen auf die Schienen, wie das seinerzeit geschehen ist, und woran das mangelhaft kleine Wagenmaterial unserer Zeit noch erheblich krankt, sondern geräumige Salons von 4 Meter Breite, in denen man sich nicht, an seinen Platz gebannt, halbtot rumpeln lassen muss, sondern die sogar dem Reisenden die Möglichkeit des Promenierens bieten. Auch sonst ist mancher Komfort vorgesehen, den wir zwar noch nicht gewöhnt sind, der aber durchaus seine Berechtigung hat, und auf den jeder Fahrgast Anspruch machen sollte, dem die Viehwagen, die auf den preussischen Staatsbahnen unter dem hochtönenden Namen einer 4. Wagenklasse fahren, noch nicht als der Inbegriff des Behaglichen und Erforderlichen erscheinen. Ein Normalzug umfasst 3 Wagen, von denen jeder 2 Drehgestelle mit je 4 hinter einander laufenden Rädern besitzt. Jeder Wagen wird durch Motoren angetrieben. Die ganze Zuglänge würde normal etwa 97 Meter betragen. Der Zug würde 176 Reisenden Platz bieten, und neben den Coupés noch Gepäckraum, Speisesaal, Rauchzimmer, Schreibsalon, kaltes Büfett, Küche, Post, Aborte, geräumige Gänge und Diele erhalten. Klassenscheidung in unserm Sinn gibt es nicht, nur zwei Sorten von Plätzen, besonders geräumige teurere und geräumige billigere. In dieser Ausstattung kann man das Reisen vom heutigen Standpunkt der Technik aus als kulturwürdig und der Zeit entsprechend ansehen, und da brauchte auch der kleine Mann seine Ansprüche durchaus nicht zurückzuschrauben. Das Einsteigen in den Zug und das Aus- und Umsteigen wird mit Hilfe grosser Fahrstühle — Kabinen genannt — besorgt, die sich neben den haltenden Zug legen und alle Passagiere zu- und abführen. Die Bahnhöfe sollen typisch und übersichtlich gestaltet werden, so dass sie auch von Fremden überall ohne viel Umfrage benutzt werden können.

Die Verkehrsorganisation ist einem Blutadersystem nachgebildet, das sich als

weitmaschiges Netz über das ganze Land verzweigen und alle Teile versorgen soll. Die Hauptstränge erhalten eine Reisegeschwindigkeit von 180 bis 200 Kilometern in der Stunde, die sekundären Netze, die überall guten Anschluss an die Hauptstrecken finden, bekommen 120 bis 150 Kilometer Geschwindigkeit. Ein tertiäres Netz, das sich fein verzweigt und wieder gute Anschlüsse an das Sekundärnetz bekommt, wird mit 30 bis 60 Kilometern Stundengeschwindigkeit befahren, während Automobilomnibuslinien den Verkehr aus den kleinsten Nestern herzubringen sollen. Dieses Zubringersystem hat den Vorteil, dass es je nach Bedarf weiter ausgebaut werden kann, während die Hauptlinien so leistungsfähig sein würden, dass sie auf absehbare Zeit jedem Bedarf genügen. Die Zentren des Verkehrs selbst würden einen Zentralbahnhof erhalten, in den die Hauptstrecken einmünden. Diese Zentren selbst erhalten einen an den Hauptverkehr dicht angeschlossenen Lokalverkehr mit Ringen, wie ihn im Prinzip Berlin hat, nur dass die Radien (Berliner Stadtbahn) zahlreicher sind. Da für die Linienführung kein anderer Weg übrig bleibt, führt Scherl seine Bahnen einfach über die Häuser weg. Dieser Teil des Entwurfs ist utopisch zu nennen, er ist in der vorgeschlagenen Gestalt nicht ausführbar. Denn dass es gelingen soll die gewaltigen Pfeiler in die Häuser einzubauen, ist ausgeschlossen. Da wäre es wohl noch billiger, man legte gleich die Häuser nieder. Aber die Entwürfe lassen sich auch so abändern, dass sie nicht an diesem Punkt zu scheitern brauchen.

Als Betriebskraft für derartige Bahnen kann natürlich allein die Elektrizität in betracht kommen, weil nur sie die technische Möglichkeit bietet mit so hohen Geschwindigkeiten zu fahren und grössere Steigungen zu nehmen. Für Geschwindigkeiten von 200 Kilometern pro Stunde kann man natürlich nicht eine Niveaubahn benutzen, es sind vielmehr überall Dämme nötig, die die anderen Strassen überfahren. Dabei sind nur 2 Schienen nötig, eine für die Hin- und die andere für die Rückfahrt. Die Dammbreite wird natürlich gross werden, weil ja die Wagen erheblich breiter sein sollen als jetzt. Zudem läuft zwischen den Gleisen noch eine Ausbuchtung dahin, in der während des Betriebs Revisionswagen zur Untersuchung des Oberbaus verkehren können. Die Streckensicherung kann durch geeignete Vorrichtungen in den Führerstand verlegt werden, wozu der grösseren Sicherheit halber noch automatische Abschaltvorrichtungen treten.

Das Scherlsche Buch führt alle diese Einzelheiten ziemlich weit durch und veranschaulicht sie durch eine grosse Zahl schöner Abbildungen. Es zeigt nicht bloss die Betriebseinrichtungen und beschreibt sie, es gibt auch Fahrpläne und erörtert eine Menge spezieller Fragen, die hierbei auftauchen. Man merkt überall die sichere Hand des Ingenieurs, der alle Vorteile ausnutzt und sie seinen Plänen dienstbar macht. Wenn Scherl in seinem Vorwort ein wenig geringschätzig über die technische Arbeit bei seinem Unternehmen spricht und seiner organisatorischen Arbeit den Hauptwert zuspricht, so beweist er bloss damit den Grössenwahn des Kapitalisten, der alles kaufen zu können vermeint und die Ursache des Fortschritts ausschliesslich in seinem Geld verborgen glaubt. In Wirklichkeit wäre die ganze Sache ohne die technische Arbeit gar nicht organisationsfähig. Sie bildet die Hauptsache daran, und ich möchte glauben, dass gerade sie alle wesentlichen Gedanken mit hineingebracht hat, dass dann Scherl sein unbestreitbares organisatorisches Talent mit hinzuge-

worfen hat, und dass dann daraus der Plan entstanden ist, dessen Vorliegen in dieser Gestalt durch Scherls Geldbeutel ermöglicht worden ist. Es wäre aber erwünscht zu erfahren, welchen Anteil die Ingenieure an der Sache haben, und welchen Scherl; eine Frage, die in der Industrie eine wichtige Frage des Urheberrechts streift, die endlich gesetzlich geregelt werden sollte.

Trotz der weitgehenden Durohbildung sind natürlich an dem System sofort manche Mängel sichtbar. Wie denkt sich Scherl zum Beispiel die Stabilisierung der Züge, wenn der Betriebsstrom abgeschaltet wird? Könnte man das technisch noch lösen — vielleicht durch Rückstromgewinnung aus der lebendigen Energie des fahrenden Zuges für die Kreisel, die etwa noch so lange in Gang gehalten werden könnten, bis der Zug durch Auslegerstützen gehalten wird —, so entsteht die weitere Frage, was denn geschehen soll, wenn nun die Kreisel selbst in Unordnung geraten? Darauf gibt das Buch keine Antwort. Und wie steht es mit den *Normalien* bei diesem System, denen Scherl im alten System eine so unheilvolle Rolle zuschreibt? In dem neuen System würde alles wahrscheinlich noch viel *normalisierter* werden, was ja vor der Hand vielleicht nichts schaden würde. Im ganzen jedoch muss man Scherl zustimmen, dass die Öffentlichkeit die Pflicht hat sich mit den Vorschlägen zu beschäftigen, die sein Name deckt. Sie sind wichtig genug, dass sich sogar die Parlamente ernstlich darum kümmern müssten. Dann würden auch die Fragen ins Rollen kommen, die Scherl nur schüchtern, aber offen berührt. Scherl will die Ausführung seiner Pläne der privaten Initiative überantworten. Dem steht nun im Deutschen Reich die Tatsache im Wege, dass die Eisenbahnen bereits im Besitz der Staaten sind. Mit seiner Forderung der Aufgabe des Staatsmonopols wird Scherl um so weniger Glück haben als das ganze Finanzsystem des massgebenden Bundesstaats Preussen auf den Einnahmen aus den Eisenbahnen basiert. Aber der Staat selbst sollte der Prüfung des neuen Systems näher treten, und zwar ohne die im Eisenbahnressort traditionelle Verschleppungsstrategie.

XX  
**SIGFRID SIWERTZ · ZWEI WELTEN**

I  
**Z**U einer Perlgardine wurde der Märzregen vor dem grossen Atelierfenster. Die Boulevardbäume draussen zeichneten sich regungslos von dem Grau ab. Weiter weg reflektierte der feuchte Asphalt der leeren Querstrassen die Laternenreihen wie ein Kanal, während die Trottoirs die langen, geradlinigen Kais waren.

Sie hatten kein Licht angezündet, denn die Dämmerung war ein Ausruhen für ihre müden Augen. Nur die kleine blaue Spiritusflamme des Samowars flackerte in der Zugluft eines geöffneten Fensters, durch das die erdduftende Regenkühe hereinströmte. Rings an den Wänden hingen Ingrids Skizzen, kleine, freundliche Interieurs, deren Töne jetzt zu einem schwebenden Grau herabgestimmt waren.

Sie nahm die Teetassen aus dem Wandschrank und ordnete das Tablett.

»Das ist lieb, dass du so früh zu mir hereinkommst, Verner.«

Er trommelte auf der Stuhllehne und starnte hinaus.

»Wenn man im besten Zuge ist, wird es immer dunkel. Dann beginnt das

Arbeitsfieber einen innerlich zu verzehren. Man muss sich aus seiner Folterkammer retten zu einer barmherzigen Seele. Kunst, Kunst, wo soll ich mich verbergen vor deinem Geiste, wohin soll ich fliehen vor deinem Angesicht?« Sie sah auf, sie machte einen Schritt auf ihn zu, gleichsam ängstlich zu etwas Fremdem hingezogen.

»Nicht so harte Worte. . . . Siehst du, jetzt bin ich fertig.«

»Danke! Du bist viel zu gut, um Künstlerin zu sein. Du hast nicht das Herz klar zu sehen.«

Ein kurzes Schweigen. Die Bäume begannen unruhig mit einander zu flüstern. Der Regen zeichnete scharfe Striche auf die Scheiben. In dem Laternenschein von draussen glänzten sie wie Goldnadeln. Verner trat ans Fenster.

»Es ist doch etwas Schönes um die Kühle. Das waren wunderbarlich schwüle Stunden. Mein Hirn war wie ein Treibhaus mit grossen fleckigen Orchideen. Das wird man dem Bild ansehen.«

Ingrid horchte hinaus.

»Bald haben wir wohl das Gewitter da. . . . Ein Gewitter im März. . . . Der Donner grollt schon in der Ferne. . . . Ich habe den ganzen Tag darunter gelitten. . . . Die Bäume knospen schon. . . . Alle, ausser den Platanen. . . . Ich wollte hinaus mir den Frühling ansehen, aber ich konnte nicht.«

Im selben Augenblick begann der Regen heftiger zu peitschen. Es war, als wehte ein Hauch vom Meere herein. Sie mussten zuschliessen. Überall in dem grossen luftigen Atelierhaus klirrten die Scheiben. Es gab ein Laufen durch die Zimmer und den langen Korridor. Plötzlich brannte ein zischender Blitz ab. Die Riesenannonce der Feuermauer schräg gegenüber leuchtete auf und verschwand. Es war eine Dame in feuerrotem Mantel, die ihrem Lieblings-äffchen ein Likörglas reichte. . . . Der Donner rollte über die Dächer fort. . . . Verner blieb am Fenster stehen. Ingrid griff nach seinem Arm. Er küsste sie rasch, lächelnd.

»Nicht bange sein. Nicht bange sein.«

Da hörte man Rufen und Lachen im Korridor, man tappte an die Tür, und ein Streichhölzchen wurde angerieben, um die Nummer zu beleuchten. Dann ein polterndes Klopfen.

»Herein!«

Es waren Freunde von Verner, ein ganzer Schwarm. Sie waren durchnässt und atemlos von dem Laufen durch den Regen. Sie hatten schon bei ihm angeklopft, aber gehört, dass er auf 64 war. Verner begrüssté sie mit ausgestreckten Händen. Das Unwetter war ein Ableiter für seine Unruhe gewesen. Aufgeräumt wie vom Wein und froh seine eigene Stimme zu hören begann er Ingrid, die ein Neuling war, die Unbekannten vorzustellen:

»Das hier ist John Strandell, prächtiger Junge. Noch niemals nüchtern gewesen. Die Welt ist für ihn ein Konglomerat von zollgrossen Farbflecken. Mit diesen Flecken wird er es noch weit bringen. Das ist Herr Rubens. Er malt ganz neue Bilder im Stil des Alten, nur besser, wie man behauptet. Er verkauft sie an kleine deutsche Museen. Sehr gutes Geschäft. Dann Baron Vising, genannt das heraldische Tier. Der Papa hat Wald verwüstet, der Sohn verwüstet sich selbst. Sein Scheitel ist ebenso kahl wie der Waldboden seines heimatlichen Gutes. Man will ihn unter Kuratel stellen, aber er entflieht auf seinem Automobil von einer Stadt in die andere.«

Ingrid versuchte zu lächeln:

»Setzen Sie sich, setzen Sie sich. Wir haben die Lampe ausgelöscht, um uns die Blitze anzusehen. Es ist so schön. In der Stadt ist ja ein Gewitter nicht gefährlich.«

Verner wandte sich ihr erstaunt zu. In dem Laternenschein von draussen leuchtete ihr Gesicht bleich und verwirrt. War es ihr nicht angenehm, dass man sie gestört hatte? Wollte sie. . . . Nein, das war nicht möglich.

Ein neuer Blitz. Die Dame mit dem Likör und dem Affen blendete einen Augenblick alle. Vising blies aus der Tiefe seines Korbstuhls Rauchringe:

»Recht geglückter Blitz. . . . Etwas zu trinken wäre. . . .«

Der Jüngste wurde in das Gasthaus an der Ecke um Weisswein und Zigaretten geschickt. Man erzählte sich Geschichten von Blitzschlägen. Man trank auf die Dame in dem roten Mantel. Ein junger Kunsthistoriker begann mit Ingrid Konversation zu machen. Er sprach mit tödlichem Ernst von Kunst und Künstlern, wurde aber von der Gesellschaft verhöhnt.

»Die Kunst ist eine schöne und leichtfertige Dame, die einem Affen Likör reicht.«

»Die Kunst wäre schon schön, aber wir sind Bestien.«

»Die Kunst soll sich nicht mit den Künstlern selbst befassen.«

»Sie hat sich nie mit etwas anderem befasst.«

»Aber es ist nicht amüsant ein Theater auf dem Theater zu sehen.«

»Denkt doch an Shakespeare: Hamlet, Sommernachtstraum.«

»Das ist nur Amateurspektakel.«

Hier erhob sich Strandell langsam und majestätisch und legte sanftmütig seine Hände auf die Häupter der Streitenden:

»Idioten! Ich habe nichts zum Rauchen.«

Er wurde mit einer von Vising's Riesenzigarren verankert. Der Kunsthistoriker machte eine Drehung mit dem Winde:

»Es ist richtig, dass der Künstler selten wirklich tragisch ist, viel häufiger komisch. Der Schmerz, der nicht stumm ist, verkehrt sich in seinen Gegensatz.«

Verner wurde interessiert.

»Ist denn der Schmerz alles im Tragischen? Ich kenne einen Mann, der mit 30 Jahren wahnsinnig wurde, als ein Weisheitszahn mit Schmerzen durchbrach. Der war doch nicht tragisch. Wenn das, was unsere Grösse ist, auch unser Unglück wird, dann sind wir tragisch. Das Schlimmste im Leben des wirklichen Künstlers ist, dass alles für ihn zum Bilde wird, auch er selbst. Es gibt nichts, woran man sich halten kann, keinen festen Punkt. Er kann sich nie jemandem ganz geben. Die Frauen werden zu ihm hingezogen, doch nur, um wieder abgestossen zu werden. Er ist heimatlos auf Erden und sich selbst ein Rätsel.«

Verner fühlte plötzlich, dass diese Worte allzu wahr waren. Er verstummte und setzte sich in eine Ecke zu Ingrid. Ihre Schulter streifte die seine. Sie flüsterte:

»Du bist nicht glücklich, Verner.«

»Glücklich. Das braucht man wohl nicht zu sein.«

»Doch, denn man kann sonst nicht gut sein.«

Es blieb einige Minuten still. Die Zigaretten flimmerten unruhig in der Dunkelheit. Der Regen hatte aufgehört die Scheiben zu peitschen. Die Laternen

draussen flackerten nicht mehr im Wind. Die Blitze wurden zu stummen, hinterbenden blauweissen Scheinen. Allmählich durchschnitt der Streifen eines tiefschwarzblauen Firmaments die im Grosstadtlicht phosphorschimmernden Wolkenwelten. Weit, weit weg in der Gassenperspektive glänzten die den Montmartre herankletternden Laternen wie kleine Rosenkränze aus Lichtern. Das war für all diese unruhigen und müden Herzen wie eine Offenbarung. Hinüber an das rechte Ufer musste man, in die Welt der Vergnügungen, des Luxus' und des Verbrechens, das Dorado der Rastaquères, der Kokotten und Schurken, der aufreizenden Getränke, des kalten und zitternden Lichts. Verner erhob sich mit den anderen und trank seinen Wein aus. Ingrid stand dicht neben ihm. Sie murmelte hastig, scheu:

»Du hast versprochen dir meine Skizzen anzusehen.«

Er sank wieder in den Fauteuil. Übermütig und ein wenig aus Trotz benutzte er die Dämmerung, um ihre Hände zu streicheln. Sie glitt fort und beeilte sich die Lampe anzuzünden, ehe noch alle gegangen waren.

Die Tür fiel zu. Die plötzliche Stille war von Fragen und Erwartung schwer. Sie sassen jeder auf einer Seite des Arbeitstisches, die Lampe zwischen sich. Er sah jetzt, dass sie sich an diesem Abend schön gemacht hatte. Ein kleines müdes Veilchensträusschen schmiegte sich in den schmalen Ausschnitt der schwarzen Taille. Ihre blauen Augen waren gross vor Unruhe. Er lächelte:

»Du bist heute abend wie eine Braut, eine Braut in schwarz.«

Sie riss mit zitternden Fingern die Mappe auf:

»Ich weiss nicht, ob ich es dir zeigen soll. . . . Bist du böse, dass ich dich zurückhielt?«

Ihre Hände begegneten sich, wie er in den grauen Papieren blätterte. Ihre Hand war warm und unruhig wie ein gefangenes Vögelchen. Aber wenn er sie losliess, wollte sie dennoch nicht fliehen.

»Weisst du, woran ich denke? In dieser glatten schwarzen Taille und dem gefälteten Rock bist du wie ein Aquarell meiner Grossmutter, als sie jung war. Und du bist auch gut, wie es die Menschen jener Zeit waren.«

»Aber was meinst du? Sag die Wahrheit. Ich habe über diese Blätter hier geweint.«

»Es ist gut. Aber dein Herz ist vielleicht doch noch empfindungsvoller und treuer als deine Hand. Könnten wir dies alle von uns sagen.«

Sie starrte vor sich hin, mit grossen halbbeschatteten Augen. Dann verbarg sie ihr Gesicht in den Händen. Ihre Schultern zitterten in einem Schluchzen. Der Mann in ihm genoss diese Tränen. Es war ein Beigeschmack der Lüge in jenen schwermütigen Worten, die er ihr zuflüsterte. Er streichelte ihr Haar und Schläfen. Und er dachte dabei: Niemals kommt Wahrheit in das, was zwischen Mann und Weib gesprochen wird. Sage die Wahrheit, und sie wird zürnen, leiden, geniessen, aber niemals verstehen.

Als Ingrid wieder den Blick aufschlug, sah er durch die Tränen eine blinde, schlafwandlerartige Hingebung. Wieder fühlte er jene dumpfe und unerklärliche Angst vor der betäubenden Nähe eines Weibes. Aber sie lauerte so tief innen, dass seine Hände und Lippen davon unberührt blieben. Und sie vermochte es nicht in seine Worte zu dringen.

Das grosse Atelierhaus war jetzt rings um sie wie ausgestorben.

Er küsste ihre Tränen fort, liebte sie ungestüher, sprach von ihrem Körper, dessen Geheimnisse er ahnte, machte sich bald klein wie ein Kind, bald gross wie ein Eroberer, begehrte sie, zuerst errötend und zögernd, dann immer heftiger. Sie wurde ruhiger, stolzer, wuchs gleichsam unter seinen Wünschen. Endlich gab sie sich mit einem kleinen starren Lächeln. . . .

Er lag an ihrem Herzen, an ihrem sanften Busen. Verwirrte und bedeutungslose Worte murmelte er. Das selbe Zittern durchbebt sie. Aber etwas in seinem Innersten blieb weiss und kalt. Er sah sich selbst in ihrem Blick, der ihm strahlend und verschleiert, tief und leer entgegenglänzte. Nur sich selbst sah er mit verzerrten Zügen und fieberheissen Wangen. Er fühlte, dass sie mit geschwellten Segeln auf dem Meer ihrer Liebe trieb. Aber er selbst lag im Hafen und ahnte nur die Wellen, wenn es im Takelwerk stöhnte. Noch in der heissesten Betäubung des Rausches fragte und antwortete es in ihm mit unheimlicher Klarheit, so wie zwei gegen einander gestellte Spiegel eine unendliche Perspektive geben. Er sah tief in sich selbst hinein und schauderte. Liebst du sie? murmelte es. Nein, nein, ich liebe eine andere, eine stolzere, härtere. Fühlst du eine grosse Freude? Nein, ich fürchte mich wie vor einem Verbrechen. Er erzitterte, wenn er daran dachte, wie unmöglich es war ihr etwas von all dem zu sagen. Und er hasste sich selbst, bis eine barmherzige Betäubung seine Gedanken in laue und neblige Nacht hüllte.

## II

**E**S war um die Nachmittagsstunde, und sie sassen vor einem Café der grossen Boulevards. Die erste Maidämmerung leuchtete mit einem Schimmer von Kupferstaub und Perlmutter durch die Platanen. Verner hatte schon lange nicht arbeiten können. Das beständige Fieber des Blutes, aus dem die Inspirationen plötzlich aufschossen, hatte sich zu einer lauen Stille abgekühlt. Er war nicht unglücklich, aber auch nicht glücklich. Manchmal steckte eine Unruhe den Kopf hervor. Konnte das so fortgehen? Was sollte aus ihm werden? . . . Er fühlte, dass es nicht der selbe Traum war, der aus seinen und Ingrid's Worten sprach. Aber er wusste auch, dass die Einsamkeit unerträglich sein würde.

Der Boulevard strömte vorbei. Ingrid starrte in das Gewühl. Verner sah einen Augenblick unbemerkt in ihre Züge. Er hatte sie immer kindlich schön gefunden, allzu wenig Weib unter all den üppigen und dunklen Frauen rings umher. Jetzt lag etwas Neues in ihrem Gesicht. Ihre Lippen schimmerten blass in dem Schatten des Strohhuts mit den grossen buschigen Bandrossetten. Sie formten sich zu Worten, die nicht für ihn waren. Ein schmerz erfülltes Lächeln schloss sich wieder ängstlich um ein Geheimnis. Um ihre Augen war der Widerschein eines Traumes, dessen Ziel er nicht kannte. Gab es etwas in ihr, wovon er nichts wusste, etwas, das er im Begriff war zu verlieren? Er fühlte einen schmerzhaften Stich. Aber dieser Schmerz wurde plötzlich süß. Vielleicht liebe ich sie, flüsterte es in ihm. Der Strassenlärm schwoll zu einer Hymne an. Er griff nach ihrer Hand. Er sprach zu ihr wie zu dem Weibe, das man berauschen und gewinnen will.

»Du sahst in das Gewühl, du lächeltest, du dachtest nicht an mich. Woran dachtest du?«

»Ich sass da und blickte vor mich hin, ohne etwas zu sehen.«

»Das darf eine Malerin nicht. Weisst du, was ich einmal dachte, als wir so sassen, am Ufer des Flusses? Ja, dass wir zwei Tropfen waren, zwei arme, spiegelnde kleine Tropfen, die die Wellen heraufgeschleudert. Und bald würden wir zu einem schweren Tropfen zusammenniessen und fallen und fortgleiten mit tausend anderen. Aber heute ist es nicht so. Heute schenkt mir der Boulevard tausend Leben, böse und gute, bittere und süsse. Welche wunderliche, teuflisch bunte Welt ist das doch, die vorbeiströmt. Hier begegnen sich der Mord und die Barmherzigkeit. Hier grüsst die Wahrheit die Lüge. Die Dirne und die Jungfrau lächeln dem selben Glanz über den Bäumen zu. Sieh nur die tropische Flora der Damenhüte, sieh Chauffeurs, Kuppler, Apachen, die Wilden der Strasse mit ihren geschärften Sinnen. Es ist ein Chaos des Chaos, ein Traum von Träumen. Tausend verzerrte Weltbilder gleiten durch einander. Hier stürzt die wahnsinnige Hoffnung dahin, hier schleppt sich die müde Verzweiflung. Die Gedanken des Gierigen kriechen den Rinnstein entlang, der Lasterhafte schleppt sein Laster mit sich. Siehst du den Alten dort auf der Bank? Er kaut in einem fort mit seinen zahnlosen Kiefern. Er ist sicherlich einmal ein arger Prasser gewesen. Und siehst du die alte Hexe vor dem Blumenwagen? Der Tod kriecht wie ein Wurm aus jeder Runzel. Die Bosheit liegt wie Schlangen um ihre Augen zusammengerollt. Welches Paradoxon, dieses Antlitz über den grossen tauigen, roten Rosen! Welcher Sündenfall hat sie, den Menschen, so tief sinken lassen?«

Ingrid wandte sich mit einem Schauer ab.

»Ich finde, du siehst das Hässliche zu sehr.«

In seinen Ton kam gereizter Übermut.

»Wir sind reich genug, um auch das Hässliche zu lieben. Es wird in uns rein. Als ich sehr jung war, liebte ich nur die Natur. Diese Liebe war voll Schmerz. Ich floh die Menschen. Ich wollte ihre Gesichter nicht sehen. Vielleicht war das nur Schwäche, die Unfähigkeit die Grösse dessen zu sehen, das uns gleich und nahe ist. Das ist jetzt lange her. . . .« Er wandte sich ab. Die Stimme wurde unsicherer. »Dann kam eine Zeit, wo all diese Schönheit nur der Hintergrund für das Profil einer Frau wurde. . . . Es ist nicht so lange her. . . . Jetzt, jetzt sehe ich nur die Werke der Menschen und die Gesichter der Menschen. Die Natur ist sich ewig gleich und gleichgültig. Es geschieht nichts in der Natur. Aber in den grossen Seelen brausen alle Winde und brennen alle Gewalten.«

Sie sassen einen Augenblick stumm. Er hielt ihre Hand in der seinen, doch er sah hinaus in das Gewühl, nicht auf sie. Da ging auf ihrem Trottoir ein junger, etwas gebeugter Mann vorüber. Seine Blässe und sein zerstreutes Wesen deuteten auf den Gelehrten, ebenso das nervöse Zucken der Augenlider und die schmalen, blaugeäderten Hände. Verner blickte ihm nach.

»Hast du diesen Mann gesehen? Er ist Astronom. Ich kenne ihn, habe einmal sein Porträt gemalt. Mit ihm glitten alle weissen Sterne des Himmels vorbei. Sie flammen auf und sterben unter seinen Augenlidern. Seine Blicke sind müde von unendlichen Entfernungen. Er ist kein unbedeutender Mensch wie so viele andere Gelehrte. Die Leier hängt auch an seinem Himmel. Er hat die Axt an seine eigene Wurzel gelegt, um zur Flamme zu werden und sich mit dem Weltenraum zu vereinigen. Die Ewigkeit hat sein Herz verbrannt, und es ist leicht wie Asche, leicht, leicht. So ist auch meines. . . . Muss es

sein. . . . Für den Befreiten gibt es keinen Tod. Alles ist Leben. Selig sind unsere Augen, dass sie schauen!«

Ingrid lächelte wieder ihr kleines, schmerzvolles Lächeln.

»Ja, ja. Alles ist Leben.«

Der Augenblick war bis zum Rande voll und floss über. Berauscht streckte er die Arme aus und küsste sie. Es war eine betäubende Sekunde von Glück, mitten in dem Gedränge und der Verwirrung der Strasse. Ihre Blicke feuchteten sich in gerührter Dankbarkeit, aber gleich war wieder etwas anderes darin, Unruhe, Erwartung.

»Wie konntest du . . . hier? Lass uns gehen.«

Er erhob sich lachend und eilte dem Astronomen nach.

Das Nachtrestaurant in Montmartre begann sich zu füllen. Die Zigeunerkapelle spielte den modernen Bauchtanz. Paare strömten durch die Drehtür herein, phantastische Damen mit kalten Gesichtsmasken, halbnackt unter den weissen, spitzengeschmückten Abendmänteln, schmale dunkle Herren von soignierter Müdigkeit und bequemer Gleichgültigkeit.

Verner und Ingrid hatten den ganzen Schwarm von Bekannten nach dem Diner getroffen. Vising hatte kürzlich erfahren, dass zwei Verwandte auf der Heimreise waren, und es war nun sein letzter Tag in Paris. Er übernahm die Führung. Man sollte den Berg hinauf bummeln. Der Astronom war auch mit. Jetzt war der kritische Zwölfschlag vorüber, und die Nacht galt schon für verloren. Es entstand eine augenblickliche Pause im Gespräch, und man fühlte das Bedürfnis die Eindrücke des Abends zusammenzufassen und sie in Gedanken umzusetzen. Vising starrte seine langen, schmalen Hände an, die er auf die Sessellehne gelegt hatte. Es war, als sähe er die Wege des Schicksals in den verschwimmenden Linien. Strandell hatte den Türneger entdeckt, einen blatternarbigten Riesen mit grossen Augäpfeln und unheimlichen Kinnbacken. Er rief entzückt:

»Seht euch doch den Gorilla in dem roten Frack an. Sein Papa hat ganz gewiss Menschenfleisch gefressen.«

Niemand hörte zu. Da wandte er sich von der Gesellschaft ab und liess das Kinn in die Hand sinken. Seine Blicke sogen sich an einem giftgrünen Seidenrock auf der Estrade fest, und in gleichmässigen Zwischenpausen machte sich sein Entzücken in einem stillen Fluch Luft: »So eine verdammte Farbe, so eine verdammte Farbe.«

Verner sass in sich selbst versunken da und dachte an die neue Arbeit, die morgen begonnen werden sollte. Er liebte sie schon im vorhinein, er fühlte mit einem Schauer, wie sie in ihm wuchs, Leben aus seinem Leben sog. Bald konnte sie da sein, im Licht, gross und zu allen sprechend. Morgen, morgen, jauchzte es in ihm. Aber diese Nacht musste er Leben und Farbe um sich haben und stumm mitten im Lärm sitzen und fühlen, wie es in ihm wuchs.

Der Astronom brach das Schweigen zuerst. Er rollte sein Glas zwischen den Fingern und lächelte Strandell zu:

»Ein halbes Jahr habe ich in dem kleinen Observatorium ganz oben auf dem Pic du Midi in den Pyrenäen gesessen. Es liegt zur Hälfte in einem ewigen, riesigen Schneehaufen begraben. Einmal im Monat kommt die Post. Zuweilen schwebt der Glockenklang von den Ziegenherden der Berge durch die Stille hinauf, ein seltsam lockender Silberton von den grünen Fluren des

Lebens. Ein leerer Raum weitet sich in der Brust, in dem der Ton noch lange widerhallt, nachdem er verstummt ist. Das ist des Abends. . . . Aber die Morgen. Ich erinnere mich an den letzten. . . . Nach einer Nacht der Arbeit ging ich in den Schnee hinaus. . . . Unter mir lag die Baumwelt schwarz und weiss in schwerer, erstarrter Unruhe. Die Sonne war noch bleich. Ich genoss den Rausch der dünnen Luft, die Einsamkeit schien ohne Grenzen. Etwas Ähnliches fühle ich auch hier, könnt ihr das verstehen? Die Luft ist dünn und eisig um diese Menschen. Es ist eine Welt der erstarrten Unruhe . . . fern vom Leben.«

Verner horchte auf.

»Wahr, sehr wahr! Ich erinnere mich an ein Bild Segantinis, die *Hölle der Wollüstigen*, Frauen, die in schwerer Betäubung in den Schnee einer öden Alpenwelt hingesunken sind. Die Luft um sie ist dünn und eisig. Und dennoch liebe ich ihre Welt. Liebe sie vielleicht mehr als alles andere. . . . Seht euch Strandells Dame dort drüben an. Sie lächelt nicht, sie fletscht die Zähne. Ihr Gesicht ist seit Jahren erstarrt. Doch die Finger sind von einer ganzen Vegetation von funkelnden Steinen überwuchert, der weiche Bogen der Hutfeder ist eine Wollust für das Auge, das Kleid schillert wie die schleimigen Algen des Meeresgrundes. Ja, die Menschen sind tot, aber ihr Leichentuch lebt. Die Seele hat sich in die Schale verzogen und ist zu Linien und Farben geworden.«

Ingrid hatte die ganze Zeit stumm in die Sofaecke geschmiegt dagesessen; in ihrem blauen Kleid war sie wie ein Waldveilchen in einem Beet von üppigen, sterilen Prachtblumen. Viele kalte, forschende Blicke trafen ihre halbgesenkten Augenlider. Jetzt sah sie auf, flehend. Die Stimme zitterte:

»Ich begreife nicht, wie ihr euch freuen könnt, ich fühle nur Mitleid. Es sind ja Menschen, Menschen!«

Verner sah nicht, wie blass sie war:

»Liebes Kind, dich hat die Kunst nicht bis ins Mark angefressen. Leicht muss das Herz sein, leicht wie Asche.«

Sie antwortete nicht.

Der Zigarettenrauch strömte immer dichter zu der verdunkelten Vergoldung der Decke hinauf. Das Orchester kämpfte hitzig gegen den steigenden Lärm an. Eine Frau sprang mitten in den Saal, wo Platz freigemacht war. Die Pailletten des schwarzen Kleides funkelten kalt wie Wintersterne. Ihr Tanz war unschön und seltsam. Die Augen starrten, die Glieder bewegten sich wie Reptilien, der Bauch schwoh und rollte sich wie in tierischer Übersättigung. Sie tanzte nicht die Liebe, auch nicht die Wollust. Das Böse tanzte sie.

Die Musik verstummte. Man sass atemlos gespannt da, rasche heimliche Lächeln begegneten sich, schlüpfrige Blicke glitten an einander vorbei. Eine Unruhe ging durch den Saal. Etwas begann sich zu regen, etwas Schweres, Kaltes, Weiches wie eine grosse, grüne Schlange.

Ingrid sprang plötzlich auf. Sie war leichenblass, so als hätte sie ein Gespenst gesehen. Ihre Hände tasteten nach einer Stütze:

»Um Gotteswillen, lass mich gehen. . . . Ich kann nicht mehr. . . . Ich friere. . . . Ich erstickte . . .«

Verner musste ihr in den Mantel helfen. Sie fast hinaustragen. Sie sassen lange schweigend in dem Wagen, der der Stadt zurollte. Die Strasse war öde

und leer. Aus einem Gässchen hörte man Revolverschüsse und Frauenschreie. Die Droschke rollte weiter. Da klammerte sie sich an ihn, in einer rasenden, verzweifelten Zärtlichkeit. Er durfte ihr nicht böse sein. Sie hatte das Gefühl gehabt, als wäre sie eingeschlafen und im Grabe aufgewacht. Sie konnte nicht alles so sehen wie er. Sie liebte andere, einfachere Dinge: Blumen, Kinder. Verner suchte sie zu beruhigen, aber zerstreut, so wie man ein Kind zur Ruhe wiegt. Seine Gedanken waren noch dort oben in dem kalten Licht, bei den Gästen des Festes der Verlorenen. Und dann das Werk, das nur in dieser Luft wachsen wollte. Er konnte es ihr nicht verzeihen ihn so unvermittelt aus dem Traum gerissen zu haben. Es war, als hätte man eine Mutter von ihrem Kind getrennt. Verner sank in seine Ecke zurück, und über ihren Kopf hinweg starrte er hinaus auf die Laternen, die vergebens über dem leeren Asphalt brannten. Ein tiefer Missmut bemächtigte sich seiner. Die Kluft zwischen ihm und der Frau, die er in seinen Armen hielt, wuchs. Sie hätte ihm ein Trost, eine Hilfe sein können. Was war sie jetzt? Ein Hindernis.

Die Droschke hielt. Sie stiegen schweigend die Treppen hinauf und schlichen sich wie zwei Verbrecher durch den endlosen schwarzen Korridor. An ihrer Tür flüsterte er ein kurzes Lebewohl und ging weiter. Die Tür glitt hinter ihn zu, sachte, sachte mit einem verstimmten Knirschen, das in der Dunkelheit wie ein leises hoffnungsloses Wimmern klang. Dann war alles wieder stumm. . . . Verner blieb einen Augenblick stehen und dachte daran zum Wein und den Freunden zurückzukehren. Aber die Lust war verschwunden, und er ging in sein Zimmer und sass lange da, ohne es zu wagen Licht anzuzünden und all die unvollendeten Bilder anzusehen, die von Wänden und Staffeleien ihre Anklagen hinausschrien.

Er fror. Die Dunkelheit sickerte mit dem Fall schwerer Tropfen in ihn hinein. Sein Missmut sog daraus Nahrung und wurde eben so gross und alles überschattend wie eben erst seine Freude gewesen. Die ganze Welt, gerade erst so teuflisch munter, litt jetzt und welkte hin. Es war zu elend. In einem Augenblick war man klar wie geläuterter Honig, war im Mittelpunkt des Lebens, hatte all seine strahlenden Sphären um das Herz. Im nächsten war man ausgestossen, verloren, irrte an der Peripherie herum, voll von der Schwermut der Verbannung. Bald würde er wohl des Narrenspiels für immer müde sein, zu grunde gerichtet von der ewig enttäuschenden Hetzjagd.

### III

**V**ERNER kam ins Atelier. Seine Schuhe waren bestaubt, so als wäre er lange gegangen, ohne vor sich hinzusehen. Er warf seinen blauen Radmantel ab und nickte Ingrid, die am Fenster sass, langsam zu. Sie war schwarz gekleidet wie damals, als sie sich ihm zuerst gegeben. Jetzt, wo das Kleid das selbe war, sah er, wie sehr sie sich verändert hatte. Das Kindliche war verschwunden. Sie war wie eine junge Witwe. Auf dem Tisch neben ihr lag ein Brief. Sie streckte die Hand danach aus, dann sass sie stumm da und schien gleichsam zu warten, dass er etwas fragte. Verner sank in einen Stuhl.

»Ich kann hier nicht arbeiten, Ingrid. Ich sehne mich heim. . . . Heute morgen, als ich in unserem gewohnten Café sass und die schwedische Zeitung aufschlug, da kam es über mich wie Gewissensqualen.«

Ingrid sah gerade vor sich hin. Ihre Blicke waren verloren, so wie wenn man in sich selbst hineinstarrt.

»Ich sehne mich auch, Verner. Aber nicht so wie du.«

Es kam etwas Angestregtes in seine Stimme:

»Ich dachte an Stockholm, an die kleine Grossstadt mit ihren klaren, hellen Abenden. Ich dachte an die Wanderungen durch den Tiergarten, an die weissen Boote, die Schären, die Vögel. Dort oben ist es noch Frühling. Nicht trocken und versengt wie hier. . . . Ich sah alles vor mir. . . . Eisfrische Wolkenwelten gleiten in das Blau. Der Hagel schlägt in die goldgrünen Ahornblüten. Dann scheint die Sonne wieder und liebkost die Wunden. . . . Aber die Nacht ist blass und klar und einsam. . . . Gott, wie ich mich nach dieser bleichen Nacht sehne und nach all ihren Erinnerungen, ihren bitteren Erinnerungen.«

Sie sass starr, gleichsam abwesend da, den Brief in der Hand:

»Ich weiss, was du sagen willst, Verner. Habe keine Angst. Es ist am besten so.«

Die Stimme wurde gegen ihren Willen hart.

»Ja. Und noch etwas anderes, Ingrid. Ich sah einen Namen in der Zeitung, einen Namen, den ich vergeblich zu vergessen versucht habe. Ich habe wohl schon von ihr gesprochen, allerdings ohne alles zu sagen. Sie ist Schauspielerin, schon berühmt . . ., eine Silberstimme, kalt und süss. Ich habe sie nur ein paarmal getroffen. Ich weiss so wenig von ihr. Aber sie hat mich doch fürs Leben gezeichnet. Um das Unbekannte verblute ich. Jetzt hat sich die Wunde wieder geöffnet, wie immer, wenn ich schwach und traurig bin. Ich stürzte hinaus und begann zu gehen, zu gehen . . . Strasse auf, Strasse ab. . . . Schleppte mein blutiges Herz durch den Schmutz, aber es wollte nicht schweigen. . . . Man kann nicht aus sich selbst heraus.«

Verner erhob sich und machte einen Schritt auf Ingrid zu, flehend, beinahe gebrochen:

»Du findest es hart von mir, dass ich all das sage, aber ich kann nichts dafür. Es ist viel grösser und grausamer als ich selbst.«

Ingrid sass so still, als wenn die Schläge ihr wohl täten. Sie öffnete ihre Lippen, um etwas zu sagen, aber er fuhr fort:

»Warum kann ich dich nicht lieber gewinnen als sie, Ingrid? Weil ich ein schlechter und unruhiger Mensch bin, weil ich ein Erstgeborener bin, und meine Mutter mich unter einem traurigen und verwirrten Herzen trug. . . . Du bist gut, und du bist mir nahe, darum darf ich dich nicht lieben. Du bist das weisse Brot und der weisse Pfühl, darum darf ich dich nicht lieben. . . . Es müssen harte tote Geschmeide sein, stolze Worte, Gefahren.«

Ingrid sass noch immer starr und tränenlos da. Ihre Worte kamen wie aus der Ferne.

»Ich war tief in einem Traum, Verner. Ich wurde unwiderstehlich zu der Liebe hingezogen, die ich um dich leuchten sah. Ich wusste nicht, dass du in einer anderen verloren warst und nur Vergessenheit suchtest. Aber auch ich bin erwacht. . . . Aus einem Traum zu einem Schmerz. . . . Es ist so bitter für eine Frau zu erwachen.«

Verner nahm ihre Hand.

»Grausam sind die Wege der Liebe. Wäre mein Herz frei gewesen, es hätte

sich für immer an dich gehängt, aber dann hättest du wohl deinen Blick auf einen anderen gerichtet.«

Ingrid schien nicht zu hören, was er sagte. Sie zerpresste den Brief in der Hand. Eine tiefe, schneidende Scham sprach aus ihrer Stimme.

»Ich war tief in einem Traum. . . . Ich bin erwacht. . . . Ahnst du, wovon in diesem Brief die Rede ist? Er ist von meinem Vater. Nein, du ahnst es nicht. . . . Ich soll ein Kindchen bekommen, Verner. Ich weiss es schon eine Zeitlang. Als ich zuerst ahnte, wie es stand und dir alles sagen wollte, da wagte ich es nicht, ich wagte es nicht. Ich bekam solche Angst bei dem Gedanken, dass du eine bittere Miene zeigen könntest. Damals erwachte ich plötzlich, ich sah das Fremde an dir. Ich verstand mich selbst nicht mehr. Der Boden schwankte unter meinen Füßen. . . . Ich hätte Gift nehmen können. . . . Aber ich war feig. Ich lebte weiter mit dir. Stumm in dem Rausch der Verzweiflung und der Liebe. Vielleicht ist das ein Verbrechen gegen . . . gegen das Kind gewesen. Ich weiss nicht. . . . Ich bin ja so grenzenlos einsam. Ich habe niemanden, mit dem ich sprechen könnte. . . . Eine einzige glückliche Sekunde habe ich seither gehabt. Das war, als du mich draussen auf dem Boulevard küsstest. Da war ich nahe daran dir alles anzuvertrauen. Aber ich wagte es doch nicht. Um alles, was du sagtest, glitzerte es so kalt. Deine Freude schmerzte mich. Ich kann dir nicht sagen, wie ich an jenem Abend litt, dort oben, im Nachtrestaurant. Ich war krank, krank wie von verfaultem Blumenduft. Die Mutter in mir wand sich bei diesem Fest der Lust. Eure Worten peitschten mich wie mit Ruten. Ich fühlte mich nackt, ich empfand es als eine Schmach ein Weib zu sein. . . . Ich wäre am liebsten gestorben, weil du mich so gar nicht verstehen konntest. . . . Nachts . . . nachdem wir uns in der Dunkelheit getrennt hatten, schrieb ich einen Brief nach Haus an Vater. . . . Er ist sehr alt. . . . Ich hatte solche Angst ihn zu töten. . . . Hier antwortet er . . . traurig . . . still . . . er verspricht alles für mich zu ordnen . . .«

Verner stand wie gelähmt. Die Frau vor ihm wuchs und wurde eine andere. Er kam sich vor wie ein gedankenloser Wanderer, der die Gottheit eines fremden Landes verunglimpft hat. Er verachtete sich selbst, dass er so grenzenlos blind gewesen. Die Ehrfurcht vor der Mutter, die jeder Mann im tiefsten Herzen trägt, erwachte und wollte die Brust sprengen. . . . Er sollte ein Kind haben, ein Kind. Die Ahnung der Verantwortung wuchs plötzlich wie ein Wolkenschatten über dünnen Feldern. Ein einfacheres Licht fiel über die Dinge. Vieles, was ihn früher versengt hatte, verblasste zu einem dünnen weissen Tagesmond.

Er sagte nichts, er sank nur zusammen und küsste ihre Hände, die wie zwei verwundete weisse Vögel in ihrem Schosse ruhten. . . . Es herrschte eines jener langen Stillschweigen, in denen unsere Schicksale reifen. . . . Dann kam es langsam in dem Schmerz und der Lust der Selbstüberwindung, zitternd:

»Ingrid, ich sprach von einer andern. Ich glaubte wirklich sie zu lieben. . . . Jetzt fühle ich, dass es bloss meine eigene Unruhe und Schwäche war, die ich vergötterte. Nie habe ich ernstlich getrachtet sie zu gewinnen, die andere. Da liebe ich sie doch nicht. . . . Du mußt mir verzeihen. . . . Ich ahnte nicht, dass du ein so stolzes, seltsames kleines Mädchen bist.«

Ingrid entzog sich ihm sanft:

»Verzeihen, verzeihen. Nur sich selbst verzeiht man nicht. . . . Aber, Verner, du sagtest, dass deine Mutter dich in Schmerz und Unruhe getragen hat, und dass sich das an dir rächte. Dann ist unser Kind vielleicht schon verurteilt. Hast du die Wahrheit gesprochen?«

»Was weiss ich von mir und meiner Mutter? Sie starb früh, wie deine. Es fiel mir nur ein, dass es so sein könnte.«

Sie schüttelte den Kopf wie über ein gedankenloses Kind.

»Das sind nur Worte.«

Verner glaubte zu hören, dass es nicht mehr Liebe war, die in ihrer Stimme klagte. Wieder fühlte er einen Stich, tiefer denn je. Aber der Schmerz war doch gross und süss. Du liebst sie, flüsterte es in ihm, aber sie ist fern. Du hast einen schweren Weg zu gehen, aber du wirst sie wiederfinden. Eine Klarheit fiel auf alles, was zwischen ihnen gewesen. Er fühlte, dass die Wahrheit allein hier helfen konnte:

»Ingrid, in unserer ersten Zeit liebte ich dich nicht. Aber jetzt, wo du so weit fort bist, jetzt bin ich bei dir. Das Ferne ist mir am nächsten, so ist meine Unruhe. Ich muss von dem fort, dem ich nahe kommen will. Es ist nur Herbst und Frühling in mir, kein Sommer. Du bist nur Sommer. Bald wird wieder Sonne sein. Ich träumte von Frostblüten auf der Junilinde. Ich war ein Narr. . . Ach, ihr Frauen, ihr Mütter, ihr seid viel grösser und viel kleiner als wir Männer. Es ist keine Ironie in eurem Wesen. Es ist so einförmig reich wie die Meere und das Grün der grossen Wälder.«

Ingrid sank müde zurück:

»Du bist so schnell und klar. In einer Sekunde durchfährst du Ewigkeiten. Du jagst von Freude zu Schmerz, von Hass zu Liebe. Aber ich sitze hier an die Erde gekettet mit meiner schweren Erwartung. Und ich wage es nicht auf dich zu hoffen. . . .«

Es begann dämmerig zu werden. Die Farben der Bilder erloschen. Ingrids Hals und Hände leuchteten allein blass aus dem schwebenden grauen Dunkel der Ecke. Er suchte ihre Hand. Sie wehrte sich nicht länger. Und so glitten sie wieder zusammen, tief hinein in die ungewisse Dämmerung, der Mann mit dem von Eis und Feuer angefressenen Herzen, das Weib, gebeugt von der Qual der ersten Enttäuschung. Ihre Lippen fanden sich, nicht ihr Blicke. Unter geschlossenen Augenlidern sahen sie zwei getrennte Welten. Sie wusste nun, dass es so sein musste und klagte nicht mehr.

Aber in ihrem Innersten verborgen wuchs schon das neue Leben. . . . Aus Hingebung und Kampf, aus Schmerz und Wollust und Reue wuchs es zu der Unruhe und Einsamkeit neuer Lenze heran.

XX

## RUNDSCHAU

### ÖFFENTLICHES LEBEN

#### Politik / Max Maurenbrecher

**Schweden: Generalstreik** Die Augen der Arbeiterbewegung der gesamten Kulturwelt waren im letzten Monat auf Schweden gerichtet, wo ein

bis dahin beispielloser Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entbrannt war (siehe die Rubrik *Gewerkschaftsbewegung*, pag. 1163). Aus kleineren Lohnbewegungen in der Herrenkonfektion und in der Zellulosefabrikation hatte sich der Gene-

ralstreik aller Branchen entwickelt. Die Unternehmer wollten die Krise benutzen, um zu Lohnherabsetzungen überzugehen, die Arbeiter wollten verhindern, dass allein sie selbst das Risiko der schlechten Geschäftszeit zu tragen hätten. Einmütig sind alle Berichterstatte darin, dass der wochenlange Kampf in musterhafter Ordnung vor sich gegangen ist. Man hat in Schweden im ganzen rund 392 000 Industriearbeiter gezählt. Nach amtlicher Zählung haben sich von diesen am Streik beteiligt: am 9. August 285 762, am 18. August 278 837, am 27. August 255 868. Diese Zählungen sind sicher nicht ganz zuverlässig. Die erste stimmt mit den Angaben der Streikleitung vollständig überein; in der zweiten ist die Angabe der Streikleitung um mehr als 5000 höher, bei der dritten fehlt die entsprechende Angabe der Streikleitung. Aber Zeitungsstimmen haben darauf hingewiesen, dass diese Zahlen nur durch die unteren Polizeiorgane erhalten worden seien; und dass diese nicht sehr massgebend für soziale Statistik sind, weiss jedermann. An den Sammlungen zur Unterstützung der Streikenden haben sich die Arbeiter aller Länder beteiligt, voran die deutschen. Charakteristisch ist, dass man in Italien und Frankreich erst Sammlungen einleiten musste, um für die Zukunft Unterstützungen versprechen zu können. Die bessere Fundierung der deutschen und österreichischen Gewerkschaften zeigte sich auch darin, dass sie sofort in der Lage waren namhafte Summen abzuführen. Wie weit die schwedischen Gewerkschaften selbst in der Lage waren einen solchen Kampf aus eigenen Mitteln zu beginnen und zu führen, darüber liegt meines Wissens noch keine Abrechnung vor. Das wichtigste Faktum aus der Geschichte des Streiks ist das, dass die Eisenbahner in Urabstimmung beschlossen haben sich nicht am Streik zu beteiligen, und dass durch diesen Beschluss die Standhaftigkeit der anderen gleichwohl nicht wesentlich erschüttert worden ist.

×  
**Spanien**

× Während der schwedische Generalstreik durch die Ruhe und Disziplin der Streikenden zu einem Ruhmestitel für die Arbeiterbewegung geworden ist, ist der vom den spanischen Sozialisten proklamierte Generalstreik in Barcelona zu einer von allen Beteiligten nicht vorausgesehenen und nicht gewollten Katastrophe ausgeartet. Es war ursprünglich nur der

Generalstreik eines Tages geplant, mit dem die Arbeiterschaft dieser zweitgrössten spanischen Stadt gegen die Einziehung der Reservisten zum marokkanischen Krieg protestieren wollte. Aber die Streikenden begannen sofort den Versuch zu machen durch Demolierung der Strecke die Abfahrt des mit den Reservisten besetzten Eisenbahnzuges zu verhindern und die noch spärlich verkehrenden Strassenbahnwagen zu zerstören. Von da aus schlug, wie das bei den spanischen Zuständen verständlich ist, die Empörung sofort in eine Aktion gegen die Kirchen und Klöster um, von denen mehrere zerstört wurden. Freilich ist es nicht wahr, was übereifrige Berichterstatte sofort zu erzählen wussten, dass auch Mordtaten und Vergewaltigungen an Priestern, Mönchen und Nonnen begangen worden seien. Die Regierung war mehrere Tage nicht in der Lage der Bewahrung Herr zu werden. Sobald sie aber die nötige Menge Artillerie zur Stelle hatte, bewährte sich auch hier, was sich seit dem Mai 1795 bei jedem ähnlichen Strassenkampf immer wieder gezeigt hat: Solange eine Regierung ihrer Artillerie sicher ist, kann keine Volkshebung im Strassenkampf auf die Dauer bestehen. Man kann den Satz auch andersherum so ausdrücken: Sobald die Revolutionäre die Armee für sich gewonnen haben, ist ein Strassenkampf in den meisten Fällen überhaupt nicht mehr nötig. Die spanische Regierung hat diese Erhebung der wütenden Volksmasse mit einem Schreckensgericht nach berühmten Mustern beantwortet. Aber sie hat das Heft wenigstens bis jetzt in der Hand behalten. Vom Standpunkt des Erfolges aus beurteilt erweist sich die Revolution von Barcelona als ein zwar todesnutziges, aber doch völlig nutzloses Unternehmen. Die Arbeiterbewegung in Katalonien wird auf Jahre hinaus den Rückschlag dieses sinn- und führerlosen Aufstands zu spüren haben.

×  
**Marokko**

× Anlass zu der Revolution in Barcelona hatten die Kämpfe gegeben, die die Spanier seit einigen Wochen an der Rifküste von Marokko zu bestehen hatten. Auch hier hat sich gezeigt, dass die spanische Armee trotz aller ungünstigen Berichte, die über sie in Umlauf gesetzt wurden, fähig war dem Ansturm der Kabylen zu widerstehen. Eine Woche war die spanische Besetzung von Melilla tatsächlich nahe daran von dem Ansturm

einer mindestens um das 15fache überlegenen Streitmacht der Kabylen erdrückt zu werden. Aber es ist dem General Marina gelungen diese wichtigste Festung der Spanier an der marokkanischen Küste so lange zu halten, bis die von ihm erbetteten Verstärkungen zur Stelle waren. Als diese eintrafen, haben die Kabylen von selbst den weiteren Angriff auf Melilla unterlassen, und die Spanier sind an mehreren Stellen zu Strafexpeditionen in das Rifgebiet übergegangen, wo ihnen einige Kabylenstämme als Hilfstruppen zur Seite standen. Welche dauernde Folge diese Kämpfe haben werden, ist noch nicht zu sehen. Möglich, dass es den Spaniern gelingen wird sich auf die Dauer im Rifgebiet festzusetzen; möglich, dass, wie sachverständige Beurteiler meinen, ihre militärische Kraft angesichts der leidenschaftlich empörten Stimmung der grossen Masse ihrer eigenen Bevölkerung zu Hause zu einem solchen Kolonialkrieg nicht ausreicht. Sicher ist nur, dass die ganze Affäre zu einem lebhaften Zeitungskrieg zwischen Spanien und Frankreich geführt hat. Namentlich die *Agence Havas*, das offiziöse französische Depeschensbureau, konnte sich in Schwindelnachrichten über die Revolution von Barcelona nicht genug tun: Nachdem bereits am 30. Juli die Artillerie der Regierung ihre Arbeit getan hatte, verkündete sie noch am 4. August, dass Barcelona in der Hand der Aufständischen sei, und dass sich ein Revolutionskomitee hier konstituiert habe. Ob aber die Fehde der hauptstädtischen Zeitungen auf eine Verstimmung auch in den Beziehungen der Regierungen hindeutet, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Andererseits drohen neue Konflikte zwischen dem Sultan von Marokko und den Spaniern. Dadurch, dass es Muley Hafid gelungen ist durch seine Truppen den Roghi gefangen nehmen zu lassen, der bisher im Rifgebiet der unumschränkte Herrscher war, ist seine Macht auch in dieser Gegend seines ausgedehnten Reichs bedeutend gewachsen. Und er hat der spanischen Regierung mitteilen lassen, er selbst werde für die Ruhe im Rif Sorge tragen; die spanischen Strafexpeditionen seien also nicht nötig. Hier wird wahrscheinlich die nächste internationale Verwicklung in Marokko ihren Ausgang nehmen.

× **Kreta** ×  
Die Wiedererstarkung des muhamedanischen Regiments macht nicht nur in Marokko der europäischen Politik ernste

Schwierigkeiten. Ungleich viel schärfer sind diese Schwierigkeiten im letzten Monat in der Türkei hervorgetreten. Die Frage der künftigen Verfassung von Kreta hat wieder einmal beinahe zum Ausbruch eines Krieges geführt. Nach dem griechisch-türkischen Kriege im Jahre 1897 haben die 4 Staaten Italien, Frankreich, England und Russland sich als Schutzmächte über Kreta etabliert. Unter ihrem Protektorat war eine autonome Regierung eingesetzt worden, die offenbar eine Überleitung zum vollständigen Anschluss der Insel an Griechenland bedeuten sollte; aber die formelle Oberhoheit der Türkei war aufrecht erhalten worden. Durch Truppen und Schiffe, die sie in Kreta stationierten, hatten die Schutzmächte für Ordnung und Ruhe auf der Insel gesorgt. Nun haben sie, früheren Versprechungen folgend, am 26. Juli ihre Truppen von Kreta zurückgezogen; und die kretische Bevölkerung hat sofort in den beiden Städten des Landes die griechische Flagge gehisst. Die Türkei nahm das zum Anlass zur Offensive gegen Griechenland vorzugehen. In mehreren Noten stellte sie immer schärfere Anforderungen, die schliesslich an das Vorgehen Napoleons III. gegen den König von Preussen im Juli 1870 erinnerten: Die griechische Regierung sollte erklären, dass sie auch für alle Zukunft die Unabhängigkeitsbewegung der griechischen Kreter gegen die Türkei nicht unterstützen würde, eine Zusicherung, die natürlich keine Regierung ehrlicherweise hätte geben können. Durch Intervention der Schutzmächte ist der Krieg vorläufig vermieden worden. Die türkische Regierung hat sich mit einigen entgegenkommenden Erklärungen der griechischen Regierung begnügt, hat aber sofort bei den Schutzmächten den Antrag gestellt, die Frage der staatlichen Zukunft Kretas müsse jetzt endgültig erledigt werden. Diese Frage ist einer der vielen Streitpunkte, die seit Jahrzehnten in der orientalischen Frage durcheinanderschwirren. Ihre definitive Lösung würde die Lösung aller anderen staatlichen Fragen des Orients zur Voraussetzung haben. So ist es möglich, dass trotz der momentanen Ruhe schon in nächster Zukunft die Kriegsgefahr sich von neuem erhebt.

× **Griechenland** ×  
Das notgedrungen zurückgetreten der griechischen Regierung gegenüber den Drohungen der Türkei hat in Griechenland

selbst eine Bewegung entfacht, von der im Augenblick noch nichts zu sagen ist, welche Konsequenzen sie haben wird. Bereits seit Mitte August sprachen die Zeitungen von der Abdankung des Königs und von dem Rücktritt der gesamten Dynastie; nachdem auch der Flügeladjutant des Königs selbst diese Gerüchte bestätigt hatte, konnte an ihrer Authentizität kein Zweifel mehr sein. Zwar wird von mehreren Stellen der Versuch gemacht die Rücktrittsgedanken des Königs auf seine Erbitterung gegen die Schutzmächte zurückzuführen, von denen er sich verraten fühle; aber von anderer Seite wird die Lesart verbreitet, das ganze Rücktrittsgerede sei ein abgekartetes Spiel, um die verwandten Fürstenhäuser den griechischen Forderungen günstig zu stimmen. Sicher ist bis jetzt nur, dass der Ministerpräsident Rhallis, der erst wenige Wochen zuvor sein Amt angetreten hatte, aus dem Amt hat scheiden müssen, weil eine Demonstration von Offizieren und Soldaten sich gegen ihn kehrte, und er nicht die Kraft hatte seine Autorität ihr gegenüber zur Geltung zu bringen. Sein Nachfolger Michalis hat die Demonstranten äusserlich wieder zum Einlenken gebracht, musste aber eine volle Amnestie erlassen und in der Frage der Armeeeorganisation weitgehende Zusicherungen geben. Auch hier ist für den Fernerstehenden nicht zu übersehen, ob die Gärung in der Armee damit wirklich auf die Dauer beschwichtigt ist.

× Zarenreise ×  
Abgesehen von Marokko und Kreta ist die internationale Politik im wesentlichen durch die Reise des Zaren bewegt worden, die er vom 25. Juli bis zum 10. August gemacht hat, und bei der er den deutschen Kaiser, den französischen Präsidenten und den König von England besuchte. Über den Inhalt der politischen Besprechungen, die bei diesem Besuch stattfanden, ist nicht viel bekannt geworden. Sicher ist, dass die französische und russische Regierung sich über militärische Fragen verständigt haben; und wahrscheinlich ist, dass mit der englischen Regierung die Frage der Öffnung der Dardanellen für russische Kriegsschiffe verhandelt wurde, wenn auch die Petersburger Telegraphenagentur das letztere leugnet. Bezeichnend für die internationale Stimmung ist aber, dass der englische König trotz seiner Reise nach Marienbad den österreichischen

Kaiser in Ischl nicht aufgesucht hat. Die Times haben diese Unterlassung noch dadurch besonders unterstrichen, dass sie an dem Tage des Eintreffens des Königs in Marienbad einen langen Artikel brachten, der gegen die österreichische Balkanpolitik gerichtet war und in persönlich verletzender Form gegen den österreichischen Minister des Auswärtigen vorging.

× Kurze Chronik ×  
In Ergänzung des in der letzten Rundschau Gesagten (siehe pag. 984) muss noch nachgetragen werden, dass bei der Wahl in Neustadt-Landau der sozialdemokratische Kandidat mit 12719 Stimmen über den Liberalen mit 11765 Stimmen gesiegt hat. Es folgt daraus, dass sowohl das Zentrum wie der Bund der Landwirte massenhaft Stimmen an unseren Kandidaten abgegeben haben; vielleicht aber ist es auch der rührigen Agitation unserer Genossen noch zwischen Haupt- und Stichwahl gelungen auch dem liberalen Gegner Stimmen abzunehmen. Nur so scheint sich der unerwartet starke Aufschwung unserer Stimmenzahl vollständig erklären zu lassen. × Der amerikanische Zolltarif ist am 1. August vom Repräsentantenhaus mit 195 gegen 173 Stimmen angenommen worden. Am 3. August wurde er auch vom Senat beschlossen und noch am selben Tage vom Präsidenten unterzeichnet. Am folgenden Tage wurde das preussisch-amerikanische Handelsabkommen von 1829 gekündigt, mit Wirkung vom 7. Februar 1910. Damit ist die Frage der Neuregelung der deutsch-amerikanischen Zollverhältnisse akut geworden. × Seit dem 29. April dauern die Debatten über das neue englische Budget, das zum erstenmal in grossem Massstab die Steigerung des Bodenwertes für die Staatskasse fruchtbar machen will. Die Landlords in der konservativen Partei versuchten die Obstruktion; die Regierung wurde zu starken Konzessionen gezwungen; bis Anfang August war kaum ein Siebentel des Etats erledigt. Trotzdem hofft die Regierung bis Oktober das Budget durch das Unterhaus durchgebracht zu haben; und dann kommt die Frage zur Entscheidung, ob die Lords das Oberhaus benutzen werden, um die Obstruktion fortzusetzen. Es könnte das zu einer Krisis im englischen Parteiwesen von weittragenden Folgen führen. × Am 19. August wurde die Reichsverteidigungskonferenz in London geschlossen. Ihre

Ergebnisse sind zwar noch nicht amtlich veröffentlicht worden. Es scheint aber sicher zu sein, dass die Einführung eines Reichsgeneralstabes für die Landarmee beschlossen wurde und eine Beteiligung der Kolonien an den Kosten der Flotte, wobei freilich späteren Beratungen vorbehalten bleiben musste, nach welchem Massstab diese Beteiligung berechnet werden sollte. Die Generale Kitchener und Frösch bereisen die Kolonien zur Vorbereitung einer einheitlichen Organisation und Ausbildung der Landtruppen. × Ebenfalls am 19. August genehmigte das englische Parlament die Verfassung der neuen *südafrikanischen Union*, und damit ist die Bildung dieses jüngsten Staatengebildes perfekt geworden. × Am 24. August beschloss der türkische Ministerrat die Erlaubnis für den Weiterbau der Bagdadbahn definitiv zu erteilen.

#### × Literatur

Über die Geschichte der türkischen Regierung und Politik in den letzten 33 Jahren ist vor kurzem ein sehr eigentümliches, aber höchst interessantes Buch erschienen: *Der erlöschende Halbmond* von Alexander Ular und Enrico Insabato /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/. Die Verfasser haben offenbar sehr viel diplomatisches Material benutzt, das der Öffentlichkeit noch unzugänglich ist. Sie stehen nicht aufseiten der Jungtürken, aber erst recht nicht auf der der Reaktionäre, sondern wohl mehr auf der der Autonomisten. Sie verabscheuen jede europäische Einmischung in die Regelung der Zukunft des türkischen Reiches; und es ist ein Hauptwert ihres Buches, dass sie durch urkundliche Belege das heimtückische und unehrliche Gebaren sowohl der russischen wie der englischen Diplomatie in Konstantinopel enthüllen. Aber so dankbar man auch für solche Enthüllungen sein kann, so wird man doch den Eindruck nicht los, dass auch diese Verfasser im Dienst einer bestimmten, freilich schwer definierbaren Interessentengruppe schreiben. Das Material, das sie verwenden, ist ihnen natürlich nur zu dem Zweck mitgeteilt worden, um damit publizistisch Stimmung zu machen. Von diesem Gefühl aus weiss man nicht recht, wie weit man unparteiische Beobachter oder sehr geschickte Tendenzschriftsteller vor sich hat. So ist unter allen Umständen Vorsicht bei der Lektüre des Buches geboten. Trotzdem ist um seines

reichen Materials und um der drastischen Einzelschilderungen willen, die man von einzelnen Momenten der türkischen Geschichte erhält, seine Lektüre ein wahrer Genuss. Der Fernerstehende, dem die Möglichkeit eigener Information über türkische Zustände nicht geboten ist, wird das Buch unter allen Umständen nur mit reichem Gewinn lesen können. × Der Generalleutnant z. D. Georg von Alten hat in Verbindung mit einer grossen Anzahl deutscher und ausländischer Offiziere ein grosses Werk begonnen, in dem in Wörterbuchform die gesamte gegenwärtige Kriegswissenschaft sowohl nach ihrer technischen wie namentlich auch nach ihrer historisch-strategischen Seite behandelt werden soll. Von diesem *Handbuch für Heer und Flotte* /Berlin, Bong/ sind bis jetzt 7 Lieferungen erschienen, geplant sind 108. Die 7. Lieferung reicht bis zu dem Artikel *Artillerieförderbahn*. Schon diese Angaben sprechen für die Ausführlichkeit, mit der die einzelnen Stichworte besprochen werden. Trotzdem muss man sagen, dass der Stil an Knappheit den eines Konversationslexikons erreicht. Wer in der Agitation oder im Parlament Einzelmaterial über kriegswissenschaftliche Fragen braucht, wird in diesem Handbuch das Gewünschte finden und ausserdem einen Ratgeber haben, gegen den keiner unserer Gegner etwas einwenden kann.

#### Wirtschaft / Rudolf Wissell

**Streikwirkungen** »Die furchtbaren ökonomischen Wirkungen des Streiks treten schon so krass hervor, . . . dass die Regierung wohl daran wird gehen müssen den Widerstand jener Industriellengruppe gegen Verhandlungen zu beseitigen.« So war in einem Telegramm der *Frankfurter Zeitung* aus Stockholm am 24. August zu lesen. Jene Industriellen sind gemeint, die durchaus keine Vermittlung und Beilegung der Differenzen wollen. Die Wirkungen des grossen wirtschaftlichen Kampfes in Schweden reichen aber über die Grenzen Schwedens weit hinaus und machen sich auch in Deutschland geltend. Nicht nur im Export und Import: die Einfuhr der schwedischen Erze und Hölzer nach Deutschland hat schon eine empfindliche Abnahme erfahren. Die Art dieser Wirkung ist in der Börsenzeitung *Plutus* vom 14. August besprochen. Deutsches Kapital ist es, das

in Schweden vielfach arbeitet. Nicht direkt sondern über den Umweg der Banken. »Das schwedische Unternehmertum läßt deshalb durch sein Verhalten eine ausserordentliche Verantwortung auf sich. Nicht bloss, dass es dem eigenen Lande Millionenverluste zufügt. Viel schlimmer, . . . dass ein grosser Teil dieser Leute gar nicht das Kapital der eigenen Nation riskiert, dass es vielmehr mit dem Gelde der auswärtigen Gläubiger wirtschaftet. . . . Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass die Folgen der immensen Verluste des schwedischen Generalstreiks auch wieder auf unser deutsches Wirtschaftsleben zurückfallen.«

Wie Deutschland hier die ungünstige Wirkung eines ausländischen Streiks zu spüren bekommt, so hat es vor noch nicht langer Zeit die grössten Hoffnungen auf einen ausländischen Streik gesetzt. Im Juli waren Konflikte im englischen Bergbau entstanden. »Einen Hoffnungsstrahl für die Lage des Kohlenmarkts bildet die Bewegung, die unter den englischen und schottischen Kohlenarbeitern im Gange ist und die, falls keine Einigung in den fortdauernden Verhandlungen erzielt wird, zum Generalstreik führen kann, so schrieb am 24. Juli die *Frankfurter Zeitung*, und sie führte weiter aus, die Folgen wären von weittragender Bedeutung, da bald die Mehrzahl der Industrieunternehmungen in Lancashire, die Baumwollfabriken, Giessereien usw., ihren Betrieb einstellen müssten. Man glaube, dass schon in 2 Wochen der ganze verfügbare Kohlenvorrat erschöpft wäre. Falls der Streik zur Tatsache würde, dürfte daraus der deutsche Kohlenbergbau erhebliche Vorteile ziehen. Nicht nur, dass die Konkurrenz englischer Kohle in Deutschland sofort verschwinden würde, auch für die übervollen Lager der Kohlengesellschaften würde die Möglichkeit eines ausgedehnten Exports über den Kanal eine willkommene Entlastung sein.

Eine willkommene Entlastung! Man versteht das schon. Wenn nur für kurze Zeit die Einfuhr von englischen Kohlen nach Deutschland aufhörte, so würde lebhaft Nachfrage nach Kohlen aus der Küstengegend eintreten. Betrug doch die Kohleneinfuhr Deutschlands im 1. Halbjahr 1909 5 420 297 t. Der grösste Teil der Kohlen kam aus England. Hätten die auf englische Kohlen eingerichteten Küstengegenden auf deutsche Kohlen zurückgreifen müssen, sie hätten Preise zu zahlen gehabt, die denen der Hochkon-

junktur nichts nachgestanden hätten. Man sieht, wie weit sich die Wirkungen grosser ausländischer Streiks erstrecken. Auch der grosse Kampf im Baugewerbe Hamburgs, der Ende August beendet wurde, hat über seine lokalen Grenzen hinaus Wirkungen gezeitigt. Einerseits war das Angebot von Arbeitskräften in anderen Gegenden reichlich und andererseits der Verbrauch an Baumaterial, so auch namentlich an eisernen Trägern, geringer.

X  
**Handelsverträge und wirtschaftliche Lage** Schon im April wurde vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe dem deutschen Handelstag die Abschrift einer im Reichsamt des Innern verfassten Aufzeichnung über die Gestaltung der Ausfuhr im Jahre 1908 und die Wirkung unserer Handelsverträge übersandt. In dieser Denkschrift war der Nachweis versucht, dass die Handelsverträge sich als brauchbare Stütze für die deutsche Ausfuhr bewiesen und sie die ungünstigen Wirkungen der wirtschaftlichen Depression des Jahres 1908 für unsere Exportindustrie wesentlich gemildert hätten. Der Berechnung des Werts der Ausfuhr waren damals noch die Einheitswerte für 1907 zu grunde gelegt. Inzwischen sind die für 1908 festgestellt worden, und die Regierung hat auf deren Grundlage dem Handelstag einen Nachtrag zu ihrer Denkschrift übersandt, in dem sie ihre erste Auffassung wiederholt. Sie stützt sich auf folgende Zahlen: Der Wert der Einfuhr Deutschlands stellte sich 1908 auf 7664 Mill. gegen 8746,7 Mill. 1907; die Einfuhr sank also um 1082,7 Mill. M. = 12,4 %. Die Ausfuhr fiel von 6845,2 Mill. in 1907 auf 6398,5 Mill. in 1908 oder um 6,5 %. Die Minderung der Ausfuhr nach unseren Handelsvertragsstaaten (ausschliesslich China und Japan) stellte sich auf nur 28,3 Mill. M. (2495,8 gegen 2524,1 Mill. M.) oder auf 1,1 %. Der Prozentsatz ist also erheblich niedriger als der der gesamten Ausfuhrminderung.

Aus diesen Zahlen will die Regierung dartun, dass die Handelsverträge keineswegs so schlecht gewesen seien wie man es nicht nur zur Zeit der parlamentarischen Verhandlungen sondern bis in die neueste Zeit hinein in der Presse, in Handelskammerberichten und auch im Parlament geäussert habe. Die Regierung sagt, dass, wenn man solchen Befürchtungen gegenüber in früherer Zeit auf die Ziffern der Ausfuhrstatistik hingewiesen habe,

man die Entgegnung habe hören müssen, dass man ja in der Zeit der Hochkonjunktur lebe; die Folgen der für Deutschland ungünstigen Verträge würden schon nicht ausbleiben und sich zeigen, wenn die wirtschaftliche Lage beginne sich zu verschlechtern. Nun sei 1908 ein Jahr wirtschaftlicher Depression gewesen, und die Gestaltung des Ausfuhrhandels ermögliche es jene Befürchtungen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Da liessen nun die Zahlen über die Ausfuhr erkennen, dass sich unser Absatz dort, wo ihm in den abgeschlossenen Tarifverträgen eine Stütze zur Seite gestanden hätte, am besten gehalten habe.

Neben dieser Argumentation hat aber auch eine andere Platz. Die wirtschaftliche Depression nahm ihren Ausgang von den Vereinigten Staaten. Nach dort ist unsere Ausfuhr auch am meisten zurückgegangen; sie sank um 144,8 Mill. M. Nächst der zeigt die Ausfuhr nach Grossbritannien den grössten Ausfall mit 63 Mill. M. Das ist erklärlich, weil Grossbritannien ja ebenfalls durch die wirtschaftliche Depression schwer betroffen wurde. Die Ausfuhr Grossbritanniens erlitt 1908 einen Ausfall von zirka 980 Mill. M. Auch unsere Ausfuhr nach Belgien, als Tarifvertragsstaat, erlitt einen Ausfall von 20 Mill. M. Das liegt in der Hauptsache daran, dass die Ausfuhr nach Belgien zu einem erheblichen Teil Durchfuhrgut ist. Auf der anderen Seite aber hatte Russland nach den grossen Verlusten des Krieges und der Revolutionszeit und infolge nicht sehr günstiger Ernte 1908 grosse Bedürfnisse zu befriedigen. Ebenso Österreich, das 1908 von der allgemeinen Depression kaum erfasst war. Nach Österreich und Russland ist aber die erheblichste Exportsteigerung zu verzeichnen gewesen (20 und 14 Mill. M.). Ausser bei Italien, wohin die Ausfuhr um 8,4 Mill. M. stieg, ist dann bei keinem der Vertragsstaaten die Steigerung höher als 2,5 Mill. M. Bei der Schweiz ist sogar ein Ausfall von 45,4 Mill. M. und bei Schweden von 12,5 Mill. M. zu verzeichnen. Man könnte also daraus folgern: Nicht das Bestehen oder Nichtbestehen eines Handelsvertrags hat auf das Steigen oder Sinken unserer Ausfuhr Einfluss gehabt sondern die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse.

**Kurze Chronik** Die Regierung der Vereinigten Staaten hat am 6. August das im Mai 1907 mit Deutschland getroffene Handels-

abkommen zum 7. Februar 1910 gekündigt. × Das neue Kalisyndikat ist doch zu stande gekommen. Bis Ende 1910 ist der Vertrag geschlossen, doch ist eine Verständigung über die in der Nacht zum 1. Juli abgeschlossenen freihändigen Verkäufe noch nicht erzielt. Ist das einstimmig bis zum 1. Oktober geschehen, so verlängert sich die Dauer des Syndikats bis Ende 1914. Wenn eine solche Verständigung nicht erfolgt, steht jedem Gesellschafter das Recht der Kündigung des Syndikatvertrags mit 6wöchentlicher Frist bis zum 1. Januar 1911 zu. × Der Wert des deutschen Spezialhandels im 1. Halbjahr 1909 betrug in der Einfuhr 4125 Mill. M. gegen 3957 Mill. 1908, in der Ausfuhr 3221 gegen 3127 Mill. M. × Eine aufsteigende Ziffer zeigt bisher wieder die Auswanderung über Bremen und Hamburg. Es wurden bis Ende Juli befördert: über Bremen 91 612 (1908 30 779), über Hamburg 82 749 (1908 36 278). × Anfangs Juli haben die Kokspreise eine Ermässigung um 1,50 M. pro t erfahren. × Die deutsche Roheisenerzeugung hat bis Ende Juli fast wieder die Höhe der im gleichen Zeitraum bisher höchsten Produktion des Jahres 1907 erreicht. Die Produktion betrug 1906 7 171 273 t, 1907 7 479 919 t, 1908 7 070 491 t, 1909 7 340 748 t. × Die deutsche Eisenausfuhr hat im ersten Halbjahr 1909 mit 1 872 568 t gegen 1 825 749 t in 1908 und gegen die bisher höchste Ausfuhrziffer des Jahres 1906 mit 1 855 127 t eine erhebliche Steigerung erfahren. Der Wert von 357,71 Mill. erreichte nicht den des Jahres 1908 in Höhe von 358,34 Mill. M. × Das Eisen- und Stahlwerk Hoesch in Dortmund hat seinen Rohgewinn pro 1908-1909 mit 7 461 227 M. herechnet; davon sollen 2 695 115 zu Abschreibungen und 1 500 000 M. für den Umbau und die Verlegung von Werkanlagen verwendet werden. Aus dem Reingewinn von 3 976 452 M. soll eine Dividende von 14 % verteilt werden. × Ein Abkommen mit den Vereinigten Staaten über den gegenseitigen gewerblichen Rechtsschutz wurde im Reichsgesetzblatt vom 1. August veröffentlicht.

× **Literatur** In seiner Abhandlung *Europäische Steuerwehen* /Wien, Konegen/ erörtert Dr. G. Kolnig die Steuererhöhungen in England, Deutschland und Österreich. England wird mit wenigen Worten abge-

fertigt. Von Deutschlands Steuergesetzen wird gesagt, dass die grossen Richt- und Grundlinien fehlen, die namentlich die sachlichen Vorbedingungen des einzelnen Lebens, des wirtschaftlichen Schaffens und der steuerlichen Berücksichtigungen persönlicher Art für die Wirtschaftskörper und seine Gestaltung festlegen. Die Versuche der Sanierung der Landesfinanzen in Österreich seien »halbasiatisch in finanzrechtlicher und wissenschaftlicher Hinsicht« und erforderten mehr als Vorsicht. X Die grossen Richt- und Grundlinien in den Steuergesetzen Deutschlands vermag auch der Geheime Oberfinanzrat O. Schwarz in seinen beiden Büchlein *Die Finanzsysteme der Grossmächte*, die in der *Sammlung Götschen/Leipzig*, Götschen/ erschienen sind, nicht aufzuzeigen. Schon früher hat dieser selbe Autor in der gleichen Sammlung eine Darstellung der Steuersysteme des Auslands gegeben. Über die damalige Darstellung geht er diesmal weit hinaus. Immerhin ist es etwas anspruchsvoll seinen jetzigen Ausführungen den Untertitel *Internationales Staats- und Gemeindefinanzwesen* zu geben. Zweifellos versteht es der Verfasser in knappen Worten die wesentlichsten Punkte seines Themas übersichtlich darzustellen. Hätte er sich darauf beschränkt, hätte seiner Arbeit nur Lob spendet werden können. Aber der Schluss des Werks gipfelt in dem Versuch nachzuweisen, »wie günstig gegenwärtig unsere Steuerzahler noch daran sind im Vergleich mit den Steuerzahlern jener Grossmächte [Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten]«. Dabei wird ganz ausser acht gelassen, dass die steuerliche Belastung durch unser Steuersystem ihren Ausdruck gar nicht in den Einnahmen an Steuern und Zöllen finden kann. Die den inländischen Produzenten durch unser Steuersystem ermöglichte Preissteigerung stellt durch ihre Belastung der Konsumenten sicher ein Vielfaches der durch Zölle und Steuern dar. X Unter dem Titel *Die deutsche Volkswirtschaft im Kriegsfall* hat Dr. Voelcker/Leipzig, Klinkhardt/ ein Buch erscheinen lassen. Die ungeheure Entwicklung des Wirtschaftslebens in allen unseren Kulturstaaten hat die Beziehungen der einzelnen Völker zu einander so vervielfacht und in einander verwoben, dass eine Lösung jener infolge eines Kriegs von den schwersten Folgen für das einzelne Land begleitet sein werden. In diesen internationalen Beziehungen haben wir die beste Friedenssicherung zu erblicken.

Dieser Schluss ist aus dem Buch Voelckers zu ziehen. Er meint, dass die hohen Verlustsummen der Volkswirtschaft im Falle eines Kriegs die Verantwortlichkeit einen Krieg heraufzubeschwören ausserordentlich erhöhe. Wenn immerhin die Anteilnahme am weltwirtschaftlichen Verkehr zu mancherlei Reibungen unter den Völkern führen möchten, so hätten doch im Grunde die auf dem Boden der Weltwirtschaft geknüpften gegenseitigen Handelsinteressen friedensbewahrende Tendenzen. Was Voelcker über die Gütererzeugung und den Warenabsatz, über die wirtschaftliche Lage einzelner deutscher Industriezweige und über die deutsche Landwirtschaft im Kriegsfall sagt, ist recht lesenswert. X In Bubersammlung *Die Gesellschaft* /Frankfurt a. M., Rütten & Loening/ behandelt Friedrich Glaser die Börse. Der Verfasser schildert die Börse als das Sinnbild des heutigen Wirtschaftssystems. Die Erscheinungen, die die Börse bietet, die Vorgänge, die sich an ihr abspielen, sind nach Glaser nichts anderes als Abbilder dessen, was sich in weniger kondensierter Form auch draussen im Wirtschaftsleben tagtäglich ereignet. Das schildert Glaser in recht anschaulicher Weise. Er gibt also weniger eine Darstellung der Form, als des Börsenlebens als dessen Psychologie. Die eingeflochtene Schilderung der hauptsächlichsten Börsenkatastrophen ist recht lebendig geschrieben. X Über *Wandlungen und neue Interessensorganisationen im Detailhandel* spricht Dr. J. Wernicke in einer kleinen Broschüre /Berlin, Walther/. Er vertritt den Standpunkt, dass die drei Arten der Detailgeschäfte nicht nur neben einander bestehen könnten sondern sogar einander ergänzen. Das Warenhaus generalisiere, pflege hauptsächlich den Massen- und den mittleren Konsum, das Spezialgeschäft individualisiere, suche den Einzelkonsumenten zu befriedigen, während das kleine Ladengeschäft die kleinen, ohne viel Zeit zu befriedigenden Bedürfnisse des täglichen Lebens zu decken suche. Die Gegnerschaft in einzelnen Kreisen der Kleingewerbetreibenden gegen die Warenhäuser sei längst überholt. Wernicke zitiert viele Stimmen dafür.

### **Gewerkschaftsbewegung / Heinrich Stähler**

#### **Jubiläen**

Am 18. August konnte der Bergarbeiterverband auf ein 20jähriges Bestehen zurückblicken. Den äusseren Anlass zur

Gründung gab der grosse Streik, den die Grubenarbeiter im Mai 1889 verloren. Als die Organisation am 18. August 1889 auf dem Bergarbeitertag zu Dorstfeld gegründet wurde, schlossen sich ihr wohl gegen 50 000 Mitglieder an, deren Zahl aber bald auf einige Tausend zusammenschmolz, als der junge Verband und dessen Führer den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt waren. Die Redakteure der *Bergarbeiterzeitung* wurden verhaftet, die Vorstandsmitglieder des Meineids beschuldigt und zu Zuchthausstrafen verurteilt. Zu all diesen Bedrängnissen kam der Umstand, dass die Beiträge anfänglich viel zu niedrig waren, um allen Anforderungen, die an eine moderne Gewerkschaft gestellt werden, genügen zu können. Der zweite Streik und die fortwährenden Massregelungen haben den Bergarbeitern erst zum Bewusstsein gebracht, dass sie grössere finanzielle Opfer für ihre Organisation bringen müssen, um sie zu einem festen Bollwerk gegen die über den Bergknappen herrschende Kapitalmacht zu gestalten. Und heute zählt der Verband rund 110 000 Mitglieder, und er verfügt über ein Vermögen von 3 Mill. M.

×  
**Gemeindearbeiterstreik in Kiel**

Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband hat sehr wenig mit Streiks zu rechnen, weil ihm meistens andere Mittel zur Verfügung stehen die wirtschaftliche Lage seiner Mitglieder zu heben. In Kiel waren jedoch alle Versuche, die seit Jahr und Tag gemacht worden waren, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der städtischen *M i l l k u t s c h e r* auf friedlichem Wege zu erzielen, erfolglos geblieben. Von 104 in der Müll- und Fäkalienabfuhr Beschäftigten legten 99 am 8. Juni die Arbeit nieder. Diesen Ausstand beantwortete der Magistrat mit der Aussperrung aller jener städtischen Arbeiter, die sich weigerten die Tätigkeit der Streikenden aufzunehmen. Auf diese Weise wurden insgesamt 265 Arbeiter ausgesperrt; durch Versammlungsbeschluss der Streikenden und Aussperrten wurden dann die noch in den Licht- und Wasserwerken, sowie der Poudrettefabrik und Müllverbrennung tätigen Arbeiter mit in den Ausstand gezogen, so dass 488 Mann an der Bewegung beteiligt waren. Die Stadtverwaltung sah sich gleich nach Streikbrechern um, und es gelang auch einen Teil der verlassenen Plätze mit Arbeitswilligen zu besetzen. Die Anrufung des Gewerbe-

gerichts als Einigungsamt wurde vom Magistrat abgelehnt. 10 Wochen lang haben die Streikenden zusammengehalten, bis die Wiederaufnahme der Arbeit von 70 Mann aus den eigenen Reihen erfolgte. Darauf beschlossen die Streikenden und Ausgesperrten am 16. August mit 210 gegen 75 Stimmen — bei 4 Stimmenthaltungen — den Kampf abzubrechen.

×  
**Kongresse und Verbandstage**

Die Tapezierer hielten ihren Verbandstag vom 18. bis zum 21. Juli im Berliner Gewerkschaftshaus ab. Infolge der Krise ging der Mitgliederstand von 8666 am Schluss des 2. Quartals 1908 auf 7844 am Schluss des 4. Quartals zurück. Die Fluktuation im Verband, der in den letzten Jahren eine Anzahl schwerer Lohnbewegungen durchzukämpfen hatte, ist ausserordentlich gross. In den drei Berichtsjahren 1906 bis 1908 waren 12 236 Mitglieder eingetreten und 11 147 wieder ausgeschieden. Der Verband hatte im gleichen Zeitraum eine Gesamteinnahme von 575 730,24 M., der eine Ausgabe von 589 197,99 M. gegenübersteht. Der Kassenbestand ist von 83 451,64 M. auf 69 983,89 M. heruntergegangen. An Unterstützungen wurden gezahlt: Für Reiseunterstützung 21 643 M.; Arbeitslosenunterstützung 153 955,83 M. (davon 1908 allein 83 510,33 M.); Krankenunterstützung 23 212,15 M.; Sterbegeld 8835 M.; Streikunterstützung 149 209,30 M.; Gemassregelungenunterstützung 1448,13 M.; Notstandsunterstützung 2416,75 M.; sonstige Unterstützungen 1406,71 M. Der Verbandstag erhöhte den Wochenbeitrag für männliche Mitglieder auf 60 Pf., für weibliche auf 30 Pf. Ferner wünschte er eine schärfere Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Die Mitglieder wurden ferner durch eine Resolution verpflichtet sich mehr als bisher der Lehrlinge anzunehmen sowie deren Bildung und Ausbildung zu fördern. Gegen einen eventuellen Reichstarif verhielt man sich ziemlich ablehnend, doch wurde ein Beschluss darüber nicht gefasst. Nach einem Referat des Verbandsvorsitzenden, Genossen Vesper, über die Reichsversicherung, wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die sich gegen den Gesetzentwurf ausspricht und alle Berufsangehörigen auffordert einmütig gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, der eine andere Stellung übernimmt, wurde der bisherige Kassierer Spliedt gewählt. Die Gärtner hatten vom 12. bis zum

14. August ebenfalls im Berliner Gewerkschaftshaus eine ausserordentliche Generalversammlung einberufen, die speziell über Mittel und Wege beriet, um den Verein zu stärken und für die Führung der Lohnkämpfe besser in stand zu setzen. Die Mitgliederzahl war von 5145 im Jahre 1907 auf 5053 am 1. Juli 1909 zurückgegangen. Der Kassenbestand betrug am gleichen Tag 26 723 M. Beschlossen wurde die Einführung von 3 Beitragsklassen (30, 35 und 40 Pf. pro Woche) und ebenso einer nach Leistung der Wochenbeiträge abgestuften Unterstützung in Krankheitsfällen und bei Streiks. Ferner beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Agitation und Organisation, insbesondere in der Herrschafts- und den Stadtgärtnereien. Zu letzterem Punkt sprach auch ein Vertreter des Gemeindearbeiterversbands. Ein Antrag wurde angenommen, der besagte, dass an Stelle der 11stündigen Arbeitszeit in einzelnen Branchen in Zukunft eine Höchstarbeitszeit von 10 Stunden in der Gesamtgärtnerei zu erstreben sei. Die Forderungen der Gärtner an die sozialpolitische Gesetzgebung wurden in einer längeren Resolution niedergelegt. Zur schärferen Bekämpfung der Lehrlingszuchterei wurde dem Vorstand die Herausgabe eines Flugblatts zur Berücksichtigung überwiesen. An Stelle des zum Landarbeiterversband übergetretenen Genossen Schmidt wurde der bisherige Gauleiter Busch-Hamburg zum Vorsitzenden gewählt.

Eine Konferenz der Photographengehilfen hat am 1. und 2. August in Dresden stattgefunden.

Schliesslich sei noch die Konferenz der in der Gelbmetallindustrie beschäftigten Arbeiter erwähnt, die am 16. und 17. August in Frankfurt a. M. tagte. Diese Branche gehört dem Metallarbeiterverband an. Beschlossen wurde die statistischen Erhebungen über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in erweitertem Masse fortzuführen.

× **Schweden: Generalstreik** Am 27. Juli veröffentlichte das Landessekretariat einen Beschluss der Vorstandskonferenz vom 19. und 20. Juli, nach dem sämtliche Mitglieder der ihm angeschlossenen Gewerkschaften am 4. August die Arbeit einzustellen hätten. Dieser Beschluss war eine Folge der immer ausgedehnteren Arbeitersperrungen durch den schwedischen Arbeitgeberverein, der Zentralorganisation der bedeu-

tensten Unternehmervverbände der schwedischen Industrie. Ursache der gegenwärtigen Kämpfe waren die Versuche der Unternehmer während der Krise den Arbeitern alle Errungenschaften der Lohnbewegungen während der günstigen Konjunkturperiode zu entreissen. Am 24. Mai begann der Kampf in der Herrenkonfektionsbranche, etwas später in der Zelluloseindustrie. Diesen Aussperrungen folgten am 26. Juli solche in den Holzschleifereien, der Textil- und Sägewerksindustrie und am 2. August in den Eisenwerken. Eine Verständigung mit der Unternehmerzentrale war unmöglich. Sogar da, wo die Arbeiter mit den einzelnen Unternehmern eine Verständigung erzielten, verweigerte deren Zentrale ihre Zustimmung. So blieb dem Landessekretariat nichts anderes übrig als den Beschluss der Vorstandskonferenz zur Ausführung zu bringen, wenn die Gewerkschaften nicht durch die Taktik der Unternehmer langsam verbluten wollten.

Am Jahresschluss 1908 waren 30 Gewerkschaften mit 162 391 Mitgliedern dem Landessekretariat angeschlossen. Diese Verbände hatten im vorigen Jahr eine Gesamteinnahme von 4 703 199 Kr. und am Jahresschluss einen Vermögensbestand von 2 218 486 Kr. Einschliesslich der 80 000 Ausgesperrten wird die Zahl der Ausständigen, die sich täglich vermehrte, auf 300 000 geschätzt. Vom 9. August ab, dem Tage der Arbeitseinstellung der Buchdrucker, erscheint keine Zeitung mehr vollständig. Zur Orientierung der Streikenden über die Lage hat das Landessekretariat ein eigenes Blatt geschaffen, dessen Herstellung die Buchdrucker zugestimmt haben. Das Blatt erhielt den Titel *Svaret (Die Antwort)*, erscheint in 150 000 bis 200 000 Exemplaren und wird zum Preise von 5 Öre pro Exemplar im ganzen Lande vertrieben. Die reguläre statutarische Unterstützungsauszahlung wurde mit dem Beginn des Generalstreiks eingestellt und nur die Bedürftigsten bekamen Unterstützung, teils in bar teils in Naturalien. Nur auf diese Weise war es möglich, mit Unterstützung der sofort überall im Auslande veranstalteten Sammlungen, den Kampf auf eine längere Dauer auszuhalten.

× **Dänemark** Die Organisationsstatistik der dänischen Gewerkschaften für das Jahr 1908 berichtet über 84 Organisationen mit 1431 Filialen und einer Mitgliederzahl von 117 350. Die Ausgaben dieser Organisa-

tionen für verschiedene Unterstützungszwecke betragen 1 169 825,60 Kr., und zwar für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung 727 830,75, Krankenunterstützung 89 511,06, Unterstützung unfallverletzter Mitglieder 23 611,99, Beihilfe in Sterbefällen 26 723,70, Kämpfe im eigenen Beruf 205 025,27, Kämpfe in anderen Berufen in Dänemark 73 547,27, Kämpfe im Ausland 23 575,56 Kr. Am Jahresschluss 1908 besaßen die dänischen Gewerkschaften ein Gesamtvermögen von 4 106 230 Kr. (1907 3 973 293 Kr.), wovon 3 627 476 Kr. auf die der Landeszentrale angeschlossenen und 478 754 Kr. auf die ausserhalb stehenden Organisationen entfielen. Sämtliche Lohnbewegungen und Lohnkämpfe der angeschlossenen Organisationen sind der Kontrolle der Landeszentrale unterstellt, wie auch die Streikunterstützung bei einem gewissen Umfang der Kämpfe auf zentraler Grundlage erfolgt. Das ganze Tarifvertragswesen untersteht in letzter Instanz der Landeszentrale. In der selben Weise hat das Unternehmertum eine entsprechende Zentralisation längst durchgeführt. Deshalb geht in Dänemark ebenso wie in Schweden die Tendenz der Unternehmerorganisation immer darauf hinaus sämtliche Lohnbewegungen zum Gegenstand der grössten Machtkämpfe zu machen.

#### × Schweiz

Auch in der Schweiz haben in diesem Frühjahr und Sommer verschiedene Kongresse und Generalversammlungen stattgefunden. Die Delegiertenversammlung des Lithographenbundes fand während der Osterfeiertage in Basel statt. Der Tarif für Chemigraphen wurde nach längerer Diskussion mit allen gegen die Stimmen der Genfer Delegierten sanktioniert und die Wahlen für das Tarifamt vorgenommen.

Ebenfalls während der Osterfeiertage hielten die graphischen Hilfsarbeiter ihren Kongress in Chur ab. Beschlossen wurde unter anderem die Einführung der Arbeitslosen- und Streikversicherung. Der Verbandssitz wurde von Bern nach Zürich verlegt.

Ein ausserordentlicher Kongress der Steinarbeiter wurde am 9. Mai in Neuchâtel abgehalten, der in der Hauptsache geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen hatte. Wegen Einführung einer Arbeitslosenunterstützung wurde der Zentralvorstand mit dem Studium der Materie betraut; er soll dem nächsten Kongress darüber Bericht erstatten.

Am 23. Mai fand in Winterthur der Delegiertentag der schweizerischen Arbeiterinnenvereine statt. Der Verband umfasst 15 Sektionen, und seine Mitglieder sind grösstenteils Arbeiterfrauen, Hausfrauen, Wäscherinnen, Putzerinnen, Heimarbeiterinnen, Kellnerinnen, Dienstmädchen usw. Obgleich der Verband sich mehr mit politischen als mit gewerkschaftlichen Angelegenheiten beschäftigt, wurde dennoch der Anschluss an den *Gewerkschaftsbund* ernstlich erwogen, und die Angelegenheit dem Arbeiterinnensekretariat überwiesen.

In der Uhrenindustrie bestehen heute noch kleine Berufsverbände für jeden einzelnen Industriezweig, die in der *Generalunion der Uhrenarbeiter* eine lockere Verbindung haben. Ein ausserordentlicher Kongress dieser *Generalunion*, der am 23. Mai in Biel abgehalten wurde, beschäftigte sich nun fast ausschliesslich mit dem Statutenentwurf für einen Uhrenarbeiterverband, der an die Stelle der kleinen Berufsverbände treten soll. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Weiterberatung der Statuten auf einen nächsten Kongress vertagt, der innerhalb drei bis vier Monaten einberufen werden soll.

Die Heizer und Maschinisten hielten am Pfingstsonntag ihre Delegiertenversammlung in Zürich ab. Nach einer lebhaften Debatte ist der Anschluss an den *Gewerkschaftsbund* im Prinzip beschlossen worden.

Ebenfalls zu Pfingsten hielten die Maurer und Handlanger ihren Kongress zu Winterthur ab. Es wurde der Beitritt zum *Gewerkschaftsbund* vollzogen und der Sitz des Verbandsvorstands von Basel nach Zürich verlegt.

#### × Kurze Chronik

Die Frankfurter Bauarbeiterschuttkommission brief im Einverständnis mit den Vorständen und Gauleitungen der baugewerblichen Verbände zum 5. September eine Bauarbeiterschuttkonferenz nach Frankfurt a. M. ein. × Die Redaktionsführung der *Holzarbeiterzeitung* ist dem Genossen M. Kayser übertragen worden, der schon mit dem verstorbenen Genossen Deinhardt zusammen in der Redaktion tätig war. Ferner tritt der Genosse Franz Kissner in die Redaktion ein. Beiden gemeinsam wurde auch die Redaktion des *Fachblatts der Holzarbeiter* übertragen. × Der *Schneiderverband* bereitet für die Monate September und Oktober eine um-

fangreiche Agitation vor. Geplant sind zirka 260 Versammlungen, die sich mit dem Thema *Lohnlarife und Tarifverträge im Schneidergewerbe* beschäftigen werden. Diesen Versammlungen soll eine umfangreiche Hausagitation mit Flugblattverbreitung vorangehen. X In Berlin endete ein Schlosserstreik mit einem neuen Tarifvertrag der Bau-schlosser bis zum 1. April 1912, während die Geldschrank-schlosser den alten Tarif bis zum 1. April 1911 verlängert haben. X Die Einigungsverhandlungen im Hamburger Baugewerbe sind nach verschiedenen Bemühungen endlich am 18. August mit Erfolg zu Ende geführt worden. Die Arbeiter sämtlicher Gewerbe, die an der Bewegung beteiligt waren, erhalten den Lohn, der den betreffenden Arbeiterkategorien in Berlin zugebilligt ist. Vom 1. April 1910 ab tritt noch eine Lohnerhöhung um 3 Pf. und am 1. Juli 1910 um weitere 2 Pf. pro Stunde ein. Beide Parteien haben diesen Vereinbarungen zugestimmt. X Am 19. August starb im Wandsbeker Krankenhaus der Genosse Johannes Efftinge im Alter von 45 Jahren an Typhus. Der Verstorbene, der seit mehr als 25 Jahren politisch und gewerkschaftlich tätig war, gehörte seit 1897 dem Zentralvorstand des Maurerverbands an, dessen 2. Vorsitzender er war. In seinem Wohnort Wandsbek ist er auch wiederholt zum Stadtverordneten gewählt worden.

### Sozialpolitik / Robert Schmidt

**Unfallversicherung** Nach dem Jahresbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1908 umfasste die Unfallversicherung 5 383 519 gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe mit 20 207 438 versicherten Personen, während in staatlichen und kommunalen Betrieben 964 589 Personen der Versicherung unterstellt waren. An Unfallrenten wurden für 1 146 234 Personen insgesamt 157 488 494 M. verausgabt. Der Umfang des Streitverfahrens ist aus folgenden Angaben ersichtlich: Von den Berufsgenossenschaften und anderen Organen wurden 422 012 Rentenbescheide erlassen, von denen 74 570 im Berufungsverfahren angefochten wurden. Die Zunahme gegen das Vorjahr betrug 5,09 %. Da nur 17,67 % der Bescheide angefochten wurden, kann man von einer übermäßigen Inanspruchnahme der Schiedsgerichte nicht gut reden. Das Reichsversicherungsamt selbst ver-

zeichnet eine Zunahme der Rekurse von 19 860 im Vorjahr auf 22 794. Von den schiedsgerichtlichen Entscheidungen wurden nur 27,09 % angefochten; das ist der niedrigste Prozentsatz in den letzten 5 Jahren, den höchsten hatte das Jahr 1906 mit 28,73 % aufzuweisen.

Über die Rechtsprechung auf dem Gebiet der Unfallversicherung informiert eine Neuausgabe des offiziellen *Handbuchs der Unfallversicherung* /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, deren 1. Band vor kurzem erschien. Leider kommt diese Neuausgabe recht spät, und der 2. Band wird erst in Aussicht gestellt. Wird die Herausgabe nicht beschleunigt, so ist es möglich, dass die neue Versicherungsordnung Gesetz wird, bevor noch die vollständige Neuausgabe des *Handbuchs* erscheint.

X **Invalidenversicherung** Die Invalidenversicherung hatte im Berichtsjahr 1908 für insgesamt 995 810 laufende Renten, darunter 108 637 Altersrenten aufzukommen. Die Entschädigungen im Jahre 1908 sind einschliesslich des Reichszuschusses auf etwa 180 Mill. M. zu schätzen; an Einnahmen stehen ihnen rund 183 Mill. M. gegenüber. Dabei zeigt die für die Beitragsleistung in betracht kommende höchste Lohnklasse wieder eine erhebliche Steigerung. Im Jahre 1900 steuerte noch nicht ein Zehntel, im Jahre 1908 dagegen ein Fünftel aller Versicherten zu dieser Klasse bei. Das Vermögen der Versicherungsträger betrug 1490 Mill. M., wovon für den Bau von Arbeiterwohnungen, Ledigenheimen, Hospizen, Herbergen zur Heimat usw. 239 394 626 M., für landwirtschaftliche Unternehmungen 95 844 425 M. und für sonstige Wohlfahrtseinrichtungen (Krankenhäuser, Arbeiterkolonien, Volksbäder, Blindenheime, Volksheilstätten, Kleinkinderschulen etc.) sowie für kommunale Einrichtungen, Spar- und Konsumvereine 340 045 797 M. ausgeben waren (siehe die Rubrik *Staatssozialismus* in diesem Band, pag. 925 ff.). Über den Umfang des Streitverfahrens liegen folgende Zahlen vor: Über Rentenansprüche ergingen 380 362 Bescheide, darunter 180 907 berufungsfähige, gegen die in 27 487 oder 15,2 % der Fälle Berufung beim Schiedsgericht eingelegt wurde. Weiter wurde in 6305 Fällen Revision beim Reichsversicherungsamt eingelegt, das in 79,85 % der Fälle das Schiedsgerichtsurteil bestätigte.

X

X

### Thomasaschlackenschlamm- arbeiterverordnung

Die Verordnung zum Schutz der Arbeiter bei Herstellung des Thomasschlackenschlammes hat eine Erweiterung und Ergänzung erfahren. Vor allem werden in Hinsicht auf die ausserordentlich gesundheits-schädliche Betriebsweise ausreichende Staubabsaugvorrichtungen verlangt. Die Reinigung der Fussböden darf nur von Arbeitern ausgeführt werden, die durch Respiratoren oder feuchte Schwämme Mund und Nase vor Eindringen des Staubs schützen. Badegelegenheit muss täglich vor Verlassen der Arbeit geboten werden. Zwar ist das Verbot der Beschäftigung von männlichen Arbeitern unter 16 Jahren in Räumen, in denen Thomasschlacke oder Thomasschlackenschlamm eingebracht ist, auf die Räume beschränkt worden, in denen die Ware loslagert, doch ist es auf männliche Arbeiter bis zu 18 Jahren ausgedehnt worden. Verboten ist ferner für alle Arbeiter unter 18 Jahren das Klopfen gebrauchter Säcke. Wichtig ist ausserdem eine ständige ärztliche Überwachung der Arbeiterschaft. Die Aufnahme in den Betrieb ist von der Beibringung eines ärztlichen Attestes abhängig; Gewohnheitstrinker und Lungenkranke dürfen nicht beschäftigt werden. Der Arbeitgeber hat Bestimmungen darüber zu erlassen, dass die Arbeiter weder Branntwein noch Nahrungsmittel in die Arbeitsräume mitbringen, und dass sie die Mahlzeiten nur ausserhalb der Arbeitsräume einnehmen. Eine Übergangsfrist bis zum 1. Oktober 1910 ist vorgesehen, während der die höhere Verwaltungsbehörde in einigen Fällen noch Ausnahmen von den Bestimmungen der Verordnung zulassen kann.

Notwendig ist eine strikte Durchführung der Verordnung, die sicher zur Milderung der schweren Gefahren in diesen Betrieben beitragen wird.

**Heimarbeiter** Der Anregung der Berliner Heimarbeiterausstellung vom Jahre 1906 folgend finden gegenwärtig in Zürich und Amsterdam Ausstellungen gleicher Art statt. Die Züricher Ausstellung bringt zirka 3000 Gegenstände zur Darstellung, die ein Bild der ausserordentlich stark verbreiteten Heimarbeit geben. Die ermittelten Stundenlöhne sind am niedrigsten in der Seidenstoffweberei mit 8,4 c., am höchsten in der Schuhmacherei mit 48,2 c. Im Anschluss an diese Ausstellung fand am 7. und 8. August ein Heimarbeiter-

schutzkongress statt, der sich mit der volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Heimarbeit, mit der Konsumentenorganisation (sozialen Käuferliga) und besonders mit der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit beschäftigte und Schutz von der Gesetzgebung gegen die Ausbeutung der Heimarbeiter verlangte.

Die Amsterdamer Ausstellung ist von zahlreichen Industrien, die zirka 1300 Gegenstände geliefert haben, beschickt worden. Lange Arbeitszeiten und Hungerlöhne sind auch hier die Kennzeichen der Heimarbeit. Die Eigenartigkeit der Ausstellung besteht darin, dass hier auch die elenden Wohn- und Arbeitsstätten der Heimarbeiter nachgebildet sind, damit der Besucher der Ausstellung einen Einblick in die jämmerlichen Lächer bekommt, die zum Koch-, Schlaf- und Arbeitsraum benutzt werden. Um die Ausstellung haben sich besonders die holländischen Gewerkschaften, insbesondere der Genosse Oudegeest, der Leiter der Zentrale der freien Gewerkschaften, bemüht. Der Ausstellung sind von privater Seite reichliche Unterstützungen gesendet und von der Regierung 5000 Gulden zur Verfügung gestellt worden. Ferner hat die Regierung für die Aufnahme einer Enquete 14 000 Gulden angewiesen. Das Verhalten der holländischen Regierung sticht recht vorteilhaft von dem der deutschen ab, die gegenwärtig die Bemühungen der Unternehmerorganisationen die Ergebnisse der Berliner Ausstellung herabzusetzen unterstützt.

**Kurze Chronik** Die Versicherungskasse der Stadt Bern gegen Arbeitslosigkeit, die 520 Mitglieder zählt, hat in ihrem verflossenen Geschäftsjahr in dem Unterstützungsmonaten Dezember bis Februar an 320 Arbeitslose 16 468,95 fr. ausgezahlt. Die Kasse will die Unterstützung pro Tag auf 3 fr. für verheiratete Handwerker, 2,50 fr. für verheiratete ungelernete Arbeiter und auf 2 respektive 1,50 fr. für unverheiratete erhöhen. Dementsprechend soll der Monatsbeitrag auf 1,50 fr. für gelernte und 1 fr. für ungelernete Arbeiter bemessen werden. Die Vertragsverhältnisse der Handlungsgehilfen in Österreich sind durch ein neues Gesetz vorteilhaft geändert worden. Eingeführt ist der Anspruch auf mindestens 10 Tage Ferien bei monatlicher Dienstzeit. Bei längerer Dienstzeit tritt eine entsprechend höhere

Ferienzeit bis zu 3 Wochen ein. Der Achtuhrladenschluss wird mit Ausnahme des Lebensmittelhandels allgemein vorgeschrieben, einen früheren Ladenschluss kann die Landesbehörde anordnen. Die Mindestruhezeit muss 11 Stunden betragen; ferner werden die Kündigungsfristen und der Anspruch auf Gehalt im Falle der Krankheit oder militärischer Übung neu geregelt. × In England sind durch das Unterhaus 4 Mill. M. für die Errichtung und Unterhaltung von Arbeitsnachweisen zur Verfügung gestellt worden. Die Verwaltung geschieht auf paritätischer Grundlage. Bei Streiks und Aussperrungen werden die Arbeitssuchenden auf den Konflikt aufmerksam gemacht, ohne dass die Arbeitsvermittlung eingestellt wird. × Die Jahresversammlung des deutschen Ortskrankenkassenverbands fand am 8. und 9. August in Bremen statt. Den Hauptgegenstand der Verhandlung bildete die Reichsversicherungsordnung.

×  
**Literatur** In einer Broschüre *Lehrerschaft und Jugendfürsorge in Stadt und Land* /Berlin,

Gerdes & Hödel/ wendet sich Konrad Agard, der eifrige Befürworter des Kinderschutzes, mit einem Appell an die Lehrerschaft in der Jugendfürsorge mit Hand ans Werk zu legen. Es sind treffliche Worte, die von des Verfassers glühender Begeisterung Zeugnis ablegen soziales Verständnis und soziales Empfinden im Erziehungswerk zu verbinden. Hören wir ihn selbst: »Lehrer, an die Front! Siehst du nicht, was die wirtschaftliche Entwicklung mit ihren industriellen Irrungen anrichtet? Kennst du nicht die Einwirkungen des Bodenwuchers, des Alkoholismus, der Ausnutzung der Mutter in der Sachgüterproduktion auf das Kind? Lies nur erst weiter! Da sitzen 50, 70, 90 Kinder vor dir. An denen studiere, welche Aufgaben eine neue Zeit stellt zu vielen noch ungelösten alten. Du weisst, dass zwei oder drei Kinder schlecht hören, vier schlecht sehen. Ist das alles? Es wäre wenig, und wenig sorglich. Du weisst nicht, wie viele Kinder hungern? Wie viele ein eigenes Bett haben? Du kennst ihre Umgebung nicht? Du weisst nicht, wo Armut bohrt, und wie sie ein Kind *stumpfsinnig* machen muss? Du weisst nicht, wie viele unter den 50 oder 80 Kindern Waisen sind, obschon Vater und Mutter noch leben? Du hast nie ihren Vater oder ihre Mutter gesehen, die du

entweder bewundern oder verachten oder bemitleiden würdest, falls du sie kennst? Unter solchen Umständen von der Berücksichtigung der Individualität eines Kindes zu sprechen ist blanker Unsinn, ist Heuchelei.« In den folgenden Kapiteln wird die Jugendorganisation der verschiedensten Richtungen und Konfessionen besprochen, reiches statistisches Material beigebracht und die Strafrechtsreform behandelt. In der Beurteilung der letzteren Frage können wohl Einwände gegen den Verfasser erhoben werden, aber sie beeinträchtigen sein Werk nicht, das nicht nur jedem Lehrer in die Hand gegeben werden müsste sondern auch allen denen, die sich für Jugendfürsorge und Jugendorganisation interessieren.

### Kommunalpolitik / Hugo Lindemann

**Krüppelhilfe** Über die Verhandlungen der sächsischen Kammer und über Dr. A. Schanz' Schrift *Krüppelnot und Krüppelhilfe* habe ich zu Anfang dieses Jahres schon berichtet und dabei auch kurz die Punkte bezeichnet, wo die Gemeinden mit ihrer Tätigkeit einzusetzen haben (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, I. Band, pag. 124 ff.). Seitdem ist nun das grosse Werk Dr. K. Biesalskis *Umfang und Art des jugendlichen Krüppeltums und der Krüppelfürsorge in Deutschland* /Hamburg, Voss/ erschienen, das in seinem 1. Teil die tabellarisch geordneten Ergebnisse der teils im Jahre 1906 teils 1907 vorgenommenen Krüppelzählung enthält. In den darauf folgenden Kapiteln werden die Tabellen erläutert und schliesslich die praktischen Folgerungen aus der Statistik gezogen. Biesalski gibt dabei zugleich eine Übersicht über alles, was bisher auf dem Gebiet der Krüppelfürsorge geleistet worden ist. Mit einziger Ausnahme von Bayern, wo eine staatliche Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder besteht, sind alle anderen Anstalten, die sich mit der Krüppelfürsorge beschäftigen, private Institute von Vereinen, Stiftungen usw. Eine kommunale Anstalt gibt es nicht. Biesalski spricht sich in seinem Buch sehr scharf gegen eine Verstaatlichung der Krüppelfürsorge aus. Der Staat kann, seiner Ansicht nach, niemals dieses ganze Gebiet übernehmen, da die Krüppelfürsorge, wie keine andere Art der sozialen Fürsorge in höherem Masse Individualisierung, Verständnis und liebevolles Eingehen auf den einzelnen

Fall verlange. Der Staat sei mit seinem grossen Heer von Beamten und Verordnungen an das Schema gebunden, und das Schema sei unbedingt der Tod der Krüppelfürsorge. Dezentralisieren, nicht zentralisieren, ist nach Biesalski die Lösung der Krüppelfürsorge. Er will daher auch die private Fürsorge nicht entbehren und sie mit den öffentlichen Körperschaften aller Art in enge Verbindung bringen. Die Allgemeinheit hat das grösste Interesse daran den grössten Teil der Krüppel, den man durch eine sorgfältige Fürsorge erwerbsfähig machen kann, auch erwerbsfähig zu machen. Sie kann daher auch jede beliebige Summe in die Krüppelfürsorge hineinstecken und wird doch reichlich auf ihre Kosten kommen. Die öffentlichen Körperschaften, denen die Armenfürsorge obliegt, also die Gemeinden und die Armenverbände, müssen ihre Stellung gegenüber den Krüppelheimen ändern und sich zu Opfern bereit finden lassen, die sich für sie in der Zukunft bezahlt machen. In einzelnen Gemeinden ist man zu dieser verständnisvollen Auffassung bereits vorgedrungen. So zahlt zum Beispiel die Stadt Berlin für die in der Brandenburger Krüppelheilanstalt untergebrachten Krüppel die gleichen Preise wie an die Krankenhäuser. Die Stadt hat ausserdem dem Heim noch die Hälfte eines grossen Gebäudes unentgeltlich überlassen, so dass es möglich war mit den bezahlten Verpflegungssätzen und den Zuschüssen des Vereins den Etat der Anstalt zu balancieren. Die Berliner Armenverwaltung hat auch bereitwillig für die Kinder bezahlt, die einer ärztlichen Behandlung dauernd nicht mehr bedürfen sondern nur, ärztlich beaufsichtigt, unterrichtet werden und an den allgemeinen Turnübungen teilnehmen oder sich nur als Handwerkslehrlinge in der Anstalt aufhalten. In sehr wertvoller Weise vermögen ferner die Landesdirektionen den einzelnen Krüppelheimen zu nützen. Es stehen ihnen Mittel zur Verfügung, aus denen sie leistungsschwachen Gemeinden Beihilfen zu den Kosten der Unterbringung von Krüppeln, die ihren Unterstützungswohnsitz in der Gemeinde besitzen, gewähren dürfen, unter der Voraussetzung, dass die Gemeinde ihrerseits einen Beitrag in der Höhe der örtlichen Armenpflegekosten für einen gewöhnlichen gleichaltrigen Hilfsbedürftigen leistet. Diesen Beitrag kann an Stelle der Gemeinde der Kreis übernehmen,

doch dürfen Beiträge der unterhaltungspflichtigen Angehörigen nicht auf den Beitrag der Gemeinde oder des Kreises angerechnet werden. Nach Lage des Gesetzes kann die Gemeinde nicht gezwungen werden den angemessenen Beitrag zu leisten. Weigert sie sich und tritt der Kreis nicht für sie ein, so ist die Landesdirektion nicht in der Lage eine Beihilfe zu gewähren. Dagegen kann sie es stets tun, wenn die Gemeinde leistungsunvermögend oder der Krüppel landarm ist. Einen anderen Weg zur Unterstützung von Krüppelheimen weist das Vorbild, das die Gemeinden des Regierungsbezirks Düsseldorf geben. Sie haben sich unter Führung des Professors Schlossmann zur Begründung und zum Unterhalt eines Instituts zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zusammengetan. Der Aufwand der Einrichtung wird auf die Gemeinden prozentual nach ihrem Einkommensteuersoll verteilt und von ihnen aufgebracht.

Die Organisationen der öffentlichen Armenpflege haben sich bisher in recht ungenügender Weise an der Krüppelfürsorge beteiligt. Bisher werden die Kosten für den Unterhalt von Krüppelkindern etwa zu 6 % von ihnen gedeckt. Von heimbedürftigen Krüppelkindern versorgen sie 9 %, von den der Prophylaxe zufallenden sogar nur 2 %. Es liegt aber im eigenen Interesse gerade der Gemeinden als der Träger der Armenpflege die Zahl ihrer Almosenempfänger dadurch zu verringern, dass sie die armen Krüppel den Krüppelheimen zuweisen und sie dort, soweit möglich, heilen und erwerbsfähig machen lassen. In den grossen Städten wird namentlich die Prophylaxe von Bedeutung sein, weil sie hier am leichtesten mit verhältnismässig geringen Kosten durchgeführt werden kann. Die Gemeinden sollten daher durch Bereitstellung von Räumen, von Personal, durch Bezahlung der orthopädischen Apparate, Einrichtung ambulanter Hilfsklassen und Fortbildungsschulen für Verküppelte die Tätigkeit der Krüppelfürsorge unterstützen. Da mehr als die Hälfte des deutschen Volks in grösseren Gemeinden lebt, kommen sie auch als Geldgeber für mehr als die Hälfte aller für die Krüppelfürsorge zu beanspruchenden Kosten in betracht, zumal die städtische, namentlich die industrielle Bevölkerung mehr Krüppel liefert als die Landbevölkerung. Von der grössten Bedeutung ist natürlich die Haltung der Schule und der

in der Schulhygiene tätigen Organe. »In den Händen der Schulärzte liegt die ganze Fülle der in den öffentlichen Schulen verborgenen Krüppelleiden, namentlich soweit sie die Prophylaxe angehen. Von ihrem Interesse und ihrer Kenntnis der Krüppelfürsorge hängt es sehr wesentlich ab, ob die in Frage kommenden Kinder rechtzeitig und in ausreichende Zahl dem Arzt oder, wo ärztliche Hilfe bereits geleistet ist oder gar nicht in Frage kommt, der gewerblichen Erziehung in einer Anstalt zugeführt werden.« Es sei hier nur an die Skoliose erinnert, die mehr und mehr unsere Schuljugend ergreift. Es handelt sich hier um viele Hunderttausende an Skoliose erkrankte und behandlungsbedürftige Schulkinder. Bei der Massenbehandlung dieser Krankheit wird neben dem Arzt auch die Lehrerschaft nicht entbehrt werden können und vor allem die Gemeinden, die die nötigen Geldmittel aufzubringen haben werden.

× **Gasversorgung** Die Verhandlungen über den Vertrag, den die Stadtverwaltung Frankfurt a. M. mit den privaten Gasgesellschaften wegen der Verlängerung ihrer Kontrakte vorläufig abgeschlossen hatte, sind nunmehr zu Ende gebracht worden. Ich hatte die Geschichte dieser Verträge bis zu ihrer Behandlung im Plenum der Stadtverordnetenversammlung schon früher dargestellt (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1909, 1. Band, pag. 385 ff.). Es ist lehrreich auch die weiteren Verhandlungen zu verfolgen. Ich hatte in dem erwähnten Bericht hervorgehoben, dass der Magistrat von Anfang an eine ablehnende Haltung gegen die Kommunalisierung der Gasanstalten eingenommen hatte, und dass er sich nicht entschliessen konnte, wenn nötig, in einem energischen Kampf gegen die privaten Gasgesellschaften dies Ziel zu erreichen. Der Vertragsentwurf, den der Magistrat mit den Gasgesellschaften vereinbart hatte, wurde einer Sonderkommission der Stadtverordneten zur Beratung überwiesen. Sie begann ihre Tätigkeit in einer sehr ungünstigen Lage. Der Magistrat hatte sich zu seinen Beratungen mit den Gasgesellschaften 3 Jahre Zeit gelassen, der Kommission standen kaum noch 3 Monate zur Verfügung. Sie formulierte zunächst eine Anzahl entscheidender Fragen und legte sie zwei Sachverständigen vor, von

denen der eine der Berliner Gasdirektor Schimming war. Dieser kam nach eingehender Würdigung aller Verhältnisse zu dem Schluss, dass sich die Schwierigkeiten, die bei dem Bau eines eigenen Gaswerks, namentlich bei der Rohrlegung usw., entstehen müssen, bei einiger Energie bis zum Ablauf des Vertrags im Jahre 1911 sehr wohl überwinden liessen, und dass die Befürchtungen des Magistrats wegen der Wirkungen eines Konkurrenzkampfs übertrieben seien. Er empfahl also sowohl aus wirtschaftlichen wie aus finanziellen Gründen die Errichtung eines eigenen Gaswerks. Mit voller Sicherheit ist seiner Ansicht nach die Errichtung eines städtischen Gaswerks bis zum Jahre 1911 und die Legung der Rohre sowohl für die öffentliche Beleuchtung als auch für den Privatkonsum ausführbar. Die Aufwendungen für ein eigenes Gaswerk veranschlagte Schimming auf 10 Mill. M., das Tiefbauamt der Stadt hatte sie auf 13 Mill. M. geschätzt. Diese Aufwendungen wären nach Ansicht Schimmings auch dann technisch und wirtschaftlich ratsam, wenn man die Möglichkeit eines Konkurrenzkampfs ins Auge fasst. Bei einem solchen kommen nicht ausschliesslich die unmittelbar zu erzielenden Überschüsse oder Verluste in betracht sondern vor allem auch die billigeren Gaspreise, die durch die Konkurrenz erreicht werden können. Die Anlage des Konkurrenzwerks würde auch deshalb nicht unwirtschaftlich sein, weil sie so getroffen werden könne, dass das Werk vollständig in den Rahmen der späteren Gasversorgung Frankfurts hineinpasste. Schimming rechnete für das erste Jahr einen Gewinn von 175 000 M. heraus, wobei allerdings die vertraglich von den privaten Gesellschaften zu zahlende Abgabe im Betrage von rund 875 000 M. abzuziehen ist. Dieses Defizit werde aber sehr schnell verschwinden und sich in einen Reinüberschuss verwandeln, wenn die Konkurrenz von dem städtischen Werk energisch durchgeführt werde. In späteren Jahren sei die Rentabilität des Werks mit Sicherheit gegeben. Nach seiner Ansicht wird sich die Gesamteinnahme der Stadt aus dem Vertrag im Jahre 1939 auf 1 758 000 M. belaufen, während die Stadt aus einem eigenen Gaswerk eine Einnahme von 6 Mill. M. haben werde. Die Differenz zwischen den beiden Zahlen wird bis zum Ende des Vertrags, im Jahre 1959, wachsen. Auf der andern Seite wird die Stadt, falls es

zum Vertragsabschluss kommt, an die Gesellschaften bei Übernahme ihrer Werke am 1. Oktober 1939 54 Mill. M. Entschädigung für die Abkürzung der Konzessionsdauer zu bezahlen haben; dazu kommt der geschätzte Wert der Werke mit 36 Mill. M. Dabei sind die Hauptwerke der beiden privaten Gesellschaften zurzeit sehr reparaturbedürftig und eigentlich abbruchreif. Auch die im Vertrag vorgesehenen Gaspreise bezeichnete Schimming als nicht angemessen.

Diesem sehr günstigen Urteil stand das viel weniger zuversichtliche Gutachten des zweiten Sachverständigen, des Ingenieurs Weiss-Zürich, gegenüber. Er schätzte die Schwierigkeiten des Konkurrenzkampfs viel höher ein als Schimming, wobei er ganz offensichtlich die günstige Stellung der Stadtverwaltung als der Vertreterin der Einwohnerschaft überhaupt nicht in betracht zog. Er schätzte die Zeit, bis zu der die Stadtkasse an das Gaswerk keine Zuschüsse mehr zu leisten haben würde, auf 10 bis 15 Jahre. Ausserdem würden der Stadt für diesen Zeitraum auch die Leistungen der Gesellschaften verloren gehen, die Stadt also doppelt verlieren. Er fasste sein Urteil dahin zusammen: Obschon eine Gasversorgung durch die Stadt selbst unbedingt wünschenswert wäre, lägen die Verhältnisse in Frankfurt in verschiedener Hinsicht derart ungünstig, dass es für die Einwohnerschaft und für die Finanzen der Stadt besser wäre, wenn der vom Magistrat ausgearbeitete und vorgelegte Vertragsentwurf angenommen würde.

Die Mehrheit der Kommission kam auf grund der Gutachten zu dem Ergebnis nochmals in Verhandlungen mit den Gasgesellschaften einzutreten, um zu prüfen, ob nicht einige günstigere Bedingungen zu erzielen wären. Die Mehrheit verlangte, an der mit einem Kapital von 12 Mill. M. neu zu begründenden Gesellschaft solle der Stadt eine Beteiligung mit mindestens 6,1 Mill. M. ermöglicht werden. Am 1. April 1939 habe die Gesellschaft in Liquidation zu treten und ihr Vermögen nebst Konzession der Stadt zu jetzt zu vereinbarenden Bedingungen abzutreten. Falls die Privatgasgesellschaften nicht binnen 3 Wochen die bindende Erklärung abgegeben haben, dass sie auf Grundlage dieser Bedingungen einen neuen Vertrag abschliessen wollen, solle mit aller Beschleunigung der Bau eines städtischen Werks im Osthafen und die nötige Rohrlegung in die Wege ge-

leitet werden. Diesem Antrag hatten die sozialdemokratischen Mitglieder zur Annahme verholten, nachdem ihr Vorschlag auf Kommunalisierung gegen alle übrigen Stimmen abgelehnt worden war. In der Plenarberatung, an die die Berichte der Kommission zurückgingen, wurden von dem Magistrat Gegenrechnungen geltend gemacht, die die Mehrheit der Versammlung veranlassten Berichte und Berechnungen an den Sonderausschuss zur beschleunigten Prüfung zurückzuverweisen. Es würde zu weit führen die einzelnen Phasen der Angelegenheit darzustellen. Der Magistrat setzte es durch, dass der ursprüngliche Vertragsentwurf zur Grundlage weiterer Verhandlungen gemacht und eine Subkommission in Verbindung mit dem Magistrat diese Verhandlungen mit den Gesellschaften führte. Es gelang auch einige Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Vertrag zu erzielen. Die Gesellschaften räumten der Stadt ein etwas erweitertes Kontrollrecht ein. Ferner kann die Stadt auch schon in den Jahren 1929 und 1934 die Gaswerke übernehmen. Wenn die Übernahme im ersten Jahr erfolgen soll, so hat die Stadt ausser dem Wert der Werke noch den  $11\frac{1}{4}$ fachen Betrag des durchschnittlichen jährlichen Reingewinns der letzten 5 Jahre zu bezahlen. Der Kaufpreis der Gaswerke würde sich also auf etwa 100 Mill. M. belaufen. Ferner wurde der Stadt eine höhere Beteiligung am Aktienkapital, 3, statt bisher 2 Mill. M., zugestanden, dieses aber zugleich von 12 auf 13,6 Mill. M. erhöht. Der Anteil der Stadt am Aktienkapital beläuft sich also auf 22,07 % gegen 16% % im ursprünglichen Vertrag. Mit diesen Konzessionen stimmte die Stadtverordnetenversammlung am 7. Juli dem Vertragsentwurf zu und räumte damit den Gasgesellschaften bis zum Jahre 1959 das Monopol der Gasversorgung ein, nachdem sie den wiederholten Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Errichtung eines städtischen Gaswerks abgelehnt hatte.

Bei der hohen Abfindungssumme, die bei der Übernahme in den Jahren 1929 und 1934 zu zahlen wäre, ist gar nicht daran zu denken, dass die Stadtverwaltung vor Ablauf des Vertrags eine Munizipalisierung des Gaswerks in Angriff nehmen wird. Dazu sind die Summen viel zu gross. Man kann nicht gerade behaupten, dass das Ende der ganzen Aktion sehr erhebend ist, namentlich wenn man

sie mit dem geschickten Vorgehen des Strassburger Bürgermeisters vergleicht, der es verstanden hat unter nicht weniger schwierigen Verhältnissen seiner Stadt den massgebenden Einfluss in dem Elektrizitätswerk zu sichern.

× **Wohnungsfürsorge** Grosszügige Massregeln auf dem Gebiet der Arbeiterwohnungs-fürsorge sind von der Stadtverwaltung Strassburg i. E. geplant. Die Anlage einer breiten Geschäfts- und Verkehrsstrasse durch die Altstadt räumt zugleich mit etwa 500 kleinen Wohnungen auf, in denen mehrere tausend Menschen untergebracht sind. Für diese Menschenmassen soll nun in doppelter Weise gesorgt werden: für die Ledigen durch die Errichtung eines Ledigenheims mit zirka 150 Betten, für die Verheirateten durch die Anlage einer ganzen Gartenvorstadt, die von der Stadt in Verbindung mit der gemeinnützigen Baugenossenschaft errichtet werden soll. Die Stadt stellt in dem Vorort Neuhof ein Areal von 22 ha zu billigem Preis zur Verfügung, auf dem zirka 350 Wohnungen gebaut werden sollen. Jedes Haus soll in einem Garten von 200 qm Grundfläche errichtet werden. Die Mittel werden von der Landesversicherungsanstalt Elsass-Lothringen in Höhe von 1 Mill. M. zur Verfügung gestellt. Für das Gelände der Gartenvorstadt wird ein besonderer Bebauungsplan aufgestellt, in dem der hygienische Gedanke der Weiträumigkeit mit der künstlerischen Gestaltung der Häuser und der Raumanlage verbunden ist.

× **Kurze Chronik** Der Magistrat München hat zur Förderung des Kleinwohnungsbaus von der Landeskulturrentenanstalt 3,2 Mill. M. Darlehen bewilligt erhalten, womit 43 Häuser mit 603 Wohnungen erbaut werden sollen. × Die Gemeindevertretung Bestwig in Westfalen hat die Erweiterung des kommunalen Gleichstromelektrizitätswerks in ein Drehstromwerk beschlossen und mit 5 benachbarten Gemeinden Verträge wegen Stromlieferung abgeschlossen. × Das hessische Ministerium des Innern hat an die Stadtverwaltungen die Anfrage gerichtet, welche Stellung sie gegenüber der Einführung einer Arbeitslosenversicherung einnehmen würden. Die Frage soll auf dem nächsten hessischen Städtetag behandelt werden. × In Elberfeld wurde das erste Brausebad für Schüler

errichtet. Es soll von den Schülern der Knabenmittelschule, in deren Gebäude es untergebracht wird, und von denen der benachbarten Schulen benutzt werden.

### Geistige Bewegung / Wilhelm Hausenstein

**Ästhetische Kultur des Kapitalismus** Man kann kaum ein dankbareres Thema ersinnen, und man kann sich kaum eine ärmlichere Behandlung des Themas vorstellen als die, die uns Johannes Gaulke in seinem Buch *Die ästhetische Kultur des Kapitalismus* / Berlin, Freier literarischer Verlag/ geliefert hat. Mit fünfzig Allgemeinheiten, mit denen man zur Not ein paar flüchtige Leitartikel oder Feuilletons bestreitet, macht man kein Buch. Nicht einmal eine Streitschrift, nicht einmal eine Broschüre. Mag sein, dass es Leute gibt, die aus diesem Buch noch etwas lernen; aber es war wirklich nicht nötig nur ihnen zu liebe ein Buch von 175 Seiten zu schreiben. In keinem Punkt ist der Gemeinplatz überwunden, nirgends findet man eine neue Wendung. Es ist für den Leser eine verzweifelte Sache sich fortgesetzt mit wohlgemeinten Trivialitäten herumschlagen zu müssen. Wir erhalten da zunächst eine Analyse des Kapitalbegriffs, die uns einen sehr souveränen Nationalökonom vorstellt. Wir wissen es jetzt alle, die wir uns über das Problem der Definition des ökonomischen Werts den Kopf zerbrachen: »Es gibt nur Warenpreise, keine absoluten Werte. Wenn man im Leben von dem Wert eines Gegenstandes spricht, so ist darunter nur sein gegenwärtiger durch das Zusammenwirken verschiedener Umstände bestimmter Preis zu verstehen. Der Wert ist eine Fiktion. Dass eine Ware mehr wert sei als die andere ist lediglich Glaubenssache.« Die Sache ist so einfach, dass man sie zur ökonomischen Konkordienformel erheben möchte. Aber das sind Präludien. Der Rest ist eine Philippika gegen den Kapitalismus als Zerstörer aller wahren Kultur. Dinge, die die Spatzen von den Dächern pfeifen. Das ganze Buch stellt auf einer Redensart. Denn es spottet einfach jeder geschichtlichen Tatsächlichkeit, wenn Gaulke behauptet erst die Zeit des Kapitalismus habe die Kunst in ökonomische Abhängigkeit gebracht. Kein einziger Versuch tief gelagerte Zusammenhänge in sorgfältiger Art am neuen Beispiel aufzudecken; dafür sinnlose Übertreibungen in ungefähren Beziehungen zur Sache. »Mit Michelangelo ist die

Geschichte der Plastik zu Ende; was später folgt, ist Epigonenwerk.« Man steht starr vor so viel universalhistorischer Urteilssicherheit. Aber Gaulke besinnt sich. »Nur einer, der Belgier Constantin Meunier hat den Weg, der zu einer neuen und eigenartigen Kunst führt, betreten.« Ein andermal wird munter behauptet, dass das Jahrhundert des Kapitalismus keinen eigenen Stil hervorgebracht habe, und nach 20 Seiten erscheint der Kapitalismus plötzlich als der Schöpfer des Eisenstils, des Zweckstils, des konstruktiven Stils. Es bleibt das Geheimnis des Autors, wie man derart sich widersprechende Behauptungen vereinigt. Eine strengere Untersuchung hätte jede Behauptung deutlicher bestimmt. Sie hätte überhaupt das ganze Buch historisch aufs strengste fundiert und hätte mit Beispielen gearbeitet statt mit Abstraktionen zu operieren, die sich gegenseitig stossen. Von der Malerei des 19. Jahrhunderts denkt Gaulke nicht günstiger als von der Plastik. Ihm ist die ganze Malerei, von einigen Ausnahmen abgesehen, die an der *Gesamt-situation* nichts ändern, durch den kapitalistischen Geist der Zeit korrumpiert. Davon, dass sich im zweiten Kaiserreich und in der Zeit des jungen Deutschen Reichs, gewiss kapitalistischen Epochen, die einzigartig revolutionäre Tatsache der Freiluftmalerei durchsetzte, erfahren wir nichts. Indes, das lag vielleicht jenseits, da das Buch ja nur von den zerstörenden Wirkungen des Kapitals sprechen wollte; und das wäre wahrhaftig ein blutiges Kapitel gewesen, das man mit der leidenschaftlichsten Empörung ins einzelne verfolgen kann. Wenn man mit der heissesten Überzeugung glaubt, dass der Kapitalismus zahllose künstlerische Existenzen brach und bricht, gerade dann muss man gegen eine mehr als dürftige Arbeit protestieren, die den tragischen Gegenstand so kläglich herabdrückt. Wie langweilig sind Tiraden über den kunstzerstörenden Einfluss der mechanisch-chemischen Reproduktionsverfahren! Nicht ein Wort über ihren enormen kunstzerstörerischen Wert. Natürlich ist ein Original ein köstliches Gut, das man zärtlicher betrachtet als eine Gravüre. Aber das braucht uns wahrlich nicht zugerufen zu werden. Man hätte auch gern erfahren, welche kunstfördernden Möglichkeiten in der massenhaften Produktion ästhetischer Güter liegen. Und vor allen Dingen hätte man gewünscht, dass zwischen der industriellen

Produktion von Kunstwerken und dem Einfluss der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die das Eigentum am Produkt dem Unternehmer zuweist, sorgfältig unterschieden werde. Der Sozialismus denkt nicht daran die Reproduktionsverfahren, die er erben wird, zu kassieren. Technik und Wirtschaftsrecht sind nicht so verbunden, dass mit der einen Potenz die andere fällt.

X

**Kurze Chronik** Am 18. Juli tagte im Düsseldorf-Gewerkschaftshaus eine Konferenz, die von Delegierten der Bildungsausschüsse, der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Parteivereine und der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitationskomitees Rheinland-Westfalens beschickt war. Der Konferenz oblag die Schaffung einer Zentrale für die freien Arbeiterbildungsbestrebungen der Industriebezirke des Mittel- und Niederrheins und des westlichen Teils von Westfalen. Diese Zentralisation der rheinischen Arbeiterbildungsbestrebungen schien namentlich nötig zu sein, damit die Bildungstätigkeit auch in die kleinen Orte dieses Industrieviers getragen werden könne. Vom Plan der Begründung einer freien Volksbühne für Rheinland-Westfalen nahm man Abstand. Dagegen wurde die *Zentralkommission der Bildungsausschüsse für Rheinland-Westfalen* tatsächlich begründet und ihre Funktion dahin definiert: »1. allerorts Bildungsausschüsse ins Leben zu rufen, 2. das Zusammenarbeiten der Bildungsausschüsse zu fördern, 3. den Bildungsausschüssen bei ihren Unternehmungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, und zwar a) durch Mitteilung von Programmvorschlägen, b) durch Vermittelung von Kräften zu den Veranstaltungen wissenschaftlicher, künstlerischer und unterhaltender Art.« Bemerkenswert ist, dass der Kommission ein aus 3 wissenschaftlich oder künstlerisch gebildeten Experten zusammengesetzter Beirat zur Seite stehen wird.

X

**Literatur** In einer Broschüre *Die religiöse Alkoholvergiftung* /Berlin, Walther/, die der Verfasser für einen Beitrag zur *Reformation des Geisteslebens* hält, plädiert Hans Roeder für eine Veränderung der deutschen Rechtschreibung, die ihm von unnötigen Dehnungslauten überzufließen scheint,

ausserdem noch für Überwindung der Religion, die er für eine Äusserung unseres *Tirtums* (das heisst Tiertums) hält, und des fortgesetzten, alle Begriffe verdunkelnden Missbrauchs der Sprache, dessen er, der Schöpfer der schönen Worte *Hansinnallengassentum* und *Ramschwarenbarzarcharakter*, einige nebensächliche Erscheinungen, wie Kant, Goethe und Nietzsche, leider zeihen muss. × In seiner Abhandlung *Kirche und Schule im Kampf um Gott* /Leipzig, Volger/ wendet sich E. Pauli sehr geschickt gegen die Inquisitionsversuche, mit denen der Pastor Rietschel aus Sachsendorf die Fortgeschrittenen der sächsischen Lehrerschaft behelligte, weil sie den Mut hatten auch für diejenigen Lehrer das Recht zum Religionsunterricht zu reklamieren, die nicht mehr an dem persönlichen Gott der Kirche glauben, wohl aber die grossen sittlichen Gedanken des Christentums mit Überzeugung festhalten. Ein prinzipieller Teil erweist nicht ohne Geist die Möglichkeit dieses Verhältnisses zum christlichen Glauben, das zunächst des Sinns zu entbehren scheint. × In einem ziemlich starken Band erörtert A. H. Braasch die Gegenstände und Methoden des protestantischen Religionsunterrichts in der Schule (*Stoffe und Probleme des Religionsunterrichts* /Leipzig, Teubner/). Braasch ist gegen die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule und gegen die Trennung von Staat und Kirche, aber im Rahmen dieser Voraussetzungen fordert er vollkommene Unbefangenheit des Religionsunterrichts. Wo die biblische Überlieferung mit der wissenschaftlichen Erkenntnis kollidiert, soll die wissenschaftliche Erkenntnis unbedingt das Feld behaupten. Diese Möglichkeit wird an einer Folge von Fällen systematisch dargetan. Die Methodik Braaschs ist das Ehrlichste, was bei seinen Prämissen möglich ist. Insofern berührt das Buch wohlthuend, wenn man auch das Ganze ablehnt. × In einem hübschen Buch über Kind und Gottesidee /Berlin, *Modern-pädagogischer und psychologischer Verlag*/ tritt Karl Röttger für Beibehaltung des Religionsunterrichts ein; doch fordert er eine grundlegende Umwandlung des Lehrtrons. Er geht von der — seines Erachtens empirisch bewährten, tatsächlich dennoch sehr anzweifelbaren — Voraussetzung aus, dass die Kinderseele die Gottesidee aus angeborenem Bedürfnis erzeugt. Diesem Bedürfnis sei durch

einen angepassten Unterricht zu entsprechen. Röttgers Methode liefe freilich auf eine Trivialisierung der biblischen Überlieferung à la *Hilligenlei* hinaus. Das Interessanteste am Buch sind die persönlichen Erinnerungen Erwachsener an ihre ersten religiösen Konzeptionen. Unter diesen Mitteilungen befinden sich Einzelheiten von feinstem psychologischem Reiz, die uns allerdings mehr an den naiven Humor der Kinderseele als an ihre Disposition zur Erfassung der Gottesidee glauben lassen.

## WISSENSCHAFT

### Psychologie / Otto Lipmann

**Charakterologie** Das Problem der Charakterologie hängt eng mit dem der Begabung zusammen. Beide haben schon seit langer Zeit Psychologen und Laien vielfach beschäftigt, und man kann sagen, dass sie für den Nichtpsychologen, der Psychologie im wesentlichen mit *Menschenkenntnis* gleichsetzt, geradezu das Problem der Psychologie auszumachen scheinen. Aber alle Versuche diesen Fragen näher zu kommen sind mehr oder weniger als gescheitert anzusehen. Der eine legte den typischen Unterschied zwischen diesen und jenen Menschen, zwischen Begabten und Unbegabten, zwischen Durchschnittsmenschen und Genies schlechthin in die Sphäre der Intelligenz, ohne doch definieren zu können, was unter Intelligenz zu verstehen sei. Der andere sah das Wesentliche der Charakterunterschiede in der Gefühls- und Willenssphäre und führte alle individuellen Differenzen auf Temperamentsunterschiede zurück. Und so liessen sich die Beispiele unvollkommener und missglückter Versuche häufen. Demgegenüber scheint zurzeit ein Resignieren angebracht zu sein; allem Anschein nach sind, bevor das Problem der Begabung, der Genialität, erfolgreich in Angriff genommen werden kann, noch Vorarbeiten zu liefern, die zunächst in einer rein objektiven, durch keine Theorie gestörten, nur möglichst eingehenden, einfachen Beschreibung einerseits des normalen andererseits des übernormalen Individuums zu bestehen haben. Aus dem Vergleich mehrerer solcher *Psychographieen* wird sich dann später einwandfrei ergeben müssen, welche elementare oder komplexere psychische Eigenschaft oder welche Vereinigung solcher Eigenschaften innerhalb eines Individuums dieses Indi-

viduum zu einem Genie gemacht hat. Da eine solche Vorarbeit noch fehlt — sie ist allerdings im Gange —, so müssen wir vorläufig alle Versuche dem Begabungsproblem näher zu kommen von vornherein mit einer gewissen Skepsis betrachten. Einer der neuesten solcher Versuche ist derjenige Emil Luckas (*Die Phantasie* /Wien, Braumüller/). Danach lassen die Menschen sich in eine Reihe einordnen: An einem Ende der Reihe steht der *Augenblicksmensch*, der durchaus reproduktiv, durchaus Gedächtnismensch ist, der jeden neuen Eindruck einfach und unverändert in sich aufnimmt, und auf den er automatisch reagiert. Der Typus eines solchen Menschen ist der des Journalisten. Eine etwas höhere Stufe stellt schon der Mensch dar, dessen Eigentätigkeit wenigstens so weit geht, dass er die neuen Eindrücke formal zu beherrschen und zu ordnen vermag, der Typus des Philologen und Historikers. Eine je grössere Rolle nun das innere Erleben, die Aktivität, das Produzieren, die Phantasie im Seelenleben spielt, je unabhängiger der Mensch sich vom *Stoff* und schliesslich auch von der Zeit zu machen vermag, je mehr er eine *Persönlichkeit* ist, desto höher rückt der Mensch auf jener Stufenleiter empor. Auf der höchsten Stufe steht der Mystiker, der durchaus zeitlos ist und sich vom *Stoff* völlig unabhängig gemacht hat. Einen zweiten wichtigen Charakterunterschied bedeutet es ferner innerhalb des produktiven Typus, »welche neue Form der Wirklichkeit aus der gegebenen geschaffen wird«. Es gibt drei solcher Wirkungsgebiete: Das anschauliche Leben wird durch die künstlerische Persönlichkeit, das begriffliche durch die wissenschaftliche Persönlichkeit repräsentiert: das »unmittelbare« Leben endlich »wäre durch den Menschen vertreten, der in seinem Lebenswandel, in jeder Äusserung seines Seins die innere Kraft der Neuschöpfung dokumentiert, der grosse Lehrer, der Religionsstifter«. Als das charakteristische Merkmal der Genialität bezeichnet Lucka nun eben jene Produktivität, jenes Walten der Phantasie, jenes freie Umformen und Neugestalten des Vorstellungsmaterials. Aber die starke Phantasie allein macht doch den Menschen noch nicht zu einem Genie: es gehört ferner dazu, dass die Phantasietätigkeit das Ziel hat etwas objektiv Notwendiges zu erreichen. So besitzt die grösste Genialität der Mann der

Wissenschaft, der vermittelt seiner Phantasie zu einer Erkenntnis gelangt, die für ein alles umfassendes Gebiet absolute Gültigkeit beanspruchen darf, und der Künstler, der ohne begriffliche Vorstellung seines Tuns ein Kunstwerk schafft, »das von der Natur nach ihren Gesetzen hervorgebracht zu sein scheint«. Als einen Beweis dafür führt Lucka an, dass das Gesetz des goldenen Schnitts nicht nur von bildenden Künstlern sondern auch von genialen Komponisten instinktiv befolgt werde. Die grosse Bedeutung des Genies für die gesamte Menschheit ergibt sich aus der Erwägung, dass unsere ganze Kultur ja das Produkt der schöpferischen Phantasie ist. Gäbe es nur rein reproduktive Menschen, so hätte die Menschheit ebenso wenig eine Kultur und eine Geschichte wie die Tiere: denn Kulturgeschichte ist ja die »Geschichte der produktiven Menschen und ihrer Ausstrahlungen auf die Gesamtheit«. Neben dem produktiven Menschen erfüllt allerdings auch der reproduktive Gelehrte und Lehrer eine kulturelle Aufgabe, indem er die überkommene Kultur bewahrt und sie den späteren Generationen überliefert.

Zweifellos hat Lucka mit seinem Buch ein gut Teil zur Lösung der im Anfang angedeuteten Aufgabe beigetragen, aber als gelöst kann sie nunmehr doch keineswegs betrachtet werden. Phantasie und Gedächtnis sind sicherlich auch Faktoren, die in ihrem gegenseitigen Stärkeverhältnis den Charakter des Menschen mitbestimmen; aber ob dieses Verhältnis allein, selbst unter Berücksichtigung des Inhalts der Phantasietätigkeit, zur Charakteristik eines Menschen ausreicht, darf doch wohl noch bezweifelt werden. Auch Dr. K. A. Gerhardt (*Das Wesen des Genies* /Jauer, Hellmann/) erblickt in der Phantasie eine der Eigenschaften, die den Menschen zu einem schöpferisch tätigen, das heisst nach seiner Definition zu einem Genie machen. Die weiteren Eigenschaften sind nach ihm Leidenschaft und Urteilskraft. Einen Beweis für seine Theorie bleibt Gerhardt jedoch völlig schuldig; und auch die grosse Zahl der beigebrachten Beispiele wird durchaus nicht im Sinn eines Beweises zu verwerten gesucht.

X  
Kurze Chronik Als Nachfolger Kulpes  
wurde Professor Dr.  
Marbe von der Frank-  
furter Akademie für Sozial- und Han-

delswissenschaften nach Würzburg berufen.

×  
Literatur

Eine kurze Studie hat Dr. W. Weygandt den *Abnormen Charakteren bei Ibsen* /Wiesbaden, Bergmann/ gewidmet. Er durchstreift einen grossen Teil der Ibsenschen Dramen als psycho-pathologischer Sachverständiger und analysiert die gerade in Ibsens Dramen reichlich vorhandenen abnormen Charaktere. Wir finden alle Stadien der Abnormalität, vom leicht Absonderlichen über die Grenzzustände, besonders die Hysterie, hinweg bis zum schwer Irrsinnigen. Weygandt hält die Schilderung dieser Zustände teilweise für vorzüglich gelungen. × Im Londoner *British Museum* befindet sich eine Manuskript, *The Promus* genannt, das als von Bacon herrührend betrachtet wird und allen denen, die die Personen Bacons und Shakespeares für identisch halten, zur starken Stütze ihrer Theorie diene. Es weist nämlich inhaltlich bedeutende Anklänge an anerkannt Shakespearesche Gedanken auf, und auch die Handschrift selbst stimmt, wie nun M. Thumm-Kintzel in einem Aufsatz *Shakespeare-Bacon und das Promusmanuskript*, der im 11. Heft, 1909, der Zeitschrift *Der Menschenkenner* erschien, anschaulich beweist, ausserordentlich mit der des Shakespeareschen Testaments überein. Wir können also in der Tat annehmen, dass Shakespeare das *Promus*manuskript geschrieben hat. Es bleibt nur noch nachzuweisen, ob das *British Museum* es mit Recht unter dem Namen Bacons registriert; wenn es auch mit einer anerkannten Handschrift Bacons wenigstens gewisse Ähnlichkeit aufwiese, dann wäre allerdings die Identität Shakespeares mit Bacon sehr wahrscheinlich gemacht. Nun zeigt aber Thumm-Kintzel wiederum durch eine Nebeneinanderstellung von Handschriftproben aus Baconschen und dem *Promus*manuskript, dass von einer Ähnlichkeit gar nicht die Rede sein kann. *The Promus* rührt also von Shakespeare und nicht von Bacon her, und beide sind verschiedene Personen. Dass die Handschriften Shakespeares und Bacons nicht nur verschieden sind sondern auch auf ganz verschiedene Charaktere ihrer Urheber deuten sollen, erscheint mir nicht beweisend dargestellt und für das genannte Problem irrelevant. Ich kann nur erneut die schon früher hier vertretene Meinung aussprechen, dass ich es einem

tüchtigen Graphologen sehr wohl zutraue zu beurteilen, ob zwei Handschriften von der selben oder von verschiedenen Personen herrühren, dass ich es aber beim gegenwärtigen Stand der Graphologie als Wissenschaft für unmöglich halte bindende Schlüsse von der Handschrift auf den Charakter ihres Urhebers zu ziehen (siehe diese Rundschau in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1908, 3. Band, pag. 1225 ff.).

Geschichte / Paul Kampffmeyer

**Kirche und Staat** Eine gedrängte, eindrucksvolle Geschichte der Beziehungen zwischen Kirche und Staat gibt uns Ernst Viktor Zenker in seiner Schrift *Kirche und Staat unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Österreich* /Wien, Hartleben/. Im Mittelalter gebot die kirchliche Gewalt über ganz andere Machtmittel als die staatliche. Die Kirche hatte eine sich über alle europäischen Kulturstaaten ausdehnende Organisation, die in eine Spitze auslief: in das römische Papsttum. Die hohen Geistlichen waren weltliche Machthaber, in ihren Händen verschmolz die geistliche mit der weltlichen Macht. Der Grundbesitz der Kirche war schier unermesslich, ganze Armeen höriger Bauern standen unter ihrer Botmässigkeit. Zu Anfang des 16. Jahrhunderts kommt der gewaltige Kampf zwischen Kirche und Staat, der das ganze Mittelalter erfüllte, zu einem vorläufigen Abschluss: die aufstrebenden Landesherren unterstellen die Kirche ihrer Landeshoheit, sie bestimmen das religiöse Bekenntnis ihrer Untertanen, die früher vom Staat unabhängige Kirche wird eine Landeskirche. Das völlig veränderte Verhältnis zwischen Kirche und Staat charakterisiert Zenker folgendermassen: »Der Staat ist der Schutzherr der Kirche und des wahren Glaubens. Nur die Staats-(Landes-)kirche geniesst den unbedingten und weitestgehenden Schutz des Staats, alle anderen Bekenntnisse sind entweder ausgeschlossen oder im besten Fall nur geduldet. Amterfähigkeit und politische Rechte sind entweder ausdrücklich im Gesetz oder doch wenigstens *de facto* an die Zugehörigkeit zur Staats-(Landes-)kirche geknüpft. Die staatliche Gesetzgebung ist souverän und von dem Willen oder dem Einspruch der Kirche ganz unabhängig, aber sie berücksichtigt aus eigenem Entschluss auf gewissen Gebieten (Schule, Ehe usw.) die Glaubenslehren der Kirche, sie über-

trägt dem Klerus der Staats-(Landes-)kirche gewisse weltliche Funktionen (Schulaufsicht, . . . Intervention bei Eheschliessungen . . .) und erteilt ihm gewisse politische Privilegien und Immunitäten (geistlichen Gerichtsstand, Wahlvorrechte, Steuervergünstigungen . . .). Der Staat trägt entweder ganz oder teilweise die Kosten des Kultes der Staats-(Landes-)religion. Dafür macht der Staat sein Hoheitsrecht über die Kirche und den Klerus unbedingt geltend.

Mit dem nordamerikanischen Freiheitskriege bricht die Idee der Trennung von Kirche und Staat zum erstmalig sieghaft durch. Die amerikanische Verfassung von 1791 beseitigte das Prinzip der herrschenden Religion, verlieh jeder religiösen Genossenschaft die Freiheit und versagte der Geistlichkeit die Staatsbesoldung. Die grosse französische Revolution betonte die Weltlichkeit des Staats mit ganzem Nachdruck und konfiszierte die Kirchengüter. In der Reaktionsperiode schloss der bedrohte hilfesuchende absolute Staat mit der Kirche Verträge, Konkordate. In diesen Konkordaten war eigentlich der Verzicht des Staats auf die selbständige Regelung der innerstaatlichen Verhältnisse eingeschlossen. »Materiell waren die Konkordate sehr verschieden. Die weitestgehende Preisgebung der staatlichen Hoheitsrechte bedeutete jedoch das österreichische Konkordat.«

Zenker kennzeichnet dann scharf die geschichtliche Entwicklung der staatlich-kirchlichen Beziehungen in Österreich, analysiert kurz das Konkordat und kritisiert dann eingehend die gegenwärtigen Beziehungen von Kirche und Staat in Österreich. Im österreichischen Ehe-recht wurde der kirchlich-katholische Standpunkt der Unlösbarkeit der Ehen der Katholiken zum Ausdruck gebracht. Die Zahl der Personen, die wegen dieser Unlösbarkeit der Ehe nicht mehr heiraten können, beträgt in Österreich eine halbe Million, in Wien allein über 50 000. In dem österreichischen Schulwesen übt der Geistliche gesetzlich, wenn auch nicht allein, die Schulaufsicht aus. Die Lehrerschaft in Niederösterreich und Wien ist ganz der geistlichen Oberaufsicht ausgeliefert. In Tirol besteht noch eine förmliche Diktatur der Geistlichkeit im Schulwesen. Fast die Hälfte der Tiroler Volksschullehrer verrichtet Messner- und Totengräberdienste, reinigt die Kirche, läutet die Glocken und schaufelt im Winter zwischen Kirche und Pfarr-

haus Schnee. Nicht weniger als 312 von 894 Lehrkräften sind sogenannte *Notlehrer*, »die dereinst als Knechte und Holzknechte gedient haben und für den Lehrberuf keine andere Qualifikation als die Gnade des Pfarrers mitbringen«. Selbst auf den österreichischen Gymnasien hat die Geistlichkeit einen überragenden Einfluss. Waren doch von den 4838 Lehrern, die an den österreichischen Gymnasien wirken, im Jahre 1903-1904 872 = 18 %, geistlichen Standes.

Besonders instruktiv sind die Tatsachen, die Zenker über die ideellen und materiellen Machtmittel der Kirche zusammenstellt. Die kirchliche Macht und Stärke fusst auf der kirchlichen Ideologie und auf der Organisation und dem materiellen Vermögen der Kirche. Die katholischkirchliche Hierarchie »übertrifft an feinsten Arbeitsteilung und strengster Zentralisierung jeden anderen Machtapparat«. Millionen von Geistlichen, Mönchen und Nonnen, ökonomisch von der Kirche in vollständiger Abhängigkeit, bilden ein blind ergebendes Heer. Zenker führt die Stärke dieser Armee in einzelnen Kulturländern an: In Belgien betrug die Zahl der Mitglieder geistlicher Orden allein (also ohne den Säkularklerus) 46 794, in Frankreich waren vor der Separation 42 000 Welt-priester und 200 000 Mitglieder geistlicher Orden vorhanden, und zwar 32 000 Mönche und 168 000 Nonnen; in Österreich im Jahre 1900 19 704 Weltgeistliche und 27 054 Ordenspersonen. Die ungeheuren Reichtümer, die die Kirche in ihrer Hand vereinigt, zählt Zenker dann auf: In Frankreich hatten die Kongregationen vor dem Erlass der Trennungsgesetze allein ein nachweisbares Vermögen von 1 070 000 000 fr. an Immobilien. Und an beweglichem Vermögen besass die Kirche nach Brissou an 10 Milliarden. Die Kirche Belgiens verfügt über einen Gesamtbesitz von 1 225 000 000 fr. Das Vermögen der *toten Hand* in Österreich beträgt, nach Zenker, mehr als 1 Milliarde K.

An der Hand der französischen Separationsgesetzgebung beleuchtet Zenker die eminente kulturpolitische Bedeutung der Trennung von Kirche und Staat. Geistvoll und anregend geschrieben ist seine instruktive Arbeit; seine Darstellung rückt den Kampf zwischen Kirche und Staat auf die Höhe eines gewaltigen Kampfs um eine der grossen Grundfragen der Menschheit.

X

X

**Entwickelungen** In seinem Werk *Rasse und Milieu* / Berlin, *Vita* / behandelt Heinrich Driesmans die Entwicklungsfaktoren des Kulturlebens. Den Rassenfaktor bezeichnet Driesmans als den wirksamsten Gestalter kulturellen Lebens. Jede kulturfähige Rasse trägt nach ihm gleichsam ihr Milieu in sich und mit sich herum. Die Rasse hat sich erst das Milieu geschaffen, in dem sie gross geworden ist. Freilich gesteht Driesmans ein, dass der Mensch als Rassewesen ein gar hypothetisches Geschöpf ist, denn schon in der frühesten Morgenröte der historischen Zeit gibt es keine reinen Rassen mehr, und alle geschichtsbildenden Völker sind Mischlingsvölker. Damit verschwimmt bei Driesmans der Rassenbegriff vollständig, und dieser unbestimmte Begriff kann nicht mehr als Entwicklungsfaktor kulturellgeschichtlich wirklich erfasst und in seiner Wirksamkeit fest bestimmt werden. Das Widerspruchsvolle, das im Driesmansschen Rassenbegriff steckt, tritt nach meiner Ansicht aus seiner Definition der Rasse und der Rassenhaftigkeit eines Volks klar zu Tage: »Unter der *Rassenhaftigkeit* eines Volkes ist somit seine typisch in sich gefestigte Natur zu verstehen. Rasse ist nicht etwas Stabiles: es gibt keine Rasse an sich sondern nur eine rassebildende Kraft . . .« Obwohl also die Rasse nicht stabil ist, ist doch die Rassenhaftigkeit eines Volks nach Driesmans typisch in sich gefestigt. Bei dieser Verschwommenheit des Rassenbegriffs darf man von Driesmans keine klare und feste Abgrenzung des Einflusses von Milieu und Rasse auf die kulturelle Entwicklung erwarten. Man erkennt bei ihm vielfach nicht, ob ein bestimmtes Rassenelement oder ein ökonomisch-technisches Milieu den geschichtlichen Werdegang eines Volks bestimmten. Das germanische Volk wird von Driesmans als kernhaft individualistisch charakterisiert, das mongolische als patriarchalisch-familienhaft. Und im Hinblick auf die chinesische Entwicklung schildert er die mongolische Rasse als die gleichartigste von allen, äusserlich wie innerlich, als eine Rasse, der das individualisierende Moment völlig abgeht, und die deshalb keine sozialen Revolutions- und Umsturzbestrebungen hat. Und dennoch stellt Driesmans zugleich ein ökonomisch-technisches Milieu, die Art der Hausung, als ausschlaggebend für die Kultur beider Rassen hin. Nach

Driesmans sind Zugwaren und Zelt für das häusliche und soziale Leben der arischen und mongolischen Rasse charakteristisch, und sie sind, so fährt er wörtlich fort, »für die spätere Staatenbildung und Kulturentwicklung beider in gewissem Sinne grundlegend gewesen«. Die Hausungsweise ist also für die Kultur beider Rassen bestimmend gewesen! Und unter starker Betonung dieses Gedankens schreibt Driesmans an anderer Stelle: »In *Wagen* und *Zelt* wurzeln demnach nicht allein deutsches und chinesisches Haus und entsprechendes individualistisches und patriarchalisches Kulturleben, sondern auch die grundverschiedenen Staatenbildungen und Verfassungen beider Rassen . . .«

Driesmans' Buch ist im allgemeinen ein sprechender Zeuge für das Unheil, das durch die mechanische Übertragung missverständlicher darwinistischer Ideen auf die Menschheitsgeschichte angerichtet wird. Da werden Krankheiten, Epidemien, Menschenopfer, Kriege ganz kritiklos zu Zuchtwahlfaktoren erhoben. Driesmans scheint nicht zu wissen, dass die gewaltigen Volksseuchen des Mittelalters alles andere als rassezüchtend wirkten, vielmehr unterschiedslos lebenskräftige und lebensschwache Individuen vernichteten. In der mittelalterlichen Stadt mälte die Todesseichel so erbarmungslos, dass selbst die stärksten und gesündesten Geschlechter dahingerafft wurden und die Bevölkering sich nur durch neuzuwandernde Volksbestandteile erhielt.

Bei der Wertung der Opferung von Menschen als Zuchtwahlmittel stellt Driesmans die völlig aus der Luft gegriffene Behauptung auf, bei den arischen Kulturvölkern fänden sich diese Opfer nicht. Dabei besitzen wir eine kleine Literatur allein über die Menschenopfer der Festlandsgermanen. Obenan steht der Bericht des Tacitus. Selbst die christlich gewordenen Germanen greifen noch in besonderen Notlagen zu Menschenopfern. Den bekehrten Sachsen musste noch, nach Lippert, um 785 das Opfern von Menschen bei Todesstrafe verboten werden. Lippert verweist auf das arische Indien als auf den Schauplatz von Menschenopfern, und er unterstreicht stark die Tatsache, dass die Menschenopfer nicht als vereinzelte Verirrungen von dem pragmatischen Gang der Kulturgeschichte dastehen sondern sich ganz allgemein in den historischen Kulturen vorfinden. Die Menschenopfer stempelt

Driesmans direkt zu einem Auslesefaktor, und er, der von den wahnsinnigen Menschenschlächtereien der Azteken spricht, wertet diese Schlächtereien dennoch als Veranstaltungen zur Austilgung minderwertiger, hinfälliger Volkselemente. Woher holt er sich denn die Beweise zu der Behauptung, dass die Kriegsgefangenen und die anderen, vielfach mit grossen Kosten aufgekauften und förmlich gemästeten Opfer der Azteken minderwertige, krüppelhafte Menschen waren? Diese kühne Annahme steht ungefähr auf der gleichen Höhe wie seine Behauptung, die Ketzerverfolgungen und Hexenverbrennungen hätten die Bedeutung von Auslesefaktoren in der Menschheitsgeschichte gehabt. Im konsequenten Weiterdenken dieser ungeheuerlichen Idee muss man schliesslich jedem Massenmord Bedeutung für die Veredelung des Menschengeschlechts beimessen.

× **Kurze Chronik** Die Jubelfeier anlässlich des 500jährigen Bestehens der Leipziger Universität veranlasste in der Presse zahlreiche Rückblicke auf die Geschichte des deutschen Universitätswesens, in denen auf die Umwälzungen im Betrieb der Wissenschaften, auf die mit grossem Nachdruck gepflegte Tätigkeit in den wissenschaftlichen Instituten und Seminaren hingewiesen wurde. × Am 17. Juli waren 50 Jahre seit der Gründung des *Deutschen Nationalvereins* verflossen. Am 17. Juli 1859 trat eine Versammlung von etwa 30 Abgesandten, vorwiegend aus den deutschen Mittelstaaten, zusammen, die sich in einem scharf umrissenen politischen Programm für eine feste und starke Zentralregierung Deutschlands aussprachen. Die konstituierende Versammlung des Vereins wurde auf den 15. und 16. September 1859 nach Frankfurt einberufen. × Am 2. August starb der Heidelberger Theologe und Kirchengeschichtler **Adolf Hausrath**. Unter seinen Werken ragen besonders hervor *Neutestamentliche Zeitgeschichte*; *Jesus und die neutestamentlichen Schriftsteller*; *Luthers Leben*; *D. F. Strauss und die Theologen seiner Zeit*. × Am 2. August wurde der 40. deutsche Anthropologenkongress in Posen eröffnet. × Bei den vorbereitenden Arbeiten zu dem 1. russischen Mönchskongress wurden in Russland 890 Klöster mit 17 811 Mönchen und 47 429 Nonnen ermittelt.

## Literatur

Charakteristische Dokumente aus der menschlichen Kultur- und Sittengeschichte hat Dr. Max Kemmerich in seinem anregenden Werk *Kulturkuriosa / München, Langen/* zusammengestellt. Die Tatsachen, die Kemmerich aus unserer vielgepriesenen Zeitepoche geschöpft hat, beweisen, dass unsere wohlfeile Entrüstung über die barbarischen, von geistlichen und weltlichen Bütteln willkürlich beherrschten Zeiten der Vergangenheit nicht am Platz ist. In dem Buch lebt ein kraftvoller, vorwärtsdrängender kulturfortschrittlicher Kampfesgeist. Leider begegnet man beim Autor selber auch hier und da falschen Urteilen, Vorurteilen und voreiligen Schlüssen, wie zum Beispiel bei seinen Bemerkungen über die geistigen Leistungen des jüdischen Volkes, speziell über die Entstehung des israelitischen Monotheismus. × Das tiefangelegte, mit wuchtiger Kraft geschriebene Werk Guglielmo Ferreros *Grösse und Niedergang Roms / Stuttgart, Hoffmann/* schildert in seinem 4. Band die orientalische Politik des Antonius, sein Zusammenwirken mit Cleopatra, den Kampf um die Macht zwischen Antonius und Octavius, die Katastrophe des ägyptischen Reichs nach der Schlacht bei Actium. Die grundlegende Bedeutung der Wirtschaftsgeschichte für die historischen Kämpfe dieser Zeit hat Ferrero stark herausgearbeitet.

## KUNST

### Bildende Kunst / Lisbeth Stern

**Ostasiatische Kunst** Im Berliner Völkerkundemuseum sind in der asiatischen Abteilung 2 grosse neue Sammlungen ausgestellt; sie enthalten eine Reihe von Fresken und Bildwerken aus Ostturkestan und zahlreiche Tafelbilder und Plastiken aus buddhistischen Klöstern. Über den Ursprung der Kunst in Ostturkestan wird folgendes angegeben: Durch die mazedonische Eroberung und die darauffolgende langjährige Herrschaft griechischer Fürsten sei griechische Kultur und Kunst in diese Gegenden verpflanzt worden, die dem sich ausbreitenden Buddhismus die Typen und den Formenschatz für seine Mythologie und seine religiöse Kunst liefert habe. So wird der Buddhaotypus von den Darstellungen des Apollo hergeleitet, der des Brahma von den Zeusdarstellungen, die Dämonen von Faun

und Sifen. Hierzu kommen altpersische und indische Elemente. Die Hauptentwicklung dieser Kunst hatte ihr Stätte im Südosten des heutigen Afghanistan. Die Verbreitung des Buddhismus führte dann die neue Kunst nach Turkestan, von wo sie China, Korea und Japan erreicht haben und so die Basis der gesamten religiösen Kunst Ostasiens bilden soll. Solche Hypothesen wirken seltsam, wenn man nicht in dem Getriebe der Kunstgeschichte steckt. Diese Kunst wirkt in dem ganzen Wesen ihrer ruhigen feierlichen Art durchaus neu. Wenn ich da von griechischem Einfluss höre, so sind das gewiss Dinge, die sicher stimmen werden — auch ist's bei manchen Buddhafiguren und Dämonenköpfen augenfällig genug —, aber diese Einflüsse scheinen mir so äusserlicher Art, dass sie zu dem wirklichen Erfassen dieser Kunst gar nichts beizutragen vermögen.

Die Fresken prägen sich nur wenig ein; in Erinnerung ist mir eigentlich nur ein lebendiges, unräumliches Neben- und Übereinander in der hellbunten Art der Freskofarben geblieben. Aber eine Anzahl Tafelbilder, alle etwa um 200 nach Christus, meist stark nachgedunkelt, sind in ihrer ruhigen Haltung wunderbar schön. Ein Buddha mit rundem, stillem Körper sitzt, beide Hände vor sich haltend, ganz von vorn, und vor ihm zwei heilige Frauen in gleicher Neigung, mit reichem Frauenschmuck. Gleichmässig wiederholte Bewegung, 4- bis 6mal hinter einander die selbe Neigung, ist überhaupt häufig, besonders in den früheren Arbeiten, zu finden und wirkt immer wieder durch ihren Rhythmus mit ganzer Kraft. In den späteren, kunstreicheren Arbeiten sind die Bewegungen wohl variiert, aber immer doch so verbunden, dass die gleiche Bewegung hindurchläuft, als wären sie verschiedene Punkte der selben bewegten Linie. Ein Bild: Ein Zug von Heiligen, die auf den Wolken von rechts oben nach links unten herunterkommen, eine dichte, aber nicht kompakte Schar, und alle diese in einer Richtung. Dazu die Farben, meist ein blindes, nachgedunkeltes Braun und Gold, von farbiger Seide eingefasst.

Ferner ist ein grosser, vielteiliger Wandschirm aus China ausgestellt. Er ist in Schwarzholz, und die Figuren sind ziemlich flach ausgehöhlt und bunt gefärbt; auf den ersten Blick erinnert die Technik an Einlegearbeit. Auf der einen Seite ist ein hoher Besuch in einem

Schloss dargestellt. Unten reiten mehrere Fürsten schnell durch ein Tor, dann führt es auf eine hohe Treppe, auf der ein Kranich und ein rotes Reh den Boten begrüssen, dann Trompetenbläser, und oben empfängt der Herr des Schlosses die Gäste. Dahinter, zum Teil in Räumen zum Teil ohne verbindenden Hintergrund, sind Frauen und Kinder. Auf der anderen Seite des Schirms ist der heilige Teich mit all seinen 100 Heiligen abgebildet. Viele schwimmen auf Lotosblumen, einer kommt auf einem Kranich geflogen: und sie alle haben eine kleine goldene Wolke hinter sich. Ziemlich in der Mitte aber ist ein kleiner, offener Tempel, in dem zwei Frauen auf einem Teppich tanzen, rechts und links Gruppen musizierender Frauen mit Flöten, Geigen und anderen Instrumenten. Und wie sich das alles bewegt! Leise, fein und etwas durchsichtig ist hier alles. Vielleicht beruht ein Teil von dem Besonderen der asiatischen Kunst auch darauf: Bei der Komposition unserer Gruppenbilder ist entweder die eine Bildhälfte der anderen entsprechend, oder sie ist von einem Zentrum aus zu verstehen, was etwas Ruhendes, vielleicht auch Starres geben kann. Wie auch die asiatischen Muster meist fortlaufen, so scheinen mir auch die grossen Bildkompositionen merkwürdig fortlaufend bewegt und nicht zentral ausklingend. Hier bei dem heiligen Teich ist die Bewegung der kleinen Heiligen auf den Wellen und Wolken und auch der tanzenden Frauen wie ein fein klingendes Hin und Wider. Auf der Rückseite, bei dem Schlossbesuch, wirkt wieder in erster Reihe so frappant, wie nach dem unregelmässigen, schnellen Rhythmus der Pferde die breite Treppe ruhig und schräg in die Höhe führt, und wie sich oben dann die Bewegung verteilt. Und noch besonders schön an jenen Sachen ist, dass die Künstler das, was sie darstellen, bis ins Innerste verstanden haben. Nichts ist dabei nicht beherrscht oder nur angedeutet; es ist alles, was gegeben werden sollte, auch bis in die kleinsten Nuancen hinein gegeben.

Die Plastik ist seltsam, einerseits der vollständig geschlossene und ruhige Buddhatypus, und dann wieder diese Dämonenstatuen, barock und fratzenhaft. Ich kann ihnen wenig Geschmack abgewinnen, auch selbst einer ganz ausserordentlich glänzenden grossen Porträtstatue aus Holz mit eingesetzten

Glasaugen nicht, die einen Wegheiligen darstellt. An Ausdruck und Bewegung ganz lächerlich lebendig und beherrscht; und doch zwingt sie wohl nichts anderes ab als Staunen und allenfalls Bewunderung; übrigens wohl eine Arbeit aus späterer Zeit. Unter den Buddhafiguren sind einige wunderschöne.

× **Dürersche Handzeichnungen** ×  
Im Berliner Kupferstichkabinett ist neben anderen eine Anzahl von Dürers

Handzeichnungen ausgestellt, und es ist seltsam unter diesen ganz grossen Sachen auch so manches zu finden, was Dürer wie als einen anderen Menschen zeigt. Oft spricht da bei ihm ein lebhaftes wissenschaftliches Interesse, dem er seine Kunst ganz zu unterstellen scheint: in diesem Zug mag er wohl Leonardo etwas ähnlich sein. Es sind allerhand merkwürdige Beobachtungen, die ihm da durch den Kopf gehen, einmal sind es ausländische Kaufleute ein andermal eine neue Erfindung wie die grosse Kanone, die er denn getreu und richtig in seiner ehrlichen Art abzuzeichnen versucht, wie irgend ein lernbegieriger Wissenschaftler, der auch zeichnen kann. Es gibt auch Blätter, die diesen seinen fleissigen Sinn in etwas anderer Wendung zeigen; ich meine die Zeichnungen, die unter dem Einfluss Italiens entstanden sind. Dürers offene Art alles Neue aufzunehmen, das er als Material für sich verarbeiten konnte, liess ihn auch der Renaissance folgen, zu der er sonst innerlich keinerlei Beziehung haben konnte. Da gibt es eine ganze Anzahl von italienisierenden Kompositionen, mit hohen Bogen und gestreckten Menschen. Ein Blättchen, auch etwas wie unter fremdem Einfluss entstanden, gibt in flüchtigen Umrissen ein grosses Waldinneres, und Petrus und Paulus verschwiegend klein in der Ecke des Bildes im Gespräch. Und doch haben alle diese studienhaften Nachahmungen an ihn selbst gleichsam nicht herangekonnt. Blätter, in denen eine so ganz persönliche, ernste Seelenarbeit steckt, zeigen das genug. Einmal ist da die bekannte Silberstiftzeichnung von dem lautespielenden Engel, der Engel als ein knochiger, ernster Mann. Dann das Blatt von seiner Mutter mit dem zerarbeiteten alten Gesicht; vor allem aber die zwei Zeichnungen zum Grabmal Fuggers auf ziemlich dunklem grünem Papier mit Weiss und Schwarz gezeichnet. Der

eine Entwurf wird quer durchgeteilt von dem toten Fugger, der auf dem Sarkophag liegt, mit offenem Mund — wie ihn ein italienischer Renaissancemaler nie gezeichnet hätte —, darunter spielen Affen, kleine Engel blasen auf Flöten, und ein Satyr schlägt sich am Sarkophag den Schädel ein; auf dem oberen grösseren Teil schlägt Simson die Philister; eine Fülle von Gestalten; die Haupttrichtung des Ganzen gegen oben, wo Gottvater auf einer kleinen weissen Wolke sitzt. Das Blatt ist gar nicht gross, und dabei dichtgedrängt im Zusammen und Aufwärts mit wirklichsten Gestalten. Was sie bedeuten mögen, ist schwer zu sagen, aber alle sind wie aus dem Dunkel heraufsteigend, in gedrängter und starker Lebensempfindung.

Die übrigen ausgestellten Zeichnungen verschwinden grösstenteils neben denen Dürers; lebhafter eingepägt hat sich mir nur ein Porträtkopf Baldung Griens und zwei sehr schöne Blätter Behams.

× **Berliner Ausstellungen** ×  
Bei Cassirer fallen im ersten Saal gute Landschaften Ulrich Hübners auf; besonders eine Hafenlandschaft mit einem Regenbogen und den feuchten schillernden Farben des Regenglücks gefällt mir, dann ein sehr schönes Bild Kardorffs, ferner Strandbilder Liebermanns. Aber alles das tritt gegen den ganz unmittelbaren Eindruck des Manetschen Bildes in der Wandmitte des Hauptsaals zurück. Es ist nicht gross und stellt in halber Figur eine Frau dar, die von der Eisbahn kommt; im Hintergrund auch Figuren. Da ich Paris nicht kenne und doch nur kleine Bruchstücke seiner Kunst hierher kommen, die nur wenig lebendige Vorstellung geben können, war der Eindruck von der künstlerischen Kraft des Bildes doppelt stark. Die Frau hat ein kaum modelliertes, ganz helles Gesicht, dafür ist die Jacke in breitem, vollem Schwarz gegeben. Der fabelhaft koloristische Wert, den Schwarz haben kann, ist ja bei uns kaum je gesehen; meist wird es in irgend welcher Pleinairmischung zu Blau oder Grau gebrochen. Um so wohlthuender ist's es hier so frei und voll angewandt zu sehen. Die Eigentümlichkeit von Schwarz, dass es, wie manche andere sehr lebhaftes Farbe, durch die Kraft seines Farbtons alle Modellierungen und Nuancierungen verschlingt, gibt unter Umständen durch Kontrastwirkungen den übrigen Farben...

wunderbar Distanz und Luft, so auch hier bei Manet. Von den Japanern wird dieses klare Schwarz, wenn auch in anderem Sinn, in ihren Farbendruckern sehr oft benutzt.

Von Franzosen sind ausserdem noch einige Bilder Renoirs da, deren Wert ich nicht recht zu erkennen vermag, mit Ausnahme eines Damenporträts mit schwarzem Schleier; die anderen, ein Mädchenhalbakt und eine kleine Landschaft, sind durchaus luftig in den Farben, aber sie haben eine unangenehme Ängstlichkeit und Unfreiheit, so dass ich wohl denken könnte, es seien ganz frühe Arbeiten. Dann zwei kleine Landschaften Pissaros und ein grosses Strandbild Courbets, das mir einen sehr starken Eindruck gegeben hat. Es ist braun und trocken in der Farbe, wirkt aber, es ist schwer zu sagen woher, ausserordentlich ernsthaft und streng. Ausserdem noch eine schöne volltönige Abendlandschaft Monets mit einem blaugrünen Abhang am See.

Im hintern Saal sind nur Leistikows. Grösstenteils sehr gute, naturwahre Sachen; dass ich trotz all seiner eminenten Vorzüge selten ein näheres Verhältnis zu seinen Bildern spüre, mag an mir liegen, vielleicht aber steckt doch hinter seinen Fähigkeiten nicht Persönlichkeit genug.

Dann wären noch Slevogt zu nennen, an dessen grossen Bildern ich wenig Geschmack finden kann, auch scheinen sie ihr Format durch nichts zu rechtfertigen, und zwei Bilder Corinths, von denen das kleinere sehr gut ist.

✕ **Kurze Chronik** Von Max Klinger sind in Leipzig zur Jubiläumsfeier Wandgemälde für die Universität ausgestellt, an denen der Künstler 3 Jahre gearbeitet hat. Er wurde zum Geheimen Hofrat ernannt. ✕ In München wird im Jahre 1910 eine Ausstellung orientalischer Meisterwerke veranstaltet.

### **Dichtkunst / Max Hochdorf**

**Liliencron †** Im Monat des Blühens und der roten Rosen ist Detlev von Liliencron gestorben, unerwartet, plötzlich hingerafft, als jeder noch glaubte, dass der rüstige Fünfundsechzigjährige mit festem Schritt durch den Julimorgen wandere. Der selbige Peter Hille nannte ihn einmal in einem verschollenen Brief *Mein goldener Detlev*. Der Name soll an dem Toten sitzen blei-

ben. Er war ein goldener Mensch, eine kühne und kernige Seele, die sich herrlich mit dem Leibe vertrug und daher Sinnliches und Sonniges besang, ganz nach ihrem irdischen Belieben. Ein Biograph hat sich einmal zu hastig erlaubt Liliencron einen *Bauerngoethe* zu heissen. Dies Wort trifft gerade das Gegenteil von der Wahrheit. Liliencron hat nicht das leiseste von einem Goetheschen Zug besessen, dazu war seine Lyrik zu plötzlich, zu hastig aus einem ungebändigten Temperament hervorgesprudelt. Goethesche Lyrik ist der Klang der Abklärung, selbst bei dem Jüngling, der Nachhall, der nach dem Austoben der Empfindung folgt, das Echo, das sorgsam verwahrt wird. Ein kunstvolles Gebilde, aber ein sehr schönes, artiges, an Ewigkeiten mahndes. Liliencron will die Minute, das Glimmen, nicht das Leuchten des Herzens, er ist der Poet für den Augenblick, für den Schatten und den schnellen, flackernden Schein. Man lese seine Heidegedichte, seine Reitergedichte, seine *Poggfredsänge*. Das geht alles vom Auge aus, verweilt nicht lange im Herzen. Auf den Lippen bleibt seine Seligkeit oft, oft auch im Magen. Male seine Gedichte, und du malst äusseres Leben. Male Goethesche Lyrik, und du malst eine grosse innerliche Ergriffenheit. Liliencron ist auch nicht bäuerlich. Er ist eher ein Feinschmecker des Lebens und seiner Eindrücke. Man weiss — und ich habe das einmal an anderer Stelle zu seinem 60. Geburtstag festgestellt —, dass seine kleinen, nachahmenden Brüder die dekadenten Sinnendichter sind, denen nicht viel Talent nachzurühmen ist. Ein wenig Polemik ist schon zur Wertung seines Künstlerturns notwendig. Sie säubert uns auch die Liebe zu dem Toten, der ein lieber, eben ein goldener Mensch war. Man freute sich immer an dem ganzen Kerl und schätzte leicht den Künstler zu hoch. So konnte es geschehen, dass Liliencrons Kriegsszenen als das Vollendetste gepriesen wurden. Das ist ja nimmer wahr. Das ist ganz schwache Prosa, wie auch die Sprache seiner Romane. Gross, famos ist der *Poggfred* allein. Der hat schon etwas von der Ewigkeit, und der Geist darinnen ist dem Dehmelschen nahe verbrüderet, dessen Verszeilen jedem Sang das Geleit geben. Was ist der *Mäzen*, was ist die Geschichte *Mit dem linken Ellenbogen*? Gepolter eines goldenen Kerls, hübsch und oft originell, aber nicht sehr erträglich für reiferes Gefühl. Liliencron ist der

Dichter aller Jugendeseelei, aller echten und nicht immer sehr standhaften Überschwänglichkeit. Er gehört der Jugend, die ein heftig Wort höher schätzt als eine tiefe Rede. So hat er sein Verdienst, das nicht klein ist. Der Dramatiker der *Merowinger*, des *Trifels* und *Palermo* und der anderen, manchmal aufgeführten Dramen ist wieder nur ein frischer Mensch, kindlich in der Technik, in der Weltauffassung nicht mächtig. Tragödien lassen es aber am leichtesten erkennen, wenn einem die Empfindungen zwar am rechten Fleck, aber nicht in der nötigen Tiefe sitzen. Liliencron starb, während gütige Hände ihm einen Reitermarsch zuspielten. So war sein letzter Seufzer leicht, denn er brauchte sich nicht aus einer überladenen Seele loszuringen.

×  
**Stehr** Schon oft habe ich Hermann Stehr gepriesen, deswegen, weil ich in ihm grosse Innigkeit erkannte und die Kraft des Wortes, die seines Herzens Schönheit begleitet. Und ich wies darauf hin, dass er oft legendenhafte Bilder formt, dass er eine echte, moderne Stimmung in die geheimen Seelendinge hineinträgt, die ein vollgültiger, ein wertvoller Ersatz für religiöse Erhebung sein kann. *Der begrabene Gott*, sein vorletzter Roman, hat vielleicht die stärksten Gaben eines solchen Talents gezeigt. Sein letzter Roman *Drei Nächte* /Berlin, S. Fischer/ ist nicht von solcher sonnambulen Sicherheit und Grösse erfüllt. Er ist eine schwächere, hoffentlich, eine Arbeit zur Erholung. Er hat ganze Parteen, die sehr wenig taugen. Doch er erhebt sich auch, glücklicherweise oft, zu einer bedeutenden Höhe. Stehr, der merkwürdige Schulmeister, hat den Roman eines Schulmeisters geschrieben. Ein Kleinkinderlehrer auf dem Lande ist dieser Mann, der in drei Nächten einem aufhorchenden Freunde, dem Dichter selbst, aus seinen traurigsten Tagen erzählt. Die Beichte hat eine grosse, wunderbare Partie, nämlich den Bericht vom Zusammenbruch der Eltern des Beichtenden. Darin liegt Innigkeit, Kraft des Ausdrucks und eine Sachlichkeit, die tief ergreift. Alles übrige hat wohl Schwung, aber einen matten, den Idealismus, der häufig durch Lehrerromane spukt. Der Jugendbildner kann sich nicht in die Dürftigkeit seiner Umgebung bequemen, und er wird ein Stürmer und Dränger, ein Abtrünniger vom Kinder- und Pfaffen glauben, ein Dogmenstürzer, der sich

erst wohl fühlt, als er seine enge Stube verlässt und hinauswandert in die weite, unbekannte Welt, die eben vom ersten Morgenlicht beschiene wird. Solche Befreiungsromane mit dämmernder Fernbeleuchtung, mit dem Schneeglantz der Berge, mit dem Schimmern der Morgenröte und dem frommen Psalm des Herzens am Ende sind nichts Seltenes. Sie gewinnen wohl, aber sie haben schon zu oft gewonnen und halten nicht mehr lange fest. Ich höre wohl wiederum einen Teil vom Schicksal Hermann Stehrs. Aber in diesem Teil ist er mit Tausenden verwandt. Sein eigenstes Eigentum ist das nicht. Der Poet selbst wird mit meiner zaghaften Zustimmung fühlen.

×  
**Bahr** Hermann Bahr ist immer sehr fleissig gewesen. Oder sagen wir besser, dass er ein grosses Geschick hat all seine Arbeit mit vollem Namen derart in die Augen zu rücken, dass man deren ganze Ergiebigkeit fast ungläubig bestaunt. Im Lauf des letzten Jahres etwa hat er an vier Bücher erscheinen lassen, es können aber auch mehr sein. Wenigstens verdienen es die letzten vier Bücher, dass sich der Kritiker von neuem mit Hermann Bahr beschäftigt. Da ist nun merkwürdig, dass einem der ganze Mann mit zunehmenden Jahren immer sympathischer wird. Früher mochte ich seine Stilbetonung, die im Grunde nichts als eine grosse Gewandtheit zum Aneignen fremder Temperamente war, gar nicht. Jetzt, und das ist schön, wird Bahr zu einem selbständigen Charakter und Mann. Etwas spät, möchte mancher sagen. Aber es ist so. Nur bei einem deutschen Schriftsteller ist es wohl möglich, dass jemand um die Wende zu den Fünfzigern erst etwas wird. Sein früherer Theaterroman, seine Lustspiele, seine Kritik, das erinnerte alles an Grössere, Innigere. Nun ist er reif: nach vierzig Büchern. Wer mal genau die Arbeit des Mannes überdenkt, muss mir recht geben. Er ist gar nicht gerecht zu beurteilen, da er stets so laut mitgeschrien hat, wenn es irgend eine neue Literaturmode gab. Und da er bei solchen Moden schnell der Oberste sein wollte, erhielt all seine Kunst das Unnatürliche, Hervorgepresste, das mir also lange an ihr missfallen hat. Zwei Romane nun *Die Rahl* und *Drut* /Berlin, S. Fischer/, ein Novellenband *Die Stimme des Bluts* im selben Verlag, ein Buch der *Essays Buch der Jugend*

/Wien, Heller/ und anderes. Bei den Romanen ist es ein Hang zur Polemik, zu sozialer Propaganda, der einen neuen Bahr zeigt. Und ich muss sagen, der Mann, der einen sehr klugen Kopf hat, eignet sich zum Betrachter und Beurteiler seines Vaterlands vorzüglich. Er hat seinen Verstand und sein Herz erweitert. Und alles, was er durch diese Instrumente an politischem Verständnis, an philosophischer Einsicht, an moralischer Güte in sich aufgenommen hat, das sagt er hier in Worten von Fleisch und Blut, nicht in Abstrakten. Er konstruiert sich Lebensfälle für seine Polemik. In seinem jüngsten Theaterroman *Die Rahl* ist der bestgefertigte Mensch ein Junge, der sich nach einer riesigen Liebesverrücktheit zum braven Kerl und Studenten erholt. Hier hat Bahr einen lieb gewonnen und was er von ihm erzählt, was er für ihn erkämpft, das ist echt. Und dem gegenüber fällt alles andere zurück, ist alles andere nicht aus dem echten Gefühl gewachsen, auch nicht aus der echten Erfahrung sondern aus der literarischen Betriebsamkeit. Und ein solch Mensch ist ja schon was wert. All die anderen Typen in diesem Roman, die gräfliche Tragödin, der butterweiche Theatergraf, der blöde Schulmeister, die Sorgenmutter, das ist Literatur. Weil der Mann sich eben keine Zeit lässt Leben und Phantasie aus Eigenem zu verschwistern, muss er hie und dorten Charaktere, Stimmungen, Begebenheiten stehlen. In dem lieben Jungen seines Romans ist er aber frei von solcher Sünde. Im Roman *Drut* ist das gleiche zu sehen. Bahr hat ein paar Prachtypen selbständig geschaffen. Die übrigen Geschöpfe machte er nach fremden Ebenbildern, die ihm nahe stehen. Die gutgelungenen Exemplare sind ein abgesägter, rasonierender Minister, die ganze vertrottelte Sippschaft eines kleinstädtischen Beamtentums. Aber die Hauptgestalten in diesem Buch, die *Drut*, ihr Liebhaber, der *derbe*, etwas schwachsinnige Bezirkshauptmann, das sind wieder aus der Literatur oder auch aus dem Literaturgespräch — um nicht zu sagen, aus dem Geschwätz — erwachsene Geschöpfe. In der Erinnerung ist die Tragikomödie jener Frau, die vor etlichen Jahren einen österreichischen Bezirkshauptmann heiratete. Der brave, an erotischer Hysterie leidende und tichtig dumme Mann heiratete die Frau, da er sie für eine makellose, reiche Dame hielt. Später entdeckte er, und gute Menschen

halfen ihm dabei, dass seine Gattin etwas abenteuerlicher Natur sei, die Tochter eines Zauberkünstlers, die in mehreren zweifelhaften Ehen gelebt hat und wahrscheinlich noch gar nicht einmal geschieden war, als sie sich in dem lieblichen österreichischen Nest mit ihrem blindlings unterwürfigen Bezirkshauptmann trauen liess. Der Beamte nahm sich das Leben, als seine Misere ihm die Laufbahn und das Liebesglück zerstörte. Die Frau hatte viel mit der Gerechtigkeit zu tun, sie erregte durch ihre Memoiren einiges Aufsehen; seitdem fristet sie als nicht unbegabte Lebenskünstlerin ihr Dasein. Diese Wirklichkeit ist phantastisch genug. Bahr schrieb sie in einem dicken Roman nach. Aber er erfindet, dass die Frau gesteinigt wird, als sie sich vor allem Klatsch über ihr Eheabenteuer in Sicherheit bringen möchte. Wer das liest, der versteht Bahr nicht, der doch an allem gewaltsamen, lügenhaften Lebenslösungen sicher vorübergeht. Die Wirklichkeit hat das Weiterleben, die Bereitschaft und den Fleiss der Frau bei neuen Abenteuern so richtig und gar nicht langweilig vorgedichtet. Bahr lässt die Abenteurerin einen Tod in Glanz sterben, er zaubert sogar einen Purpurmantel über sie, so dass die Tote daliegt wie eine enteelte Königin. Nicht wahr, ein geborgtes Bild, ein Armutszeugnis Bahrs, der schnell ein Motiv irgendwo hernahm, da er sich keine Zeit lässt ein besseres zu finden. Schade, er würde es finden, wenn er wollte. Das zeigen die kleinen in der *Stimme des Bluts* vereinten Geschichten, die als Seelenbildlein verwirrt Liebender Studien und Erholungsarbeiten sein sollen. In seinem *Buch der Jugend* redet Bahr hauptsächlich von grossen Österreichern, von Beethoven, Stelzhamer, Hugo Wolf. Da sieht man, wo seine Sehnsucht liegt, wo er Geist und Gemüt anlehnen will, und allerorten findet man jetzt in ihm die Spuren eines solchen Umgangs.

× ×  
**Kurze Chronik** Nach einem sehr emsigen, durch Arbeit und heimliches Wohltun ausgefüllten Leben ist Gustav Karpeles, ein fleissiger Literaturhistoriker und Heinephilolog, dem leider die Fähigkeit des geniessbaren Schreibens fehlte, gestorben. × *Das Hers des Little Pu* habe ich meinen jüngsten Roman getauft und bei Axel Juncker in Stuttgart erscheinen lassen. × Ausgezeichnete und sehr witzige Erzählungen sind Gustav Wieds *Bauerngeschichte*.

ten /Stuttgart, Juncker/. × Der Wiener Karl Kraus gab eine umfangreiche Sentenzensammlung, *Sprüche und Widersprüche* /München, Langen/, heraus. Kraus ist ein fixer Mensch, der einen geschmackvollen Wortwitz ausübt, der gegen falsche Moral und Politik und gegen erbärmliche Kunst eine kräftige Feder führt. Er ist nicht immer sauber, er ist oft überflüssig eitel, er ist fast immer amüsant, eine Merkwürdigkeit seiner Stadt und ein Orginal von mässigem Umfang.

### Musik / Hugo Leichtentritt

**Musikfeste** Ausser dem Tonkünstlerfest des *Allgemeinen deutschen Musikvereins* in Stuttgart

und der Haydnzentenarfeier in Wien, von denen schon in der vorigen Rundschau die Rede war (siehe pag. 934 ff.), haben noch in zahlreichen anderen Städten sommerliche Musikfeste stattgefunden. Das 14. mecklenburgische Musikfest in Schwerin brachte neben einer langen Reihe altbewährter Werke aus der klassischen Literatur auch eine neuere Komposition, den *Paria* Goethes in der Vertonung des Darmstädter Musikers Arnold Mendelssohn. In Berlin haben wir diese vornehme Chorkomposition schon vor einiger Zeit bei der Erstaufführung durch den Ochsschen Chor würdigen können.

Auch das 85. niederrheinische Musikfest in Aachen hielt sich in bewährten Geleisen. Bach, Haydn, Beethoven, Brahms, Cornelius, Wagner, Richard Strauss waren vertreten. Von weniger bekannten Werken ist nur Schillings Musikdrama *Der Moloch* (nach Heibel) zu nennen, das in einer Konzertaufführung dargeboten wurde.

Das Kammermusikfest in Darmstadt brachte einen klassisch-romantischen Abend mit Werken Mozarts, Beethovens, Schuberts, Schumanns, Mendelssohns, Brahms'; einen Saint Saëns-Abend, an dem sich der greise französische Meister an der Ausführung einer Reihe seiner eigenen Werke mit bedeutendem Erfolg selbst beteiligte. Im letzten Konzert wurden neuere Werke gehört: Max Regers Introdution, Passacaglia und Fuge für zwei Klaviere, Regers neue Sonate für Klarinette und Klavier, opus 107 (Uraufführung), Paul Juons schon sehr vorteilhaft bekannte *Rhapsodie* für Klavier und Streichinstrumente, opus 37, und ein neues Streichquartett Hans Hermanns.

Sehr regsam ist der *Schweizerische Tonkünstlerverein*. Jedes Jahr hält er sein Musikfest ab, das nur aus Kompositionen der Mitglieder bestritten wird. Wie ernsthaft in der Schweiz gearbeitet wird, und was für bedeutende Talente dort zu Hause sind, haben die früheren Musikfeste schon gezeigt. Das diesjährige, das in Winterthur abgehalten wurde, brachte Orchesterkompositionen Hans Kötschers, Josef Laubers, Gustav Niedermanns, ein Violinkonzert Eugen Berthouds, Chorwerke Paul Benners, Philipp Nabholz', Kammermusik von K. Heinr. David, Othmar Schoeck, Hermann Suter, Hans Jelmoli, Gesänge von Peter Fasbaender und dem auch in Berlin geschätzten Pianisten Rudolph Gantz.

× **Totenliste** ×  
 Einer der tüchtigsten Musiker Italiens, Giuseppe Martucci, ist im Alter von 52 Jahren gestorben. Er gehört zu den wenigen italienischen Musikern, die sich der vornehmen Kammermusik zugewendet haben. Als Direktor des Konservatoriums zu Bologna hatte er eine einflussreiche Stellung, und er trug viel dazu bei, den musikalischen Geschmack in Italien zu heben.

Der hervorragende polnische Musiker Sigismund Noskowski starb in Warschau, 63 Jahre alt. Lange Jahre hindurch war er Lehrer am Warschauer Konservatorium und Dirigent der *Musikgesellschaft*. Von seinen Kompositionen haben einige polnische Opern in ihrem Heimatland Erfolg gehabt, seine Orchesterwerke sind auch ausserhalb Polens aufgeführt worden.

Der ehemals weltberühmte polnische Tenorist Ladislaus Mierzwinski ist in Paris ziemlich vergessen gestorben. Einem Schlaganfall erlag in Bad Elster der ausgezeichnete Geigenspieler Arno Hilf, erster Violinprofessor am Leipziger Konservatorium.

In Breslau starb Professor Emil Bohm im Alter von 70 Jahren. Durch seine jahrzehntelange Tätigkeit als Professor der Musikgeschichte an der Breslauer Universität, als Musikreferent an der *Breslauer Zeitung*, als Dirigent des *Bohnschen Gesangvereins* war der Verstorbene eine der markantesten musikalischen Persönlichkeiten Breslaus. Als Forscher hat er namentlich für die Geschichte des älteren deutschen mehrstimmigen Liedes im 15., 16. und 17. Jahrhundert Bedeutendes geleistet.

× ×

**Kurze Chronik** In Dresden hat sich unter dem Vorsitz des Dr. Max Arend eine *Gluckgesellschaft* gebildet, die für Glucksche Kunst wirken und eine Gesamtgabe der Werke dieses Meisters veranstalten will. Dieser Gesellschaft ist voller Erfolg zu wünschen, da Gluck, einer der grössten und eigenartigsten Meister der Musik, im öffentlichen Musikleben der Gegenwart so gut wie ganz ausgeschaltet ist. × Das altherühmte Konservatorium der Wiener *Gesellschaft der Musikfreunde* ist vor kurzem verstaatlicht worden. Jetzt ist in Wien ein *Neues Konservatorium für Musik* gegründet worden, dessen Lehrkörper Namen von gutem Klang aufweist, wie Alfred Grünfeld, Franz Ondricek, Dr. Richard Batka und andere. × Eine neue *Faustmusik* des Mannheimer Kapellmeisters Leopold Reichwein ist in Mannheim aufgeführt worden. Reichwein, der demnächst den Platz Mottls in Karlsruhe einnehmen wird, hat sich schon früher, in ganz jungen Jahren, mit zwei Opern, die in Breslau zur Aufführung gekommen sind, als begabter Komponist gezeigt. × Ein bekannter Berliner Musiker, Professor Friedrich Gernsheim, früher lange Zeit Dirigent des *Sternschen Gesangvereins*, feierte im Juni seinen 70. Geburtstag. × Der berühmte Cellist Hugo Becker ist für die Berliner königliche Hochschule für Musik als Nachfolger Robert Hausmanns gewonnen worden. × Am 18. Juli feierte Professor Dr. Hugo Riemann in Leipzig seinen 60. Geburtstag. Unter den Vertretern der Musikwissenschaft kommt Riemann eine allererste Stelle zu. Seit mehr als 30 Jahren hat er eine Unmenge von Büchern und Schriften über die verschiedensten Gebiete der Musikgeschichte und Musiktheorie veröffentlicht, von denen viele heftige Erörterungen für und wider in der Fachpresse verursacht haben, durch die aber fast immer die Wissenschaft in irgend einer Hinsicht nachhaltig gefördert worden ist. Auf dem Gebiet der Musiktheorie insbesondere hat Riemann bahnbrechend gewirkt. Seine Studien zur Harmonielehre, die er in einer ganzen Reihe von Schriften niederlegte, bedeuten die wertvollste Förderung dieses Zweigs der Musikwissenschaft seit dem epochemachenden Rameauschen System der Harmonik. Auch der praktische Wert dieser Studien ist hervorragend; erst mit ihrer Hilfe ist ein theoretisches Ver-

ständnis, eine logische Erklärung der entwickelten neueren Harmonik möglich. Jedem Musikfreund dürfte auch Riemanns Name durch das ausgezeichnete, in seiner Art eigentlich unvergleichliche und unentbehrliche *Musiklexikon* wohlbekannt sein, das nun schon in 7. Auflage erscheint. Seine letzte grössere Arbeit ist das grosse *Handbuch der Musikgeschichte*, von dem bis jetzt 3 Bände erschienen sind /Leipzig, Breitkopf & Härtel/, die hauptsächlich von der Entwicklung der Musikformen bis zum 17. Jahrhundert berichten. × Zum Direktor der königlichen Hochschule für Musik in Berlin ist Professor Dr. Hermann Kretzschmar ernannt worden. Diese Nachricht darf mit Freude begrüsst werden. Kretzschmar ist eine Kraft ersten Ranges, gleich bewährt im Wissenschaftlichen wie im Pädagogischen, ein Mann von weitem Blick, ohne jede Engherzigkeit, der auch als Gelehrter den Zusammenhang mit der Gegenwart nie verloren hat. Es mag von Vorteil sein, wenn in einer einzigen bewährten Hand mehrere wichtige Ämter zusammenfliessen: Kretzschmar hatte bisher die ordentliche Professur für Musikgeschichte an der hiesigen Universität inne, verwaltete ferner das Institut für Kirchenmusik und wird diese Ämter beibehalten.

× **Literatur** Vollständig umgearbeitet erschien in 8. Auflage B. Kothes *Abriss der allgemeinen Musikgeschichte* /Leipzig, Leuckart/; und zwar hat Rudolf Freiherr Prochazka diese Umarbeitung vorgenommen. Das ursprünglich zum Gebrauch an Lehrerseminaren gedachte Buch war im Stoff und in der Ausarbeitung etwas dürftig. Die Umarbeitung Prochazkas ist jedoch eine so umfassende gewesen, dass es in seiner gegenwärtigen Form allen billigen Ansprüchen auf Zuverlässigkeit und Vollständigkeit durchaus gerecht wird. Es gibt in der Tat kaum ein Buch ähnlichen Umfangs, das die gesamte weitverzweigte Literatur über alle Teile der Musikgeschichte so umfassend und genau nachweist. Darin sehe ich den Hauptvorteil dieser Bearbeitung; sie weist dem Leser die Wege nach allen Seiten hin aufs beste. Aus diesem Grund sei das Buch jedem empfohlen, der ernstere Studien in der Musikgeschichte machen will. In der Darstellung, im Fortspinnen des Fadens wird es von manchen anderen Werken

übertroffen. Es hat mehr die Form eines Compendiums als einer erzählenden Darstellung. Nichtsdestoweniger vermittelt es eine ungemein grosse Fülle von Nachrichten, ist zudem sehr zuverlässig, durchaus auf den Stand des heutigen Wissens gebracht. X In der Serie *Wissenschaft und Bildung* /Leipzig, Quelle & Meyer/ veröffentlichte H. von der Pfordten eine kleine Mozartbiographie. Wer sich über Mozart gründlich unterrichten will, wird natürlich zuerst nach Jahns grossem, klassischem Werk greifen. Wüsste jemand jedoch eine kleinere, dabei doch ins einzelne gehende, zuverlässige und mit Wärme geschriebene Darstellung, so würde ich ohne Bedenken das kleine Buch von der Pfordten vor allen anderen ähnlichen Büchern empfehlen. Es ist allgemein verständlich gehalten, bietet aber dessen ungeachtet auch dem Musikkundigen eine Menge auch fachlich interessierender Erörterungen, unter denen ich die Besprechungen der grossen dramatischen Werke besonders hervorheben möchte.

## KULTUR

### Technik / Heinrich Lux

**Stumpfs neue Dampfmaschine** Die beiden wichtigsten Fortschritte in der Ausnutzung des Wasserdampfs zur Erzeugung motorischer Kräfte, die im letzten Jahrzehnt gemacht worden sind, werden durch die Dampfturbine und die Ausnutzung des Abdampfes markiert. Die hierin erzielten grossen Erfolge, insbesondere die der Dampfturbine, haben in weiten Kreisen die Ansicht aufkommen lassen, als ob die Tage der Kolbendampfmaschine bereits gezählt seien, und wesentliche Verbesserungen hier nicht mehr erwartet werden könnten. Wie misslich das Propheteien in technischen Dingen ist, zeigt die Dampfmaschine des Professors Stumpf, die unter ganz neuen Gesichtspunkten konstruiert ist. Die von ihm erfundene Kolbendampfmaschine ist prinzipiell so einfach wie eine Dampfturbine, und es sind bei ihr wesentlich höhere Wirkungsgrade zu erwarten als sie bisher möglich erschienen.

Die ersten Dampfmaschinen, die praktische Bedeutung gewonnen hatten, arbeiteten mit einem einzigen Zylinder, in dem durch die Expansionskraft des gespannten Dampfs ein Kolben bewegt wurde. Die hin und her gehende Be-

wegung des Kolbens wurde entweder direkt ausgenutzt, wie bei den älteren Wasserhaltungsmaschinen, oder sie wurde durch hier nicht weiter interessierende mechanische Mittel in eine rotierende Bewegung verwandelt. Die wesentlichen Vervollkommnungen der Kolbendampfmaschine erstreckten sich in erster Linie auf eine möglichst vollkommene Ausnutzung der Expansionskraft des gespannten Wasserdampfs. Um Wärmeverluste tunlichst zu vermeiden, gelangt man so bis zu Dampfspannungen von 14 Atmosphären und mehr. Bei so hohen Dampfdrücken erschieen es nicht mehr möglich die Expansionskraft des Dampfs vollkommen in einem einzigen Zylinder auszunutzen. Man verteilte vielmehr die Expansion auf mehrere Stufen, indem man zunächst ein bestimmtes Quantum des hochgespannten Dampfs in einem Hochdruckzylinder bis zu einem gewissen Grade expandieren liess und die noch vorhandene weitere Expansionsfähigkeit dieses Dampfquantums in einem zweiten Zylinder, dem Niederdruckzylinder, ausnutzte. In zahlreichen Fällen wandte man sogar eine dreistufige Expansion an, indem man das selbe Dampfquantum in einem Hochdruck-, einem Mitteldruck- und einem Niederdruckzylinder arbeiten liess. Es zeigte sich jedoch bald, dass bei der hohen Überhitzung hochgespannten Dampfs, die bis zu 350° beträgt, der Hochdruckzylinder einer Dreifachexpansionsmaschine unter Bedingungen arbeitet, die die Betriebssicherheit der ganzen Maschine gefährden, so dass man in der letzten Zeit wieder allgemein zu Zweifachexpansionsmaschinen zurückgekehrt ist. Auch bei diesen Maschinen findet eine sehr ungleichmässige Beanspruchung des Hochdruckzylinders und des Niederdruckzylinders statt, die insbesondere in den hohen Temperaturunterschieden des hochgespannten und überhitzten Dampfs im Hochdruckzylinder einerseits und des bereits expandierten Dampfs im Niederdruckzylinder andererseits ihren Grund hat. Es lag deshalb der Gedanke nahe zum Ausgangspunkt der Dampfmaschinenkonstruktion zurückzukehren und die Expansionskraft des Dampfs vollständig nur in einem einzigen Zylinder auszunutzen. Vor diesem Schritt scheute man sich jedoch lange Zeit, weil man nicht ganz mit Unrecht hierin einen Rückschritt zu erblicken glaubte. Trotz der theoretischen und praktischen Einwendungen griff jedoch Stumpf den Gedanken der Ein-

zylindermaschine energisch auf, und es gelang ihm, allerdings unter vollständiger Umkonstruktion des Dampfzylinders, eine sehr vollkommene Dampfmaschine durchzubilden.

Um den Fortschritt zu kennzeichnen, der durch die neue Stumpfsche Maschine gemacht worden ist, ist es notwendig einen Augenblick auf die Vorgänge einzugehen, die sich im Zylinder der gewöhnlichen Dampfmaschine abspielen. Der Einfachheit wegen sollen sich diese Auseinandersetzungen nur auf eine gewöhnliche Einzylindermaschine erstrecken. Bei der üblichen Bauart der gewöhnlichen Dampfzylinder sind an den beiden Enden der Zylinder je ein Dampfeinlass- und ein Dampfauslassventil, im ganzen also 4 Ventile, vorgesehen. Der Dampf tritt etwa am vorderen Ende des Zylinders ein und nachdem ein bestimmtes Dampfquantum abgesperrt worden ist, expandiert dieses, wobei der Zylinderkolben nach dem hinteren Ende des Zylinders getrieben wird. In der Endstellung des Kolbens findet eine Umsteuerung der Ventile statt. Das Dampfeinlassventil am hinteren Ende wird geöffnet und ebenso das Dampfauslassventil am vorderen Ende. Der Kolben bewegt sich rückwärts und drückt den beim ersten Arbeitsgang verbrauchten Dampf durch das Auslassventil am vorderen Zylinderende heraus. Ist der Kolben in diese Anfangsstellung zurückgekehrt, so findet wiederum eine Umsteuerung sämtlicher Ventile statt, und der Kolben bewegt sich wieder nach dem hinteren Zylinder, wobei das dort tätig gewesene Dampfquantum herausgedrückt wird.

Bei den grossen Kolbengeschwindigkeiten, die im modernen Maschinenbau üblich geworden sind, müssen die Einlass- und Auslassventile grosse Abmessungen erhalten, wodurch schädliche Räume entstehen, die eine vollkommene Ausnutzung der in Dampf aufgespeicherten Wärme unmöglich machen. Ein weiterer Nachteil besteht darin, dass der in den Zylinder eintretende Frischdampf auf grosse mit verhältnismässig kaltem Dampf in Berührung stehende Flächen auftritt, wodurch während des ganzen Arbeitsgangs des Kolbens nutzlos Wärme verloren geht. Ferner ist der Zylinderraum fast während der Hälfte der gesamten Arbeitszeit mit dem Kondensator oder dem Dampfaufnehmer verbunden, wodurch die Zylinderwände wiederum abgekühlt werden. Schliesslich wird der ausströmende Dampf gezwungen sich im umgekehrten

Sinn wie der einströmende Dampf zu bewegen, so dass auf grund des Trägheitsgesetzes unausbleibliche Energieverluste in Kauf genommen werden müssen. Bei der Zweifachexpansionsmaschine sind diese Verluste nicht so gross wie in der Einzylindermaschine, weil das im Dampf zur Verfügung stehende Wärmegefälle geteilt ist, dafür aber sind erhebliche Komplikationen bei der Durchbildung der Steuerorgane, die natürlich gegenüber der Einzylindermaschine in doppelter Anzahl vorhanden sein müssen, nicht zu vermeiden, so dass schon aus diesem Grunde bei gleicher Wärmeausnutzung die Einzylindermaschine vor der Doppelexpansionsmaschine Vorzug verdienen würde. Der schöpferische Gedanke Stumpfs besteht nun darin in einer Einzylindermaschine die Bewegungsrichtung des Dampfes nicht zu ändern, ihn vielmehr in der selben Richtung austreten zu lassen, in der er eingetreten ist. Der Dampf muss also ohne Richtungswechsel in dem Augenblick austreten können, in dem der Kolben seinen Arbeitsgang vollendet hat. Hieraus ergibt sich die folgende Konstruktion. Der Dampfzylinder erhält an seinen beiden Enden nur Dampfeinlassventile, die bei einer hohen Dampfspannung natürlich nur geringe Abmessungen zu erhalten brauchen. Hierdurch werden die schädlichen Räume auf ein Minimum beschränkt. Die Dampfauströmung vollzieht sich, ohne Anwendung besonderer Ventile, genau in der Mitte des Zylinders. Zu diesem Zweck sind im Zylindermantel genügend weite Öffnungen vorgesehen, die in direkter Verbindung mit dem Kondensator stehen oder eventuell unmittelbar ins Freie führen. Der Kolben selbst ist etwa halb so lang wie der Zylinder, so dass er die Dampfauströmungsöffnungen erst kurz vor der völligen Vollendung seines Arbeitsgangs frei gibt. In der neuen Dampfmaschine spielen sich demnach folgende Vorgänge ab. Ein kleinstes Quantum des hoch überhitzten Dampfes von etwa 12 Atmosphären gelangt auf dem kürzesten Wege in den Zylinder. Der Kolben wird vorwärts bewegt, und bei genügend langem Zylinder expandiert hierbei der Dampf von der Maximalspannung auf die gleich niedrige Spannung wie bei einer Zweifachexpansionsmaschine im Niederdruckzylinder. Hat der Kolben seinen Arbeitsgang vollendet, die Dampfaustrittsöffnungen also frei gegeben, so wird der grösste Teil des verbrauchten Dampfes in den Kondensator abgesaugt oder pufft direkt

ins Freie aus. Ein geringer Dampfrest bleibt jedoch im Zylinder zurück; strömt nun auf der andern Zylinderseite frischer Dampf ein, so dass der Kolben sich rückwärts bewegen muss, so wird der erwähnte geringe Dampfrest natürlich komprimiert. Hierdurch wird allerdings ein bestimmter Energieverlust durch die Kompressionsarbeit bedingt, gleichzeitig wird aber auch bewirkt, dass infolge der Kompression des Dampfrests die Zylinderwände stark erwärmt werden. Neuerdings an dieser Stelle frisch zutretender Dampf wird also nicht wie bei den üblichen Dampfmaschinen abgekühlt sondern behält seine ursprüngliche Temperatur. Wird der Energieverlust infolge der Kompressionsarbeit geringer gehalten als die Wärmeverluste, die beim Auftreffen frischen Dampfes auf abgekühlte Zylinderflächen eintreten, so kann ohne weiteres mit Stumpfs Einzylindermaschine ein höherer Nutzeffekt erzielt werden als mit den älteren Zweifachexpansionsmaschinen. In der Tat haben auch Versuche an einer 500pferdigen Stumpfschen Maschine einen Dampfverbrauch von nur 4,6 kg per indizierte PS ergeben, ein Wirkungsgrad, der sonst nur mit den erheblich teureren und komplizierteren Dreifachexpansionsmaschinen erzielt werden kann. Unter Berücksichtigung der ausserordentlichen Einfachheit der neuen Stumpfschen Maschine ist diese also praktisch den Mehrfachexpansionsmaschinen überlegen.

#### × Fernsprechnetze

In den neunziger Jahren noch war das Berliner Fernsprechnetz das grösste der Welt, und Deutschland nahm mit seinen Fernsprechanlagen den ersten Rang ein. Infolge des kurzsichtigen Fiskalismus, der auch in den Post- und Telegraphenbetrieben bei uns Eingang gewonnen hat, haben sich diese Verhältnisse in den letzten Jahren wesentlich geändert. Gegenwärtig nimmt die erste Stelle unter den Ortsfernprechnetzen New York ein, und seine Entwicklung vollzieht sich so rapide, dass der erreichte Vorsprung kaum jemals eingeholt werden kann. Auch in den übrigen Teilen der Vereinigten Staaten hat das Telephonwesen in den letzten Jahren einen ausserordentlichen Aufschwung genommen. So betrug die Zahl der von der *Bellgesellschaft* eingerichteten Sprechstellen im Jahre 1899 nur 465 180, Anfang 1907 war die Zahl aber bereits auf 2 Mill. heraufgegangen und gegenwärtig beträgt sie schon

mehr als 4 Mill. Das Netz der Gesellschaft erstreckt sich auf mehr als 30 000 Orte, und die Zahl der im Jahr vermittelten Gespräche beträgt 6 Milliarden. Infolge der ausserordentlichen Wohlfeilheit der Telephonanschlüsse in den Vereinigten Staaten in Verbindung mit den vollendeten technischen und Betriebseinrichtungen ist dort das Telephon ein ständig an Bedeutung gewinnendes Verkehrsmittel geworden. In Deutschland dagegen werden durch die beabsichtigte Verteuerung und Erschwerung des Telephonbetriebs die Abonnenten möglichst von seiner Benutzung abgeschreckt.

#### × Unfälle durch Gas und Elektrizität

Die Unfälle, die im Jahre 1908 durch Leuchtgas, Acetylen und Elektrizität hervorgerufen wurden, weisen die folgenden Zahlen auf: Explosionen durch Leuchtgas 118, Vergiftungen durch Leuchtgas 98. Gesamtzahl der Unfälle durch Acetylen 23. Unfälle durch Elektrizität 58, und zwar durch: Berührung der Freileitung 33, Kurzschluss 14, Zerreißen der Freileitung 2, Erdschluss 2, Kabeldefekt 1, Herabfallen glühender Bogenlampenkohlen 1, Erklettern eines Mastes 1, Umfahren eines Mastes 1, Zerspringen eines Dynamo 1, aus unbekanntem Ursachen 2.

Die Verletzungen von Personen verteilen sich, auf je 100 Fälle berechnet, folgendermassen: Bei Unfällen durch Leuchtgas 23,6 leichtverletzte, 64,8 schwerverletzte, 36,1 getötete Privatpersonen; 4,6 leichtverletzte, 10,7 schwerverletzte, 1,9 getötete Berufspersonen. Bei Unfällen durch Acetylen 13,0 leichtverletzte, 56,6 schwerverletzte, 8,7 getötete Privatpersonen; 4,4 leichtverletzte, 39,1 schwerverletzte, 4,4 getötete Berufspersonen. Bei Unfällen durch Elektrizität 31,4 leichtverletzte, 13,8 schwerverletzte, 24,1 getötete Privatpersonen; 5,2 leichtverletzte, 15,5 schwerverletzte, 32,8 getötete Berufspersonen. Die Verteilung der verletzten Personen auf Unfallorte führt zu dem interessanten Ergebnis, dass auf je 100 Unfälle in Wohnräumen durch Leuchtgas 13,4 leichtverletzte, 39,8 schwerverletzte und 31,0 getötete Privatpersonen kamen, während durch Elektrizität nur 1,7 Privatpersonen schwere Verletzungen erlitten.

× Acetylenleuchtfeuer Die seinerzeit auf das Acetylen gesetzten überschwänglichen Hoffnungen haben sich nicht realisiert. Nur für ge-

wisse Zwecke, so zum Betrieb von Wagen- und Fahrradlaternen, bei der autogenen Schweißung der Metalle, hat es sich bewährt. Zu diesen Anwendungsgebieten kommt jetzt noch ein wichtiges neues hinzu, nämlich die Verwendung des Acetylens bei Leuchtfeuern zur Sicherung der Schifffahrt. Diese Verwendung wurde allerdings erst möglich, als es gelungen war das Acetylen unter Benutzung des sogenannten *gelösten Acetylens* mit hohem Druck aufzuspeichern, so dass eine einmalige Versorgung eines Leuchtfeuers mit einem gewissen Acetylenvorrat, der für lange Zeit ausreicht, zugänglich wurde; denn Leuchtfeuer, die an exponierten Stellen der Küsten angeordnet werden müssen, sollen einer möglichst geringen Bedienung bedürfen. Die von M. Dalén angegebenen und von der *Gesellschaft Gasakkumulatoren* in Stockholm gebauten Acetylenleuchtfeuer scheinen dieser Bedingung in weitgehendem Mass zu genügen. Die genannten Leuchtfeuer, die als feste und als Blinkfeuer gebaut werden, bedürfen keinerlei Wartung. Einmal mit einem gewissen Vorrat an gelöstem Acetylen versehen, schalten sie sich selbsttätig bei Beginn der Dunkelheit, also auch bei eintretendem Nebel, ein und erlöschen von selbst, sobald es genügend hell geworden ist. Dieses Ein- und Ausschalten geschieht vermittelt besonderer Wärmeausdehnungskörper, die sich ausdehnen, wenn sie belichtet werden, und zusammenziehen, wenn die Belichtung aufhört. Die Wirkungsweise beruht auf der verschiedenen grossen Wärmeabsorption ein und des selben Stoffs, je nachdem er eine rauhe oder eine polierte Oberfläche besitzt. Demgemäss besteht die Anordnung aus mehreren auf den gleichen Hebelarm wirkenden Metallzylindern, von denen die eine Gruppe eine rauhe, die andere aber eine hochglänzend polierte und vergoldete Oberfläche aufweist. Solange es hell ist, dehnen sich die polierten Zylinder weniger stark aus als die mit rauher Oberfläche. Der von den Zylindern betätigte Hebel sperrt dann ein Ventil, so dass Acetylen nur zu einer Zündflamme strömt. Im Augenblick des Dunkelwerdens ziehen sich die gerauhten Zylinder stärker zusammen als die polierten; das zum Brenner führende Ventil wird geöffnet, und das austretende Acetylen entzündet sich an der dauernd brennenden Hilfsflamme. Dadurch, dass die mit automatischer Ausschaltvorrichtung versehenen Brenner

nur während der Bedarfsdauer brennen, ergibt sich eine erhebliche Gasersparnis gegenüber den dauernd brennenden Seezeichen.

× ×  
**Kurze Chronik** Für den Betrieb der elektrischen Vollbahn Magdeburg - Leipzig und Leipzig-Halle werden gekuppelte Doppellokomotiven zur Anwendung kommen, die auch einzeln verwandt werden können. Jede Lokomotive erhält einen 1000pferdigen einphasigen Wechselstrommotor. Für die Regulierung werden Induktionsregler an Stelle der sonst verwandten Widerstandsregler zur Anwendung kommen. Der Vorzug besteht darin, dass bei den Induktionsreglern Schalterteile fehlen, die der Abnutzung unterworfen sind. × Die leistungsfähigste elektrische Kraftübertragung dürfte gegenwärtig die Strecke Niagara-Syracuse-Auburn sein, auf der 30 000 PS auf 262 km Entfernung übertragen werden, und von der einzelne Abschnitte bereits auf 60 000 PS Leistung ausgebaut sind. × Der Danziger Professor Schütte hat das Modell zu einem Riesenluftschiff konstruiert, mit dessen Bau binnen kurzen begommen werden soll. Das Luftschiff, das von der Firma Lantz in Mannheim erworben worden ist, wird das grösste der Welt werden. Es gehört zum Typ der starren Klasse und wird 19 000 cbm Wasserstoff aufnehmen können, also 4000 cbm mehr als die Zeppelinischen Luftschiffe. Die Motoren werden 500 bis 600 PS entwickeln, so dass auf eine Eigengeschwindigkeit von 50 bis 60 km in der Stunde gerechnet werden kann. Als Konstruktionsmaterial soll Holz zur Anwendung kommen. Interessant ist es übrigens, dass nach neueren Nachrichten auch Zeppelin in Zukunft nicht mehr Aluminium sondern Stahlrohr für das Gerippe seiner neuen Luftschiffe verwenden will. × Nachdem die seit Anfang des vorigen Jahres angestellten eingehenden Versuche mit dem *Kreiselskompass* seine Zuverlässigkeit und grossen Vorzüge gegenüber dem magnetischen Kompass erwiesen haben, soll er nunmehr auf allen Schiffen der deutschen Marine eingeführt werden. × Von der A. E. G. in Berlin ist ein Starkstromtransformator für 500 000 Volt Hochspannung zu Versuchen an Isolatoren und Isolierstoffen hergestellt worden. × Ein Turbodynamo von 4000 Kilowatt ist kürzlich in der Station

Rummelsburg der *B. E. W.* aufgestellt worden.

### Landwirtschaft / Arthur Schulz

**Rentabilität** Als zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die belgische respektive die englische

Fruchtwechselwirtschaft infolge der Propaganda Thaers und seiner Schüler in Deutschland rasch Verbreitung fand, lieferte J. H. von Thünen in dem 1. Teil seines *Isolierten Staats* den Beweis, dass die Fruchtwechselwirtschaft den älteren Wirtschaftssystemen nicht unbedingt sondern nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen überlegen wäre, und dass bei grösserer Entfernung von der Stadt und um die Transportkosten verringertem Kornpreis die Koppelwirtschaft, selbst die Dreifelderwirtschaft durchaus angebracht geblieben wäre. Bekanntlich wies Thünen den einzelnen Wirtschaftssystemen ihre Stellung in den 6 um die Stadt gelagerten Kreisen in folgender Reihenfolge an: freie Wirtschaft, Forstwirtschaft, Fruchtwechselwirtschaft, Koppelwirtschaft, Dreifelderwirtschaft, extensive Weidewirtschaft.

Während nun der *Isolierte Staat* und besonders seine Methode der Abstufung und Isolierung der einzelnen Kausal-momente einer wirtschaftlichen Erscheinung bei den Nationalökonomien bald zum verdienten hohen Ansehen gelangte, hat Thünen in der landwirtschaftlichen Betriebslehre eine weniger starke Nachwirkung ausgeübt, wofür der Hauptgrund wohl in der gänzlichen Umgestaltung der nationalen und internationalen Verkehrsverhältnisse, die mittlerweile eingetreten ist, zu suchen ist. Erst neuerdings unternimmt es Professor Dr. Waterstradt, Direktor des Instituts für Wirtschaftslehre des Landbaus an der Universität Breslau, in einem grosseren Werk (*Die Rentabilität der Wirtschaftssysteme nach J. H. von Thüniens Isoliertem Staat und in unserer Zeit* /Berlin, Parey/) nach der Methode Thüniens, aber unter Benutzung eines neuzeitlichen Beobachtungsmaterials und unter Anpassung an die moderne wirtschaftliche Entwicklung den Nachweis zu führen, dass das Thüniensche Gesetz der relativen Vorzüglichkeit der Wirtschaftssysteme noch heute gültig ist. Und wie Thüniens Werk der Überschätzung der Fruchtwechselwirtschaft entgegenrat, so gestaltet sich dem neueren Forscher seine streng wissenschaftliche Untersuchung unter der Hand zu einer Kampfschrift

gegen den arbeitsintensiven Grossbetrieb mit starkem Hackfruchtbaue.

Als in den siebziger Jahren die Getreide- und Wollpreise erheblich sanken, wurden in den Gegenden mit geeignetem Klima und Boden unter der Herrschaft der einseitigen Produktionslehre und bei der üblichen Unterschätzung der wirtschaftlichen Bedeutung der Reinerträge die meisten Wirtschaften unter dem Gesichtspunkt eingerichtet möglichst grosse Flächen mit Hackfrüchten, insbesondere mit Zuckerrüben, anzubauen. Der rasch steigende Arbeitsbedarf der Rübenwirtschaften hat aber nicht nur das anfangs vielfach über den Bedarf hinausgehende Arbeiterangebot in einen starken Mangel an Arbeitskräften verwandelt, das verderbliche Institut der Wanderarbeiter hervorgerufen, die Naturallohnung auch der einheimischen Arbeiter erschüttert und dadurch trotz Steigerung der Geldlöhne deren wirtschaftliche Gesamtlage verschlechtert, sondern es ist auch bei dieser Umwandlung in den letzten 25 Jahren die Intensitätssteigerung über die wirtschaftlich gezogene Grenze hinaus durchgeführt worden. Mittels eingehender Berechnungen führt Waterstradt an der Hand mehrjähriger Buchführungsergebnisse den Nachweis, dass nur bei geringer Entfernung von der Bahnstation und geringer Bahnentfernung vom Markt die auf den Transport der im Verhältnis zum Volumen wenig wertvollen Rüben angewiesene Hackfruchtwirtschaft den übrigen Wirtschaftssystemen überlegen ist. Sobald aber die Entfernung einen bestimmten Punkt überschreitet, werden die Reinerträge der Rübenwirtschaften niedriger als die der Betriebe mit stärkerer Nutztviehhaltung. Noch bedeutsamere Faktoren als die Entfernung zur Bahn und zum Markt sind Höhe des Arbeitslohns, Arbeiterbedarf und Arbeitsverteilung innerhalb der Arbeitsperiode. Die Hackfruchtwirtschaft mit 16 % Rübenbau muss 40,7 %, die mit Rübenbau auf 26 % der Gesamtfläche sogar 55,5 % ihres Gesamtbedarfs an Handarbeit auf die Bearbeitung der Rüben verwenden und wegen des zu bestimmten Zeiten plötzlich hochanstiegenden Arbeitsbedarfs ihre Wanderarbeiterscharen in der Zwischenzeit viele Wochen hindurch mit unlohnenden Füllarbeiten beschäftigen. Eine zu erwartende Steigerung des Lohnes der Wanderarbeiter muss viele Zuckerrübenwirtschaften unrentabel machen, ein plötzliches Versiegen der Arbeiterquelle in

Russland den Zusammenbruch der arbeitsintensivsten Grossbetriebe herbeiführen. »Es tritt also hier wiederum deutlich die relative Vorzüglichkeit der Wirtschaftssysteme in die Erscheinung, und zwar völlig zu gunsten der arbeitsextensiveren und kapitalintensiveren Systeme. Die . . . Frage, ob es unter diesen Umständen wirtschaftlich noch zu rechtfertigen sei das Risiko des Rübenbaus und der Arbeiterbeschaffung und den ungünstigen Einfluss auf die gesamte Arbeitsverfassung mit in Kauf zu nehmen, wird also wahrscheinlich viel häufiger verneint werden müssen als es bisher angenommen wurde.«

Auch bei Isolierung eines weiteren von Waterstradt genau untersuchten Rentabilitätsfaktors, der Erträge in Ackerbau und Viehzucht, schneidet die moderne Hackfruchtwirtschaft schlecht ab, da bei ihr ein Sinken der Roherträge sich am raschesten und stärksten in sinkende Reinerträge auslöst. Was endlich die Kapitalverzinsung betrifft, so ergibt sich, »dass die Verzinsung auch relativ hoher eingesetzter Kapitalien, wenn nicht besonders hohe Erträge erzielt werden oder die wirtschaftliche Lage eine hervorragend günstige ist, durch eine Betriebs-einrichtung, die auf starke Nutzviehhaltung gegründet ist, sicherer gewährleistet wird als durch starken Rübenbau, und dass bei diesem die eingesetzten Kapitalien viel mehr gefährdet sind.« Waterstradt fordert daher die Landwirte auf ihre »gesamten Anschauungen einer sehr ersten Nachprüfung zu unterziehen, um wieder zu Betriebsformen zu gelangen, die die anormale Steigerung des Arbeitsbedarfs in einzelnen Zeiträumen ausschalten und an deren Stelle eine gleichmässige Beschäftigung der Arbeitskräfte das ganze Jahr hindurch setzen, eine Forderung, die als unerlässliche Voraussetzung für eine Gesundung der Arbeiterverhältnisse anzusehen ist und der nach obigem Ergebnis im Reinertrag der einzelnen Systeme kein sehr starkes Hindernis entgegensteht.«

Waterstradt untersucht nur, welche Betriebssysteme, nicht aber welche Betriebsgrössen gegenwärtig eine höhere Rentabilität aufweisen. Wenn er aber — meines Erachtens in zwingender Form — den Nachweis geliefert hat, dass die Zuckerrübenwirtschaften durch die rentableren Nutzviehwirtschaften mit starkem Futterbau, mit Dauerweiden oder mit Feldgrasweiden zurückgedrängt werden, so hat er damit auch *implicite*

die Überlegenheit des bäuerlichen Betriebs über den Grossbetrieb erwiesen: denn dass der erstere zwar nicht im Zuckerrübenbau, wohl aber in der Viehzucht und Milchwirtschaft leistungsfähiger ist als der letztere, darüber kann ein Zweifel nicht mehr bestehen. Auch die für die Grosslandwirtschaft so schwierigen Arbeiterverhältnisse, die nach Waterstradt »das zurzeit wichtigste Problem für die Entwicklung der Wirtschaftssysteme« darstellen, sind das nicht weniger für die Entwicklung der Betriebsgrössen. Noch in den neunziger Jahren kam es öfter vor, dass landwirtschaftliche Klein- und Mittelbetriebe von Hackfruchtwirtschaften und Zuckerrübenfabriken aufgekauft wurden, während doch damals der Prozess der Auflösung des Grossgrundbesitzes in den nicht rübenbauenden Gegenden bereits begonnen hatte. Seit einigen Jahren hören wir dagegen nicht selten, dass auch Rüben Güter in Posen, Westpreussen, Schlesien, Hannover aufgeteilt werden. Hat Waterstradt recht, so dürften diese Parzellierungen in den nächsten Jahren häufiger werden, und es dürfte damit auch in Mitteldeutschland, wie schon seit langem in Nordostdeutschland, die bäuerliche Kolonisation Wurzel fassen. Nebenbei sei bemerkt, dass diese arbeitsintensiven Hackfruchtwirtschaften, denen Waterstradt auf Grund seiner Rentabilitätsberechnungen ein so ungünstiges Prognostikon stellt, mit den *Industriewirtschaften* identisch sind, in denen nach K. Kautsky (*Die Agrarfrage*, pag. 294) »die moderne Produktionsweise am Ende des dialektischen Prozesses wieder zu ihrem Ausgangspunkt, zur Aufhebung der Scheidung von Industrie und Landwirtschaft zurückkehrt« und den agrarischen Kleinbetrieb überwindet.

X  
**Frankreich:** Gelegentlich der diesjährigen französischen Landwirtschaftsausstellung, die vom 8. bis zum 16. März auf dem Marsfeld zu Paris stattfand und eine imponierende Übersicht über die Leistungen des bäuerlichen Frankreich, namentlich in der Vieh-, Schweine- und Geflügelzucht darbot, gab der Landwirtschaftsminister Ruau auf Grund einer im Juli 1908 vom Finanzministerium veranstalteten Erhebung in einer bedeutsamen Rede einen Überblick über die Entwicklung des Kleinbesitzes in Frankreich. Der Vortrag ist am 16. März unter dem Titel *L'avenir de la propriété rurale* im *Journal*

*Officiel* veröffentlicht worden. Nach Ruau hat sich der Kleinbetrieb, abgesehen vielleicht vom Departement Cher, überall dem Grossbetrieb gewachsen, in 6 Departements sogar ausgesprochen überlegen gezeigt. Die Gründe hierfür sind nach den Ergebnissen der Erhebung in seiner Unabhängigkeit vom Arbeitsmarkt, seiner rationellen Wirtschaftsweise, der genossenschaftlichen Selbsthilfe und der Hingebung des Bauern an die Scholle zu suchen. »Die Erde Frankreichs ist einträglich«, sagt Ruau mit Michelet, »weil sie geliebt wird.« Nach der Erhebung von 1908 ist im Vergleich zur Agrarstatistik von 1892 zwar die Zahl der Betriebe von 1 bis 10 ha Grösse von 2 617 558 auf 2 523 713, also um 93 845 zurückgegangen, dagegen haben sich die Grossbetriebe über 100 ha in weit höherem Masse, nämlich von 33 280 auf 29 541, also um 3739 vermindert, und die mittleren Betriebe von 10 bis 40 ha haben von 711 118 auf 745 862, also um 34 744 zugenommen. Ein noch weit günstigeres Bild zeigt die Statistik des Flächenumfangs der einzelnen Besitzgrössen. Ausser dem ganz kleinen Besitz, der aber von 1882 bis 1892 erheblich gewonnen hatte, haben sich danach die kleinen Bauerngüter um 1 176 042 ha und die mittleren um 1 878 898 ha vergrössert, während der Grossbesitz um 2 309 144 ha abgenommen hat. Es umfassten nämlich an Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche:

	1892	1908
Parzellenbesitz (unter 1 ha)	1 243 200	1 228 597
Kleinbäuerlicher Besitz (1 bis 10 ha)	10 383 300	11 559 342
Mittelbäuerlicher Besitz (10 bis 40 ha)	12 946 400	14 825 298
Grossbesitz (über 40 ha)	18 579 700	16 270 556

Mit Recht schliesst Ruau aus diesen Zahlen, dass sich in der französischen Landwirtschaft der von manchen Sozialisten behauptete Prozess der kapitalistischen Konzentration nicht bemerkbar mache. Der kleine Landwirt habe die agrikole Krisis bisher gut überstanden, stehe dem Gutsbesitzer in der Technik der Bodenbearbeitung nicht nach und habe sich besonders als vortrefflicher Tierzüchter bewährt.

X  
Maschinen

Über 10 500 landwirtschaftliche Maschinen und Geräte waren auf der Landwirtschaftsausstellung zu Leipzig — über die in dieser Zeitschrift noch ausführlicher berichtet werden wird — zur Schau gestellt, weit mehr als

ein normales Gehirn in den wenigen Ausstellungstagen bewältigen konnte. Hier sei nur kurz einiger Maschinen gedacht, die für die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsformen Bedeutung erlangen können, oder denen man schon eine solche Bedeutung zuschreibt. Die technisch interessanteste Maschine auf der Ausstellung war wohl Kögzeis selbstfahrender Landbaumotor, eine Maschine, die nach den Angaben der ausstellenden Firma pflügen, eggen, Dünger streuen, drillen und andere Arbeiten mehr besorgen kann, ferner als Antriebsmaschine für einen Dreschkasten und als Strassenlokomotive verwendbar sein soll und dabei nur 36 000 M., also weniger als ein Dampfpflug, kostet. Die Maschine besteht aus einem Automobil mit einem Motor von 45 PS und hat hinten eine höher oder tiefer einstellbare mit Hauen versehene rotierende Walze, mit denen sie sich in die Erde hineingräbt und gleichzeitig fortbewegt. Begeisterte Freunde der neuen Maschine, so zum Beispiel Ingenieur Dr. Oexmann in der *Deutschen landwirtschaftlichen Presse*, 1909, pag. 597, erwarten von der Erfindung des simplen ungarischen Schmiedemeisters eine Umwälzung der ganzen Bodenbearbeitung, ja der ganzen Landwirtschaft. Ich glaube nicht, dass die von der Maschine geleistete Arbeit die deutschen Landwirte befriedigen wird, auch ist sie auf steinigem Boden nicht verwendbar, da dann, wie es auch bei der Vorführung in Leipzig in meiner Anwesenheit vorkam, die Hauen brechen. Während auf dem Ausstellungsgelände zwei Dampfpflüge der Firmen Fowler-Magdeburg und Kern-Breslau arbeiteten, sah man keinen Elektropflug, was nicht zu seinen Gunsten spricht.

Die von den grösseren Landwirten infolge des Mangels an Melkerinnen wohl am lebhaftesten herbeigewünschte Erfindung ist die einer Melkmaschine, doch ist es bisher trotz allen darauf gewendeten Scharfsinns nicht gelungen einen wirklich brauchbaren Mechanismus zu ersinnen. In Leipzig hatte das *Revolwerk* in Bergedorf eine niedliche Melkmaschine ausgestellt, die das säugende Kalb nachahmend auf die Zitzen des Euters eine saugende Wirkung ausübt. Ferner hatte die *Alfa Laval Gesellschaft* in Stockholm die Dahlensche Melkmaschine ausgestellt, die im Gegensatz dazu die Handmelkung nachahmt und mit Luftdruck arbeitet. Beide Systeme sind noch zu unvollkommen als dass sie

sich schon in die deutsche Praxis eingebürgert hätten. Zweifellos würde die befriedigende Lösung dieses noch immer in den Anfängen steckenden Problems die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse auf dem Lande auf das tiefste beeinflussen.

Riesendreschkästen und eine Riesenhäckselmaschine, die alles aus der ersten herauskommende Stroh sogleich zu Häcksel schnitt, vor allem aber 35 Dampfpfluglokomotiven und 27 Kraftpflüge erinnerten, dass wir in Deutschland ausgedehnte Grossbetriebe haben, aber die unabsehbare Menge der Milchschleudern, Butterfässer und sonstigen Molkereigeräte lehrte, dass der Kleinbetrieb doch noch mächtiger ist.

X  
**Kurze Chronik** Mit der Elektrokultur, die von Professor Semström begründet und in

Deutschland besonders von Dr. Breslauer weiter ausgebaut ist, werden auf dem Versuchsfeld des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Halle Versuche angestellt. Diese haben bisher eine mit blossem Auge erkennbare Förderung des Pflanzenwachstums durch die elektrische Beeinflussung nicht ergeben.

X Am Ende des Jahres 1908 bestanden in Deutschland 1991 Züchterevereinigungen, die sich speziell mit der Zucht auf Rasse befassen. In den Zuchtbüchern waren 51772 Pferde, 313078 Rinder, 2626 Schafe, 14011 Schweine und 26600 Ziegen verzeichnet. X Mit der Zucht auf Leistung beschäftigen sich dagegen die erst in den letzten Jahren in Erscheinung getretenen Kontrollvereine, von denen Ende 1908 in Deutschland 207, davon 170 in Preussen und 18 in Oldenburg, mit einem Bestand von 88296 kontrollierten Kühen existierten.

X  
**Literatur** In der Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* /Leipzig, Teubner/

sind neuerdings zwei interessant geschriebene Bücher erschienen, die besonders städtische Leser mit den heute wichtigsten landwirtschaftlichen und agrarpolitischen Problemen bekannt machen wollen: Dr. Walter Claassens in dieser Zeitschrift bereits erwähnte Schrift *Die deutsche Landwirtschaft* und A. Brennings *Innere Kolonisation*. Beide Schriften sind für ihren Zweck recht geeignet und können, obgleich ich in mehreren Punkten mit den Verfassern nicht ein-

verstanden bin, warm empfohlen werden. Nur sollte Brenning nicht mehr behaupten, dass die Vernichtung des kleinen Bauernstandes ein Dogma der Sozialdemokratie sei, und dass ihr alle Bestrebungen Kleinbauern und Arbeitern zu sicherem Eigentum zu verhelfen unbegünstigt seien. Leider kann sich Brenning auf Parteiblätter von der Art der *Bremer Bürgerzeitung* berufen und folgende in ihrer Allgemeinheit höchst unzutreffende Resolution des letzten pommerischen Parteitags abdrucken: »Der Parteitag fordert alle Landarbeiter auf nicht durch Übernahme von Rentengütern die herrschende Gesellschaft in ihrer Machtposition zu stärken. Die ganze innere Kolonisation ist darauf gerichtet die ländliche Bevölkerung der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Machthaber weiter preiszugeben (!)«. Brenning sollte wissen, dass die sachkundigen Männer innerhalb der Partei anders denken, und dass die Gesamtpartei für derartige Entgleisungen eines doktrinären Radikalismus nicht verantwortlich gemacht werden kann, solange sich nicht ein Gesamtparteitag mit solchen bedauerlichen Resolutionen einzelner Provinzialparteitage identifiziert hat. Gerade in Pommern, wo von 1891 bis zum 1. Januar 1908 165 Güter mit 83909 ha Flächeninhalt in 2628 Rentengütern unter 25 ha aufgeteilt wurden, sind durch diese lebhaftere innere Kolonisation zahlreiche Arbeiter vom Tagelöhner zum kleinen Besitzer, von diesem zum Bauer aufgestiegen. Die Pferdehaltung ist dadurch auf dem selben Gebiete verdoppelt, die Kuhhaltung verdreifacht, die Schweinehaltung vervierfacht worden, bei geringerem Unkosten wurden höhere Reinerträge gewonnen und mehr Viehzucht- und Molkereiprodukte als vor der Aufteilung auf den Markt gebracht. Man muss schon sehr doktrinär sein, um unter diesen Umständen die innere Kolonisation prinzipiell zu bekämpfen. X Zum 70. Geburtstag des um die preussische Landwirtschaft hochverdienten Ministerialdirektors H. Thiel hat das Lehrkollegium der landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin eine Festschrift herausgegeben /Berlin, Parey/, die mit ihrer Fülle von naturwissenschaftlichen, technologischen, volkswirtschaftlichen und betriebswissenschaftlichen Abhandlungen einen Überblick über die ausgedehnten Wissensgebiete gibt, deren Kenntnis dem modernen Landwirt in seinem schwierigen Beruf förderlich ist.

### Kolonisation / Gerhard Hildebrand

**Deutsch Ostafrika: Arbeitsverordnung** Am 1. Mai ist nun endlich die vielumstrittene Arbeitsverordnung des Gouverneurs von Rechenberg in Kraft gesetzt worden (siehe diese Rundschau, 1909, 1. Band, pag. 137). Nachdem von Rechenberg bereits im November dem Gouvernementsrat eine Reihe von Zusätzen und Änderungen des Herrn Feilke zugestanden hatte, der die Interessen der Pflanzer im Norden der Kolonie vertrat und zum Protest seinen Sitz im Gouvernementsrat niederlegte, erreichte der *Verband ostafrikanischer Pflanzungen*, der in Deutschland seinen Sitz hat, durch Einwirkung auf Dernburg noch weitere Vergünstigungen für die weissen Arbeitgeber. Nach der Verordnung ist die Anwerbung von Eingeborenen innerhalb unserer Kolonien zum Militärdienst bei einer auswärtigen Macht ganz verboten. Für die Anwerbung eingeborener Arbeiter für landwirtschaftliche und gewerbliche Betriebe innerhalb ihres Wohnbezirks ist die Lösung eines Anwerbescheins vorgeschrieben. Der Anwerber steht dauernd unter der Kontrolle der Kolonialverwaltung. Ein Eingeborener, der sich seiner eingegangenen Verpflichtung zu entziehen sucht, kann auf Antrag des Anwerbers wegen Vertragsbruchs mit körperlicher Züchtigung und mit Kettenhaft bis zu 14 Tagen bestraft werden. Arbeitsverträge dürfen auf höchstens 7 Monate oder 180 Arbeitstage abgeschlossen werden. Ein freiwilliges Verlängern des Vertrags bedarf der Zustimmung der örtlichen Verwaltungsbehörden. Bei Arbeitern, die nicht in der Nähe der Arbeitsstätte wohnen, ist ein Pflegegeld obligatorisch, das ebenso wie der Arbeitslohn in bar zu entrichten ist. Ausserdem hat der Arbeitgeber noch eine Reihe von Pflichten für die Wohlfahrt und Gesundheit der Arbeiter. Die Aufsicht über die Durchführung der Verordnung übt der Distriktskommissar aus, wo nämlich ein solcher eingesetzt ist. Er ist der gesetzliche Vertreter des farbigen Arbeiters und kann dessen Ansprüche gegen den Arbeitgeber vor Gericht geltend machen. Angesichts dieser Verordnung, die Prügelstrafe und Kettenhaft für kontraktbrüchige Arbeiter vorsieht, klagt ein ostafrikanischer Farmer in der *Rheinisch-Westfälischen Zeitung*, die Regierung tue gar nichts, um uns gegen Kontraktbruch zu schützen. Statt dessen soll uns jetzt ein Gesetz aufgedrängt

werden, das unsere Kosten und Pflichten ganz erheblich vermehrt, unsere Rechte aber um so mehr schmälert. Das Gesetz bedeute den Ruin der Grossbetriebe, auf den es abgesehen zu sein scheint. Von 250 angeworbenen Leuten habe er kürzlich 200 durch Weglaufen verloren. In Sumatra dürfe kein Mann ohne Ausweis die Strasse passieren, und jeder Europäer habe das Recht ihn nach seinem Ausweis zu fragen. Nur durch solche Disziplin sei die Arbeiterfrage aufrecht zu erhalten [!]. Die alten eingewohnten Arbeiter, die bereits gelernt hätten auf Ordnung zu halten, verlangten, wenn sie irgend wohin reisen, von sich aus einen Ausweis, den sogenannten *Reisechein*. Um das Ganze zu krönen, schaffe die Regierung eine neue Klasse von Beamten zum Umherreisen und zur Kontrolle. »Sobald die Neger den Rückhalt an diesen Herren merken, ist der letzte Rest von Ordnung und Disziplin auf den Pflanzungen und die Autorität der Pflanzer dahin.« Der Gouverneur von Britisch Ostafrika, Sir Hayes Sadler, ist infolge ähnlicher Konflikte mit den dortigen Farmern gefallen. Wie wenig aber in Wirklichkeit die farbigen Arbeiter vor Ausbeutung geschützt sind, geht aus folgendem hervor: Die kleineren Farmer nehmen häufig von wohlhabenden Indiern Darlehen auf, die ihnen gegen Überlassung des Ladenmonopols auf ihrem Gebiet sogar zinslos gewährt werden. Das Geld, das durch die Hände des Pflanzers in die der Arbeiter gelangt, wird fast noch am selben Tage wieder bei dem Ladeninhaber umgesetzt. »Was der Indier daher verdient, kann man sich klar machen, wenn man sich die Geschäftsprinzipien vergegenwärtigt, die der Indier im allgemeinen im Handelsverkehr mit den Eingeborenen in Anwendung bringt«, schreibt die *Deutschostafrikanische Zeitung*. Natürlich wird diese Methode, die die indierfeindlichen Weissen der Küste aufgedeckt haben, nicht die einzige sein, mit der die Neger um ihren Arbeitsverdienst geprellt werden.

X X  
**Südafrika: Eingeborenenfrage** Die neugebackene südafrikanische Union ist hinsichtlich der Rassenfrage wohl die interessanteste Kolonie der Gegenwart. Nicht nur, dass sich dort zwei weisse Nationalitäten, Buren und Briten, gegenüberstehen, von denen man heute noch nicht absehen kann, wie sie

sich auf die Dauer vertragen werden. Auch die Farbigen bieten je nach ihrer Herkunft (Bastards, Neger, Inder, Chinesen) immer andere und immer neue Probleme. Die Chinesenfrage wird allerdings vorläufig dadurch erledigt, dass die Söhne des himmlischen Reiches alle wieder nach der Heimat zurückgeschickt werden. Im Juni 1908 arbeiteten ihrer 21 636 in den Transvaalminen, im Dezember waren es nur noch 12 283; im vergangenen Juni ist ihre Zahl auf 5378 zusammengeschmolzen, und in einiger Zeit muss auch der Rest verschwunden sein. Ob damit die Chinesenfrage endgültig erledigt ist, bleibt abzuwarten, denn schon macht sich mit der aufsteigenden Konjunkturkurve auf dem Rand Arbeitermangel bemerklich. Die Indierfrage ist in Südafrika — wie an der ganzen Ostküste Afrikas — deswegen eine so schwierige, weil sie eine dreifache Frage ist: eine südafrikanische, was den Schutz der eingeborenen Bevölkerung vor der Ausbeutung durch die indischen Händler anlangt, eine indische Frage, was die Rückwirkung einer summarischen Behandlung der Indier auf Indien selbst angeht, und eine muhamedanische Frage, da die Indier die in ganz Afrika unterirdisch fortgesetzte muhamedanische Propaganda unterstützen. Aber das zentrale Rassenproblem in Südafrika ist und bleibt doch die Frage der eigentlichen Eingeborenen, der afrikanischen Neger. Nach einer Angabe des Kolonialunterstaatssekretärs Seely im britischen Unterhaus beträgt zurzeit die Bevölkerung der südafrikanischen Staaten 5 471 490 Personen, von denen 1 188 570 Weisse, 4 282 920 Farbige sind. Davon entfielen auf die Kapkolonie 610 680 Weisse und 1 896 820 Farbige; auf Natal einschliesslich Zululand 95 440 Weisse und 1 072 000 Farbige; auf Transvaal 325 250 Weisse und 1 024 200 Farbige und auf die Oranienflusskolonie 157 200 Weisse und 289 900 Farbige. Da sich die Farbigen heute, angesichts ihres ständigen kulturellen Emporstiegens, mindestens ebenso schnell, auf die Dauer voraussichtlich noch schneller vermehren als die Weissen, wird man auf lange Zeit hinaus mit einem Verhältnis von 1 : 4, einem Fünftel weisser und vier Fünfteln farbiger Bevölkerung, zu rechnen haben, wenn sich das Verhältnis nicht schon bald noch mehr zu gunsten der Farbigen verändert. Natürlich ist es heute und in Zukunft ausgeschlossen, dass die 1,2 Mill. Weissen und ihre Nach-

kommen aus Südafrika wieder hinausgedrängt werden, wie das in tropischen Kolonien unter Umständen einmal der Fall sein könnte. Aber ebenso ausgeschlossen ist es gerade nach den jetzt vorliegenden Anzeichen, dass die Neger es sich dauernd gefallen lassen als Menschen zweiter Klasse behandelt zu werden. Während alle männlichen britischen Untertanen von europäischer Abstammung bereits mit dem 21. Lebensjahr das aktive Stimmrecht haben, soweit sie nicht Angehörige des Heeres und der Flotte sind, und das passive, sobald sie 5 Jahre innerhalb der Union gewohnt haben, besitzen von den Farbigen nur diejenigen innerhalb der Kapprovins das aktive Stimmrecht — und allein dieses —, die schon nach dem frühern Gesetz der Kapkolonie stimmberechtigt waren. Und auch diesen kann es nicht genommen werden, wenn ein entsprechendes Gesetz beide Häuser des Parlaments in gemeinsamer Sitzung passiert hat, und in dritter Lesung mit Zweidrittelmehrheit sämtlicher Mitglieder beider Häuser angenommen worden ist. Im ganzen handelt es sich bisher freilich nur um 22 000 Eingeborene, die bereits in der Kapkolonie (unter 1,9 Mill. farbiger Bevölkerung!) das Stimmrecht besaßen und aus ihrer Mitte noch nie einen Abgeordneten gestellt haben. Dessen ungeachtet ist die Aufregung in Südafrika eine ungeheure, überall wurden Vereine für und wider das Eingeborenenstimmrecht gegründet, Versammlungen abgehalten und (vor der Erledigung der Bill im britischen Parlament) Petitionen abgesandt. Eine der Petitionen für das Eingeborenenrecht ist vom ehemaligen Premierminister Schreiner in London persönlich vertreten worden und trägt neben den Unterschriften namhafter hoher Staatsbeamter auch die von Geistlichen verschiedener Konfessionen und Denominationen. Ob das Eintreten der letzteren genügen wird, um das kirchliche Unabhängigkeitsstreben der Eingeborenen, die sogenannte *äthiopische Bewegung*, die den Keim auch der politischen Unabhängigkeitsbewegung in sich enthält, zu paralysieren, ist abzuwarten. Vorläufig haben sich in London die Vertreter der südafrikanischen Unionsstaaten, allen voran der General Botha, gegenwärtiger Premierminister von Transvaal, sehr energisch und mit Erfolg dagegen verwahrt, dass sich die britische Kolonialverwaltung und das britische Parlament in diese inneren südafrikanischen Ange-

legenheiten hineinmischen; was zugleich auch ein scharfes Schlaglicht auf das Verhältnis der von den Buren beherrschten südafrikanischen Union zum britischen Mutterland wirft.

× Kurze Chronik Das grosse Werk der süd-afrikanischen Einheitsverfassung besitzt, ähnlich wie vor 9 Jahren das der australischen Bundesverfassung, in erster Linie allgemeinpolitische Bedeutung. Doch werden gerade dadurch, dass man Südafrika nicht wie die *Commonwealth* zum Bundes- sondern zum Einheitsstaat gemacht hat, auch die kolonisatorischen Aufgaben stark berührt. Das zeigte sich besonders in der fast endlosen Debatte über die Eingeborenfrage. × Nachdem im März bereits eine Anzahl englischer Schokoladenfirmen sowie die deutsche Firma Gebrüder Stollwerck über die portugiesischwestafrikanischen Inseln San Thomé und Principe den Boykott verhängt haben, weil die Arbeiteranwerbung dort verdächtige Ähnlichkeit mit Sklavenjagden besitzt, hat die englische *Antisklaverei- und Eingeborenenchutzgesellschaft* jetzt Herrn Joseph Burr nach den Vereinigten Staaten geschickt, um dort ebenfalls gegen die Verwendung des Kakaos von San Thomé und Principe Propaganda zu machen. × Während deutsche Missionsleute ständig vor einer Unterschätzung der sogenannten *muhamedanischen Gefahr* in fast ganz Afrika warnen zu müssen glauben, hat der Bischof Ingham von der britischen *Church Missionary Society* kürzlich einem Gewährsmann der *Morning Post* versichert, dass in Uganda Christen und Moslems ohne Konflikt neben einander leben, und dass die christlichen Missionare ihr Werk tun können ohne Feindschaft zu erregen, im Gegensatz zu früheren Zeiten. Der Bischof erklärt diesen Umstand als Ergebnis aus einer Änderung der Missionsmethode: Man mache nicht mehr den Fehler, die Moslems eines falschen Weges zu bezichtigen sondern helfe ihnen den Gott, von dem der Koran spricht, besser zu verstehen. ×

#### Literatur

Zur allgemeinen Orientierung über die deutsche Kolonialwirtschaft eignen sich die beiden Vorträge *Südwestafrikanische Eindrücke und Industrielle Fortschritte in den Kolonien* /Berlin, Mittler/, die Staatssekretär Dernburg im Januar gehalten hat, recht gut. Sie bringen ver-

hältnismässig reichliches, zuverlässiges und übersichtlich geordnetes Material bei und unterscheiden sich dadurch vorteilhaft von Dernburgs früheren Vorträgen, in denen die *grossen Gesichtspunkte*, das heisst Allgemeinheiten, überwogen. × Die kolonialpolitische Zeitschriftenliteratur Deutschlands ist heute schon so umfangreich, dass wohl nur noch der Spezialist mit ihr fertig werden kann. An ihrer Spitze steht das *Deutsche Kolonialblatt*, das vom Reichskolonialamt herausgegeben wird, 2mal monatlich erscheint und mit zahlreichen Beilagen (Kolonialhandelsadressbuch, jährlichen Denkschriften über die Entwicklung der Schutzgebiete, wissenschaftlichen Vierteljahrsbeihften) ausgestattet ist. Das *Deutsche Kolonialblatt* bringt in seinem amtlichen Teil den Wortlaut der Gesetze, Verordnungen und Verträge sowie Bekanntmachungen und Personalien, im nichtamtlichen Teil regelmässige Übersichten über den Stand der Kolonialbahnen, die Bewegung des Handels und der Zolleinnahmen, Auszüge aus den Berichten kolonialer Erwerbsgesellschaften sowie entsprechende Mitteilungen aus fremden Kolonien und Produktionsgebieten. Als Organ des *Kolonialwirtschaftlichen Komitees* erscheint monatlich *Der Tropenpflanzer*. Im Verlag dieses Komitees erscheinen ausserdem noch die Berichte über die deutschkolonialen Baumwollunternehmungen sowie die *Verhandlungen des Kolonialwirtschaftlichen Komitees*, mit rein sachlich sachverständigem Inhalt über kolonialwirtschaftliche Unternehmungen und Versuche aller Art, soweit sie durch das Komitee veranstaltet oder gefördert werden. Unter den privaten Zeitschriften kolonialpolitischen Inhalts verdient wohl die *Koloniale Rundschau* am meisten Interesse /Berlin, Reimer/, die bemüht sein will den Interessen der kolonialen Eingeborenenbevölkerung Verständnis entgegenzubringen. Der Redakteur D. Westermann ist ein ehemaliger Missionar, jetzt Lehrer am orientalischen Seminar in Berlin. × Zur allgemeinen theoretischen und historischen Einführung in die Probleme der Kolonisation und Kolonialpolitik eignet sich Dr. Alfred Zimmermanns *Kolonialpolitik* /Leipzig, Hirschfeld/, die allerdings, wie die gesamte mir bekannte Kolonialliteratur, einer Ergänzung bedürfte: Eine wissenschaftliche Untersuchung über die inneren Bedingungen kolonialer Vervollständigung fehlt uns noch.